



Stenografischer Bericht

23. Sitzung

am Donnerstag, dem 3. Juli 2003,
in Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten 1591

Beschlüsse zur Tagesordnung

Herr Gürth (CDU) 1591
Herr Dr. Püchel (SPD) 1591

TOP 1

Aktuelle Debatte

a) Ein modernes Zuwanderungsrecht
für Deutschland

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 4/871

Herr Kosmehl (FDP) 1592
Minister Herr Dr. Rehberger 1593
Frau Fischer (Naumburg) (SPD) 1594
Herr Kolze (CDU) 1596
Herr Gärtner (PDS) 1598
Herr Scharf (CDU) 1601
Herr Dr. Püchel (SPD) 1601
Frau Dr. Sitte (PDS) 1602

b) Vorziehen der dritten Steuerreform-
stufe nicht auf Kosten der Länder
und Gemeinden

Antrag der Fraktion der PDS - Drs. 4/874

Frau Dr. Weiher (PDS) 1602
Minister Herr Prof. Dr. Paqué 1604
Herr Tullner (CDU) 1609
Herr Dr. Püchel (SPD) 1611
Frau Dr. Hüskens (FDP) 1614

c) Hohe Kostenbelastungen in der
chemischen Industrie - Gefährdung
einer erfolgreichen Wachstumsbranche

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 4/875

Herr Dr. Sobetzko (CDU) 1616
Ministerin Frau Wernicke 1618
Frau Budde (SPD) 1619
Herr Dr. Schrader (FDP) 1621
Herr Dr. Thiel (PDS) 1623

TOP 2**Aussprache zu Großen Anfragen****a) Wirtschaftliche Entwicklung Sachsen-Anhalts**

Große Anfrage der Fraktion der SPD
- Drs. 4/704

Antwort der Landesregierung - Drs. 4/837

Frau Budde (SPD)	1624, 1637
Minister Herr Dr. Rehberger.....	1627
Herr Gürth (CDU).....	1631
Herr Dr. Thiel (PDS)	1635
Herr Dr. Schrader (FDP)	1636

b) Soziokultur in Sachsen-Anhalt

Große Anfrage der Fraktion der PDS
- Drs. 4/674

Antwort der Landesregierung - Drs. 4/822

Herr Gebhardt (PDS)	1639, 1647
Minister Herr Prof. Dr. Olbertz	1641
Herr Rauls (FDP)	1643
Herr Reck (SPD).....	1644
Herr Schomburg (CDU)	1646

TOP 3

Beratung

Stärkung der Soziokultur in Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der PDS - Drs. 4/859

Beschluss	1648
-----------------	------

TOP 4**Fragestunde - Drs. 4/855**

Frage 1:
Organisation des abschlussbezogenen Unterrichts an Sekundarschulen für Hauptschülerinnen und Hauptschüler des 7. Schuljahrganges im Schuljahr 2003/2004

Frau Mittendorf (SPD).....	1648, 1649
Minister Herr Prof. Dr. Olbertz	1649

**Frage 2:
Hochschulstrukturplan für Sachsen-Anhalt**

Frau Dr. Kuppe (SPD)	1649, 1650
Minister Herr Prof. Dr. Olbertz.....	1649, 1650

**Frage 3:
Schulfach Sozialkunde**

Herr Reck (SPD)	1650
Minister Herr Prof. Dr. Olbertz.....	1650

**Frage 4:
Ausbildung in der Altenpflege**

Frau Ferchland (PDS)	1651
Minister Herr Prof. Dr. Olbertz.....	1651

**Frage 5:
Errichtung eines Landesverwaltungs-amtes**

Frau Dr. Paschke (PDS)	1651
Minister Herr Jeziorsky.....	1652
Herr Rothe (SPD).....	1652
Herr Reck (SPD)	1652

**Frage 6:
Zukunft des FEW in Blankenburg**

Herr Kasten (PDS)	1652, 1653
Minister Herr Dr. Rehberger.....	1653

**Frage 7:
Raumbedarf des Landesverwaltungs-amtes**

Frau Dirlich (PDS)	1653
Minister Herr Jeziorsky.....	1654

**Frage 8:
Kosten für die Errichtung des Landes-verwaltungsamtes**

Herr Dr. Thiel (PDS).....	1654
Minister Herr Jeziorsky.....	1654

**Frage 9:
Personalentwicklung beim Aufbau des Landesverwaltungsamts**

Herr Gallert (PDS).....	1654
Minister Herr Jeziorsky.....	1654

Frage 10:	Frau Dr. Hüskens (FDP)	1662
Förderung von Dachverbänden	Beschluss	1663
Frau von Angern (PDS)	1655	
Minister Herr Kley	1655	
Frage 11:		
Halbtagsregelungen nach Kinderförderungsgesetz - Frage-Antwort-Katalog des Sozialministeriums		
Frau Tiedge (PDS)	1655	
Minister Herr Kley	1656	
Frage 12:		
Integration von behinderten Kindern		
Herr Schwenke (CDU)	1656	
Minister Herr Kley	1656	
Frage 13:		
Integrative Kindertageseinrichtungen		
Herr Kurze (CDU)	1657	
Minister Herr Kley	1657	
TOP 6		
Zweite Beratung		
Entwurf eines Gesetzes über die Juristenausbildung (JAG)		
Gesetzentwurf der Landesregierung		
- Drs. 4/664		
Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht und Verfassung - Drs. 4/873		
(Erste Beratung in der 17. Sitzung des Landtages am 10.04.2003)		
Frau von Angern (Berichterstatterin)	1663	
Beschluss	1663	
TOP 11		
Beratung		
Vollzug des laufenden Haushaltjahres 2003		
Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 4/850		
Herr Bullerjahn (SPD)	1658, 1662	
Minister Herr Prof. Dr. Paqué	1660	
Herr Gallert (PDS)	1660	
Herr Maertens (CDU)	1661	
TOP 12		
Beratung		
Schulfahrten		
Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 4/851		
Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 4/896		
Herr Bischoff (SPD)	1669, 1673	
Minister Herr Prof. Dr. Olbertz	1670	
Herr Dr. Volk (FDP)	1672	
Frau Dr. Hein (PDS)	1672	
Herr Dr. Schellenberger (CDU)	1673	
Beschluss	1674	
TOP 15		
Beratung		
Finanzzuweisungen des Bundes im Kulturbereich		
Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU - Drs. 4/854 neu		
Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drs. 4/895		
Änderungsantrag der Fraktion der PDS - Drs. 4/899		
Herr Kehl (FDP)	1664	
Minister Herr Prof. Dr. Olbertz	1665	
Herr Gebhardt (PDS)	1666	
Herr Schomburg (CDU)	1667	
Herr Reck (SPD)	1667	
Beschluss	1669	
TOP 16		
Beratung		
Finanzielle Sicherheit für Frauenschutzhäuser in Sachsen-Anhalt		
Antrag der Fraktion der PDS - Drs. 4/856		
Frau Ferchland (PDS)	1674	
Minister Herr Kley	1675	
Herr El-Khalil (CDU)	1676	
Frau Fischer (Leuna) (SPD)	1677	
Frau Seifert (FDP)	1678	
Beschluss	1678	

Beginn: 10.03 Uhr.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne hiermit die 23. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der vierten Wahlperiode. Dazu begrüße ich Sie auf das Herzlichste.

Ich stelle zunächst die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Ich darf Ihnen die Entschuldigungen von Mitgliedern der Landesregierung bekannt geben. Herr Ministerpräsident Professor Dr. Böhmer ist am heutigen Tage bis 13.30 Uhr abwesend aufgrund der Teilnahme am Richtfest beim Umweltbundesamt in Dessau. Des Weiteren wird der Herr Ministerpräsident am Freitag bis 15 Uhr wegen eines Gesprächstermins in Berlin in seiner Eigenschaft als Präsident des Bundesrates nicht anwesend sein können.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren! Ich bitte um etwas Ruhe.

Herr Minister Professor Dr. Olbertz lässt sich wegen der Unterzeichnung der Verwaltungsvereinbarung „Kulturelles Hilfsprogramm im Rahmen des Aufbaufonds Fluthilfe“ in Berlin am 4. Juli, also am morgigen Tag, ab 13 Uhr entschuldigen.

Herr Staatsminister Robra entschuldigt sich für die Sitzung am morgigen Tag bis 13 Uhr. Er hält ein Grußwort anlässlich einer Veranstaltung zum zehnjährigen Bestehen der juristischen Fakultät in Halle.

Herr Minister Kley entschuldigt sich für die heutige Plenarsitzung bis 16 Uhr wegen der Gesundheitsministerkonferenz in Chemnitz sowie ganztägig für die Sitzung des Landtages am Freitag aufgrund von Verhandlungen zum Gesundheitssystem-Modernisierungsgesetz in Berlin.

Herr Minister Becker entschuldigt sich am morgigen Tag ab 14 Uhr. Er wird im Auftrag des Ministerpräsidenten die Grußworte der Landesregierung anlässlich der gemeinsamen Tagung der Synoden der Evangelisch-lutherischen Kirche Thüringens und der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen überbringen.

Nun zur Tagesordnung. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Tagesordnung für die 13. Sitzungsperiode des Landtages liegt Ihnen vor.

Bitte, Herr Gürth.

Herr Gürth (CDU):

Herr Präsident, um sicherzustellen, dass zu den entsprechenden Tagesordnungspunkten die Fachminister auch anwesend sind und dazu sprechen können, haben sich die Fraktionen darauf verständigt, eine leichte Veränderung in der Tagesordnung vorzunehmen. Das würde die Tagesordnungspunkte 15, 12 und 16 betreffen. Wenn diese hinter den Tagesordnungspunkt 7 am heutigen Tag vorgezogen würden, wäre dies gewährleistet. Alle nachfolgenden Tagesordnungspunkte würden sich entsprechend verschieben mit Ausnahme der für eine bestimmte Zeit festgesetzten.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Gürth, mir ist von Ihnen vorhin signalisiert worden, dass die Reihenfolge anders sein sollte, nämlich 15, 12 und 16.

Herr Dr. Püchel, bitte.

Herr Dr. Püchel (SPD):

Von unserer Seite ist Einverständnis vorhanden. Es gibt nur ein Problem: Herr Bullerjahn müsste bei Punkt 11 anwesend sein. Er ist der Einbringer. Deshalb müsste dieser Tagesordnungspunkt noch heute behandelt werden. Es muss gewährleistet sein, dass das heute noch an die Reihe kommt.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Dr. Püchel, Tagesordnungspunkt 11 würde ohnehin am morgigen Tag behandelt werden.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Wieso? - Frau Budde, SPD: 11 ist heute!)

Die Tagesordnungspunkte 8, 10 und 11 sollen morgen nach Tagesordnungspunkt 9 behandelt werden, weil die Tagesordnungspunkte 15, 12 und 16 heute in der vorgeschlagenen Reihenfolge vorgezogen werden sollen.

Herr Dr. Püchel, bitte noch einmal.

Herr Dr. Püchel (SPD):

Herr Präsident, wenn das so ist, können wir das nicht mittragen.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Bitte, Herr Gürth, zu einem Vorschlag.

Herr Gürth (CDU):

Es besteht ja die Möglichkeit, den Tagesordnungspunkt 11 unmittelbar nach der Fragestunde zu behandeln. Dann wäre dies auf jeden Fall sichergestellt.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Gibt es dagegen Widerspruch, den Tagesordnungspunkt 11 heute unmittelbar nach der Fragestunde zu behandeln? - Dagegen gibt es keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

Wir würden also wie folgt verfahren: Heute verhandeln wir nach der Fragestunde zunächst den Tagesordnungspunkt 11, dann die Tagesordnungspunkte 6 und 7, danach die Tagesordnungspunkte 15, 12 und 16 und morgen nach Tagesordnungspunkt 9 die Tagesordnungspunkte 8 und 10. Gibt es darüber Einverständnis? - Ich stelle Einverständnis fest.

Nun könnte es allerdings passieren, dass der Tagesordnungspunkt 16 heute nicht mehr verhandelt werden kann. Dann müssten wir, wenn wir zeitlich nicht hinkommen, den Tagesordnungspunkt 7 auf den morgigen Tag verlegen und damit nach Tagesordnungspunkt 9 die Tagesordnungspunkte 7, 8 und 10 behandeln. Gibt es dazu Einverständnis? - Dann verfahren wir so.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fraktionen der PDS und der CDU haben fristgemäß für die Aktuelle Debatte zwei weitere Themen eingereicht, und zwar einen Antrag der Fraktion der PDS zum Thema „Vorziehen der dritten Steuerreformstufe nicht auf Kosten der Länder und Gemeinden“ in Drs. 4/874 und einen Antrag der Fraktion der CDU zum Thema „Hohe Kostenbelastungen in der chemischen Industrie - Gefährdung einer erfolgreichen Wachstumsbranche“ in der

Drs. 4/875. Diese beiden Themen werden heute als Tagesordnungspunkte 1 b und 1 c behandelt.

Im Ältestenrat wurde, wie gesagt, vereinbart, die Tagesordnungspunkte 5 und 9 am Freitag als erste Tagesordnungspunkte zu behandeln. Ansonsten verfahren wir so, wie es festgelegt wurde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Debatte

Es liegen, wie bereits erwähnt, drei Beratungsgegenstände vor. In der Aktuellen Debatte beträgt die Redezeit für jede Fraktion zehn Minuten. Auch die Landesregierung hat eine Redezeit von zehn Minuten.

Ich rufe das erste Thema auf:

Ein modernes Zuwanderungsrecht für Deutschland

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 4/871

Für die Debatte wurde folgende Reihenfolge vorgeschlagen: Zunächst erteile ich der FDP-Fraktion als Antragsteller das Wort. Danach sprechen die Fraktionen der SPD, der CDU und der PDS. Ich bitte Sie, das Wort zu ergreifen, Herr Abgeordneter Kosmehl.

Herr Kosmehl (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Ein neues Zuwanderungsrecht für Deutschland“ - unter dieser oder so ähnlich formulierten Überschriften begannen die Parteien vor ca. drei Jahren die öffentliche Diskussion über die Zuwanderung in Deutschland. Heute können wir feststellen: Was damals hoffnungsvoll mit Akt 1 begann, dem Bericht der Süssmuth-Kommission, hat insbesondere im Verlauf der letzten 18 Monate mehrere tragische Akte hinzubekommen, sodass heute zu befürchten ist, dass die Reform des Zuwendungsrechts im letzten Akt doch noch sterben könnte.

Vielen ist noch die Abstimmung im Bundesrat in Erinnerung, bei der in verfassungswidriger Weise eine Zustimmung zum rot-grünen Zuwanderungsgesetz erwirkt wurde. Zugegebenermaßen, dieser Akt war nicht nur tragisch, er hatte fast schon komische Sequenzen. Die rot-grüne Freude wähnte nur 273 Tage. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts gab es viele Verlierer. Das Verfassungsorgan Bundesrat hat an Ansehen verloren, die Politik sicherlich an Glaubwürdigkeit. Vielleicht hat auch Deutschland verloren, weil kein homogenes Zuwanderungsrecht zustande gekommen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Deutschland ist ein Einwanderungsland, zumindest ein faktisches. Die Zuwanderung nach Deutschland findet statt. Dies ist eine Tatsache, die nicht länger wegdiskutiert werden kann und nicht länger wegdiskutiert werden darf. Gerade weil viele das wissen, müssen wir die Zuwanderung steuern und, wo es rechtlich möglich ist, auch begrenzen. Ist es nicht sinnvoller, die Zuwanderung dort, wo es möglich ist, nach unseren Vorstellungen, den Bedürfnissen und nationalen Interessen zu regeln und zu steuern?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir brauchen endlich ein modernes Gesetz zur Steuerung der Zuwan-

derung und zur Regelung der Integration. Aber - dies sage ich an dieser Stelle auch deutlich - die FDP-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt lehnt eine Aufsplittung in einen Gesetzesteil Zuwanderung und einen Gesetzesteil Integration, wie es Niedersachsen vorgeschlagen hat, ab. Der saarländische Ministerpräsident Peter Müller sagte in einem Interview mit der Zeitung „Die Welt“ - ich zitiere -: „Zuwanderung und Integration gehören zusammen.“ Dem schließe ich mich an.

Die Zuwanderung und die Integration der Zugewanderten sind auch für Sachsen-Anhalt von Bedeutung. Auch wenn der Anteil der im Land lebenden Ausländer mit 1,8 % gering erscheint und Sachsen-Anhalt ein geringer Anteil der nach Deutschland Zugewanderten zugewiesen wird, sind die Folgen und die Auswirkungen eines Zuwanderungsgesetzes gleichwohl spürbar.

Es sollte Anspruch einer verantwortungsvollen Politik auch in diesem Land sein, so viele Migranten wie möglich voll in die hiesige Gesellschaft zu integrieren, auch weil es der Arbeitsmarkt erfordert wird, auf qualifizierte Zuwanderer zurückzgreifen zu können. Zuwanderung bedeutet sowohl für diejenigen, die zuwandern wollen, als auch für die aufnehmende Gesellschaft eine Herausforderung, die beiden Seiten Anstrengungen abverlangt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade weil Vertreter aller Parteien die Notwendigkeit einer Reform nie infrage stellten, standen auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Chancen für einen parteiübergreifenden Kompromiss nicht schlecht - so hätte man meinen können.

Die Realität ist: Die Chance wurde bisher nicht ergriffen. Nach einem Schuldigen zu suchen ist müßig. Fakt ist aber: Die rot-grüne Bundesregierung hat das aufgehobene Zuwanderungsgesetz in nahezu unveränderter Fassung in den Bundestag eingebracht und mit ihrer dortigen Stimmenmehrheit beschlossen, obwohl sie wusste, dass die im Bundesrat vorhandene Mehrheit von CDU- und FDP-regierten Ländern das Vorhaben inhaltlich nicht mittragen würde. Dem Bundesrat blieb also nichts anderes übrig, als den Gesetzentwurf am 20. Juni dieses Jahres zurückzuweisen.

Meine Damen und Herren! Musste es so kommen? Gab es keine anderen Alternativen? - Zeitgleich mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung hat die FDP-Bundestagsfraktion einen Gesetzentwurf zur Beratung im Bundestag vorgelegt, mit dem die FDP - als einzige Partei im Übrigen - die Chance für einen parteiübergreifenden Kompromiss in der festgefahrenen Diskussion suchte.

Kernpunkte des Zuwanderungssteuerungs- und Integrationsgesetzes sind Regelungen für mehr Steuerung der Zuwanderung, für mehr Integration und weniger Verwaltungsbürokratie bei der Zuwanderung. Lassen Sie mich an dieser Stelle auf je einen Vorschlag aus dem Bereich der Zuwanderung und aus dem Bereich der Integration genauer eingehen, bei denen sich die Vorschläge der FDP vom Gesetzentwurf der Bundesregierung unterscheiden.

Wir brauchen ein flexibles rechtliches Instrumentarium für die nach unseren Bedürfnissen gesteuerte Zuwanderung von ausländischen Fachkräften auf unseren Arbeitsmarkt. Dabei müssen deutsche und, ihnen gleichgestellt, EU-Arbeitnehmer stets Vorrang genießen.

Daher sind wir der Auffassung, dass auch für den Bereich der Arbeitsmarktmigration eine Jahreszuwanderungsquote gelten sollte. Diese trägt dem Umstand Rechnung,

dass nicht allein die wirtschaftliche Nachfrage die Höhe der Arbeitsmigration bestimmen kann, sondern auch die Integrations- und Aufnahmefähigkeit des Landes eine wichtige Rolle spielen muss. Die Jahreszuwanderungsquote würde jährlich durch eine Rechtsverordnung der Bundesregierung festgelegt werden, die der Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates bedürfte.

Mit dem von uns vorgeschlagenen Zwei-Türen-Modell soll zwischen der Zuwanderung als Flüchtling im Rahmen des Asylverfahrens und der Zuwanderung als Arbeitnehmer unterschieden werden. Der Migrant soll sich zukünftig entscheiden, welche Art er wählt, da sich beide Arten ausschließen müssen.

Im Bereich der Integration geht die FDP von der Notwendigkeit einer umfassenden Integrationsregelung durch eine flächendeckende Einführung von Orientierungssprachkursen aus, und zwar auch für diejenigen Zuwanderer, die schon heute bei uns leben. Dazu schlagen wir vor, einen Teilnahmeanspruch auf die Integrationskurse auch für die Ausländer einzuführen, die eine Aufenthaltsberechtigung oder eine Aufenthaltserlaubnis nach dem bisher geltenden Ausländerrecht für weniger als sechs Jahre haben.

Damit wird die aus unserer Sicht wichtige nachholende Integration gesetzlich verankert. Es ist daher für mich ein absolut unverständliches Versäumnis des wieder eingebrochenen rot-grünen Gesetzentwurfes, dass sich die Integrationskurse nur an die Neuzuwanderer richten, während schon hier lebende Ausländer nach dem Erlassen der Verwaltung mit eventuell frei bleibenden Kursplätzen abgespeist werden sollen. Aus diesem Grunde sollten wir die nachholende Integration gesetzlich verankern.

Meine Damen und Herren! Wenn wir ein Zuwanderungsrecht schaffen, müssen wir gleichzeitig eine Integrationspflicht vorsehen. Verstehen Sie mich nicht falsch: Es geht nicht darum, Migranten ihrer Identität oder ihrer Kultur zu berauben. Es geht vielmehr darum, ihnen die Anpassung zu erleichtern. Daher schlagen wir vor, dass sie verpflichtend an Integrationskursen teilnehmen müssen. Die Nichtteilnahme soll Sanktionen, zum Beispiel Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis, auslösen können.

Meine Damen und Herren! Auch für die Integrationskurse muss klar geregelt werden, wer die Kosten zu tragen hat. Wir meinen, dass der Bund für den BasisSprachkurs und den Orientierungssprachkurs zuständig sein sollte, aber auch - das ist neu - für die Kinderbetreuung und für die sozialpädagogische Betreuung während dieser beiden Kursphasen. Darüber hinaus muss auch die unter Umständen notwendige Alphabetisierung vor dem Beginn des BasisSprachkurses auf Kosten des Bundes angeboten werden. Die Länder sollen dagegen wie bisher für die Aufbausprachkurse zuständig sein.

Meine sehr geehrte Damen und Herren! Der Politik bleibt mit dem Verfahren im Vermittlungsausschuss noch eine, auf lange Sicht vielleicht letzte Chance, ein modernes Zuwanderungsrecht zu schaffen. Alle Beteiligten sind aufgefordert, im Vermittlungsausschuss eine Einigung herbeizuführen. Die FDP hat mit dem Entwurf eines Zuwanderungssteuerungs- und Integrationsgesetzes Vorschläge auf den Tisch gelegt, die, wie ich meine, einen belastbaren Konsens aller Beteiligten darstellen würden.

Meine Damen und Herren Kollegen! Ich betone es noch einmal: Ein modernes Zuwanderungs- und Integrations-

gesetz ist längst überfällig. Es ist Zeit, die bestehenden Blockadehaltungen aufzugeben. Es braucht Mut, das anzupacken. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kosmehl. - Meine Damen und Herren! Für die Landesregierung hat jetzt der Minister Herr Dr. Rehberger um das Wort gebeten. Bitte sehr, Herr Minister.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Das ist interessant! Die FDP geht heute vorneweg!)

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wanderungsprozesse sind, wie Sie wissen, in der Menschheitsgeschichte alles andere als eine Ausnahme. Dabei haben sehr unterschiedliche Motive eine Rolle gespielt. Aber meistens waren ökonomische Gründe ganz wesentlich und oft ausschlaggebend.

Die Zielgebiete der Auswanderer, also die Zuwanderungsgebiete haben auf diese Prozesse im Laufe der Jahrhunderte je nach Interessenlage unterschiedlich reagiert. Die Skala reicht von einer großen Aufnahmefähigkeit - im 19. Jahrhundert konnte man jederzeit in die USA einwandern, ohne dass es irgendwelche Probleme gegeben hätte - bis zu massiver Abwehr.

Wenn Sie sich heute die Grenze zwischen den USA und Mexiko anschauen, dann unterscheidet sie sich kaum von der Grenze, die einmal durch Deutschland führte. Allerdings gibt es einen Unterschied hinsichtlich der baulichen Situation: Die deutsch-deutsche Grenze war gesichert gegen die Abwanderung, die Grenze zwischen den USA und Mexiko soll illegale Zuwanderung abwehren. Auch dort spielen ökonomische Gründe eine überragende Rolle.

Deutschland war in den letzten 200 Jahren sowohl ein Auswanderungs- als auch ein Einwanderungsland. Im Kaiserreich sind zum Beispiel in großer Zahl polnische Gastarbeiter in das Ruhrgebiet eingewandert. Das war auch nötig, weil die deutschen Arbeitskräfte nicht im Mindesten ausreichten, um den Bergbau dort aufrechtzuerhalten oder weiterzuentwickeln. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es im Rahmen des wirtschaftlichen Aufstiegs in der westlichen Bundesrepublik eine starke Zuwanderung aus den südlichen Ländern Europas, insbesondere aus Italien und später auch aus der Türkei.

Das große Problem für uns in Deutschland war allerdings, dass ein extrem liberales Asylrecht die ökonomischen Wanderungsprozesse in ganz besonderer Weise belastet hat. Eigentlich beherrschte das Thema „Wirtschaftsflüchtlinge“ die gesamte Zuwanderungsdebatte. Heute leben 7,3 Millionen Ausländer in der Bundesrepublik. Das sind ca. 9 % der Bevölkerung. Verglichen mit anderen europäischen Nationen ist das keine dramatische Zahl.

Allein in den letzten Jahren lag die Zahl der Zuwanderer netto bei einer halben Million Menschen. Wie man sieht, setzt sich dieser Prozess fort. Daraus ergibt sich zwangsläufig die Feststellung, dass Deutschland, unabhängig davon, ob man es förmlich erklärt oder nicht, ein Einwanderungsland ist. Meine Damen und Herren! Das ist lange verdrängt worden, eben unter dem Aspekt, dass

man sich lange Zeit mit dem Missbrauch des Asyls zu beschäftigen hatte.

Aber inzwischen gibt es einen breiten Konsens zwischen den Gewerkschaften, den Arbeitgeberverbänden, den Kirchen und anderen gesellschaftlichen Gruppen darüber, dass wir ein modernes Zuwanderungsgesetz benötigen. Wir benötigen es einfach schon deshalb, weil der Altersaufbau der deutschen Bevölkerung selbst in Ostdeutschland in einigen Jahren Zuwanderungen nötig machen dürfte, um dem Arbeitsmarkt gerecht zu werden und auch um die sozialen Sicherungssysteme aufrechtzuerhalten. Da wir das generative Verhalten der Bürgerinnen und Bürger nicht beeinflussen können und wollen, muss man sich in jedem Fall mit den Problemen und mit den positiven Perspektiven der Zuwanderung auseinander setzen.

Ich habe gestern als Wirtschafts- und Arbeitsminister an die Unternehmen im Lande appelliert, in noch stärkerem Maße als bisher Ausbildungsplätze für die junge Generation bereitzustellen. Aber ich kann heute schon voraussagen, dass wir in wenigen Jahren eine ganz andere Situation haben werden. Dann wird man nämlich händerringend Lehrlinge suchen.

Die Situation ist in Gesamtdeutschland deshalb etwas übertünkt worden, weil Ostdeutschland in der Generation der Jüngerer in den letzten Jahren einen Überschuss - wenn ich das so formulieren darf - zu verzeichnen hatte, der dazu beigetragen hat, das Lehrlingsproblem in Westdeutschland zu lösen. Aber diese Entwicklung dürfte in zwei bis drei Jahren definitiv zu Ende sein. Das wissen wir genau.

Deswegen meine ich, ist es richtig und wichtig, sich mit dem Thema Zuwanderung zu beschäftigen. Der Altersaufbau der Bevölkerung ist eine Größenordnung, die sich so schnell nicht verändern wird.

Meine Damen und Herren! Es ist nur partiell richtig, wenn gesagt wird, dass angesichts einer hohen Arbeitslosigkeit das Thema Zuwanderung keine Rolle spielen dürfe. Wir stellen fest, dass das Anforderungsprofil an neue Arbeitskräfte oft nicht mit dem identisch ist, was von den Arbeitslosen an Leistungen angeboten werden kann. Wir werden zum Beispiel, wie Sie wissen, auf dem flachen Land in wenigen Jahren - auch das steht mehr oder weniger fest - einen Ärztemangel haben - und das trotz einer bis dahin nicht niedrigeren Arbeitslosenquote. Man kann das eine mit dem anderen eben nicht verrechnen.

Es ist interessant - wenn ich das erwähnen darf -, dass selbst in Sachsen-Anhalt mit einer Arbeitslosenquote von über 20 % die Spargelernte und viele andere landwirtschaftliche Vorgänge nur mit Ausländern abgesichert werden können. Ich habe es nicht glauben wollen. Es ist mir aber glaubhaft dargestellt worden, dass bei den verschiedenen Ernten im Jahre 2003 ohne die insbesondere aus Polen kommenden Arbeiter das Problem nicht zu lösen ist. Die deutschen Arbeitsämter sind nicht in der Lage, das Problem mit deutschen Arbeitslosen zu lösen. Das zeigt, dass man hierbei nicht einfach eine Gesamtrechnung aufstellen darf, sondern dass man die Dinge gründlicher untersuchen muss.

Wichtig ist - ich möchte das unterstreichen, was Kollege Kosmehl eben ausgeführt hat -, dass ein Zuwanderungsgesetz die deutschen Interessen, die Interessen unserer Bevölkerung im Vordergrund sieht. Wir müssen uns so verhalten, wie sich andere schon seit langem verhalten,

indem wir die Zuwanderung in der Form steuern, dass sie volkswirtschaftlich für uns hilfreich ist.

Deswegen bedarf es einer ganz klaren Trennung zwischen ökonomisch erwünschter Zuwanderung und dem Asylrecht. Das Asylrecht kann nicht an ökonomische Aspekte anknüpfen, sondern es hat ganz andere Aufgaben.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen ist es wichtig, eine saubere Trennungslinie zu ziehen. Diese Trennlinie kann durch ein solches Zuwanderungsgesetz gezogen werden.

Der Entwurf der Bundesregierung ist ein Entwurf, der, wie Sie wissen, durchaus erhebliche Kompromisselemente enthält. Der saarländische Ministerpräsident Peter Müller und der Bundesinnenminister Otto Schily haben in vielen Punkten einen Konsens erzielt - leider nicht in allen.

Ich möchte deutlich sagen, dass aus meiner Sicht eine Reihe von Regelungen einer gewissen Korrektur bedürfen, weil insbesondere eine Zuwanderung, die ökonomisch erwünscht ist, so verlaufen muss, dass die Integrationsaufgabe sinnvoll gelöst wird. Eine Zuwanderung ohne Integration schafft enorme Probleme für die Zukunft. Deswegen müssen die Integrationsbemühungen im Rahmen eines Zuwanderungsgesetzes besonders nachhaltig herausgestellt werden. Hierzu gibt es sicherlich an der einen oder anderen Stelle Verbesserungsbedarf.

Ich gehe davon aus, dass die Bundesregierung den Vermittlungsausschuss anrufen wird und dass damit der Bund und die Länder in dieser wichtigen Frage die Veranlassung haben, miteinander zu sprechen. Wenn die Bundesregierung in den relativ wenigen Punkten, die jetzt noch strittig sind, Kompromissbereitschaft zeigt, bin ich der Überzeugung, dass wir ein modernes und gutes Zuwanderungsgesetz bekommen werden.

Dieses Zuwanderungsgesetz wird insbesondere dazu beitragen, unsere ökonomischen Probleme zu lösen. Diese Probleme müssen wir lösen, wenn wir nicht zusätzliche krisenhafte Entwicklungen herausbeschwören wollen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren! Begrüßen Sie mit mir Damen und Herren des CDU-Ortsverbandes Osterburg.

(Beifall im ganzen Hause)

Für die SPD-Fraktion erteile ich nun der Abgeordneten Frau Krimhild Fischer das Wort. Bitte sehr, Frau Fischer.

Frau Fischer (Naumburg) (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es interessant, dass zum Thema Zuwanderung für die Landesregierung heute Minister Rehberger gesprochen hat. Mich hätte dazu die Meinung des Herrn Innenministers interessiert.

(Beifall bei der SPD und bei der PDS)

Aber wahrscheinlich haben Sie nicht den Mut, Ihre Position hier darzustellen.

(Zuruf von Minister Herrn Dr. Daehre)

Meine Damen und Herren! Es ist erfreulich, dass die FDP-Fraktion der Auffassung ist, dass die Schaffung eines modernen Zuwanderungsgesetzes für Deutschland unabdingbar sei. Es ist erfreulich, dass die FDP-Fraktion an einem Meinungsaustausch über den Fortgang und die Entwicklung der Zuwanderung geeigneter Fachkräfte, insbesondere im Hinblick auf Sachsen-Anhalt, also unser Bundesland, interessiert ist. Von daher begrüße ich es, dass die FDP-Fraktion diese Aktuelle Debatte beantragt hat.

Ich finde es richtig und gut, dass wir uns im Landtag auch mit dem Thema Zuwanderung auseinander setzen. Allerdings kann ich die Begründung bzw. den angeführten Anlass für die Debatte nicht ganz nachvollziehen. In dem ersten Satz der Begründung des Antrages auf Durchführung einer Aktuellen Debatte heißt es:

„Das Thema Zuwanderung hat durch die Behandlung in der 789. Sitzung des Bundesrates vom 20. Juni 2003 erneut Aktualität erlangt.“

Meine Damen und Herren! Mit der Sitzung des Bundesrates hat das Thema keine Aktualität erlangt. Das von der Bundesregierung erneut eingebrachte Zuwanderungsgesetz hat in dieser besagten Sitzung keine Mehrheit gefunden und wurde deshalb an den Vermittlungsausschuss überwiesen. Auch das Land Sachsen-Anhalt hat dem vorgelegten Gesetzentwurf nicht zugestimmt. Wo bitte, werte Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion, war zu diesem Zeitpunkt Ihre Stimme?

(Zustimmung bei der SPD)

Im Vorfeld der Beratung des Bundesrates hätten Sie als Koalitionspartner Ihren Einfluss geltend machen können. Da dieser Einfluss aber wahrscheinlich nicht sehr stark ist, hätten Sie darüber vor dem 20. Juni 2003 im Landtag debattieren müssen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der FDP)

Das hätten Sie zum Beispiel mit einem Antrag tun können, der die Landesregierung auffordert, im Bundesrat dem Zuwanderungsgesetz zuzustimmen.

(Zustimmung bei der SDP - Herr Scharf, CDU:
Das will die FDP gar nicht!)

Denn dann hätte die Landesregierung wahrscheinlich die Mehrheit der Stimmen dieses Parlamentes für ein Zuwanderungsgesetz mit auf den Weg nehmen müssen.

(Zustimmung von Frau Budde, SPD - Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

Sehr wahrscheinlich braucht die FDP-Fraktion die Rückenstärkung dieses Parlamentes und somit auch die Rückenstärkung der Opposition für die Meinungsfindung in der Landesregierung in Bezug auf die bevorstehenden Verhandlungen im Vermittlungsausschuss. Dabei sind wir natürlich gern behilflich.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Ich möchte Ihnen kurz die Chronologie des Zuwanderungsgesetzes vor Augen führen, denn daran lässt sich deutlich machen, wie schwer sich ein so hoch zivilisiertes Land wie Deutschland mit einem so wichtigen Thema tut. Im Juni 2000 legt die FDP-Fraktion als erste Fraktion einen Gesetzentwurf vor. Im Juli 2000 beruft Innenminister Otto Schily eine Zuwanderungskommission. Rita Süßmuth erhält den Vorsitz. Im November 2000 präsentieren die Grünen ihr Modell. Im Juni 2001 verabschiedet die CDU ihr Konzept und die PDS

stellt ihre Eckpunkte vor. Am 4. Juli 2001 legt die Expertenkommission unter Leitung von Rita Süßmuth ihren Bericht vor. Fazit: Deutschland braucht Zuwanderung.

Zwei Tage später, am 6. Juli 2001, beschließt die SPD-Fraktion die Eckpunkte für ein Zuwanderungsgesetz. Am 30. Juli 2001 stellt Otto Schily den Referentenentwurf für ein Zuwanderungsgesetz vor und am 7. November 2001 beschließt das Bundeskabinett diesen Gesetzentwurf. In der ersten Lesung am 13. Dezember 2001 bleibt die Union bei ihrem Nein und meldet in 70 bis 80 Punkten einen Nachbesserungsbedarf an.

Am 16. Januar 2002 findet die Anhörung vor dem Innenausschuss des Bundestages statt. Fast alle 17 Experten unterstützen das Gesetz. Im Februar 2002 macht die rot-grüne Koalition der Union weitere Zugeständnisse und nimmt zahlreiche Forderungen auf. Am 1. März 2002 verabschiedet der Bundestag das Zuwanderungsgesetz der rot-grünen Bundesregierung. Am 22. März 2002 stimmt der Bundesrat diesem Gesetz zu. Am 20. Juni 2002 unterschreibt Johannes Rau als Bundespräsident das Gesetz.

Am 18. Dezember 2002 gibt das Bundesverfassungsgericht der Normenkontrollklage von sechs unionsgeführten Ländern gegen das Zustandekommen des Gesetzes im Bundesrat statt. Damit konnte das Zuwanderungsgesetz zum 1. Januar 2003 nicht in Kraft treten.

Seit dem 4. Juli 2001 - das ist auf den Tag genau fast zwei Jahre her - sind sich alle Experten einig, dass Deutschland aus Gründen des Arbeitsmarktes, aber auch aus Gründen der Überalterung eine Zuwanderung braucht. Seit August 2001 begrüßen die Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Kirchen usw. den bis dahin vorgelegten Entwurf.

Es besteht kein Zweifel, dass wir Zuwanderung brauchen. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse auch im Bundesrat dauert das Gesetzgebungsverfahren schon drei Jahre, und ich meine, das ist kein Aushängeschild für die Politik.

Allerdings ist es so, dass man in verschiedenen Verbänden und Organisationen auch bei uns in Sachsen-Anhalt doch einen Schritt weiter ist. Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege ist auf dem Weg, ein Bündnis für Zuwanderung und Integration ins Leben zu rufen.

Natürlich wäre es schön, wenn es das Zuwanderungsgesetz bereits gäbe. Aber zum Beispiel die Liga, die sich in ihrer täglichen Arbeit mit der Problematik auseinander setzt, sieht das Bedürfnis zu reagieren, Kräfte zu sammeln, die Zuwanderung und Integration in Sachsen-Anhalt nicht dem Selbstlauf zu überlassen, sondern in einem Bündnis gezielt darauf einzugehen. Die SPD findet die Initiative sehr gut und sie wird sie auch unterstützen.

Auch wenn Sachsen-Anhalt mit 1,7 % neben Thüringen den geringsten Anteil an ausländischer Bevölkerung hat, ist es wichtig zu regeln, wie wir mit der Verpflichtung diesen Menschen gegenüber umgehen. Dafür ist das Zuwanderungsgesetz nötig, das sich auf folgende Schwerpunkte stützt:

- vorbildliche Erfüllung der humanitären Verpflichtungen bei fairer Verfolgung der deutschen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Interessen;
- die neue Migrationspolitik agiert und gestaltet und sie überlässt Zuwanderung nicht dem Zufall;

- wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Migrationspolitik ist eine breite gesellschaftliche und politische Akzeptanz;
- das Schlüsselwort heißt Integration, in deren Blickfeld Zuwandererinnen und Zuwanderer und Einheimische stehen.

Es geht in Deutschland erstmals um ein eigenständiges Gesetz für Zuwanderung und Integration, das Steuerung, aber auch Begrenzung von Zuwanderung beinhaltet. Als wichtigsten Bestandteil dieses Gesetzes sehe ich, dass erstmals in Deutschland die Integration als gesetzliche Aufgabe festgeschrieben wird. Über die Festschreibung von bloßen Sprachkursen hinaus sind Orientierungskurse verbindlich, die in die Rechtsordnung, Kultur und Geschichte unseres Landes einführen.

Für den Erwerb eines dauerhaften Aufenthaltsrechts sind ausreichende Sprachkenntnisse und Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung nachzuweisen. Die Sprachkurse sind verpflichtend festgeschrieben.

Auch wenn klar ist, dass Integration Geld kostet, muss allen Beteiligten bewusst sein, dass das, was an der Integration gespart wird, alle Beteiligten später umso teurer kommt. Sprachkenntnisse sind die Voraussetzung, um sich im Schul- und Berufsleben zu behaupten und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Die Finanzierung der Integrationsmaßnahmen war im Bundesrat einer der Hauptstreitpunkte. Hält man die Integration für wichtig - darin sind wir uns, denke ich, alle einig -, kann man die Verantwortung nicht einfach abschieben.

So sieht die im Gesetzentwurf vorgesehene Kostenteilung zwischen Bund und Ländern aus: Finanzierung der Basissprachkurse und Orientierungskurse und Vollfinanzierung der Integrationsmaßnahmen für die Spätaussiedler durch den Bund, Finanzierung der Aufbausprachkurse durch die Länder und eine Beteiligung der Zuwanderer an den Kosten.

Ein weiteres Kernstück des Zuwanderungsgesetzes ist eine umfassende Neuregelung des Ausländerrechts. Das geltende Ausländerrecht wird durch ein neues Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet ersetzt. Im Zuwanderungsgesetz sind auch die wichtigsten Bestimmungen des Aufenthaltsrechts und des Arbeitserlaubnisrechts für Ausländer zusammengefasst.

Das Gesetz schafft damit klare rechtliche Rahmenbedingungen für die neue arbeitsmarktorientierte Zuwanderung; es wird die Internationalisierung der Hochschulen befördern. Die Zahl der Aufenthaltstitel wird nunmehr auf zwei reduziert, nämlich auf eine Aufenthaltserlaubnis - diese ist befristet - und auf eine Niederlassungserlaubnis - unbefristet. Ich denke, hierin steckt ein großes Stück Deregulierung und Entbürokratisierung, eine große Vereinfachung.

Als weiteren wichtigen Bestandteil des Gesetzes möchte ich noch nennen: Es wird ein Aufenthaltsrecht zu Erwerbszwecken festgeschrieben. Den Erwiderungen von der CDU, dass die Zuwanderung zulasten der Arbeitslosen im Land gehe, möchte ich entgegnen, dass ein so genanntes Vorrangprinzip Inhalt des Gesetzes ist. Das heißt, Arbeitsmigration kann nur stattfinden, wenn ein unabweisbarer Bedarf besteht. Und dieser Bedarf besteht nur, wenn ein Arbeitsplatz dauerhaft nicht mit einem deutschen oder einem EU-Bürger besetzt werden

kann. Diese Regelung wird leider immer wieder gern verschwiegen.

Das Verhalten der CDU wurde in der „Süddeutschen Zeitung“ mit „Zurück in die Gastarbeiterzeit“ betitelt. Es wurden wieder zahlreiche Änderungsanträge im Bundestag und im Bundesrat gestellt. Die CDU verzichtete auf Drängen der FDP auf die Abstimmung über ihre 137 Änderungsanträge im Bundesrat. Dieses Verdienst der FDP muss man anerkennen, auch wenn dies leider dem Gesetz in Gänze nichts genutzt hat und eine Zustimmung nicht erfolgt ist.

Daher schöpfe ich aus der Aktuellen Debatte die Hoffnung, dass die Landesregierung sich nicht verweigert und aktiv den Kompromiss im Vermittlungsausschuss sucht und diesen dann hoffentlich auch unterstützt, indem sie dem Zuwanderungsgesetz in der dann gefundenen Fassung im Bundesrat zustimmt. - Vielen Dank.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Fischer. - Für die CDU-Fraktion erteile ich jetzt dem Abgeordneten Herrn Kolze das Wort. Bitte sehr, Herr Kolze.

Herr Kolze (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie alle haben die Entwicklung um das Zuwanderungsgesetz verfolgt. Nachdem das Bundesverfassungsgericht das Zuwanderungsgesetz im Dezember des vorigen Jahres für verfassungswidrig und daher für nichtig erklärt hatte, brachte die Bundesregierung den nahezu unveränderten Gesetzentwurf erneut in den Bundestag ein. Der Bundestag stimmte dem Gesetz mit den Stimmen der Regierungsmehrheit zu. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 20. Juni dieses Jahres beschlossen, dem Gesetz nicht zuzustimmen. Die Bundesregierung will den Vermittlungsausschuss anrufen.

Meine verehrten Damen und Herren! Kaum ein Bereich der politischen Kultur in Deutschland ist so von Vorurteilen und Emotionalität geprägt wie die Zuwanderungspolitik - und zwar quer durch alle politischen Lager und Parteien.

Zurzeit leben etwa 7,3 Millionen Ausländer in Deutschland. Das sind etwa 9 % der Gesamtbevölkerung. Seit dem Jahr 1991 hat Deutschland einen Einwanderungsüberschuss von etwa 3,8 Millionen Menschen zu verzeichnen, davon über 2,3 Millionen Ausländer. Wie kaum ein anderes Land der Welt hat Deutschland in den vergangenen Jahren Zuwanderer aufgenommen.

Eine nüchterne Betrachtung der Einwanderungsproblematik muss natürlich die Befürchtungen und Ängste der Menschen ernst nehmen. Die sozialen und kulturellen Folgen einer bisher weitgehend ungeregelten und ungesteuerten Einwanderung sind nicht zu unterschätzen.

Das Thema der heutigen Aktuellen Stunde vermittelt den Eindruck, dass Zuwanderung nach Deutschland durch ein „modernes“ Gesetz problemlos zu steuern wäre. Die Realität sieht aber anders aus: Trotz Wirtschaftskrise und eines eher auf Vermeidung von Zuwanderung angelegten Ausländerrechts hat es allein in den letzten zwei Jahren eine Nettozuwanderung von über 500 000 Menschen nach Deutschland gegeben. Dazu werden demnächst noch zahlreiche Arbeitsuchende aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsstaaten kommen, deren Freizügigkeit im Rahmen der EU auf Dauer nicht beschränkt werden kann. Schätzungen gehen von einem

Migrationspotenzial von jährlich ca. 300 000 bis 400 000 Menschen aus.

Die Befürworter des Zuwanderungsgesetzes erwecken den Eindruck, nach der Verabschiedung eines Zuwanderungsgesetzes würden nur noch hoch qualifizierte Zuwanderer kommen. Dies entspricht aber keineswegs den Tatsachen. Durch das Zuwanderungsgesetz wird sich die Zuwanderung im Wege des Familiennachzugs und aus vorgeblich humanitären Gründen noch weiter verstärken.

Die geplante Aufwertung des Status von Ausländern, die eine nichtstaatliche oder geschlechtsspezifische Verfolgung geltend machen, wird ebenso einen weiteren Zuwanderungsanreiz auslösen wie die im Gesetz verankerte Härtefallregelung, wonach - abweichend von den im Gesetz festgelegten Voraussetzungen für einen Aufenthaltstitel - einem Ausländer eine Aufenthalterlaubnis aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen erteilt werden kann. Damit wird eine Privilegierung derjenigen geschaffen, die sich ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Ausreise entziehen. Aufgrund der geplanten Abschaffung der Duldung ist zudem zu erwarten, dass der Personenkreis, der einen Aufenthaltstitel erhält und zum Familiennachzug berechtigt ist, sich erweitert.

Zusätzlich zu der ohnehin stattfindenden und durch das Zuwanderungsgesetz eher noch ausgeweiteten Zuwanderung soll nun der seit dem Jahr 1973 bestehende Anwerbestopp aufgehoben werden und eine arbeitsmarktunabhängige Zuwanderung aus demografischen Gründen ermöglicht werden.

Für eine solche zusätzliche Einwanderung besteht jedoch kein Bedarf. Wir haben in Deutschland zurzeit 4,5 Millionen Arbeitslose und eine nicht beim Arbeitsamt gemeldete „stille Reserve“ von wahrscheinlich zwei Millionen Menschen, die arbeiten würden, würde sich eine Möglichkeit dazu bieten. Wenn man darüber hinaus auch noch die ohne das Zuwanderungsgesetz erfolgende Zuwanderung berücksichtigt, wird es auf absehbare Zeit keinen Arbeitskräftemangel in Deutschland geben.

Meine Damen und Herren! Ein auftretender Mangel an bestimmten Fachkräften ist nicht Ausdruck eines Arbeitskräftemangels, sondern einer Diskrepanz zwischen der Struktur der Arbeitskräfteanfrage und der Struktur des Arbeitskräfteangebots.

(Zuruf von Frau Budde, SPD)

Derartige Funktionsstörungen sind durch eine verbesserte Qualifizierung und Weiterbildung, aber nicht durch Zuwanderung zu lösen.

(Zustimmung von Herrn Gürth, CDU)

Zuwanderung bei weiterhin bestehender Massenarbeitslosigkeit löst letztlich nur einen Verdrängungswettbewerb zulasten einheimischer Arbeitskräfte aus.

(Zustimmung bei der CDU - Frau Budde, SPD: Mittelalter ist das!)

Eine derartige Entwicklung ist nicht hinzunehmen. Darin sind wir uns sicherlich einig.

Unabhängig von der Arbeitsmarktlage gibt die demografische Entwicklung in Deutschland großen Anlass zur Besorgnis. Ein Ausgleich der zu erwartenden demografischen Entwicklung, insbesondere eine Kompensation des Alterungsprozesses ist - darin sind sich die Bevölke-

rungswissenschaftler einig - durch eine verstärkte Zuwanderung nicht zu erwarten.

(Zustimmung von Frau Weiß, CDU)

Der Zuwanderung kann in diesem Zusammenhang allenfalls eine abmildernde Wirkung zukommen. Durch Zuwanderung kann auch kein dauerhafter Ausgleich für die zurückgehenden Geburtenzahlen in Deutschland erreicht werden, zumal sich erfahrungsgemäß die durchschnittliche Kinderzahl von Zuwanderern derjenigen der einheimischen Bevölkerung mit der Zeit anpasst.

Darüber hinausgehende bevölkerungspolitische Ziele sind durch Zuwanderung nicht erreichbar. Das hierfür erforderliche Maß an Zuwanderung würde die Grenzen der Aufnahmefähigkeit und Bereitschaft Deutschlands eindeutig überschreiten, da schon die derzeitige Nettozuwanderung von etwa 200 000 Personen pro Jahr große Integrationsprobleme aufwirft. Vielmehr ist auf Dauer eine kinder- und familienfreundliche Politik gefordert.

Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich näher auf die Situation im Land eingehen. Das Land leidet unter einem erheblichen Bevölkerungsrückgang. Da scheint der Gedanke nahe liegend, sich für eine möglichst umfassende Zuwanderung stark zu machen.

Eine solche Argumentation greift jedoch zu kurz. In Sachsen-Anhalt leben knapp 50 000 Ausländer, nur etwa 5 000 bis 6 000 von ihnen gehen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt bei etwa 40 %. Dies zeigt, dass die Integration der hier lebenden Ausländer in Gesellschaft und Arbeitsmarkt bisher nur sehr unzureichend gelungen ist.

Auch die Zahl der arbeitslosen Spätaussiedler ist hoch. Spätaussiedler müssen sich oft auf eine dauerhafte Abhängigkeit von der Sozialhilfe einstellen, wenn sie nicht jung, überdurchschnittlich qualifiziert und beweglich sind.

Es wäre fahrlässig, eine verstärkte Zuwanderung zu propagieren, wenn schon die Integration der bisherigen Zuwanderer nicht gelingt. Erfolgreiche Integrationspolitik darf die Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft nicht überfordern, um die Akzeptanz bei der einheimischen Bevölkerung zu schaffen bzw. zu erhalten. Insofern ist eine weitere Zuwanderung nur in dem Maße vertretbar, wie die Integration bereits Zugewanderter gelingt. Die Integration der bereits hier lebenden Zuwanderer muss Vorrang haben, um ein ausgewogenes gesellschaftliches Miteinander zwischen Deutschen und Zuwanderern zu schaffen und Probleme zu lösen.

Meine Damen und Herren! Bei allen Anstrengungen des Landes darf aber nicht vergessen werden, dass der Bund die Verantwortung für die Zuwanderung nach Deutschland trägt. Er muss sich daher auch im Bereich der Integration der Zuwanderer seiner Verantwortung stellen und darf die Kosten der Integration nicht auf die Länder und Kommunen abwälzen.

(Frau Fischer, Naumburg, SPD: Macht er ja nicht!)

Insbesondere muss er die Kosten für die im Zuwanderungsgesetz vorgesehenen Sprachkurse und die in diesem Zusammenhang notwendigen Betreuungsmaßnahmen tragen.

Das Eintreten für Zuwanderung gilt oftmals als Ausdruck einer fortschrittlichen Haltung. In der Begründung des Antrages für die heutige Debatte wird ausgeführt, dass

auch Sachsen-Anhalt zum Beispiel in der IT-Branche oder im Gesundheitswesen in Kürze auf ausländische Arbeitnehmer angewiesen sein wird. In der Tat sind die Schwierigkeiten von Ärzten im ländlichen Raum, Nachfolger für ihre Praxen zu finden, Besorgnis erregend.

Ist es aber fortschrittlich, diesem Problem zu begegnen, indem Mediziner aus weniger wohlhabenden Ländern angeworben werden, um diese Lücke zu schließen? - Doch wohl nicht; denn diese Länder dürften kaum unter einer medizinischen Überversorgung leiden. Vielmehr werden dadurch Ausbildungslasten auf ärmere Staaten abgewälzt.

(Frau Budde, SPD: So viel Scheinheiligkeit auf einmal! Das gibt es nicht!)

Eine verantwortungsbewusste und fortschrittliche Politik liegt wohl eher darin, die Absolventen der medizinischen Fakultäten in Halle und in Magdeburg zum Bleiben im Lande zu bewegen.

Auch die Situation in der IT-Branche ist kein zwingendes Argument für die Notwendigkeit eines Zuwanderungsgesetzes. Vielmehr zeigt gerade die Greencard-Episode, die sich als relativ kurzatmiger Aktionismus erwiesen hat, dass zwar durchaus ein Bedarf der Wirtschaft an hoch qualifizierten ausländischen Arbeitskräften besteht, dieser Bedarf jedoch begrenzt ist und daher keine generelle Aufhebung des Anwerbestopps rechtfertigt.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Abgeordneter Kolze, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Rothe zu beantworten?

Herr Kolze (CDU):

Nein, da meine Redezeit zu Ende ist, möchte ich mit wenigen Sätzen zum Ende kommen.

Nur eine Zuwanderungspolitik, die sich an der Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft orientiert, gewährleistet, dass sich unsere Bürger auch in Zukunft in ihrer Heimat zu Hause fühlen können. Mit einem Zuwanderungskonzept ist es daher nicht getan. Korrespondierend hierzu brauchen wir ein umfassendes Integrationskonzept, dessen Finanzierung vom Bund sicherzustellen ist, damit Zuwanderung nicht nur Belastung, sondern auch Bereicherung ist. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Abgeordneter Kolze, möchten Sie noch eine Frage des Herrn Abgeordneten Dr. Püchel beantworten?

Herr Kolze (CDU):

Nein.

(Frau Budde, SPD: Feige ist das!)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Meine Damen und Herren! Als letztem Redner erteile ich für die PDS-Fraktion dem Abgeordneten Herrn Gärtner das Wort. Bitte sehr, Herr Gärtner.

Herr Gärtner (PDS):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun hat die von der FDP-Fraktion beantragte Aktuelle Debatte stattgefunden. Die FDP-Fraktion hat geredet, die Landesregierung in Person von Herrn Rehberger hat geredet

(Zuruf von Frau Budde, SPD)

und jetzt hat noch der Koalitionspartner geredet. Ich muss Ihnen aber sagen, ich bin nach der Debatte nicht ein bisschen schlauer, was die Position der Koalition im Bundesrat anbetrifft und was die Position der Bundesregierung im Bundesrat anbetrifft.

(Beifall bei der PDS und bei der SPD - Herr Gürth, CDU: Das ist doch eindeutig!)

Insofern haben wir einen netten Meinungsaustausch geführt, aber eigentlich hätten Sie sich die Debatte auch sparen können.

(Herr Gürth, CDU: Was ist eine Aktuelle Debatte sonst, außer einem Meinungsaustausch? Das ist doch logisch!)

Ich komme zu meinem Redebeitrag. Den Meinungsaustausch, meine sehr verehrten Damen und Herren, den Sie einfordern, den gibt es seit Jahrzehnten in der Bundesrepublik Deutschland, nur leider ohne Ergebnis. Insofern ist es traurig, was hier eben stattgefunden hat.

(Beifall bei der PDS und bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Es geht um die Installierung eines modernen Zuwanderungsgesetzes; darüber wird seit Jahrzehnten geredet. Dass es nicht zustande gekommen ist, dafür tragen im Wesentlichen CDU und FDP durch ihre Blockadepolitik die Verantwortung.

Anstatt dass wir heute in einer Aktuellen Debatte wiederholt ergebnislos diskutieren, wie ich bereits gesagt habe, hätten Sie, meine Damen und Herren der FDP-Fraktion, durch eine Zustimmung zu unserer Initiative, der Einsetzung einer Härtefallkommission im Land, einen konkreten Beitrag leisten, ein Signal für eine menschlichere Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik setzen können.

(Beifall bei der PDS und bei der SPD)

Anstatt ergebnislos in der Aktuellen Debatte zu diskutieren, hätten Sie seit Beginn Ihrer Koalition die Zeit nutzen können, um Ihren Koalitionspartner zur Aufgabe seiner Blockadehaltung bezüglich der Schaffung eines modernen Zuwanderungsgesetzes zu bewegen. Insofern erscheint diese Debatte eher als Alibiveranstaltung der FDP-Fraktion ohne ein konkretes Ergebnis.

(Beifall bei der PDS und bei der SPD - Frau Budde, SPD: Weniger!)

Ich will trotzdem die Zeit nutzen, um einige Grundpositionen der PDS zu verdeutlichen. Die PDS war und ist der Meinung, die Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland. Das bedeutet, wir brauchen ein Einwanderungsrecht, aber keine Blockaden. Die PDS-Fraktion im Bundestag hat vor Jahresfrist übrigens mit Nein gestimmt, allerdings aus konträr anderen Gründen als die Opposition zur Rechten.

Der rot-grüne Entwurf war uns im Zuwanderungsteil zu regressiv und im Asyl- bzw. Flüchtlingsteil zu repressiv. Das hatte bekannte Gründe; denn Bundesinnenminister

Schily hatte so lange einen Kompromiss mit der CDU/CSU gesucht, bis Rot-Grün zur Unkenntlichkeit verfälscht war.

Die PDS hat andere Maßstäbe. Unsere erste Prüffrage hieß: Gelingt mit dem Zuwanderungsgesetz ein Paradigmenwechsel? Schaffen wir ein Bürgerrecht, bei dem nicht die Verwertbarkeit des Menschen, sondern das Menschsein im Vordergrund steht?

Unsere zweite Prüffrage lautete: Sucht die Bundesrepublik mit dem Zuwanderungsgesetz Anschluss an internationale Normen oder verharrt sie in einem völkischen Zustand aus dem vorigen Jahrhundert?

(Zuruf von Herrn Scharf, CDU)

Unsere dritte Prüffrage war: Werden mit dem Zuwanderungsgesetz endlich willkürliche Regeln abgeschafft, die nichtdeutsche Bürgerinnen und Bürger noch immer zu Menschen zweiter Klasse degradieren?

(Beifall bei der PDS)

Leider müssen wir einen politischen Rechtsruck verzeichnen, was bei diesem Thema heißt: Jene Parteien, die kein modernes Zuwanderungsrecht wollen, jene Parteien, die auch fremdenfeindliche Parolen nicht scheuen, jene Parteien, die Menschen in nützliche, unnütze und schädliche einteilen, genau die haben im Bundesrat eine Blockademehrheit.

CDU und CSU machen auch keinen Hehl daraus, dass sie diese Blockademehrheit kräftig nutzen wollen. Nun kenne ich Stimmen, die meinen: besser gar kein Zuwanderungsgesetz als ein Gesetz, das von CDU und CSU diktiert wurde. - Das kann ich gut nachvollziehen. Das hilft aber den Betroffenen nicht.

Deshalb werbe ich dringend dafür: Lassen Sie uns wenigstens im humanen Bereich rechtliche Standards setzen; dies ist überfällig. Ich beschränke mich daher heute auf Grundforderungen, die auch von Flüchtlings- und Migrantengruppen zu Recht erhoben werden.

Erstens. Der Familiennachzug in die Bundesrepublik muss für alle Kinder möglich sein, das heißt nach dem geltenden Familienrecht für alle Kinder bis zum Alter von 18 Jahren. Wer das ablehnt, mag dafür Gründe haben, betreibt aber unter dem Strich eine Politik, die Familien erster und zweiter Klasse schafft. - Das wollen wir nicht.

Zweitens. Nichtstaatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung müssen endlich als Fluchtründe anerkannt werden. Wer das nicht tut, der sortiert Menschen in größter Not nach Gutdünken. - Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der PDS)

Drittens. Opfer von Menschenrechtsverletzungen dürfen weder abgeschoben noch zurückgeschickt werden. Wer das will, der riskiert neue Menschenopfer. - Wir wollen das nicht.

Viertens. Schutzbedürftige, die nicht abgeschoben werden dürfen oder können, müssen einen sicheren Aufenthaltsstatus erhalten. Wer das nicht will, der nimmt Menschen ihre Würde. - Wir wollen das nicht.

Fünftens. Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft oder zumindest humaner praktiziert werden. Wer das nicht will, der behandelt Asylbewerberinnen und -bewerber wie Aussätzige. - Wir wollen das nicht.

Der Katalog humanitärer Forderungen - wohlgemerkt: humanitärer Forderungen - ist natürlich länger; denn mit

einem modernen Zuwanderungsgesetz, mit einem republikanischen Staatsverständnis oder mit der Übernahme internationaler Standards hat das nicht allzu viel zu tun.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Abgeordneter Gärtner, sind Sie bereit, eine Frage des Abgeordneten Herrn Kosmehl zu beantworten?

Herr Gärtner (PDS):

Zum Schluss.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Zum Schluss, Herr Kosmehl.

Herr Gärtner (PDS):

Meine Damen und Herren! Die Zeiten für ein modernes, humanes Gesetz sind leider lausig. SPD und Grüne sollten zumindest bedenken, ob ihr Kompromisskurs in Richtung CDU/CSU-Spitze inhaltlich etwas gebracht hat. Ich meine, zum jetzigen Zeitpunkt nein, jedenfalls nicht allzu viel Gutes. Der Kompromisskurs war und ist Teil des Problems, auch beim Zuwanderungsthema.

Meine Damen und Herren! Damit komme ich auf Herrn Kosmehl zu sprechen. Wenn Sie von Integration sprechen und in diesem Zusammenhang sagen, Sie wollen Menschen die Anpassung in Deutschland erleichtern, dann, meine ich, hat das nichts mit Integration zu tun; denn Integration hat zwei Voraussetzungen. Die erste Voraussetzung ist, dass die Menschen, die integriert werden sollen, bereit sind, integriert zu werden. Die zweite Voraussetzung ist, dass es eine integrationsbereite Gesellschaft gibt, die bereit ist, Menschen zu integrieren.

(Beifall bei der PDS und bei der SPD)

Das bedeutet nicht Anpassung. Das bedeutet vielmehr, die Menschen mit ihrer eigenen kulturellen Identität in dieses Land zu integrieren. Anpassung kann nicht das Stichwort sein.

(Beifall bei der PDS und bei der SPD)

Eine zweite Anmerkung - damit versetze ich mich in die Logik der nützlichen und unnützen Menschen -: Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland hat Bedarf; wir brauchen die Zuwanderung aus diesen Gründen. - Das ist nicht meine Logik.

Meine Damen und Herren von der CDU, in diesem Denken sind Ihre besten Partner schon meilenweit voraus. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat genau diese Forderung erhoben und gesagt: Wir brauchen das Zuwanderungsgesetz, weil wir einen Bedarf auf dem Arbeitsmarkt haben. Insofern laufen Sie der Entwicklung hinterher. Ich denke, Sie sind mit Ihrer Einstellung im letzten Jahrhundert stehen geblieben und kommen keinen Schritt voran, selbst mit dieser Logik.

(Beifall bei der PDS und bei der SPD - Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

Insofern wird die Debatte weitergehen und, so hoffe ich, bald in ein Gesetz münden, welches ein wirklich modernes und humanes Zuwanderungsrecht enthält. Leider weiß ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch immer nicht, welche Position die Landesregierung im Bundesrat

dazu inhaltlich vertreten wird. Das finde ich schade. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS und bei der SPD)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Abgeordneter Gärtner, Sie hatten Herrn Kosmehl gestattet, eine Frage zu stellen. Bitte sehr, Herr Kosmehl.

Herr Kosmehl (FDP):

Herr Kollege Gärtner, Sie haben an mehreren Beispielen breit ausgeführt, was Sie nicht wollen. In Anbetracht der Tatsache, dass Sie zu Beginn Ihrer Rede gesagt haben, wir hätten uns die Debatte schenken können, muss ich sagen: Sie hätten sich Ihren Redebeitrag auch schenken können, wenn Sie nicht sagen, was Sie wollen.

Ein zweiter Punkt. Man kann der Meinung sein, dass man Zuwanderung aus humanitären Gründen, vielleicht auch aus Arbeits- oder Migrationsgründen - dazu haben Sie sehr wenig bzw. gar nichts gesagt - offener gestalten sollte, als es die FDP, die CDU, die SPD oder die Grünen wollen. Man muss aber auch bei dieser offenen Position sagen, welche Ansatzpunkte man im integrativen Bereich erreichen möchte.

(Zustimmung bei der FDP)

Herr Gärtner (PDS):

Ich verstehe Ihre Wortmeldung eher als eine Zwischenintervention. Ich kann unsere Positionen wiederholen; ich habe sie Ihnen genannt. Ich habe gesagt, welche Forderungen im Hinblick auf den humanitären Bereich wir als PDS in dieses Gesetz einbringen wollen.

(Frau Dr. Sitte, PDS: Das hat er ausdrücklich gesagt! Sie müssen mal zuhören!)

Das sind die Punkte 1, 2, 3, 4 und 5 in meiner Rede. Die Rede kann ich Ihnen gern zur Einsicht geben.

Natürlich hat die PDS Forderungen hinsichtlich der Frage der Zuwanderung erhoben. Natürlich hat die PDS auch ihre Grundposition dazu eingebracht, dass Studentinnen und Studenten sowie Arbeiterinnen und Arbeiter ein Grundrecht auf Zuwanderung haben. Das ist, glaube ich, der große Unterschied. Das habe ich in meinem Redebeitrag betont.

Wir wollen nicht, dass sozusagen nach Gudücken entschieden wird. Wir wollen vielmehr rechtlich klare Positionen in einem Zuwanderungsgesetz haben, welches den Menschen das Grundrecht einräumt, sich in Deutschland aufzuhalten. Dafür gibt es Eckpunkte.

Leider ist das, was in dem Gesetz bislang enthalten ist, eben kein Grundrecht. Vielmehr entscheidet der deutsche Gesetzgeber, wer wann in diesem Land leben darf. Das ist eine grundsätzlich andere Position. Insofern unterscheiden sich unsere Auffassungen.

(Zuruf von Herrn Borgwardt, CDU)

Ich sage aber auch - das würde ich auch meiner eigenen Partei immer wieder empfehlen -: Wenn es auch nur ansatzweise einen Punkt gibt, bei dem wir sagen können, hiermit stoßen wir eine Tür in eine Richtung auf, die die Chance einräumt, das Zuwanderungsrecht auszubauen, dann sollten wir einer solchen Position im Bundesrat zustimmen; denn dies eröffnet die Möglichkeit, von dieser Seite aus weiterzudiskutieren. Das wäre ein Meilenstein,

auf dem man aufbauen kann. Insofern würden wir uns dem nicht entgegenstellen. Wir werden nicht eine Blockadepolitik, wie sie die CDU/CSU und die FDP betreiben, vertreten. - Vielen Dank.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Abgeordneter, es gibt noch zwei weitere Fragen. Sind Sie bereit, die Fragen zu beantworten?

Herr Gärtner (PDS):

Ja.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Zunächst Herr El-Khalil, bitte.

Herr El-Khalil (CDU):

Herr Kollege Gärtner, zunächst ein Kommentar. Es kommt mir wirklich so vor - Sie können mir glauben, ich verstehe von Immigration nach Deutschland etwas mehr als Sie; denn ich habe sie, im Gegensatz zu Ihnen, hinter mir -, als würden Sie sagen: Immigranten dieser Welt vereinigt euch, aber alle in Deutschland - aus welchem Grund auch immer. So kommt es bei mir an.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich komme zu meiner Frage. Sie unterscheiden zwischen Integration und Anpassung. Ich möchte von Ihnen etwas genauer wissen, was für Sie Integration heißt. Sie sagten, integrieren unter Beibehaltung aller kulturellen Identitäten und so weiter und so fort - d'accord. Aber würden Sie das auch auf Menschen beziehen, die aus einem Kulturreis kommen, in dem es die Vielehe und Ähnliches gibt? Sollen wir das hier auch einführen? Sollen wir das auch akzeptieren? - Das sind Fragen, die für Sie scheinbar lächerlich sind. Diese Fragen sind aber wichtig.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr El-Khalil, ich bitte Sie, die Frage zu stellen.

Herr El-Khalil (CDU):

Okay. - Die Frage: Erklären Sie mir bitte ganz genau, was Sie mit Integration meinen. Ich meine nicht Assimilation, sondern Integration. Was verstehen Sie wirklich darunter?

(Beifall bei der FDP - Herr Gallert, PDS: Manometer! - Frau Dr. Sitte, PDS: Das hat er ja nun ausführlich gesagt!)

Herr Gärtner (PDS):

Zur ersten Frage. Ich weiß nicht, ob Sie die Gesetzeslage der Bundesrepublik Deutschland kennen. Ich weiß auch nicht, was Sie bezüglich der Änderungen des Asylrechts in den 90er-Jahren wissen. Die damals geschaffene Drittstaatenregelung hat verhindert, dass Menschen über ein Drittland nach Deutschland kommen dürfen.

Die Drittstaatenregelung - das dürfte Ihnen vielleicht bekannt sein - führt dazu, dass Menschen, die über ein anderes Land hierher kommen wollen, in Deutschland abgewiesen werden und sofort wieder zurückgeschickt werden. Das hat dazu geführt, dass die Flüchtlingszahlen in erheblichem Maße zurückgegangen sind.

Insofern kann ich Ihre Frage eigentlich nur als zynisch und menschenverachtend zurückweisen.

(Beifall bei der PDS und bei der SPD - Oh! bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Abgeordneter Gärtner, sind Sie bereit, eine Frage des Abgeordneten Herrn Stahlknecht zu beantworten?

Herr Gärtner (PDS):

Ja.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Bitte sehr, Herr Stahlknecht.

Herr Stahlknecht (CDU):

Herr Gärtner, Sie jonglieren bei Ihren Ausführungen mit den Begriffen „Grundrechte“ und „Vertrag“. Was wollen Sie eigentlich? Wollen Sie eine Grundrechtsänderung? Sind Sie sich der Konsequenzen Ihres Ansinnens bewusst? Ist Ihnen klar, wie so eine Grundrechtsänderung zustande kommen muss? Oder wollen Sie über ein Zuwanderungsrecht in Form eines Vertrages zu uns sprechen?

Herr Gärtner (PDS):

Sie haben es richtig formuliert. Ich stelle es richtig: Ich möchte, dass es ein Recht auf Zuwanderung in diesem Gesetz gibt. Sie haben insofern Recht, als der Begriff „Grundrecht“ missverständlich ist. - Vielen Dank.

Herr Stahlknecht (CDU):

Ich bedanke mich.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Danke sehr, Herr Abgeordneter Gärtner. - Meine Damen und Herren! Zum Abschluss der Debatte haben die Vorsitzenden der Fraktionen der CDU und der SPD noch einmal um das Wort gebeten. Ich erteile zunächst dem Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden Herrn Jürgen Scharf das Wort. Bitte sehr, Herr Scharf.

Herr Scharf (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Gärtner, man kann in der Debatte zu der Frage, wie wir in Deutschland mit der Zuwanderung, mit dem Asylrecht umgehen sollen, durchaus unterschiedlicher Auffassung sein. Aber wenn Sie jetzt ganz bewusst ein Vokabular benutzen, das demokratische Parteien in diesem Landtag und auch im Bundestag zutiefst verletzen soll, dann habe ich den Eindruck, dass Sie diese Debatte instrumentalisieren wollen.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Ich denke, wir alle stehen auf dem Boden des Grundgesetzes. Danach ist die Würde jedes Menschen - nicht die Würde jedes Deutschen, sondern jedes Menschen - unantastbar. Danach richtet sich der Rechtsstaat in Deutschland.

Wenn Sie davon sprechen, dass wir - ich nehme an, Sie meinen damit CDU und CSU - die Menschen in nütz-

liche, unnütze und schädliche einteilen, und wenn Sie unserem Kollegen El-Khalil sagen, dass seine Auffassung, seine Äußerungen, die auch von seiner Biographie geprägt sind, zynisch und verachtend seien, dann bringen Sie hier eine Verschärfung hinein, die mich darauf schließen lässt, dass Sie eine vernünftige politische Lösung dieses Problems gar nicht wollen.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir unsere wirtschaftlichen Probleme - deshalb hat auch der Wirtschaftsminister heute gesprochen - eben nicht durch die Zuwanderung in den nächsten fünf, zehn, 20 Jahren lösen werden. Das ist eine Illusion, die man nicht verbreiten darf. Diese Wahrheit müssen wir den Menschen sagen.

Alle diejenigen, die davon sprechen, man müsste sehr selektiv die - in Anführungsstrichen - nützlichen Ausländer nach Deutschland holen, sollten eine Debatte dazu eröffnen, ob es nicht so etwas wie einen demografischen Kolonialismus gibt. Aber das Zeitalter des Kolonialismus, in dem man sich früher die besten Güter holte und heute vielleicht die besten Leute holen würde, sollte hinter uns liegen.

(Zustimmung von Herrn Hacke, CDU)

Uns als Volk in Deutschland bleibt nichts anderes übrig, als anzuerkennen, dass wir unsere demografischen Probleme zu Hause lösen müssen. Wir werden dies nur in Jahrzehntsritten tun können. Im Moment haben viele Menschen in Deutschland noch nicht begriffen, wohin die Reise geht.

(Unruhe bei der SPD)

Natürlich brauchen wir ein modernes Ausländerrecht, aber die Diskussion, die heute in diese Debatte hineingekommen ist, kann uns eher in die Irre führen. Diese Debatte wird uns nicht weiterführen; vielmehr werden uns die Menschen in diesem Lande nicht mehr verstehen. Damit haben wir durch unser eigenes Reden alle Chancen, über Integration vernünftig zu sprechen, verspielt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Scharf. - Nun hat der Vorsitzende der Fraktion der SPD Herr Dr. Püchel das Wort. Bitte sehr, Herr Dr. Püchel.

Herr Dr. Püchel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst eine Klarstellung. Herr Kolze, Sie sagten vorhin, das Bundesverfassungsgericht hätte sich mit dem Zuwanderungsgesetz beschäftigt. Das stimmt nicht. Es hat keine Aussage zu diesem Gesetz getroffen; es hat vielmehr das Verfahren für nichtig erklärt. Das ist das eine: Das Zuwanderungsgesetz selbst wurde nicht verfassungsrechtlich geprüft.

Zu einem anderen Punkt. Nachdem Herr Scharf gesprochen hat, verstehe ich die Welt erst recht nicht mehr. Er hat es im Grunde genommen noch verschlimmert, indem er sinngemäß sagte - ich sage es mit meinen Worten -: Vermehrt euch ganz schnell, damit keine Ausländer kom-

men müssen. Das war das, was Sie im Zusammenhang mit der Demografie in diesem Lande sagten.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS
 - Herr Scharf, CDU: Wann habe ich das gesagt?
 - Herr Gürth, CDU: Wir können unsere Probleme nicht auf dem Rücken anderer Nationen austragen!)

Ein weiterer Punkt. Als die Debatte von der FDP angekündigt wurde, nahm ich an - damit lag ich nicht schief -, die FDP wolle ihr liberales Profil etwas schärfen - das geht in diesem Hause sonst leicht unter - oder vielleicht ihr liberales Gewissen zeigen.

(Oh! bei der FDP)

Das, was Herr Kosmehl sagte, war nicht schlecht.

Dann sprach der Wirtschaftsminister. Dabei habe ich überlegt, ob er als FDP-Mitglied oder als Vertreter der Landesregierung spricht. Mir war das nicht ganz klar, auch nicht beim Beifall. Ich habe nach links und rechts geschaut, um zu sehen, welche Minister klopften und welche nicht. Ich dachte: Aha, es ist doch mehr für die FDP.

Nachdem ich jetzt noch Herrn Kolze gehört habe, ist mir völlig klar: In dieser Frage trägt die Koalition die Regierung nicht;

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS)

denn das, was Sie gesagt haben, unterscheidet sich total von dem, was Herr Dr. Rehberger gesagt hat: Nehmen wir die Ärzte, nehmen wir die Ingenieure. Das war genau das Gegenteil davon.

(Herr Gürth, CDU: Nein, das stimmt doch gar nicht!)

Eines möchten wir alle immer noch gern wissen: Wie verhält sich die Landesregierung im Bundesrat? Das ist mir überhaupt nicht mehr klar; denn wenn sich die Landesregierung so verhält, wie es Herr Rehberger gesagt hat, könnte die CDU-Fraktion dies nicht mittragen und müsste einen Misstrauensantrag stellen mit dem Ziel, die Regierung abzulösen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Beifall bei der PDS - Herr Gürth, CDU: Das hätten Sie wohl gern!)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Meine Damen und Herren! Als weitere Rednerin hat die Vorsitzende der PDS-Fraktion Frau Dr. Sitte um das Wort gebeten. Bitte sehr, Frau Dr. Sitte.

Frau Dr. Sitte (PDS):

Ich möchte auf einige Dinge eingehen, die Herr Scharf erwähnt hat. Herr Scharf, nicht das Wollen ist entscheidend. Entscheidend ist, wie sich CDU und CSU in diesem Punkt in den letzten Jahren verhalten haben. Das heißt, wir bewerten das Ergebnis politischen Handelns. Dieses Ergebnis findet unsere Kritik in genau der von Herrn Gärtner beschriebenen Weise. Das Motto „Kinder statt Inder“ kommt aus Ihren Reihen; das hat Herr Rüttgers im Wahlkampf geprägt.

(Lebhafter Beifall bei der PDS - Zustimmung bei SPD)

Das Zweite ist: Die Argumentation der CDU zur Frage der Einwanderer, zur Frage der Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland ist vor allem im Zusammenhang mit der Greencard vorgebracht worden. Dort sind solche Worte wie „nützlich“ im Sinne von nützlich für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland gebraucht worden. Insofern geht es auf eine Bewertung Ihrerseits zurück, wenn wir diese Begriffe in dieser Debatte kritisch bewerten und sie aufnehmen; denn man muss sich kritisch mit ihnen auseinander setzen.

Das Dritte ist: Der so genannte blutbezogene, der völkische Bewertungspunkt erwächst sozusagen aus einer Betrachtungsweise, die in das Grundgesetz ursprünglich Eingang gefunden hat. Diese Argumentationslinie ist in den letzten Jahren verlassen bzw. in vielerlei Hinsicht verändert worden, aber bei der Frage des Einwanderungsrechts eben nicht.

Die gesamte Betrachtung, die CDU und CSU in diesen Punkten anstellen, steht in völligem Widerspruch zu den Globalisierungsentwicklungen und zu den Bewertungen, die Sie treffen, soweit sie das internationale Finanzkapital und die Wirtschaft betreffen. Ihre Betrachtung widerspricht selbst der Argumentationslinie, die Sie bezogen auf die EU-Entwicklung und die Bewertung des neuen EU-Vertragsentwurfes vertreten.

Deshalb müssen Sie Ihre Position zu diesem Punkt - genau darum geht es in der Nachfrage, die Herr Püchel gestellt hat, und in der Nachfrage, die Herr Gärtner gestellt hat - deutlich machen. Wo will die CDU/CSU an dieser Stelle hin? In diesem Hohen Hause ist die CDU vertreten. Beantworten Sie uns die Frage, wie Sie sich nunmehr im Bundesrat verhalten werden.

(Lebhafter Beifall bei der PDS - Zustimmung bei der SPD - Frau Budde, SPD: Herr Minister, wie ist es denn? - Weitere Zurufe von der SPD - Herr Gürth, CDU: Hat sie doch! Ist doch nachlesbar! - Minister Herr Dr. Daehre: Keine Sorge! - Unruhe)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Dr. Sitte. - Meine Damen und Herren! Beschlüsse zur Sache werden gemäß der Geschäftsordnung nicht gefasst. Damit ist das erste Thema der Aktuellen Debatte abgeschlossen.

Ich rufe das zweite Thema der Aktuellen Debatte auf:

Vorziehen der dritten Steuerreformstufe nicht auf Kosten der Länder und Gemeinden

Antrag der Fraktion der PDS - Drs. 4/874

Für die Debatte wird folgende Reihenfolge vorgeschlagen: PDS-Fraktion, CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und FDP-Fraktion. Zunächst erteile ich für die Antragsteller der Abgeordneten Frau Dr. Weiher das Wort. Bitte sehr, Frau Dr. Weiher.

Frau Dr. Weiher (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU Deutschlands will, dass die Bürger weniger Steuern zahlen. Sie erwartet, dass die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorlegt, der die dritte Stufe der Steuerreform vorzieht. - So lauten die ersten Sätze des Be-

schlusses des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands vom 21. Juni dieses Jahres.

(Herr Tullner, CDU: Lesen Sie doch mal weiter! Weiterlesen!)

Eine Pressemeldung vom Montag, dem 29. Juni 2003 lautet:

„Die unionsgeführten Länder wollen nach Aussage des bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber den Plan des Kabinetts zum Vorziehen der Steuerreform im Bundesrat in jedem Fall stoppen.“

Diesen Beschluss brauche ich damit nicht einmal weiterzulesen.

Nur zwei Tage später, am Mittwoch, dem 2. Juli 2003, signalisierten Angela Merkel und Edmund Stoiber bereits Kompromissbereitschaft und boten ihre Mitarbeit an. Die CDU hat es also geschafft, innerhalb von 14 Tagen ein doppeltes Kehrtwende durchzuführen.

(Herr Tullner, CDU: Das stimmt nicht! - Zuruf von Frau Weiß, CDU)

Der Anlass dafür ist der seit Sonntag feststehende Beschluss der Bundesregierung, die dritte Stufe der Steuerreform auf das Jahr 2004 vorzuziehen. Die nachdenklichen Stimmen aus den beiden großen Volksparteien auf Bundesebene sind fast verstummt; aus den Ländern werden jedoch Bedenken angemeldet.

Hierbei wird ein Dilemma sichtbar, das von Beginn an mit den Steuerreformen der Bundesregierung verbunden ist. Die großen Erwartungen, dass die Steuersenkungen und der Verzicht des Staates auf Einnahmen zu mehr Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand führen würden, haben sich nicht erfüllt. Das Gegenteil ist eingetreten. Je verzweifelter die Versuche einer Trendwende werden, umso stärker macht sich Verunsicherung in der Bevölkerung, in den Ländern und in den Kommunen ob der möglichen Auswirkungen breit. Genau das ist auch jetzt der Fall.

Mit dem Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform ist die Senkung des Eingangssteuersatzes auf 15 % und des Spitzensteuersatzes auf 42 % bei gleichzeitiger Anhebung des Grundfreibetrages verbunden. Davon wird zuallererst der Steuerzahler profitieren, indem er ab 2004 durchschnittlich 10 % weniger an Steuern zahlen muss.

Ein nicht ungewöhnlicher Teil der Steuerersparnis entfällt auf die Personengesellschaften, die aufgrund der Anrechnung der Gewerbesteuer insgesamt etwa 10 Milliarden € weniger Steuern zahlen werden. Rechnet man beide Gruppen zusammen, ergibt sich ein Betrag von ca. 18 Milliarden €, der zu den bereits erwarteten Steuerersparnissen aus der zweiten Stufe der Steuerreform in Höhe von 7 Milliarden € hinzukommt.

Zusätzliche Mittel in Höhe von 25 Milliarden € für Privathaushalte und Mittelstand bedeuten gleichzeitig 25 Milliarden € weniger für den Bund, die Länder und die Kommunen. Genau hier liegt der Hase im Pfeffer. Die offiziellen Steuerschätzungen sind seit 2001 immer wieder in bisher nicht gekanntem Maße nach unten korrigiert worden. Die Einbrüche bei der Gewerbe- und der Körperschaftsteuer, aber auch bei der Einkommensteuer sind so rasant und kaum mehr zu kompensieren.

Die letzte Steuerschätzung liegt etwa einen Monat zurück. Wir wissen, dass die Erwartungen des Landes Sachsen-Anhalt weder in diesem Jahr noch in den nächsten Jahren eintreten werden. Im Jahr 2004 werden dem Land allein nach der korrigierten Steuerschätzung Mittel in Höhe von 470 Millionen € fehlen. Immerhin haben die Länder noch die Möglichkeit, einen Teil der Einbußen nach unten weiterzugeben, neue Kredite aufzunehmen oder Kürzungen durchzusetzen.

Zusätzliche Steuereinbußen in Höhe von 270 Millionen € kann das Land Sachsen-Anhalt ohne Kompensation beim besten Willen - hierin kann man dem Finanzminister nur Recht geben - nicht mehr ausgleichen.

Den Kommunen geht es noch schlechter. Ihnen fehlen nicht nur die eigenen Steuereinnahmen. Hinzu kommt, dass die Länder ihre Steuereinbußen über den kommunalen Finanzausgleich an die Kommunen weitergeben. Zwischen den Einnahmen und den Ausgaben klappt bei den Kommunen in der Bundesrepublik mittlerweile ein Loch von 10 Milliarden €. Diese fiskalische Austrocknung der Kommunen ist deshalb so fatal, weil die Kommunen mit knapp zwei Dritteln den Großteil der öffentlichen Investitionen tragen.

Und nun ist von 1992 bis 2002 das Volumen der kommunalen Investitionen um sage und schreibe 34 % gesunken. Diese Entwicklung hat schlimme negative Konsequenzen für das Wirtschaftswachstum und vor allem für die Beschäftigung. Der Ausweg über eine höhere Verschuldung ist den Kommunen längst verwehrt. Das zeigen die vielen nicht ausgeglichenen Haushalte.

Kürzungen, egal in welchen Bereichen, können infolge gesetzlicher Verpflichtungen im Grunde auch nicht mehr durchgesetzt werden. Nun sollen die Kommunen zusätzliche Steuereinbußen in Höhe von 2,3 Milliarden € wegstecken. Wie, frage ich mich, soll das geschehen?

Der Bund hat gestern signalisiert, wie er mit seinem um ca. 7 Milliarden € geringeren Steueraufkommen umgehen wird: Die Nettoneuverschuldung steigt zusätzlich um 7 Milliarden €. Möglich ist das nur, weil Eichel zum zweiten Mal in Folge die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts feststellt. Dass die Maastricht-Kriterien zum dritten Mal in Folge unterlaufen werden, sei nur am Rande erwähnt.

Die von allen angemahnten Kompensationen für Länder und Kommunen fehlen. Ein Abbau von Subventionen und Steuervergünstigungen soll Entlastung bringen. Die Rede ist von einer Kürzung des Bundesrentenzuschusses um 2 Milliarden €, von der zusätzlichen Streichung bei den Subventionen für den Steinkohlebergbau in Höhe von 300 Millionen € und bei den Landwirten von 500 Millionen €.

Abgesehen davon, dass allein beim Rentenzuschuss bereits jetzt Milliarden fehlen und viele nicht zu Unrecht befürchten, dass die Spareffekte durch die insgesamt vorgesehenen Streichungen wieder aufgehoben werden, sind die Vorschläge so vage und vom Umfang her so gering, dass Folgendes eintreten wird:

Länder und Kommunen bleiben auf ihren Lasten sitzen; diese Lasten werden eingetauscht gegen das Prinzip Hoffnung. Die Hoffnung besteht darin, dass die eingesparten 18 Milliarden € konjunkturelle Effekte auslösen werden.

Durch die Steuerersparnis bei Privathaushalten könnte deren Kaufverhalten positiv beeinflusst und durch eine erhöhte Nachfrage die Wirtschaft wenigstens angekurbelt werden. Auch die Steuerersparnis beim Mittelstand könnte zu umfangreichen Investitionen und damit zur Ausweitung der Produktion führen.

Neben einem von Eichel erhofften zusätzlichen Wirtschaftswachstum von 1 % im nächsten Jahr werden Impulse zur Entlastung des Arbeitsmarktes erwartet. Ein Wachstum von 1 % bedeutet die Schaffung von 600 000 Arbeitsplätzen.

Allerdings hängen all diese Hoffnungen an der Erwartung, dass die ersparten Steuermilliarden auch ausgegeben werden. Die Euphorie wird gebremst vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Der DIW-Experte Gustav Horn hat berechnet, dass das Vorziehen der dritten Stufe eine Wachstumssteigerung von 0,3 % mit sich bringen würde. Das wäre nicht der erhoffte große Wurf; denn - so seine Begründung - die niedrigeren Einkommen werden - anders als die höheren Einkommen - nur geringfügig entlastet.

Ein Beispiel: Bei einem Einkommen von 15 000 € im Jahr verbleiben monatlich 22 € mehr im Portemonnaie. Anders sieht das bei den Einkommensmillionären aus, deren Zahl Ende 2002 immerhin auf über 700 000 Privatpersonen angestiegen ist. Denen bleiben am Ende eines Monats 13 000 € mehr für den Konsum. Es ist anzunehmen, dass sie zumindest einen Teil dieses Geldes sparen, in Aktien anlegen oder im Ausland investieren werden.

Auch der erhoffte Effekt beim Mittelstand könnte sich als trügerisch erweisen. Ein großer Teil der betroffenen Personengesellschaften, insbesondere die Personengesellschaften im Osten, wird das zusätzliche Geld zum Abzahlen von Krediten oder zur Erhöhung der Eigenkapitalquote einsetzen, es aber nicht in eine Ausweitung der Produktion investieren.

Die These, dass ein Mehr an direkten Steuern langfristig gesehen das Wirtschaftswachstum bremst und deshalb verhindert werden muss, die seit Jahr und Tag unisono von der CDU und der FDP und mittlerweile auch von der SPD vertreten wird, ist nicht zu halten, wie ein Blick in andere Länder zeigt. Betrachtet man den Zeitraum von 1990 bis 2001, passen zum Beispiel Frankreich und die Niederlande in dieses Bild. Anders ist es in Japan und den USA. Die USA haben den Anteil der direkten Steuern an den Gesamteinnahmen erhöht und dadurch ein hohes Wirtschaftswachstum von fast 3,5 % erreicht. Japan dagegen hat den Anteil der direkten Steuern stark gesenkt und hatte das niedrigste Wachstum.

Die Hoffnung, dass sich mithilfe der Steuersenkung infolge der Umsetzung der dritten Stufe der Steuerreform eine positive Wachstumsprognose für Deutschland erfüllt, basiert also allenfalls auf optimistischen Annahmen, etwa hinsichtlich der Erhöhung der Nachfrage und der Ausweitung der Investitionstätigkeit, einer starken Exportnachfrage, eines stabilen Euros und weiteren Leitzinssenkungen.

Das Problem in Deutschland sind längst nicht mehr die Steuern. Der Anteil des durchschnittlichen Steueraufkommens am Bruttoinlandsprodukt beträgt in Deutschland etwa 23 %. Damit liegen wir im europäischen Vergleich am unteren Ende.

Eines der Probleme ist aber sehr wohl das Verhältnis von Steuern und Sozialabgaben bei den Gesamteinnah-

men in Deutschland. Ein Anteil von 45 % der Einnahmen stammt aus den Sozialabgaben und geht damit über den Faktor Arbeit zugunsten unterer und mittlerer Einkommensschichten. Diese werden bei Steuern und Abgaben doppelt zur Kasse gebeten und sind immer als Erste betroffen, wenn irgendwo Kürzungen anstehen. Hierbei müssen dringend Änderungen erfolgen.

Ein kurzes Fazit, verbunden mit Vorschlägen der PDS:

Erstens. Der erhoffte Wachstumsschub wird nach jetzigen Kenntnisstand weit geringer ausfallen und nicht zu einer konjunkturellen Wende führen. Notwendig wäre eine wirklich gerechte, zukunftsorientierte Steuerpolitik, die Einkommensstarke und Vermögende stärker belastet und Einkommensschwächere stärker entlastet.

Zweitens. Bevölkerungsschichten mit geringerem Einkommen werden nur geringfügig von Steuern entlastet. Das wird zwar zur Stabilisierung der Kaufkraft beitragen, aber nur dann, wenn das Ersparne nicht durch erneute Kürzungen im Sozialbereich oder durch den Abbau von Steuervergünstigungen sofort wieder einkassiert wird.

Drittens. Bevölkerungsschichten mit hohem Einkommen erhalten erneut Steuergeschenke in Höhe von 6 Milliarden €. Das ist in der jetzigen Situation durch nichts zu rechtfertigen und komplett - auch für die nächsten Jahre - abzulehnen.

Viertens. Eine wirkliche Stärkung des Mittelstandes, insbesondere im Osten, kann nur durch eine Politik erreicht werden, die die Investitionstätigkeit unterstützt. Durch ein kommunales Investitionsprogramm, wie von uns gefordert, würden tatsächlich wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Effekte erreicht.

Fünftens. Die Bundesregierung hat bisher keinen soliden und akzeptablen Ausgleich für die Einnahmeverluste bei den Ländern und den Kommunen aufgezeigt, sondern nur nebulös von Subventions- und Steuervergünstigungsabbau gesprochen.

Die PDS fordert seit Jahren, die ungerechtfertigten Vergünstigungen für Kapitalgesellschaften, etwa die Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen, abzuschaffen und Vermögende entsprechend ihrer persönlichen Leistungsfähigkeit zu besteuern. Das würde genügend Einnahmen für Bund, Länder und Kommunen bringen.

Wir fordern den Ministerpräsidenten auf, einem Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform in dieser Form im Bundesrat nicht zuzustimmen, sondern eine Korrektur hin zu einer gerechten Besteuerung zu verlangen. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Dr. Weiher. - Zunächst hat für die Landesregierung der Minister der Finanzen Herr Professor Dr. Paqué um das Wort gebeten. Bitte sehr, Herr Minister.

Herr Prof. Dr. Paqué, Minister der Finanzen:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Deutschland befindet sich in der tiefsten Wirtschafts- und Finanzkrise seit Jahrzehnten. Seit mittlerweile drei Jahren verzeichnet unsere Volkswirtschaft kein spürbares Wirtschaftswachstum mehr. Arbeitslosenzahlen und Konkurse haben in dieser Zeit drastisch zugenommen. Wir werden in die-

sem Winter, wenn sich nichts Entscheidendes ändert, die höchsten Arbeitslosenzahlen seit der Gründung dieser Republik zu verzeichnen haben.

Gleichzeitig läuft Deutschland im nächsten Jahr Gefahr, zum dritten Mal hintereinander gegen die Verschuldungsgrenze des Stabilitäts- und Wachstumspaktes auf europäischer Ebene zu verstößen.

Meine Damen und Herren! Wir erleben einen wirtschaftlichen Negativrekord nach dem anderen. Das darf so nicht weitergehen. Die Menschen in unserem Land warten auf Lösungen. Sie wollen Ergebnisse und sie wollen Erfolge sehen. Die Politik der Bundesregierung darf nicht Verhinderer von Beschäftigung und Wachstum sein. Sie muss Förderer von Beschäftigung und Wachstum werden; denn bisher war sie das nicht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Um dies zu erreichen, kann die vorzeitige Senkung der Einkommensteuer einen wichtigen materiellen und auch psychologischen Beitrag leisten. Wir in Deutschland können damit den Menschen zeigen, dass wir handlungsfähig sind.

Die Landesregierung begrüßt deshalb grundsätzlich das Umschwenken der Bundesregierung vom Aufschieben von Steuersenkungen, wie wir es noch im letzten Jahr bei der Finanzierung der Flutkatastrophe erlebt haben, hin zum Vorziehen von Steuersenkungen. Erlauben Sie mir allerdings doch die Bemerkung: Die ordnungspolitische Erkenntnis der Bundesregierung kommt spät; sie kommt sehr spät; sie kommt sechs Jahre nach den Petersberger Steuerbeschlüssen der damaligen CDU-FDP-Bundesregierung.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Umsetzung der Petersberger Beschlüsse wurde damals von der SPD und von den Grünen aus ideologischen und wahlaktischen Motiven verhindert.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Herr Gürth, CDU: Genau so war es!)

Sechs Jahre lang haben SPD und Grüne geschlafen auf Kosten der Leistungskraft der deutschen Volkswirtschaft, auf Kosten von Wachstum und Beschäftigung.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Jetzt schlafen Sie bei der Zuwanderung! - Zuruf von Frau Budde, SPD)

Wir als Landesregierung Sachsen-Anhalts begrüßen es ausdrücklich, wenn Sozialdemokraten und Grüne aufwachen und dazulernen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Allerdings erlauben wir uns schon, darauf hinzuweisen, dass es mit der Glaubwürdigkeit der Konvertiten nicht so gut bestellt sein kann,

(Zurufe von Herrn Bullerjahn, SPD, und von Frau Budde, SPD)

wenn von den gleichen Personen noch vor wenigen Monaten schamlos die Wiedereinführung der Vermögensteuer gefordert wurde.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das passt doch alles nicht zusammen. Das ist noch lange kein steuerpolitisches Gesamtkonzept, das ist noch immer rot-grünes Flickwerk.

Es interessiert mich schon, liebe Frau Budde, lieber Herr Bullerjahn, lieber Herr Püchel, wie Sie diese Kehrtwendungen - Sie haben eben den verehrten Kollegen der CDU Kehrtwendungen vorgeworfen - den Wählern und den Menschen in diesem Land intellektuell klar machen wollen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wichtig ist auch festzustellen, dass es lediglich um ein Vorziehen der dritten Stufe einer Reform geht, also um wichtige, aber kurzfristige konjunkturelle Effekte. Ab 2005 ändert auch das Vorziehen auf der Seite der Steuertarife nichts. Ab 2005 sind wir mit den Steuertarifen dort, wo wir ohnehin wären, wenn es das Vorziehen nicht gäbe.

Meine Damen und Herren! Dies festzustellen ist wichtig, denn es bedeutet: Jeder Abbau von Steuervergünstigungen, der zur Finanzierung allein des Vorziehens eingesetzt wird, bedeutet ab 2005 eine Erhöhung der Steuerbelastung im Vergleich zu den bisherigen Plänen. Die eigentlichen Hausaufgaben sind aber noch lange nicht gemacht. Wir brauchen nämlich einen großen Wurf. Wir brauchen eine Reform der Einkommensteuer, die auf breiter Front die Steuertarife senkt und dann im Gegenzug auch Steuervergünstigungen beseitigt.

Wenn die Regierung Schröder jetzt hingehnt und Steuervergünstigungen wie die Eigenheimzulage und die Kilometerpauschale nur zu dem Zweck kürzen will, um das Vorziehen der dritten Stufe zu finanzieren, dann schlägt sie vor, die Steuerbelastung ab 2005 zu erhöhen. Dies muss sie dann auch ehrlich sagen und dies muss sie dann auch ehrlich vertreten.

(Beifall bei der CDU)

Wohlgemerkt, ich teile die Auffassung nicht, dass Steuervergünstigungen grundsätzlich unantastbar sein sollten. Im Gegenteil, ich selber habe weitgehende Vorschläge zur Einschränkung von Steuervergünstigungen gemacht. Aber im Gegenzug muss es dann auch kräftige Tarifsenkungen geben und nicht einfach ein mageres Linsengericht, genannt Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform, meine Damen und Herren.

(Herr Dr. Püchel, SPD: „Tarifsenkungen“ - was meinen Sie damit? Was sind Tarifsenkungen?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Finanzminister bin ich natürlich auch Haushaltsexperten. Wir sind gerade dabei, ein äußerst schwieriges Haushaltsumstellungsverfahren abzuschließen. Wir können dabei nur unter Anspannung aller Kräfte und unter Ausnutzung aller Einsparmöglichkeiten einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

Eine weitere Verringerung der Einnahmen durch das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform auf das Jahr 2004 können wir nicht verkraften. Es geht hierbei um etwa 200 Millionen € für das Land und 20 Millionen € Steuerverluste für die Kommunen. Mehr Konsolidierung ist in Sachsen-Anhalt im nächsten Jahr nicht möglich. Diese Zusatzbelastung könnten wir nicht verkraften.

Ich darf Sie noch einmal daran erinnern, dass wir im nächsten Jahr rund 450 Millionen € weniger einnehmen werden als noch im Jahr 2000. Diese Mindereinnahmen auszugleichen, gleichzeitig die mittlerweile eingetretenen Besoldungs- und Tarifanpassungen zu finanzieren, das ist ein großer Kraftakt, und ich übertreibe nicht, wenn ich sage, dass unser Land finanziell mit dem Rücken zur Wand steht - und dies, obwohl wir alle Anstrengungen

unternehmen, die Wirtschaft anzukurbeln und die Ausgaben in den Griff zu bekommen.

Die Situation in Sachsen-Anhalt unterscheidet sich kaum von der in anderen Ländern. Aus diesem Grunde muss ich davon ausgehen, dass der Bund den Ländern und Kommunen im Rahmen seiner gesamtstaatlichen Verantwortung bei der Finanzierung des Vorziehens der Steuerreform maßgeblich hilft.

Natürlich müssen wir auch sofort mit dem Abbau von Fiananzhilfen beginnen und die auf diese Weise eingesparten Gelder für die teilweise Gegenfinanzierung einsetzen. Aber machen wir uns nichts vor: Ein radikaler Subventionsabbau wird an Grenzen stoßen. Deshalb wird es für den Bund notwendig sein, Beteiligungen zu veräußern. Beim Bund bieten sich zum Beispiel die Aktien der Telekom an. Der Anteil des Bundes beträgt 31 %. Durch einen Verkauf könnten 17 Milliarden € erlöst werden.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Erlös darf dann nicht allein in der Bundeskasse klingeln, sondern er muss auch den Ländern zugute kommen. Ich schlage vor, für ein Jahr den Umsatzsteueranteil der Länder und Kommunen zu erhöhen, um eine entsprechende Gegenfinanzierung zu gewährleisten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich darf in diesem Zusammenhang auch noch einmal daran erinnern, dass der Bundesfinanzminister uns alle am 12. September 2002 im Zusammenhang mit der Verschiebung der zweiten Stufe der Steuerreform wegen der Flutkatastrophe auf das Jahr 2004 ermahnt hat, nur ja keine neuen Schulden zu machen. Herr Eichel sprach sich noch vor weniger als einem Jahr für eine solide und seriöse Finanzpolitik aus, die nicht dem süßen Gift der Verschuldung erliegen sollte. Ich zitiere ihn da wörtlich aus dem Bundestagsprotokoll.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Minister, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Bullerjahn zu beantworten?

Herr Prof. Dr. Paqué, Minister der Finanzen:

Sehr gerne, aber erst am Ende.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Am Schluss. Danke.

Herr Prof. Dr. Paqué, Minister der Finanzen:

Herr Eichel sprach von dem süßen Gift der Verschuldung, das wir nicht nehmen sollten, und er hat Recht. Wir wollen keine Steuersenkung auf Pump, wir wollen eine weitgehende und solide Gegenfinanzierung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluss noch ein paar Worte über den Begründungstext der PDS zur Beantragung dieser Aktuellen Debatte verlieren. Die PDS schreibt in ihrer Begründung, dass die positiven Effekte der Reform bei den Spitzenverdienern und Unternehmen verpuffen würden, da - ich zitiere fast wörtlich - die Spitzenverdiener die Steuergeschenke zum Sparen und die Unternehmen die Steuergeschenke zum Schuldentabbau verwenden werden.

(Zuruf von der PDS)

Meine Damen und Herren von der Fraktion der PDS, Ihre Sprache und Ihre Formulierung zeigt den Geist von gestern.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Es ist geradezu verräterisch, was Sie da zu Papier bringen. Erstens. Der Staat macht den Bürgern keine Steuergeschenke, sondern es verhält sich genau umgekehrt: Die Bürger schenken, sie zahlen dem Staat viel Geld.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Im letzten Jahr waren es immerhin 440 Milliarden € in Deutschland.

Zweitens. Sie scheinen der Meinung zu sein, dass Sparen und Schuldentabbau etwas Schlechtes sind. Das Gegenteil ist der Fall. Jede Volkswirtschaft braucht Ersparnisse, um investieren zu können. Und wenn eigenkapitalschwache Unternehmen, von denen wir in Sachsen-Anhalt leider viel zu viele haben, bei dieser Gelegenheit ihre Schulden abbauen können, finde ich das nicht empörend, sondern ich finde das positiv. Das ist ein Beitrag zur Stärkung der Eigenkapitalbasis der mittelständischen Wirtschaft in diesem Land.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Lassen Sie mich noch kurz resümieren: Ein Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform ist wünschenswert und volkswirtschaftlich positiv zu bewerten. Die Mindererinnahmen können in Sachsen-Anhalt nicht verkraftet werden ohne eine Gegenfinanzierung des Bundes, und der Bund muss deshalb seiner gesamtstaatlichen Verantwortung nachkommen und die Finanzierung der Steuerausfälle in den Ländern und in den Kommunen im nächsten Jahr übernehmen, und zwar in der Weise, die ich vorgeschlagen habe. - Herzlichen Dank.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Bullerjahn, Sie haben jetzt die Möglichkeit, eine Frage zu stellen. Bitte sehr.

Herr Bullerjahn (SPD):

Zwei kurze Fragen, Herr Minister. Da es um den Begriff des größten Penners geht, stelle ich einmal die Frage, warum die schwarz-gelben Schläfer in den letzten 16 Jahren an diesem Thema nichts geändert haben.

(Unruhe bei der CDU)

Vielleicht können Sie einmal dazu etwas sagen; denn wenn man sich die Entwicklung der Steuertarife ansieht, dann stellt man fest, dass erst im Jahr 2000 Bewegung hineingekommen ist. Und Ihre Petersberger Beschlüsse hin oder her - vorher hätte man 16 Jahre lang alle Zeit der Welt gehabt, an diesem Thema etwas zu ändern.

(Unruhe bei der CDU - Zurufe von der CDU)

- Ich merke es schon. Das scheint Sie wirklich zu interessieren. - Bei aller Rhetorik von Ihnen, die ich mittlerweile nun genügend kenne, wäre es wirklich eine ehrenwerte Angelegenheit, vorher auf sein eigenes Tun und Handeln zu schauen. Ich denke, das würde auch Ihnen manchmal gut tun, Herr Professor.

Die zweite Frage. Eine Steuerreform - diesbezüglich sind wir uns alle völlig einig - kann nicht so laufen, dass sie nur zulasten einer Ebene geht. Wäre es nicht redlich, dass, wenn man sie wirklich will - Sie haben diese laut-hals verkündet, die FDP und Sie, Herr Professor Paqué;

manchmal holt es einen dann ein -, dann alle Ebenen, vom Bund bis zu den Gemeinden, so schwer wie es dann ist, das auch ein bisschen mittragen?

Was Sie wollen mit der Umverteilung der Umsatzsteuerprozente heißt, dass der Bund das alles allein schultern soll. Das heißt, dass für Sie bei der Nettobetrachtung eine Null herauskommt. So werden wir in Deutschland wahrscheinlich nie eine Steuerreform hinkriegen. Glauben Sie nicht, dass auch die Länderebene etwas dazu tun muss?

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Prof. Dr. Paqué, Minister der Finanzen:

Sehr geehrter Herr Bullerjahn, zunächst zum letzten Punkt: Ich habe und die FDP hat deutlich betont, dass wir Beteiligungen auf Bundesebene verkaufen müssen. Wir im Land machen Privatisierung. Wir gehen diesen Weg.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Wir gehen in vielerlei Hinsicht in einer ausgesprochen schwierigen Finanzlage, die noch erheblich schwieriger als die des Bundes ist, konsequent voran. Aber irgendwo ist die Grenze. Sie kritisieren uns auch für viele Kürzungen und für viele Veränderungen, die wir machen. Irgendwo ist die Grenze. Es gibt irgendwo eine Grenze, an der man einfach nicht mehr weiter einschneiden kann. Das geht einfach von der Geschwindigkeit her nicht, und es geht von der politischen Belastbarkeit her nicht. Und diese Grenze ist bei uns und in vielen Ländern erreicht, und sie ist erst recht in vielen Kommunen in Deutschland erreicht.

Aber sie ist auf Bundesebene noch lange nicht erreicht. Da sage ich ganz klar: Der Bund hat seine Hausaufgaben noch nicht gemacht. Wir sind mitten in den Hausaufgaben. Es ist keine föderalistische Entsolidarisierung, Herr Bullerjahn, wenn ich an dieser Stelle klar sage, dass dieses Vorziehen vom Bund finanziert werden muss, vor allem durch einen Verkauf von Anteilen. Dann setzen wir uns gemeinsam daran, um eine grundlegende, große Steuerreform zu machen. Diesbezüglich sind wir alle im Gespräch. Ich sitze mit den Finanzministern zusammen. Da gibt es auch Berührungspunkte zumindest zwischen den drei Parteien, die von mir aus gesehen rechts sitzen.

Insofern sind da Chancen für eine Reform. Aber es geht nicht darum, dass man sich aus irgendeiner Verantwortung stiehlt. Wir sind mitten in einer schwierigen finanzpolitischen Verantwortung, und der werden wir gerecht. Wir mahnen nur jetzt an, dass der Bund, wenn er einen Schritt tut, den wir grundsätzlich für richtig halten, dann auch die entsprechenden Belastungen übernimmt.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Komplett?)

Was die letzten 16 Jahre betrifft: Sie meinen nicht die letzten 16 Jahre. Sie betätigen sich als Wirtschaftshistoriker und gehen offenbar noch sehr weit in die Zeit der frühen 80er-Jahre zurück, in die Zeit von 1982 bis 1998.

(Herr Bullerjahn, SPD: Lassen Sie den Quatsch, ist ja gut!)

Hinsichtlich dieser Zeit kann man sehr wohl sagen - das will ich an dieser Stelle betonen -, dass man manches von dem, was erst in den späteren 90er-Jahren von der Koalition als Reformwerk angeboten wurde, hätte früher machen können.

Ich sage Ihnen ganz klar, Herr Bullerjahn - ich sage es zumindest für meine Partei -: Das wurde auch früh angemahnt, bereits in den 80er-Jahren, übrigens unter wütenden Protesten der Sozialdemokraten und der Grünen, die das damals - aber eigenartigerweise nicht mehr heute - als eine unsoziale Politik ansahen, die wir vorschlugen.

Noch in den Jahren 1997 und 1998 gab es im Zusammenhang mit den Petersberger Beschlüssen eine außerordentlich scharfe Polemik, die auf einen Abbau des Sozialstaats zielte, eine Diffamierung sowohl der CDU als auch der FDP für Vorschläge, mit denen Sie sieben Jahre später kommen und sie als innovativ verkaufen. Herr Bullerjahn, das muss der Ehrlichkeit halber dazu gesagt werden.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Dass uns in der früheren Zeit auch Dinge sozusagen nicht schnell genug gingen - es gab gerade in meiner Partei eine ganze Menge von Stimmen, die könnte ich Ihnen alle nachliefern, die genau die Richtung angemahnt haben, die wir heute tendenziell offenbar zunehmend gemeinsam einschlagen. Das haben wir schon früh angemahnt. Aber es war nicht so, dass die Sozialdemokraten damals sagten, das ist die richtige Richtung. Nein, nein, die Sozialdemokraten sagten genau das Umgekehrte: Dreht euch um, geht in die Vergangenheit!

Jetzt scheinen zumindest einige Sozialdemokraten verstanden zu haben, dass es so nicht weitergeht. Das begrüßen wir. Aber ich bitte Sie: Machen Sie uns doch jetzt keine Vorwürfe, dass wir in der Wirtschafts- und in der Finanzgeschichte Deutschlands in den letzten 25 Jahren die Dinge nicht schnell genug vorangetrieben haben.

Eines ist klar: Es wäre alles schneller gegangen, wenn Sie nicht lange Zeit in den 90er-Jahren - nicht Sie persönlich, aber Ihre Partei - eine Blockadepolitik betrieben hätten.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Minister, sind Sie bereit, zwei weitere Fragen zu beantworten? - Bitte sehr, Frau Dr. Weiher.

Frau Dr. Weiher (PDS):

Herr Minister, ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass Ihnen offensichtlich die Steuersenkungen noch nicht reichen und Sie den Weg geradlinig weitergehen wollen. Wir werden verfolgen, wie das alles weitergeht.

Ich habe auch zur Kenntnis genommen, dass Sie uns mit Ihren Worten zu der Aussage in unserer Begründung, dass die Spitzenverdiener faktisch ihr Geld nicht ausgeben wollen, in die Ecke stellen wollen, dass wir eigentlich zurückgeblieben sind.

Ich denke, die Entwicklung in den letzten Jahren hat genau gezeigt, dass es dorthin geht, dass die Spitzenverdiener, die Großunternehmen, die mit Milliarden geschenken versehen worden sind, die keinerlei Steuern mehr zahlen, obwohl sie Millionengewinne haben, nicht bereit sind zu investieren und nicht bereit sind, für Wirtschaftswachstum zu sorgen. Das zum einen. Das ist aber nicht meine eigentliche Frage.

(Zustimmung bei der PDS)

Sie haben auch heute wieder von sparen, sparen, sparen gesprochen. Nun habe ich mit Interesse gelesen - ich versuche auch immer, mich ein Stück weiterzubilden -, dass es in der ökonomischen Theorie das so genannte Sparparadoxon gibt. Das heißt im Grunde genommen, mit zunehmender Sparquote sinkt das Einkommen, einmal auf ganz wenige Worte beschränkt. Also: Wer immer mehr spart, spart, spart, der macht eine Kette auf, sodass er letztlich nicht mehr einnimmt, sondern aufgrund der sinkenden Kaufkraft, der sinkenden Preise, der sinkenden Beschäftigungsquote usw. zu weniger Einnahmen kommt.

Könnten Sie mir zustimmen, dass Sie im Augenblick sowohl auf der Bundes- als auch auf der Landesebene genau in dieser Kette sind?

(Zustimmung bei der PDS)

Herr Prof. Dr. Paqué, Minister der Finanzen:

Frau Dr. Weiher, hinsichtlich des letzten Punktes kann ich Ihnen nicht zustimmen. Aber ich bitte Sie, davon abzusehen, auf eine ausführliche Antwort zu dringen; denn sonst muss ich in der nächsten Broschüre, die die SPD über die Leistung dieser Landesregierung herausgibt, lesen: Er doziert immer noch weiter; er hat nichts dazugelernt.

Frau Dr. Weiher, ich bin gern bereit, mit Ihnen über diesen Punkt am Rande einer Ausschusssitzung zu diskutieren.

(Herr Bullerjahn, SPD: Da wäre ich vorsichtig!)

- Nein. Es geht doch darum, dass wir eine Frage von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung haben. Es geht um die Frage, wie Kaufkrafterhöhungen oder Kaufkraftsenkungen letztlich wirken. Es gehört sicherlich nicht hierher, das auszuführen.

Aber eines möchte ich doch feststellen: Die Länder, die wirtschaftlich erfolgreich waren, die in den letzten Jahren wachstumspolitisch wesentliche Schritte nach vorn gemacht haben, sind alle in die Richtung gegangen, dass sie gewissermaßen nicht mehr Kaufkraft durch entsprechende Regelungen geschaffen haben, sondern tendenziell die Kapitalbildung, die Investitionen gefördert haben.

Liebe Frau Weiher, die Frage nach der Investitionsbereitschaft einzelner Einkommensgruppen betrifft auch eine komplizierte Materie. Das kann man nicht in einem Satz beantworten.

Aber klar ist: Es geht nicht - das will ich ganz deutlich sagen - um irgendwelche Entlastungen von irgendwelchen Spitzenverdiennern. Es geht insgesamt um eine breit angelegte Senkung der Einkommensteuertarife, damit sich in unserem Land Leistung stärker lohnt, und das geht von den Beziehern ganz niedriger Einkommen bis zu den Beziehern ganz hoher Einkommen. Diesen Weg müssen wir gehen, um mehr Wachstum und Beschäftigung zu haben.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Gallert, Sie haben jetzt das Wort.

Herr Gallert (PDS):

Herr Minister, als Erstes möchte ich den Kollegen der CDU-Landtagsfraktion einen Hinweis geben, die Ihre Auseinandersetzung mit der Begründung zu dem Antrag

der PDS-Fraktion auf die Aktuelle Debatte so klasse fanden. Ihnen will ich nur sagen, dass das, was der Minister soeben kritisiert hat, fast wortwörtlich die Argumentation des hessischen Ministerpräsidenten Herrn Koch ist, mit der er vor vier Tagen diese vorgezogene Steuerreformstufe abgelehnt hat.

(Zustimmung bei der PDS und von Frau Budde, SPD)

Was Herr Koch heute sagt, weiß man nicht. Das ist klar. Die Meinungen schlagen bei der CDU alle 24 Stunden in die entgegengesetzte Richtung um. Ich wollte nur darauf hinweisen, dass man die geistigen Väter einer solchen Argumentation nicht nur bei der PDS vermuten sollte. Die haben wir uns hier einmal ausdrücklich von Herrn Koch abgeschaut.

(Frau Fischer, Merseburg, CDU: Aha!)

Jetzt haben wir das gleiche Problem wie bei der ersten Aktuellen Debatte: Was will die Landesregierung? Ich versuche das einmal auf den Punkt zu bringen. Erstens. Herr Paqué, Sie sind also dafür, die Steuerreformstufe vorzuziehen, wenn daraus für das Land keine Belastungen resultieren, ansonsten sind Sie dagegen?

Zweitens. Entspricht es auch der Position von Herrn Westerwelle und Ihrer Bundespartei, dass ausschließlich der Bund die Folgen zu tragen hat und die Länder und die Kommunen vollständig davon freizustellen sind?

Herr Prof. Dr. Paqué, Minister der Finanzen:

Zu Frage 1. Herr Gallert, ich werde an dieser Stelle keine Aussage darüber machen, wo exakt die numerische Grenze der Belastbarkeit liegt. Lieber Herr Gallert, Sie wissen genau, dass solche Entscheidungen darüber, welcher Preis dafür zu zahlen ist, mit Blick auf die gesamte Situation abgewogen werden müssen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Na endlich!)

Nun ja, auf die Zahl Null werde ich mich an dieser Stelle nicht festlegen lassen. Wir werden alles genau prüfen, wenn entsprechende Vorschläge vorliegen. Die Diskussion wird in den nächsten Wochen noch weitergehen. Mit der Zahl Null würden wir sozusagen eine Benchmark setzen. Wir werden sehen, wie es weitergeht.

(Frau Budde, SPD, lacht)

Zur zweiten Frage, was die Bundespartei angeht. Ich bin Mitglied im Bundesvorstand. Dort haben wir am vergangenen Montag einen Beschluss gefasst. Ich kann aus diesem Beschluss zitieren.

(Frau Dr. Sitte, PDS: Lesen können wir auch!)

Darin heißt es, wir als Liberale werden darauf achten, dass der Bund nicht zulasten der Länder und Kommunen seine Finanzprobleme löst. Das ist es. Das beinhaltet genau das, was wir wollen.

(Frau Budde, SPD: Was denn nun, null oder?
- Frau Dr. Sitte, PDS: Sagen Sie nun nein oder ja? Herr Westerwelle sagt ja!)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren! Begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler des Bismarck-Gymnasiums Genthin.

(Beifall im ganzen Hause)

Für die CDU-Fraktion erteile ich nun dem Abgeordneten Herrn Tullner das Wort. Bitte sehr, Herr Tullner.

Herr Tullner (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst eine Vorbemerkung. Herr Gallert, wenn Sie sagen, Sie hätten die Begründung für Ihren Antrag von Roland Koch übernommen, muss ich fast vermuten, dass das Abschreiben bei Ihnen im Moment Methode ist.

(Zustimmung bei der CDU - Herr Gallert, PDS: Wir verschließen uns nicht den Anregungen anderer, Herr Tullner!)

Zweitens. Ihre Kollegin Frau Dr. Weiher sagte - Sie haben es auch noch einmal betont -, dass die CDU in einen Chor der Vielstimmigkeit eingefallen sei. Dazu kann ich Ihnen nur eines sagen: Wenn diese Bundesregierung in Ihrer Sprunghaftigkeit in kurzer Zeit solche grundlegenden Entscheidungen trifft,

(Frau Budde, SPD, lacht - Herr Gallert, PDS: Das haben Sie übertroffen!)

dann muss es doch das Recht einer Volkspartei sein, darüber öffentlich zu diskutieren.

(Zuruf von Herrn Dr. Püchel, SPD)

In 14 Tagen zu einer einvernehmlichen Meinung zu kommen, ist doch in Anbetracht der Debatten, die innerhalb der PDS geführt werden, eine große Leistung, Herr Gallert.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Frau Dr. Weiher, PDS)

Aber nun zum eigentlichen Thema. Die Debatte über die Haushalts- und Finanzpolitik in Deutschland ist in den vergangenen Tagen zu einem der zentralen Themen herangewachsen - wieder einmal. Man mag den Sarkasmus als einen tendenziellen Bedingungsfaktor für Politik schlechthin be- oder verurteilen, man mag der Einschätzung von Thomas Mann in den Bekenntnissen eines Unpolitischen folgen, die lautet: „Ich will nicht Politik, ich will Sachlichkeit, Ordnung und Anstand.“ Aber all das lässt uns nicht vor den Problemen ausweichen, vor denen wir in Deutschland seit Jahren stehen.

Wir wissen um die Überalterung der Bevölkerung und deren Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme. Wir wissen um die Frage der Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik, die in erster Linie nur heißen kann, dass unser Wohlstand nicht auf Kosten der kommenden Generationen finanziert werden darf.

Da sagte 1998 der damalige Kanzlerkandidat und unser heutiger Bundeskanzler Schröder: Er sprach, wie das im Wahlkampf meistens üblich ist, sehr pointiert über die Politik der Jahre zuvor. Herr Gallert hat das auch getan. Es war die Rede davon, dass die Karenztage beim Krankengeld oder die Änderung beim Kündigungsschutz Teufelszeug seien. Herr Clement war wahrscheinlich abwesend.

Des Weiteren war die Rede davon, dass die Rentner keine Kürzungen erfahren dürften, weil diese Generation im Schweiße ihres Angesichts das Land aufgebaut habe. All dies und noch viel mehr hätte die in der Folgezeit abgewählte Kohl-Regierung zu verantworten. Hinzu käme dann noch eine Steuerreform von 1996 nach den berühmten Petersberger Beschlüssen, die - das war O-Ton

Schröder - dazu führen sollte, dass die Reichen immer reicher werden und der Rest in die Röhre schaut.

Meine Damen und Herren! Blickt man auf die Steuererhöhungen, die Rot-Grün in der Vergangenheit serienweise produziert hat - Öko-, Tabak-, Versicherungsteuer und vieles mehr -, muss man konstatieren, dass es gerade die Sozialdemokraten waren, die die Geringverdiener in diesem Lande belastet haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren! All dies könnte ich noch ein gutes Stück fortsetzen. Es ist einfach unglaublich, dass die Reformen, so maßvoll und in Teilen nicht weitreichend genug wie sie im Einzelfall damals waren, mit kraftvollen Worten ins Reich der arbeitnehmerfeindlichen Verdammnis gerückt wurden, und heute die gleichen Protagonisten, vom Irrläufer Lafontaine einmal abgesehen, weiter reichende Konzepte aus dem Hut zaubern.

Allein dieser zeitliche Verlauf lässt nur einen Schluss zu: Fünf Jahre Rot-Grün in Deutschland waren fünf verlorene Jahre für den Wirtschaftsstandort Deutschland, waren fünf verlorene Jahre für die Reform der sozialen Sicherungssysteme.

(Beifall bei der CDU)

Dabei ist „zaubern“ sicherlich nicht das richtige Wort.

Im Zuge seiner eigenen Sprunghaftigkeit muss der Bundeskanzler nun schon Hardenberg bemühen, um seine unglaublichen Pirouetten noch einigermaßen zu rechtferigen. Nur, meine Damen und Herren, dessen wohl überlegte, konzeptionell ausgereifte und vorbereitete Reformen im Verbund mit dem Freiherrn von und zum Stein haben doch eine andere Qualität. Wenn man den Hang des Kanzlers zu einer Symbolpolitik weiter verfolgt, darf man erwarten, dass das Kabinett demnächst im Sachsenwald tagt.

(Zustimmung bei der CDU)

Apropos Sprunghaftigkeit: Vor noch nicht einmal einem Jahr hat die Bundesregierung die zweite Stufe der Steuerreform um ein Jahr verschoben, weil sie deren Kosten in Höhe von 8 Milliarden € nicht gegenfinanzieren konnte. Ein Jahr später macht man sich um 18 Milliarden € aber überhaupt keine Gedanken mehr. Noch am 14. März dieses Jahres, meine Damen und Herren, hat der Kanzler in seiner berühmten Agenda-Rede das Vorziehen der dritten Stufe abgelehnt mit der Begründung, das wäre eine Sanierung auf Kosten derer, die nach uns kommen; genau das werde man nicht tun. - So viel zur Halbwertzeit von Kanzlerworten.

(Zustimmung bei der CDU)

Erkennen Sie hierin noch eine klare konzeptionelle und durchdachte Politik der Bundesregierung? - Ich kann sie jedenfalls nicht sehen.

Meine Damen und Herren! Ich sage hier ganz klar: Eine Steuerreform, die ohne die notwendigen Bedingungen von Strukturreformen der sozialen Sicherungssysteme und des Arbeitsmarktes ohne zeitlichen Vorlauf einhergeht, wird verpuffen. Es bleibt keine Zeit für nähere Betrachtungen. Aber ohne eine Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt, ohne Reformen im Gesundheitsbereich und bei der Altersversorgung werden wir keine volkswirtschaftliche Dynamik in Deutschland erreichen können. Das geht nur mit kraftvollen Reformen.

Es reicht eben nicht aus, eine Kommission nach der anderen zu berufen, deren Ankündigungen eines Ergebnisses als Reform schlechthin öffentlich diskutiert werden. Damit muss endlich Schluss sein. Wir brauchen kraftvolle Entscheidungen der politisch Verantwortlichen, zu deren Umsetzung die Union im föderalen Kontext grundsätzlich verhandlungsbereit ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Eine Steuerreform allein wird dies nicht leisten.

Hinzu kommt ein zweiter wesentlicher Aspekt, die Lage der öffentlichen Staatsfinanzen. 18 Milliarden € soll die Steuerreform nunmehr kosten. 10 % der Einkommensteuer, so schaltet es dem Bürger fröhlich entgegen, würden ihm mehr zur Verfügung stehen. Die Gegenfinanzierung fällt in eine Zeit, in der die Kommunen kaum noch eigene Handlungsspielräume haben, in der die Länder um verfassungsmäßige Haushalte kämpfen und in der Herr Eichel schon gar kein Wort mehr über blaue Briefe und reale Haushalte verliert.

Nein, meine Damen und Herren, diese orientierungslose Finanzpolitik mit der willkürlichen Kürzung einzelner Subventionen zu begründen, kann auch nicht die Lösung sein. Die Union ist zu einem Subventionsabbau grundsätzlich bereit, aber dieser muss systematisch und konzeptionell vorangetrieben werden. Pauschale Kürzungen kommen für uns nicht infrage.

(Zustimmung bei der CDU - Herr Bullerjahn, SPD:
Aber die Rede von Herrn Paqué haben Sie gehört?)

Meine Damen und Herren! Auch das Thema der Kommunalfinanzen treibt uns immer wieder um. Ich möchte in diesen Tagen noch einmal daran erinnern, dass gerade die Kommunen immer noch auf die pompös angekündigte Gemeindefinanzreform warten. Wo sind denn die Ergebnisse und die Entlastungen? Stattdessen sollen neue Kosten auf die Kommunen abgewälzt werden.

Das ist unseriös. Das Vorziehen der Steuerreformstufe ist ohne eine klare Perspektive für die Kommunalfinanzen ein kommunalpolitisches Abenteuer, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich will noch einen anderen Aspekt anführen. Wer den Leuten jetzt suggeriert, sie hätten netto 10 % mehr in der Tasche, muss den Menschen klar und deutlich sagen, dass die Eigenverantwortung bei der Altersvorsorge und die Eigenverantwortung bei den Gesundheitssystemen Mehrkosten für den einzelnen Bürger bedeutet. Wer Erwartungen in der Hinsicht weckt, dass jeder im nächsten Jahr 10 % mehr in der Tasche hat, wird die Enttäuschung der Bürgerinnen und Bürger zu spüren bekommen. Das sollte die Bundesregierung bei ihren Fanfaren tönen berücksichtigen.

Meine Damen und Herren! Einer Steuerreform zuzustimmen, deren Finanzierung auf Kosten des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Kommunen geht - 240 Millionen € stehen zur Debatte -, erscheint uns im jetzigen Stadium der Diskussion nicht möglich zu sein. Hierzu müssen klare und realistische Vorschläge zur Gegenfinanzierung auf den Tisch. Das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform, deren Lasten nachfolgenden Generationen aufgebürdet werden, ist ohne die notwendige Strukturreform - ich sagte es bereits - in Wahrheit nur ein weiterer, durchaus gelungener PR-Gag des Bundeskanzlers, zumal ein sehr teurer.

Dennoch verschließen wir uns nicht der Diskussion. Wir sind nicht gegen Steuersenkungen, ganz und gar nicht, wir sind auch nicht Rot-Grün - das wurde ebenfalls schon mehrmals erwähnt -, die im Jahr 1996 aus parteitaktischen Gründen eine große Steuerreform blockiert haben. - Übrigens waren die meisten Damen und Herren Sozialdemokraten damals auch dabei.

Diese Steuersenkung muss solide austariert werden. Also muss der Kanzler bekennen, was er unter den Schlagworten „Subventionsabbau“, „Privatisierungserlöse“ und „Kreditfinanzierung“ versteht. Wenn diese Rahmenbedingungen und die Gegenfinanzierung geklärt sind, sind wir gern bereit, darüber zu diskutieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Abgeordneter Tullner, es gibt eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Dr. Kuppe. - Bitte sehr, Frau Dr. Kuppe.

Frau Dr. Kuppe (SPD):

Herr Kollege Tullner, Sie sagten, dass für Sie eine Steuerreform zwingend mit einer Reform der sozialen Sicherungssysteme einhergehen muss. Darin stimme ich Ihnen zu. Sie mahnten dabei aber auch schnelle politische Entscheidungen an, die noch ausstünden.

Ist Ihnen bekannt, dass das Gesundheitssystemmoderierungsgesetz in den Bundestag eingebracht worden ist und auf Bundesebene fraktions- und parteiübergreifend zurzeit Diskussionen über eine gemeinsame Lösung bis zur Verabschiedung dieses Gesetzes geführt werden? Ist Ihnen weiterhin bekannt, dass die zweite und dritte Lesung des Gesundheitssystemmoderierungsgesetzes auch auf Wunsch der CDU vom 8. Juli 2003 auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden ist, damit erst diese Gespräche geführt und die Verhandlungen zu einem guten Ende gebracht werden können?

Herr Tullner (CDU):

Liebe Frau Dr. Kuppe, ich könnte es kurz machen und ja sagen, dass es mir bekannt ist. Ich möchte aber darüber hinausgehend dazu etwas sagen. Ich denke, die Frage bezieht sich nicht allein auf die Gesundheitsreform. Ich könnte durchaus die Frage stellen, warum erst so spät über diese Fragen von Ihnen diskutiert worden ist. Die Probleme sind bereits seit 1998 hinlänglich bekannt. Sie haben nach der Wahl 1998 den Bürgerinnen und Bürgern suggeriert, dass alles wie bisher weitergehen könne und man nichts ändern müsse.

(Zuruf von Frau Dr. Kuppe, SPD - Herr Kühn, SPD: Seehofer!)

Deshalb sage ich: Im Gesundheitsbereich sind wir auf einem guten Weg - endlich. Aber in den anderen Bereichen, in denen noch die ganzen Kommissionen tagen, wie die Kommission zur Gemeindefinanzreform und andere, sollten Sie darauf drängen, dass der Kanzler endlich die Entscheidung in das Parlament holt, die Entscheidung gemeinsam mit den ihn tragenden Fraktionen trifft und nicht andauernd solche honorigen Leute, wie es die Professoren sind, in die Kommission bittet und sie die Arbeit des Parlamentes machen lässt.

(Zustimmung bei der CDU - Herr Bullerjahn, SPD:
Vorsicht! Sie haben auch einen! - Herr Dr. Püchel, SPD: Kennen Sie Dr. Seitz?)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Tullner, es gibt eine weitere Anfrage von Herrn Dr. Polte.

Herr Dr. Polte (SPD):

Herr Tullner, Sie hören bekanntlich zu den jungen Wil- den in Ihrer Fraktion.

(Heiterkeit bei der CDU - Zuruf von der CDU: Das wird behauptet!)

Wenn ich Ihren Beitrag höre, muss ich Ihnen sagen, dass er so klingt, wie ich es seit Jahrzehnten in Deutschland höre. Ich sehe nicht - es geht um Ihre Zukunft -, wo einem reformerischen Ansatz zum Durchbruch verholfen werden kann.

Der Finanzminister wies darauf hin: Wir bewegen uns auf 4,5 Millionen Arbeitslose zu. Diese Zahl muss uns doch alle erschrecken und uns veranlassen, vor allen Dingen das Nach-vorn-Schauen zu praktizieren und zu sagen: Wir müssen uns auch Reformen stellen, die weh tun - auf allen Ebenen.

Was ich aber bisher hier gehört habe, ist ein Abklatsch der Diskussion, die man auch im Bundestag hört. Solche Diskussionen bringen uns an dieser Stelle nicht voran. Da es um Ihre Zukunft geht, Herr Tullner, und um die Zukunft der jungen Generation, sollten wir mit neuen Denkansätzen auch der Regierungspartei im Lande und mit deren Wirkungsmöglichkeit über den Bundesrat vielleicht in diesem Zusammenhang ein Stück Zukunft für uns alle schaffen.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Ich habe keine Frage heraushören können, Herr Dr. Polte.

(Zuruf von der CDU)

Herr Tullner, bitte.

Herr Tullner (CDU):

Herr Dr. Polte, was Sie gerade gesagt haben, trifft, denke ich, den Nerv der Zeit und ist völlig d'accord. Ich will nur darauf hinweisen, dass die Probleme - Sie sagten es bereits - nicht erst seit heute bekannt sind. Sie sind bereits seit einem längeren Zeitraum bekannt. Dabei schließe ich die Verantwortung der CDU durchaus ein.

Deswegen sind die Lösungsansätze, die wir heute hoffentlich gemeinsam finden werden, in wesentlichen Teilen diejenigen, die Gerhard Schröder im Jahr 1998, als er die Regierung übernommen hat, abgeschafft hat, und zwar mit der ideologisch-pompösen Ankündigung, dass die arbeitnehmerfeindliche, gesundheitsfeindliche und rentenfeindliche Politik nun endlich aufhören würde.

Was ich ihm vorwerfe - wenn ich das hier darf -, ist, dass er in Verkenntung der Probleme, die mit Sicherheit bekannt waren, so getan hat, als ob diese Probleme nicht vorhanden gewesen wären. Wir müssen die Realitäten einfach zur Kenntnis nehmen und daraufhin nach Lösungsansätzen suchen. Wenn wir das gemeinsam erreichen, wäre das eine feine Sache. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Tullner. - Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden Herrn Dr. Püchel das Wort. Bitte sehr, Herr Dr. Püchel.

Herr Dr. Püchel (SPD):

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Tullner, wir haben jetzt einiges von Ihnen gehört. Was mich vor allen Dingen stutzig gemacht hat, war Ihre Ablehnung von Pauschalkürzungen. Ich habe gestern und heute in der Zeitung gelesen, dass der Finanzminister vorhat, pauschal 10 % zu kürzen.

(Herr Scharf, CDU: Ach was!)

- Dann habe ich es wohl falsch gelesen?

(Herr Scharf, CDU: Dann haben Sie Quatsch gelesen!)

- Gut, dann hat er wenigstens die Unterstützung Ihrer Fraktion, sonst hätte er gleich einpacken und die Kürzung zurückziehen können.

Dann haben Sie gesagt - Frau Dr. Kuppe hat dazu bereits eine Frage gestellt -, dass Sie eine Steuerreform allein ablehnen. Ihnen dürfte aber nicht entgangen sein, dass es eine Agenda 2010 gibt, dass es das Hartz-Konzept gibt und dass eine Gesundheitsreform geplant ist. Die Steuerreform ist eingebettet in viele Reformvorhaben und ist nicht losgelöst.

Die Blockadefrage wird immer wieder diskutiert. Die Blockadefrage bei der Steuergesetzgebung kann man nicht leugnen, sie hat es gegeben. Warum reden Sie aber nicht über die aktuelle Blockade bei der Zuwanderung?

Ich war vor anderthalb Jahren in einer kleiner Runde mit Otto Schily und einigen anderen Innenpolitikern zusammen und wir haben den Entwurf des Zuwanderungsgesetzes erstellt. Weil wir eine Mehrheit wollten, haben wir uns sehr nah an die Vorschläge der Müller-Kommission zum Zuwanderungsgesetz angelehnt. Im Grunde genommen hätte die CDU gar nicht mehr nein sagen können, weil es kaum noch Unterschiede gab. Sie hat den Entwurf blockiert und ihn einfach abgelehnt.

Das ist für mich aktive Blockade. Vergessen Sie das nicht. Holen Sie nicht alte Kamellen heraus und bleiben Sie bei Ihrer aktuellen Politik.

(Zustimmung bei der SPD - Herr Gürth, CDU: Das ist doch falsch!)

- Das ist nicht falsch. Ich war dabei, Sie waren nicht dabei.

Wenn Sie Zitate bringen, dann habe auch ich eine ganze Menge an Zitaten von Herrn Stoiber zur Steuerentlastung usw. dabei. Diese Zitate müssten Sie einmal lesen, dann würden Sie vielleicht etwas ruhiger sein.

Meine Damen und Herren! Die PDS-Fraktion hat mit der Aktuellen Debatte ein Thema angestoßen, das von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung in Sachsen-Anhalt ist. Das Thema Steuersenkung hat drei Aspekte: einen wirtschaftspolitischen, einen finanzpolitischen und einen psychologischen Aspekt.

Der wirtschaftspolitische Aspekt ist schnell genannt. Es geht um die Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Unternehmen und damit um die Erhöhung

des Konsums sowie eine Verbesserung der Gewinnsituation unserer Firmen, die sich wiederum positiv auf die Investitionsneigung auswirken dürfte.

Der psychologische Aspekt schließt eng an den wirtschaftspolitischen Aspekt an. Eine vorgezogene Steuerentlastung soll für Optimismus, für eine bessere Grundstimmung sorgen und damit neue Wachstumskräfte freisetzen.

Ich glaube, bei der Beurteilung des wirtschaftspolitischen und des psychologischen Aspektes sind sich alle weitgehend einig. Das gilt für die Politik ebenso wie für die Wirtschaft und für die Bürgerinnen und Bürger. Allesamt hätten sie spürbar mehr im Portemonnee, wenn die Pläne so umgesetzt werden würden.

Die Binnennachfrage wird gestärkt, und der Anreiz, legal zu arbeiten, wird verbessert. Im Durchschnitt zahlen die Bürger 10 % weniger an Steuern, die Bezieher geringerer Löhne und Gehälter werden prozentual noch weit mehr entlastet.

Meine Damen und Herren! Die Wirtschaft auch unseres Landes hat sich klar positioniert. Arbeitgeberpräsident Fänger hat sich ohne Wenn und Aber für die Pläne der Bundesregierung ausgesprochen, und er hat an die Landesregierung appelliert, die Steuersenkung im Bundesrat nicht zu blockieren.

(Herr Gürth, CDU: Das ist sein gutes Recht!)

- Ja. Sie hören doch sonst auf ihn; hören Sie mal hierbei auf ihn.

Weitaus weniger eindeutig sind die Stellungnahmen aus dem konservativen politischen Lager. Die Pirouetten der letzten Zeit - von Ihrer Seite gibt es viel mehr - sind beeindruckend: Noch im Wahlprogramm der Union wurden umfassende Steuersenkungen gefordert. Das geplante Vorziehen der Steuerreform durch die Bundesregierung müsste die CDU eigentlich in einen wahren Begeisterungstaumel versetzen.

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

Denn das wollte sie die ganze Zeit; damit hat sie Wahlkampf gemacht. Der seinerzeitige Kanzlerkandidat Stoiber - er scheint wohl vergessen zu sein -

(Herr Gürth, CDU: Nein, nein!)

wollte ursprünglich die dritte Stufe der Steuerreform auf den 1. Januar 2003 vorziehen und sprach sich sogar gegen das flutbedingte Verschieben der zweiten Stufe der Steuerreform auf das Jahr 2004 aus. Es klang fast so ähnlich auch bei Herrn Paqué an. Hätte Herr Stoiber sich durchsetzen können, wäre die zweite Steuerreformstufe bereits in Kraft.

Kein Wort zur Kompensation habe ich zu der Zeit übrigens von Professor Böhmer gehört. Ich kann mich übrigens nicht erinnern, dass unsere Landes-CDU dem widersprochen hätte. Dagegen habe ich noch gut die Lobeshymne unseres Ministerpräsidenten auf seinen Kanzlerkandidaten im Hinterkopf. Es gab keine Kritik an seinen Plänen zur Steuerreform.

Auch nach der Bundestagswahl erneuerten CDU und CSU übrigens ihre Forderungen nach Steuersenkungen. Hierzu gibt es, wie gesagt, wunderbare Zitate, die ich Ihnen gern einmal gebe. „Unter 40 %“ lautete damals unter anderem die Devise der CDU. Wir reden heute von einem Spaltensteuersatz von 42 %.

Als die Pläne der Bundesregierung präsentiert wurden, war ein vielstimmiger Chor aus dem schwarz-gelben Lager zu hören. Guido Westerwelle stellte sich voll hinter die Pläne der Bundesregierung und kündigte gleichzeitig die Unterstützung durch die Landesregierungen an, an denen die FDP beteiligt ist. Das konnte er auch, denn der sachsen-anhaltische Landesverband hat das Bundestagswahlprogramm mitgetragen und der Finanzexperte Paqué hat im Bundestagswahlkampf Herrn Westerwelle bei seinen mutigen „35-35-35“ unterstützt. Dies ist zu keiner Zeit kritisiert worden; es wurde allerdings auch nie gesagt, wie man dies umsetzen kann.

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Paqué hat eben versucht, ein bisschen an der Klippe vorbeizusegeln. Es ist schon interessant gewesen. Gut dass Herr Gallert eine Nachfrage gestellt hat. Wie weit will denn die Landesregierung in den Verhandlungen im Bundesrat jetzt noch auf die Bundesregierung zugehen? Was heißt komplett oder nicht? - Herr Paqué hat versucht, dies zu umgehen. Er hat sich dazu ja geäußert. Erst sprach er von „Null“ und „komplett“. Jetzt sagt er „annähern“. - Ich denke schon, dass Signale kommen. Man soll nicht den Mund zu voll nehmen, wenn man vielleicht in drei, vier Wochen einlenkt und es doch mitträgt.

(Zustimmung bei der SPD)

Einige CDU-Ministerpräsidenten, meine Damen und Herren, die Herren Althaus und Teufel, signalisierten eher eine vorsichtige Unterstützung. Andere CDU-Granden, wie der Herr Merz, sprachen hingegen von „unausgewogenen Plänen“. Herr Stoiber lehnte am Sonntag - das habe ich im Fernsehen gesehen - ein Vorziehen eindeutig ab. Vorgestern kam dann die Kehrtwende. Es ist bekannt: Bei einer Pirouette dreht man sich mehrmals - das war die erste Kehrtwende.

In einem Brief an den Bundeskanzler zeigen Herr Stoiber und Frau Merkel Gesprächsbereitschaft und bestehen nicht mehr auf der vollen Gegenfinanzierung. Frau Merkel nimmt höhere Schulden in Kauf und hat nun sogar - wenn ich es richtig im Radio gehört habe - eine Sondersitzung des Bundestages vorgeschlagen, um die Steuerreform vorziehen zu können.

Das, meine Damen und Herren, ist aber nicht die Position, jedenfalls nicht die bisherige Position unseres Ministerpräsidenten. Er hat schon im Vorfeld das Vorziehen der Steuerreform öffentlich abgelehnt. Dafür wurde er schon in einer frühen Phase der Diskussion in der „Bild“-Zeitung als „Steuersenkungsverhinderer“ abgebürgelt. An seiner Position hat sich bisher eigentlich nichts geändert. Keine Zustimmung zur Steuerentlastung ohne Kompensation im Landeshaushalt, so lautet seine Devise.

Ich muss fairerweise sagen, dass es für einen Ministerpräsidenten, der in schwierigen Haushaltsberatungen steht, eine immerhin nachvollziehbare Haltung ist. Es gibt auch SPD-Ministerpräsidenten, die ähnliche Probleme haben.

Damit komme ich zum finanzpolitischen Aspekt einer Steuersenkung. Die PDS hat es klar formuliert: Das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform darf nicht auf Kosten der Länder und Gemeinden gehen. - In dieser Absolutheit halte ich das für falsch. Für ebenso falsch halte ich die Position unserer Landesregierung.

Meine Damen und Herren! Schauen wir einmal auf die Zahlen. Für das Jahr 2003, also für das laufende Haushaltsjahr, erwartet Sachsen-Anhalt Steuereinnahmen in Höhe 4,345 Milliarden €. In dieser Zahl ist die aktuelle Steuerschätzung vom Mai bereits berücksichtigt. Für das folgende Jahr können wir laut Steuerschätzung vom Mai mit Steuereinnahmen in Höhe von 4,462 Milliarden € rechnen, also mit knapp 120 Millionen € mehr als im laufenden Jahr.

Folgt man den Verlautbarungen der Landesregierung, stehen dem Land nach der Steuerschätzung vom Mai angeblich 470 Millionen € weniger zur Verfügung. Schamhaft wird dabei verschwiegen - auch Frau Dr. Weiher ist der Berechnung der Landesregierung auf den Leim gegangen -, dass diese 470 Millionen € auf die halbseidene mittelfristige Finanzplanung bezogen worden sind und nicht auf die realen Gegebenheiten. Real haben wir einen Zuwachs im Jahr 2004 nach dem Jahr 2003.

Hätte der Finanzminister in die mittelfristige Finanzplanung 1 Milliarde € mehr hineingeschrieben, hätten Sie jetzt geklagt, dass wir 1,47 Milliarden € Steuerausfall haben. - Das stimmt doch alles nicht. Real ist der Zuwachs im Jahr 2004 nach dem Jahr 2003.

(Zustimmung bei der SPD - Herr Scharf, CDU: Das ist doch falsch, die Argumentation! Das hat doch eine Grundlage, das ist doch nicht aus der Luft gegriffen!)

- Sie sehen doch, was es für eine Grundlage hat. Es hat doch nichts gebracht, es stimmt doch nicht.

Meine Damen und Herren! Das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform würde Mindereinnahmen in Höhe von rund 220 Millionen € bringen. Das ist jedenfalls die Zahl, die vorhin genannt wurde. Von diesen 220 Millionen € Mindereinnahmen werden 20 Millionen € direkt an die Kommunen weitergereicht. Es bleiben also 200 Millionen € beim Land.

Im Vergleich zum Jahr 2003 bleibt also ein Minus von rund 80 Millionen € im Landshaushalt. Das ist natürlich eine Hypothek, aber noch kein Desaster.

Herr Böhmer ist leider nicht da. Herr Paqué, an Sie gerichtet: Es ist durchaus denkbar, dass Sie diese Mindereinnahmen bereits im Laufe des Jahres 2004 aufgrund positiver konjunktureller Wirkungen wieder erwirtschaften.

(Herr Tullner, CDU: Prinzip Hoffnung! - Herr Scharf, CDU: Das merke ich mir für die Haushaltsberatung!)

- Das können Sie sich merken. Wir können es auch aufschreiben. Sie finden es auch im Protokoll wieder. - Denn dies ist eine Säule der Gegenfinanzierung, auf die auch die Bundesregierung setzt und Herr Stoiber immer gesetzt hat: Eigenfinanzierung durch Wachstum, mehr Steuereinnahmen als Folge von Steuersenkungen.

Die zweite Säule sind die Privatisierungserlöse - das brauche ich nicht näher auszuführen, auch nicht das, was hier im Land in diesem Jahr gelaufen ist bzw. läuft. Wir haben die Antworten auf die Kleinen Anfragen von Herrn Bullerjahn gelesen. Es ist bisher wenig geschehen; das waren alles Luftnummern.

Säule drei ist der Subventionsabbau - ein ganz schwieriges Feld, zumal für uns hier im Osten.

(Herr Scharf, CDU: Genau!)

Ein linearer Abbau nach der Rasenmähermethode würde uns große Probleme bereiten; es würde erhebliche Einschnitte bei den Mitteln für den Aufbau Ost bedeuten. Das können wir nicht gebrauchen. Hier bin ich für eine gezielte Politik, indem man Subventionstatbestände überprüft und entsprechend gezielt ansetzt.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Dr. Püchel, Sie haben bereits eine Minute überzogen, kommen Sie bitte zum Ende.

Herr Dr. Püchel (SPD):

Ich werde gleich zum Ende kommen. Leider bin ich durch das, was Herr Tullner gesagt hat, in meiner Zeit ein bisschen in Verzug geraten, weil ich ihm antworten musste.

Die Eigenheimzulage ist als Teil des Subventionsabbaus infrage gestellt worden; dies muss diskutiert werden. Das Thema wird auch hier im Land diskutiert. Minister Daehre hat sich dazu geäußert.

Die Entfernungspauschale ist eine ganz schwierige Frage; sie muss diskutiert werden, sie betrifft viele Menschen. Das ist jedoch eine Frage, die wir hier außer Acht lassen können. Gespannt bin ich auch darauf, was die Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück ablefern werden.

Die vierte Säule der Gegenfinanzierung ist die Neuverschuldung. Damit tun sich zu Recht alle schwer. Ich bin jedoch der Auffassung, dass man in einem geringen Maße etwas tun könnte, um die Steuerreform zu finanzieren, weil wir uns alle einen Wachstumsschub versprechen, der zu Steuermehrereinnahmen führt.

Ich komme zum Ende. Ich bin der Auffassung --

(Zuruf)

- Das können Sie ruhig fragen. Herr Bullerjahn hat es der Presse gegenüber schon geäußert. - Ich gehe davon aus, dass die dritte Stufe der Steuerreform vorgezogen werden wird und dass auch unsere Regierung eine Reform mitmachen wird, auch wenn sie jetzt noch ein bisschen herumeiert und nicht die richtigen Antworten geben will.

Wir brauchen diese Steuerreform, wir brauchen mehr Wachstum, wir müssen mehr Arbeitsplätze schaffen. Das geht nur auf diese Weise im Komplex mit anderen Maßnahmen, auf die ich schon hingewiesen hatte. - Viele Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Dr. Püchel, zunächst hat der Abgeordnete Herr Gallert eine Frage. Sind Sie bereit, die Frage zu beantworten?

Herr Dr. Püchel (SPD):

Ja.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Bitte sehr, Herr Gallert.

Herr Gallert (PDS):

Herr Püchel, mir geht es jetzt wirklich noch einmal darum, ganz genau herauszubekommen, was die Position der Landes-SPD ist.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP)

Die verschiedenen Berechnungs- und Bezugsgrundlagen, die Sie eben herangezogen haben, haben wahrscheinlich mehr zur Verwirrung beigetragen als alles andere. Ich habe schon mitbekommen, dass Sie insgesamt diese Geschichte unterstützen, wenn Sie sagen, notfalls müsste zur Refinanzierung eine Erhöhung der Nettoeuverschuldung realisiert werden.

Ich sage ganz klar: Dann muss man so ehrlich sein, Herr Püchel, zu sagen, all das, was sich durch das Vorziehen an Mindereinnahmen im Landshaushalt niederschlägt, wird über Neuverschuldung refinanziert werden müssen, all das, was sich in unseren Einnahmebilanzen negativ niederschlägt, wird vollständig über Neuverschuldung refinanziert werden müssen, weil wir schließlich auch ohne ein Vorziehen der Steuerreform eine Neuverschuldung haben werden.

Sie haben gesagt, Herr Paqué habe sich aus Ihrer Frage etwas herausgewunden. Erst ist er von einer Null ausgegangen, dann hat er eine flexible Null in die Diskussion gebracht. Jetzt haben wir 220 Millionen €, die uns nach den bisherigen Berechnungsmodellen fehlen würden.

Ich frage Sie: Wie ist Ihre Erwartung? Was kann durch Gegenfinanzierung kompensiert werden? Was halten Sie für eine verträgliche Maßgabe bei der Erhöhung der Neuverschuldung?

Herr Dr. Püchel (SPD):

Herr Gallert, das ist eine schöne Frage.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Ich gucke meine Finanzpolitiker an. Wenn ich hier eigne Zahlen nenne, habe ich eine Diskussion mit ihnen. Ich bin aber gern bereit, die Frage beim nächsten Mal zu beantworten, wenn ich das mit meinen Leuten diskutiert habe.

(Heiterkeit bei der SPD - Lachen bei der CDU und bei der FDP - Herr Kosmehl, FDP: Oh!)

Ohne Rückendeckung meiner Finanzpolitiker will ich das nicht machen, um auch nicht den Haushaltsberatungen vorzugreifen.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei und Zurufe von der CDU und von der FDP)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Abgeordneter Scharf wollte noch eine Frage stellen. Herr Dr. Püchel hat bereits signalisiert, dass er bereit ist, auch diese Frage zu beantworten.

Herr Scharf (CDU):

Ich bin in einer großen Verlegenheit nach der Rede von Herrn Gallert. Ich wollte genau die Frage stellen, die Herr Gallert schon gestellt hat.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Herr Dr. Püchel (SPD):

Die Frage ist bereits beantwortet.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Dr. Püchel.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schulen Zeitz.

(Beifall im ganzen Hause)

Für die FDP-Fraktion erteile ich nun der Abgeordneten Frau Dr. Hüskens das Wort. Bitte sehr, Frau Dr. Hüskens.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich könnte ich mich bei der heutigen Debatte zufrieden zurücklehnen und darauf hinweisen, dass die FDP Steuersenkungen schon immer für den richtigen Weg gehalten hat, um Deutschland aus der wirtschaftlichen Sackgasse zu führen.

(Herr Bullerjahn, SPD: Kamen Sie bloß leider nie mit durch, was?)

Die Senkung von Steuern und anderen Abgaben ist tatsächlich der richtige Weg, um der Wirtschaft die bitter nötigen Impulse zu geben.

(Frau Dr. Weiher, PDS: Sagt die FDP!)

- Sagt die FDP. Und ein Willkommen allen anderen, die das inzwischen auch sagen.

(Heiterkeit bei der FDP und bei der CDU)

Ich bin mir aber nicht sicher, ob dieser Weg tatsächlich konsequent verfolgt werden soll. Wenn ich die Bundespolitik im Augenblick betrachte, habe ich den Eindruck, auf einem Kindergeburtstag zu sein. Es werden alle drei Minuten neue Spiele aufgerufen, die Kinder spielen mit und Ballons werden steigen gelassen. Mal schlägt der Bund vor, die Forschungsförderung gegen den Hochschulbau zu tauschen, mal schlägt er vor, Feiertage abzuschaffen; bis vor kurzem galten Vorschläge zur Steuerreduzierung noch als unseriös.

(Zuruf von Herrn Dr. Püchel, SPD)

Auch Sie, Herr Püchel, haben noch vor ein paar Monaten die Vorschläge der FDP zu einem einfacheren, glaubwürdigeren und gerechteren Steuersystem hier im Landtag als „Traumtänzer“ bezeichnet.

(Zustimmung von Herrn Dr. Volk, FDP)

Es sind übrigens 15, 25 und 35 %, die wir als FDP vorschlagen.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Sie haben unseren Vorschlag als „nicht finanzierbar“ dargestellt. Ich habe das noch ganz gut im Ohr. Im Gegensatz zu dem, was Ihr Bundesfinanzminister jetzt präsentiert, liegt die Gegenfinanzierung unseres Vorschlags aber im Detail vor.

Nun plötzlich entdeckt die SPD also auch, dass Steuersenkungen der Wirtschaft Impulse geben können. Der Kanzler des „Steuerzahlersongs“ präsentiert sich auf einmal als Steuersenker. Selbst Herr Müntefering will unser Geld nicht mehr zuerst für den Staat, sondern möchte

uns Steuerzahldern auch etwas belassen. Dazu kann ich nur sagen: Bravo!

(Herr Gürth, CDU: So viel zum Thema Pirouetten!)

- So viel zum Thema Pirouetten.

Wenn das Vorziehen der Steuernovelle von 2005 auf 2004 wirklich von der Einsicht in die wirtschaftliche Notwendigkeit geprägt ist, ist dies aus der Sicht der FDP-Fraktion nur zu begrüßen. Wir sind gespannt, ob „runter“ auch die Richtung bei den darüber hinaus noch drückenden Lohnnebenkosten sein wird. Frau Kuppe, die jetzt nicht da ist, hat vorhin darauf hingewiesen, dass dazu weitere Entscheidungen anstehen.

Gleichzeitig fordern wir aber eine seriöse Gegenfinanzierung. Bei den doch sehr pauschalen Aussagen des Bundes darf es nicht bleiben. Der Versuch von Herrn Eichel, den Ball nun in Richtung der Länder zu spielen, nach dem Motto, nun macht mal Vorschläge, ist aus der Sicht Sachsen-Anhalts absolut indiskutabel. Der Schwerpunkt muss aus unserer Sicht auf der Veräußerung von Bundesbeteiligungen liegen und meiner Auffassung nach beim Abbau von Subventionen. Eine weitere Verschuldung kann sich die Bundesrepublik ebenso wenig wie die Länder leisten, zumal die Signale aus Brüssel - Sie alle werden das verfolgt haben - deutlich waren.

Schon die Neuverschuldung von über 30 Milliarden €, die Herr Eichel gestern verkündet hat, wäre nicht unproblematisch. Aber wenn eine reale Neuverschuldung in Höhe von 40 bis 45 Milliarden € eintreten würde, von der Herr Austermann gestern gesprochen hat, wäre das mehr als fatal. Nicht einmal Steuersenkungen sollten zu lasten kommender Generationen finanziert werden.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung von Herrn Tüller, CDU, und von Herrn Gürth, CDU)

Sachsen-Anhalt kann seinen Anteil zur Gegenfinanzierung von Steuersenkungen durch eine weitere Neuverschuldung nicht leisten. Wir alle im Saal kennen den Haushalt des Landes. Wir wissen, dass eine Summe von 200 Millionen € für unser Bundesland nicht zu verkraften ist.

Ich gehe davon aus, dass die Landesregierung dem Angebot des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen widerstehen kann, der gestern im Fernsehen mehr oder weniger unverblümmt angeboten hat, dass man durch ein kollektives Ausrufen einer wirtschaftlichen Schieflage weiter in die Schuldenfalle laufen solle. Das halte ich für absolut unverantwortlich.

(Frau Budde, SPD: Das haben Sie doch beim Landshaushalt auch gemacht!)

Neben der Frage, ob der Bundeshaushalt verfassungsgemäß ist, wird in den nächsten Wochen vor allem zu diskutieren sein, welche Subventionen um welchen Betrag gekürzt werden sollen. Wir haben das heute schon begonnen.

Es gibt sicher Subventionen, die mehr, und andere, die weniger gerechtfertigt sind. Jeder von uns weiß aber, dass die Bedeutung einer Subvention immer eine Frage des Standpunktes oder der persönlichen Betroffenheit ist. Jeder, der Subventionen erhält, hält diese natürlich für absolut unverzichtbar. Wir würden allein hier im Plenum, wenn wir eine Umfrage machen würden, für jede

Subvention bestimmt einen Fürsprecher finden und für jede Subvention jemanden, der sagt, die kann weg.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Na, na!)

Ich halte deshalb den Weg pauschaler, linearer Kürzungen für den richtigen Ansatz.

(Herr Scharf, CDU: Nein, nein! - Herr Dr. Püchel, SPD: Was ist denn nun los? - Unruhe)

Bürger wie Firmen sollen so viel Geld wie möglich behalten, das sie nach eigener Entscheidung verwenden können. Dann kann auch auf Teile zweckgebundener Subventionen verzichtet werden.

Ich sage einmal ganz persönlich: Ich glaube, wenn wir die Diskussion über pauschale Kürzungen anfangen, kommen wir eher zu einem Ergebnis, als wenn wir das versuchen, was wir die ganzen Jahre über außerordentlich unfruchtbar versucht haben, nämlich einzelne Subventionen zu kürzen. Darüber hinaus wäre dies meiner Meinung nach auch glaubwürdiger und besser zu transportieren, weil es alle Begünstigten trafe, und wir würden uns die Verteilungsdebatten, die wir alle ausreichend aus der Vergangenheit kennen, sparen.

(Herr Scharf, CDU: So einfach geht es nicht! - Unruhe)

Natürlich macht das alles nur Sinn, wenn Subventionen wirklich begrenzt werden sollen. Dabei kommen mir, ehrlich gesagt, aber Zweifel. Das hat auch etwas damit zu tun, dass jeder seine Subventionen behalten möchte. Wenn ich in der Zeitung lese, dass der Bund jetzt Nordrhein-Westfalen noch einmal 420 Millionen € für die Steinkohleförderung zugesagt hat, da frage ich mich, wie ernst nimmt der Eichel es mit der Reduzierung von Subventionen.

Dabei geht es wohl auch um den Punkt, dass das nicht so ganz ernst gemeint ist. Steinbrück hat ganz klar gesagt, wenn alle Länder mitmachen würden und der Bund auch noch, dann wäre für ihn eine weitere Verschuldung aller Länder auch über die verfassungsmäßige Grenze hinaus durchaus akzeptabel.

Dann wären die Kürzungen bei der Eigenheimzulage und bei der Entfernungspauschale, die derzeit diskutiert werden, nur zwei weitere Borstentiere, die durch die Metropole getrieben werden.

(Zustimmung bei der FDP)

Für die FDP gilt: Steuern runter, Subventionen und Staatsausgaben reduzieren, Trennung des Bundes von Staatsbeteiligungen, das Steuersystem insgesamt einfacher und übersichtlicher gestalten - ich fände es als Steuerzahler schon schön, wenn ich meine Steuererklärung endlich einmal richtig verstehen könnte -, keine Steuerreformen zulasten kommender Generationen und keine Lösungen überwiegend zulasten von Ländern und Kommunen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Frau Dr. Hüskens, wären Sie bereit, eine Frage des Abgeordneten Herrn Gallert zu beantworten?

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Ja.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Gallert, ich bitte Sie aber, sich auf die Frage zu beschränken. Die Fragestellungen mutieren immer mehr zu einer Chimäre aus Intervention und Fragestellung. Wir sollten uns an die Geschäftsordnung halten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Herr Gallert (PDS):

Die Möglichkeit einer Intervention ist ausdrücklich eingeraumt worden. - Frau Dr. Hüskens, ich habe nur eine Frage. Herr Paqué hat deutlich gemacht, alles, was jetzt vorgezogen wird, muss der Bund tragen. Sie sagen, es darf auf keinen Fall über eine Nettoneuverschuldung passieren; der Bund müsste es über andere Aktionen machen.

Sie haben schon als Beispiel die Beteiligungsverkäufe angeführt. Sie müssen mir doch aber zumindest darin zustimmen, dass der Bund, wenn er die dritte Stufe der Steuerreform nicht vorziehen würde, all diese Schritte, die Sie genannt haben, trotzdem machen könnte, ohne dass er dadurch die Neuverschuldung auf Null bringen würde.

Das bedeutet doch, dass die Steuerausfälle infolge des Vorziehens der Steuerreform selbst dann, wenn Ihre Vorschläge umgesetzt würden, letztlich zu einer Erhöhung der Nettoneuverschuldung führen würden.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Herr Gallert, meine Ausführungen bezogen sich darauf, dass das Land nicht mehr in der Lage ist, das über die Nettoneuverschuldung zu machen, weil es sich sonst in den Bereich der verfassungsmäßigen Grenze bewegen würde. Das Gleiche gilt für den Bund, und zwar sowohl bei dem Ansatz, den Herr Eichel gestern verkündet hat, als auch in katastrophaler Art und Weise dann, wenn das zum Tragen kommen sollte, was vonseiten der Finanzexperten der Opposition im Bund befürchtet wird, nämlich dass es tatsächlich nicht 30 Milliarden €, sondern eher 40 Milliarden bis 45 Milliarden € sind.

Wenn ich das verfolge, was in der Diskussion von den Ministerpräsidenten anderer Länder in den vergangenen Tagen gesagt worden ist, dann scheint für fast alle Bundesländer zu gelten, dass das kaum noch ohne einen Verstoß gegen die Verfassungsgemäßheit der Haushalte gehen wird.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Dr. Hüskens. - Meine Damen und Herren! Beschlüsse zur Sache werden gemäß der Geschäftsordnung des Landtages in der Aktuellen Debatte nicht gefasst. Die Beratung über das zweite Thema der Aktuellen Debatte ist somit beendet.

Ich sehe mit etwas Sorge auf die Uhr. Wir sind bereits 40 Minuten in Verzug. Wir hatten uns darauf verständigt, dass wir die Aktuelle Debatte in einem Block durchführen wollen. Wir arbeiten also auch das dritte Thema ab, bevor wir in die Mittagspause eintreten. - Ich sehe allseits Zustimmung.

Ich rufe das dritte Thema der Aktuellen Debatte auf:

Hohe Kostenbelastungen in der chemischen Industrie - Gefährdung einer erfolgreichen Wachstumsbranche

Antrag der Fraktion der CDU - **Drs. 4/875**

Die Debatte wird in der Reihenfolge CDU, SPD, FDP und PDS durchgeführt. Zunächst hat der Antragsteller, die CDU, das Wort. Ich rufe den Abgeordneten Herrn Dr. Sobetzko auf. Bitte sehr, Herr Dr. Sobetzko.

Herr Dr. Sobetzko (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Strukturwandel in der chemischen Industrie in Mitteldeutschland und damit in Sachsen-Anhalt vollzog sich seit 1991 sehr erfolgreich und führte in unserem Land zu einem modern ausgebauten Industriezweig. Es zeugt von der Weitsicht des Ex-Bundeskanzlers Kohl und ist ein Beleg für die Wahrnehmung seiner Verantwortung, als er zum zehnjährigen Jubiläum des Kanzler-Versprechens in Leuna erklärte - ich zitiere -:

„Für mich war klar, dass der Erhalt des Chemiedreiecks eine große wirtschaftliche Bedeutung nicht nur für die Region, sondern für das ganze wiedervereinigte Deutschland haben wird...“

Das war zu Recht so gesprochen. Immerhin sind Gesamtinvestitionen von mehr als 14 Milliarden €, ein Umsatz von 8 Milliarden € und etwa 33 500 Beschäftigte in der chemischen Industrie der neuen Bundesländer ein beredtes Zeugnis dafür. Bei etwa 12 500 Beschäftigten hat Sachsen-Anhalt, gemessen an einer vergleichbaren Betriebs- und Produktionsdichte, den höchsten Umsatz je Beschäftigten, nämlich 312 000 €.

Erwähnenswert ist die konsequente Senkung der produktionsbedingten Emissionen durch die Inbetriebnahme modernster Chemieanlagen. All das spricht für die Bedeutung und die Entwicklungsqualität unseres Chemiestandortes.

Aber, meine Damen und Herren, diesen Wachstumsmotor der sachsen-anhaltinischen Volkswirtschaft wollen und müssen wir auch warm und lauffähig halten, damit uns nicht das passiert, was Mercedes beim letzten Formel-1-Rennen geschehen ist: auf halber Strecke fiel der Motor aus.

Leider werden jedoch durch bevorstehende Entscheidungen auf Bundes- und EU-Ebene zusätzliche Kostenbelastungen entstehen, die in weiten Bereichen der chemischen Industrie nicht oder schwer verkraftet werden können. Dies erfordert politische Einflussnahme und öffentliche Sensibilisierung. Dazu ist eine Aktuelle Debatte bestens geeignet; denn die vorgesehenen bzw. die in Vorbereitung befindlichen Entscheidungen wie die Novellierung des Gesetzes über erneuerbare Energien, die nationale Einführung und Ausgestaltung des Emissionsrechtehandels sowie die Verordnung zur Umsetzung der Strategie einer künftigen Chemikalienpolitik stehen in Kürze an.

Parallel dazu laufen Entwicklungen, die eine zusätzliche Belastung darstellen. Ich nenne nur die weitere Ausgestaltung der europäischen Strukturfonds und den Beihilferahmen sowie die Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften aus Sachsen-Anhalt.

Meine Damen und Herren! Gerade unsere Chemieunternehmen benötigen wettbewerbsfähige Energiekosten, sind es doch zum großen Teil stromintensive Verarbeitungsverfahren. Neben den Belastungen durch Braunkohleförderung und hohe Netzdurchleitungskosten haben wir eine Erhöhung der Energiekosten durch die mehrstufige Ökosteuer und die Subventionierung der erneuerbaren Energien durch konventionelle Energie zu verzeichnen. Diese Mehrbelastungen führen zu enormen Wettbewerbsnachteilen insbesondere für die mittelständischen Unternehmen und gefährden deren Wettbewerbsfähigkeit auf dem europäischen Markt.

Für die erneuerbaren Energien gibt es eine Abnahmepflicht der öffentlichen Netze und gesetzliche Festpreise, die auf alle Stromverbraucher umgelegt werden. In diesem Zusammenhang sind eine zeitliche Befristung und eine Deckelung der Belastungen zwingend notwendig. Für stromintensive Unternehmen der chemischen Industrie greift schon jetzt eine so genannte Härtefallregelung. Allerdings ist der dabei notwendige bürokratische Aufwand zu kritisieren.

Auf Dauer kann ein angemessener Anteil erneuerbarer Energien am Markt nicht durch unbegrenzte Dauersubventionierung eines künstlichen Marktes, sondern nur durch Förderung des Übergangs der erneuerbaren Energien und Technologien in einen funktionierenden Wettbewerb erreicht werden. Alles, was diesbezüglich bei der Novelle zum Gesetz über erneuerbare Energien vorbereitet und umgesetzt wird, muss diesen Anforderungen Rechnung tragen.

Meine Damen und Herren! Unsere Chemiestandorte verfügen über große Flächen, die durch enorme Mittel ertrügt wurden und für weitere Ansiedlungen und Erweiterungsinvestitionen bereitstehen. Lediglich etwa 50 % der Flächen sind mit Anlagen besetzt.

Wenn es uns gelingt, diese Standorte weiter mit modernen Industrieanlagen zu füllen, dann können auf Dauer Wettbewerbsfähigkeit und ein sich selbst tragender Aufschwung erreicht werden. Das würde zu einem Wiederanstieg der CO₂-Emissionen führen und könnte bedeuten: Kauf von Emissionsberechtigungen. Das heißt, diese Investitionen können sich verteuern; denn bei den vorhandenen Produktionsanlagen wurde der direkte CO₂-Emissionsanteil seit dem Jahr 1990 bereits um 56 % reduziert. Damit sind keine wesentlichen Reduzierungspotenziale mehr vorhanden.

Das kann also nur heißen, unsere chemischen Unternehmen müssen in eine Zertifikateverkäuferposition kommen. Mit Reservezertifikaten können wir dann Erweiterungsinvestitionen und Neuansiedlungen bewerkstelligen. Ich begrüße ausdrücklich die gemeinsamen Initiativen der ostdeutschen Länder hierzu.

In dem zu erstellenden nationalen Zuteilungsplan, der sich an den zugesagten Minderungszielen orientiert - für Sachsen-Anhalt bezogen auf das Jahr 1994 -, ist sicherzustellen, dass die Unternehmen kostenlose Berechtigungen mindestens in Höhe der aktuellen Emission erhalten und darüber hinaus vorherige Minderungsleistungen angemessen berücksichtigt werden. Nur so können Nachteile für unsere chemische Industrie vermieden werden.

Leider zeichnete sich in den bisherigen bundesweiten Vorgesprächen noch nicht die notwendige Bereitschaft dazu ab. Wir werden uns also warm anziehen müssen.

Ich sage an dieser Stelle: Wo bleibt das Machtwort eines Kanzlers zugunsten des Aufbaus Ost?

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Mit dem Entwurf einer Verordnung zur Chemikalienpolitik soll ein umfassendes, integriertes europäisches Chemikalienrecht entwickelt werden. Unsere chemische Industrie erwartet eine klare Gesetzgebung. Der im Internet veröffentlichte Entwurf hat dieses Ziel jedoch verfehlt.

Warum? - Ein hoher bürokratischer Aufwand verzögert und belastet Neuentwicklungen. Rund 30 000 Stoffe ab einer Jahrestonne werden, wenn auch gestaffelt, ausschließlich nach ihren Eigenschaften beurteilt. Weder Nutzen noch Verwendung werden berücksichtigt. Die Kosten von etwa 100 000 € je Registrierung gefährden insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, die bis zu 100 Tonnen pro Jahr herstellen. Dieser Registrierungs-, Evaluierungs- und Zulassungsprozess gefährdet die Forschungstätigkeit, zwingt gegebenenfalls Unternehmen zu außereuropäischen Innovationsleistungen und verringert die Zulassung von Erzeugnissen.

Selbst Stoffe in geschlossenen Systemen könnten ersetzt werden. Auch scheinbare Ausnahmeregelungen, zum Beispiel für Polymerstoffe, sind infrage gestellt. Auf Weiteres möchte ich hier nicht eingehen. Sie haben die Möglichkeit, es im Internet nachzulesen.

Ich bedauere, dass auch die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament dem ersten Entwurf zugestimmt haben und dass sie erste sinnvolle Änderungsanträge der Christdemokraten nicht mitgetragen haben. Das wäre ein rechtzeitiges Signal gewesen an die Europäische Kommission.

Was können wir jetzt noch tun? - Ich begrüße ausdrücklich die Fortführung der Spitzengespräche der Landesregierung mit dem VCI und eine Länder übergreifende Abstimmung sowie Gespräche mit der EU-Kommission in Brüssel.

Eine Verordnung für die Strategie einer zukünftigen EU-Chemikalienpolitik ist unumgänglich, insbesondere zum Schutz von Gesundheit und Umwelt. Es gibt aber leider keinen ausgewogenen Kompromiss zwischen den Forderungen nach Umwelt- und Gesundheitsschutz und den Interessen der chemischen Industrie. Deshalb muss die Einflussnahme unseres Landes über die Internetdiskussionen, über die Europäische Kommission, über den Bundesrat und über das Europäische Parlament wirkungsvoll fortgeführt werden.

Ich weiß, dass von unserer Landesregierung hierzu alles Erdenkliche getan wird, jedoch vermisste ich die entscheidende Einflussnahme durch die rot-grüne Bundesregierung. Es kann nicht sein, dass unausgewogene Konzepte auf Bundes- und EU-Ebene einen Industriezweig mit erhöhten Kosten belasten und damit den weiteren Aufbau Ost in Sachsen-Anhalt abwürgen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Dr. Sobetzko. - Meine Damen und Herren! Für die Landesregierung hat jetzt Frau Ministerin Wernicke um das Wort gebeten.

(Frau Budde, SPD: Ich fasse es nicht, zu diesen Themen!)

Frau Wernicke, Ministerin für Landwirtschaft und Umwelt:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Sobetzko hat bereits auf die Bedeutung der chemischen Industrie für unser Land hingewiesen. Immerhin sichert die Chemieindustrie in Sachsen-Anhalt mit etwa 90 Betrieben und 12 700 Beschäftigten 11,9 % der Beschäftigung der Industrie. Mit einem Umsatz in Höhe von 3,9 Milliarden € im Jahr 2002 - dies entspricht einer Steigerung um 6,1 % gegenüber dem Jahr 2001 - ist die chemische Industrie die Wachstumsbranche in Sachsen-Anhalt.

Allein aus diesem Grund begrüßt die Landesregierung die heutige Debatte; denn in der jetzigen Entwicklung sehen wir mit Besorgnis zusätzliche Gefahren für das notwendige weitere Wirtschaftswachstum. Wir danken dem Parlament dafür, dass es damit zur Positionsbestimmung des Landes Sachsen-Anhalt beiträgt.

Insbesondere der Themen Energiekosten, Emissionsrechtehandel und Chemikalienpolitik hat sich die Landesregierung, speziell mein Haus, gerade in jüngster Zeit aus aktuellem Anlass angenommen. Hierbei haben sich im Rahmen der kooperativen Zusammenarbeit mit der betroffenen Industrie die Umweltallianz und der chemiepolitische Dialog hervorragend bewährt.

Die angesprochene Situation im Energiebereich wurde in diesem Rahmen ständig diskutiert. Wir stellen fest, dass die Nutzungsentgelte in unserem Land höher sind als in den alten Bundesländern; sie sind durch die Investitionen in die Netze zur Sicherung der Versorgungsstabilität begründet. Die politischen Sonderlasten, wie die Kosten aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, dem Kraftwärmekopplungsgesetz, dem Stromsteuergesetz und der Konzessionsabgabe, sind allerdings an allen Standorten in Deutschland vom Grundsatz her gleich groß.

Gegenwärtige Schwerpunkte der Energiekostendebatte sind das Vorschaltgesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und die große Novelle zum EEG im nächsten Jahr.

Die auszugleichenden strompreisrelevanten Vergütungen stiegen im Jahr 2002 auf 1,8 Milliarden €. In einigen Jahren werden mehr als 5 Milliarden € erwartet. Natürlich brauchen die erneuerbaren Energien weiterhin Förderung, um Marktbreite und Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Durch die festen Vergütungssätze wird jedoch der erreichte Stand der Technik dauerhaft subventioniert und es werden zu wenige Anreize für die Fortentwicklung gegeben.

Es ist meines Erachtens auch längst die Grenze erreicht, bei der die zusätzliche Belastung der Verbraucher einen volkswirtschaftlich und einzelwirtschaftlich nicht mehr vertretbaren Umfang annimmt. Ich glaube einschätzen zu können, dass die privaten Haushalte derzeit die Zehne zahlen.

Folglich sind bei der Novellierung des EEG neue Elemente zu entwickeln, die die Kostenbelastung begrenzen, die technische Weiterentwicklung fördern und die Effizienz verbessern. Das sind beispielsweise wettbewerbliche Elemente, bei denen bestimmte Geldbeträge nur für die effizienteste und gleichzeitig ökologischste Energieerzeugung ausgeschrieben werden.

Die intensiv diskutierte Entlastung stromintensiver Unternehmen durch Ausnahmeregelungen führt zu Mehrbe-

lastungen bei den mittelständischen Unternehmen - Herr Sobetzko hat bereits darauf hingewiesen - und bei den Kleinverbrauchern, die in der Wirtschaftsstruktur Sachsen-Anhalts dominieren.

Es kann nicht sein, dass derzeit die Betriebe im Ruhrgebiet, finanziert durch unseren Mittelstand, begünstigt werden. Deshalb richten wir unser Augenmerk auf die große Novelle zum EEG. Der Referentenentwurf soll im Juli die Länder und Verbände erreichen. Im September sollen die Anhörungen erfolgen. Im Dezember wird der Bundesrat gefragt sein. Wir sind gehalten, etwas für die Stromkosten aller Verbraucher zu erreichen.

Nachdem der Richtlinienentwurf der EU zum Emissionsrechtehandel im vergangenen Jahr mit Recht heftig in der Kritik stand, hat der Rat der EU-Umweltminister im Dezember 2002 eine politische Einigung beschlossen, die wesentliche Verbesserungen auch aus der Sicht der deutschen Industrie enthält. Heute wird das Europäische Parlament in zweiter Lesung entscheiden, ob es den Vorstellungen des Rates folgt oder auf eigenen Änderungen beharrt.

Der Emissionsrechtehandel ist seit Februar 2002 ein ständiges Thema im chemiepolitischen Dialog. Unter aktiver Mitarbeit des Verbandes der chemischen Industrie wurde eine Dialogplattform zwischen Wirtschaft und Landesregierung im Rahmen der Umweltallianz ins Leben gerufen und eine gemeinsame Arbeitsgruppe gebildet. Konstruktiv wurden dabei die Interessen des Landes und seiner Unternehmen herausgearbeitet.

Die Landesregierung hat diese Interessen in die nationale und europäische Diskussion eingebracht. Von der Umweltallianz in Sachsen-Anhalt wurde ein Regionalisierungsansatz entwickelt. Dieser Ansatz berücksichtigt die Tatsache, dass die deutschen Minderungserfolge zum Großteil von den neuen Ländern erbracht wurden. Dies muss im nationalen Zuteilungsplan berücksichtigt werden.

Diesen Ansatz haben wir zum Kernpunkt einer politischen Initiative der ostdeutschen Länder zur Unterstützung des Aufbaus Ost gemacht. Ich kann Herrn Sobetzko nur unterstützen in seiner Forderung, dass sich der Bund endlich dazu äußern muss und dass er zumindest den gemeinsamen Brief der ostdeutschen Ministerpräsidenten zu beantworten hat und Position beziehen sollte.

Unser Regionalisierungsansatz enthält für die ostdeutschen Unternehmen die individuelle, das heißt unternehmensbezogene Anerkennung der frühen Minderungsleistungen. Wenn wir das durchsetzen können, dann kommen die Chemieunternehmen aufgrund ihrer umfangreichen Modernisierungen in eine Verkäuferposition für Emissionsrechte.

Nach dem Richtlinienentwurf und der Ratsfassung ist die chemische Industrie nur über ihre Großfeuerungsanlagen vom Emissionsrechtehandel betroffen. Das sind in Sachsen-Anhalt sieben Unternehmen und die Mider-Raffinerie. Die von einigen Abgeordneten begehrte Einbeziehung der gesamten chemischen Industrie lehnen wir allein aus Praktikabilitätsgründen ab.

Es ist unstrittig, dass die kostenlose Erstzuteilung der Emissionsrechte kommen wird. Wir unterstützen die Ratsfassung und die deutsche Position für eine kostenlose Zuteilung in den folgenden Handelsperioden. Unstrittig ist auch, dass die Rechte in der ersten Periode kostenlos zugeteilt werden. Für die folgenden Perioden wird das ebenfalls angestrebt. Bei Anlagenstilllegungen,

die mit einem modernen Neubau im EU-Raum verbunden sind, sollen die Rechte für die Altanlagen nicht verfallen. Somit sind bei allen verbleibenden Unsicherheiten bereits wichtige Interessen der chemischen Industrie berücksichtigt worden.

Die Landesregierung beabsichtigt, die effiziente Zusammenarbeit mit der Chemieindustrie bei den anstehenden Problemen der nationalen Umsetzung des Emissionsrechtehandels und den Dialog in Bezug auf das europäische Chemikalienrecht fortzusetzen, um sicherzustellen, dass die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der europäischen chemischen Industrie gewährleistet und verbessert wird. Gleichzeitig müssen die Umwelt und die Gesundheit der Menschen vor Chemikalien besser geschützt werden.

Die vorliegenden EU-Dokumente zur Umsetzung des Weißbuches führen zu berechtigten Befürchtungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Auswirkungen. Die Generaldirektionen Umwelt und Unternehmen gehen aufgrund des neuen Chemikalienrechts von Wettbewerbsnachteilen der europäischen Chemieindustrie aus und erwarten direkte Kosten für die chemische Industrie der Europäischen Union in Höhe von bis zu 7 Milliarden €. Zusätzlich werden bis 2020 indirekte Kosten für andere Industriebanken in Höhe von bis zu 26 Milliarden € erwartet. Weiterhin wird mit einem Verlust von 8 bis 12 % aller in der EU verfügbaren Chemikalien gerechnet. Studien der Wirtschaft, sowohl aus Deutschland als auch aus Frankreich, prognostizieren noch höhere Kosten und Verluste an Chemikalien.

Das konkrete Ausmaß der wirtschaftlichen Belastungen speziell für Sachsen-Anhalt oder gar für einzelne Betriebe kann nicht konkret angegeben werden, da neben den direkten Kosten für Datenerhebungen auch Marktgesetze - zum Beispiel im Zusammenhang mit der Produktionsverlagerung in Drittländer, mit dem Verschwinden von Chemikalien vom Markt, mit dem Preisanstieg für Chemikalien - die Gesamtbilanz wesentlich bestimmen und zahlreiche andere Branchen als Nachnutzer von Chemikalien betroffen sind.

Die Landesregierung hat bereits im Spitzengespräch am 28. November 2002 die Fortsetzung des Chemiedialogs zwischen der Landesregierung und der chemischen Industrie beschlossen. Die hierbei abgestimmten Positionen zur Chemikalienpolitik werden in die chemiepolitische Diskussion auf allen Gesprächsebenen eingehen. Ich will in diesem Zusammenhang an Arbeitsbesuche in Brüssel und an Gespräche mit den Mitgliedern der Kommission und des Europäischen Parlaments erinnern; daran war auch die Umweltministerin beteiligt.

Wir werden in Fachkonferenzen und deren Arbeitsgruppen im Bundesratsverfahren unsere Position vortragen. Dies hat das Land Sachsen-Anhalt, vertreten durch den Kollegen Rehberger, auch auf dem 1. Kongress der Chemieregionen am 21. Mai 2003 in Brüssel mit Nachdruck und Augenmaß getan.

Eine eigens zur Chemikalienpolitik gebildete Arbeitsgruppe unter der Federführung des Umweltministeriums, in der neben dem Gesundheitsministerium das Wirtschaftsministerium und die Staatskanzlei, aber auch der VCI-Landesverband Nordost, die IHK, der Chemiehandelsverband, die IG Bergbau und Chemie sowie ausgewählte Chemiebetriebe aus Sachsen-Anhalt mitarbeiten, ist beauftragt worden, die Auswirkungen der neuen Chemikalienpolitik zu analysieren und Vorschläge für ei-

ne gemeinsame Position des Landes Sachsen-Anhalt vorzulegen.

Aktuell liegt eine Vorlage dieser Arbeitsgruppe zur Unterrichtung der Landesregierung vor, deren Beratung im Kabinett am 8. Juli 2003 vorgesehen ist. Darin sind zahlreiche Grundsatzforderungen und Vorschläge enthalten, deren Realisierung durch die EU-Kommission zu Kostenminderungen und Vereinfachungen in beträchtlichem Umfang für die betroffenen Wirtschaftszweige, aber auch für die Verwaltung führen würde.

Sofern die Vorlage die Zustimmung des Kabinetts findet, werden diese Forderungen im Rahmen der gegenwärtig laufenden öffentlichen Internetdiskussion als Position der Landesregierung mit Nachdruck an die Kommission herangetragen werden.

Es muss gelingen, in der noch über Jahre hinweg zu führenden Diskussion mit der Kommission zur Umgestaltung des Chemikalienrechts eine von der Wirtschaft leistbare und gleichzeitig den notwendigen Umwelt- und Gesundheitsschutz gewährleistende Regelung zu finden. Die Landesregierung stellt sich dieser Aufgabe im Dialog mit der Wirtschaft mit hohem Engagement. Ich denke, die Unterstützung des Parlaments wird hierbei sehr hilfreich sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Meine Damen und Herren! Für die SPD-Fraktion erteile ich jetzt der Abgeordneten Frau Budde das Wort. Bitte sehr, Frau Budde.

Frau Budde (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin Wernicke, Sie haben sich redlich geschlagen, aber die Überschrift über dem Antrag der Fraktion der CDU lautet: Gefährdung einer erfolgreichen Wachstumsbranche. Ich frage mich, wo bei der gesamten Diskussion der Minister Rehberger, der zuständige Minister für Wirtschaft und Arbeit, ist.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es so wichtig ist, eine Aktuelle Debatte zu diesen drei Themen zu führen, dann frage ich mich, warum sich die gesamte Regierungsbank durch Leere auszeichnet und warum die Minister, die daran mitarbeiten müssten, nicht anwesend sind. Es ist schon ein starkes Stück - das muss ich sagen -,

(Zustimmung bei der SPD - Herr Gürth, CDU: Quatsch!)

wenn bei diesen Themen, von denen Sie sagen, dass sie für die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Land elementar sind, so wenige Minister anwesend sind.

(Frau Wernicke, CDU: Das liegt an der Zuständigkeit in der Regierung! - Herr Gürth, CDU: Es gibt eine klare Geschäftsverteilung in der Landesregierung!)

Ich weiß, dass das Umweltministerium und die Umweltziele primär etwas mit diesen drei Themen zu tun haben. Aber trotzdem war der inhaltliche Ansatz dieser Debatte - wir haben es von Herrn Sobetzko gehört - die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Sachsen-Anhalt und der dominierenden Branchen. Dem sind Sie - nicht Sie als Ministerin, sondern die Regierungsbank insgesamt - nicht ge-

recht geworden. Das finde ich unerhört, das muss ich sagen.

(Unruhe bei der CDU - Zuruf von Herrn Kehl, FDP)

Sie brauchen sich auch nicht beim Parlament zu bedanken. Ich erinnere mich - Herr Gürth, Sie erinnern sich sicherlich auch - an die letzte inhaltlich Diskussion zum Emissionsrechtehandel. Dabei fanden Sie es unmöglich, dass inhaltliche Positionen eingebracht worden sind.

Herr Sobetzko, ich halte Ihnen zugute, dass Sie die drei Themen noch einmal auf die Tagesordnung gebracht haben. Aber dann muss man sich mit allen drei Themen einzeln und in einer Beschlussfassung beschäftigen und nicht in einer Aktuellen Debatte; denn diese dient der Meinungsäußerung und hilft überhaupt nicht weiter.

(Zustimmung bei der SPD)

Als es um die Beschlussfassung ging, haben Sie gesagt, es sei Firlefanz, dass wir uns damit beschäftigten; denn wir hätten darüber schon in den Ausschüssen beraten; dazu gebe es überhaupt nichts Aktuelles.

Meine Damen und Herren! Das einzig Aktuelle daran ist, dass gegenwärtig zum Emissionsrechtehandel eine Internetdiskussion stattfindet.

(Zuruf von der CDU)

Das Aktuelle ist, dass die Härtefallklausel zum EEG schon eingeführt worden ist, dass eine Novelle des EEG für dieses Jahr vorgesehen ist und dass in Bezug auf die Chemikalienpolitik Vorschläge vorliegen, über die beraten werden soll.

(Herr Gürth, CDU: Sie sind nicht auf dem Laufenden, Frau Budde!)

- Ich bin schon auf dem Laufenden, Herr Gürth. Machen Sie sich keine Sorgen darüber, inwieweit ich auf dem Laufenden bin.

Die bevorstehenden Entscheidungen, die Sie benannt haben, würden allerdings erwarten lassen, dass es eine Positionierung des Parlaments inhaltlicher Art gibt. Vielleicht schaffen wir das in der nächsten Zeit.

Zu den einzelnen Punkten, zunächst zu dem, was Sie zum EEG vorgetragen haben. Sie wissen, dass es die Härtefallregelung inzwischen gibt und dass es jetzt darum geht, das Ganze zu evaluieren und zu prüfen, ob die Härtefallregelung ausreicht.

Inhaltlich bin ich ebenfalls der Auffassung, dass man prüfen muss, wie man den Spagat hinbekommt, die mittelständischen Unternehmen zu entlasten und trotzdem die Ziele des EEG weiter zu verfolgen. Sie als Umweltministerin werden mir mit Sicherheit Recht darin geben, dass man diese Ziele nicht über Bord werfen darf.

Es ist im Übrigen nicht richtig, dass die mittelständischen Unternehmen unterschiedlich stark belastet werden. Sie haben insofern Recht, als die Härtefallregelungen für große Unternehmen vorgesehen sind. Dabei ist es schnurzpiepe, ob diese im Westen oder im Osten stehen. Das heißt, die mittelständische Industrie insgesamt wird zusätzlich belastet und wir müssen abwarten, ob wir den Spagat hinbekommen.

Sie sagten, man wolle erreichen, dass es überhaupt keine Belastungen, sondern nur Entlastungen geben werde - das wird nicht funktionieren. Dann müssten Sie von den Zielen des EEG vollständig Abstand nehmen; denn

wenn Sie regenerative Energien einsetzen wollen, wird das immer zu einem Kostenmix führen, der letztlich Kostenerhöhungen zur Folge haben wird. Irgendjemand wird die Kosten tragen müssen. Diese Ankündigung - ich will nicht sagen, sie sei unredlich; das wäre zu hart - wird man nicht umsetzen können, das wird nicht funktionieren.

Auch bei dem Thema Emissionsrechtehandel bin ich Ihrer Auffassung. Die ostdeutschen Interessen müssen in dem Allokationsplan vertreten werden. Ich weiß, dass das gegenwärtig sehr schwierig ist.

(Zurufe von der CDU)

- Zu spät. Wissen Sie, wir sind mitten in der Debatte.

Das Problem ist aber nicht: Ostdeutschland gegen die Bundesregierung, sondern das Problem ist: Ostdeutschland gegen Westdeutschland. Da geht der Riss durch alle Fraktionen. Ich weiß nicht, welche Position Ihre Kollegen in der CDU-Fraktion - oder die FDP-Kollegen - in Nordrhein-Westfalen beziehen werden. Sie werden dabei für ihre Länder kämpfen.

(Zuruf von Ministerin Frau Wernicke)

- Ja, Frau Wernicke, wir als SPD in Sachsen-Anhalt werden uns natürlich auch dem Bund gegenüber einsetzen. Wir werden sehen, was wir gemeinsam erreichen. Im Ziel sind wir völlig einer Meinung. Aber wenn Sie das hochstilisieren und sagen, dass sei sozusagen Ostdeutschland gegen den Bundeskanzler - nein, das sind ostdeutsche Wirtschaftsinteressen gegen westdeutsche Wirtschaftsinteressen.

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

Dabei werden die Länder entscheidend mitreden. Die Länder werden unterschiedlich regiert. Das ist das Problem.

(Zuruf von Herrn Dr. Sobetzko, CDU)

Im Übrigen ist das bei der Chemikalienpolitik nicht das Problem. Sie wissen genauso gut wie ich, dass es eine gemeinsame Positionierung der Bundesregierung mit den Kammern und Verbänden gegenüber der Europäischen Union in der Stellungnahme zum Weißbuch gibt. Sie wissen auch, dass daran gearbeitet wird, eine solche gemeinsame Stellungnahme auch zum jetzigen Verfahren zu erreichen. Sie wissen auch, dass die Verbände dabei sind, das mit der Bundesregierung abzustimmen, und dass es dazu inhaltlich überhaupt keinen Dissens gibt.

Ja, es ist richtig, die derzeit vorliegenden Vorschläge der Europäischen Union sind gegenüber dem Weißbuch sogar noch verschärft worden und es ist verdammt wichtig, dort wieder Änderungen hineinzubekommen.

Wir haben die gleichen Ziele: vereinfachte Handhabung, keine bürokratischen Verfahren, jedenfalls nicht solche, die von den Unternehmen nicht bewältigt werden können. Unter der Hand sagt die Großindustrie: Wir bekommen das noch hin, aber die Mittelständler nicht. Da große Teile gerade der Zulieferindustrie und der Zwischenprodukttherstellung nicht großindustriell, sondern mittelständisch geprägt sind, ist es von elementarer Wichtigkeit, dass die bürokratischen Hürden so niedrig wie möglich gehalten werden.

Es ist auch richtig, dass bei den jetzigen Vorschlägen ein Problem im Hinblick auf Forschung und Entwicklung besteht. Hierbei müssen wir gemeinsam versuchen, eine

Änderung durchzusetzen; denn es darf nicht sein, dass Deutschland insgesamt - das ist kein ostdeutsches Problem - als Forschungs- und Entwicklungsstandort für die chemische Industrie ausfällt. Das darf nicht sein und deshalb ziehen wir diesbezüglich an einem Strang.

Sie wissen, dass es innerhalb der sozialistischen Fraktionen im Europäischen Parlament durchaus differenzierte Abstimmungen gab. Das ist - darin gebe ich Ihnen Recht - bei den sozialistischen Fraktionen nicht ganz so einfach, weil bei ihnen der Umweltgedanke immer noch wesentlich höher gehängt wird als die wirtschaftlichen Aspekte. Aber da sind wir gern dabei, das auch inhaltlich mit zu transportieren und das zu tun, was wir tun können, auch innerhalb dieser Fraktion.

Ja, es ist richtig, dass es insbesondere um Stoffverbund geht. Herr Dr. Sobetzko, Sie haben noch einmal unsere Chemieparks, unsere geschlossenen Systeme angeprochen, die schon einige Anerkennung finden. Wir sind ja schon ein Stück weiter, als das im Jahre 2001 in der Diskussion war. Aber wir müssen auf diesem Weg natürlich noch weiter gehen. Es muss eine vollständige Anerkennung als geschlossener Stoffverbund geben. Unser ganzes Konzept zur Entwicklung dieser Areale fällt auseinander, wenn wir Einzelklassifizierungen bekommen, wenn also die Europäische Union diesbezüglich keinen Kompromiss macht.

Im Übrigen glaube ich, dass das auch ein gesamtdeutsches Problem ist, weil die Chemiestandorte in den alten Bundesländern zunehmend auch auf dieses System der Industrieparks, der Revitalisierung, der Wiederansiedlung von Chemieunternehmen zurückgreifen. Insofern, denke ich, wird es diesbezüglich überhaupt kein Problem geben.

Zum Emissionsrechtehandel haben Sie gesagt, man müsse aufpassen, dass die chemische Industrie nicht einbezogen wird. Soweit ich weiß, sind die chemische Industrie, die Aluminium verarbeitende Industrie, Dienstleistungen und Verkehr zunächst ausgeschlossen. Das ist der gegenwärtige Stand. Man muss immer auf der Hut sein, das ist okay. Jedenfalls kann man der Zeitung heute entnehmen, dass das Parlament gesagt habe, das sei ausgeschlossen.

Ja, meine Damen und Herren, wir sind uns also inhaltlich einig, was die drei Punkte angeht. Das Problem, das ich immer noch habe, ist nur: Warum die Aktuelle Debatte? Ich weiß, Herr Sobetzko, Sie haben ein Gespräch mit Dow-Vertretern geführt, die das vielleicht noch einmal ins Bewusstsein gerückt haben.

Aber dann hätte ich mir gewünscht, dass zu dem Zeitpunkt, als die SPD-Fraktion in einer früheren Landtagsitzung einen Antrag zum Emissionsrechtehandel eingebracht hatte, das nicht sozusagen verfahrenstechnisch bewertet worden wäre, so nach dem Motto: Da ist ja schon etwas in Bearbeitung und das braucht man ja alles nicht im Parlament. Es ist vielmehr angezeigt, Herr Dr. Sobetzko, dass wir zu diesen drei Punkten Beschlüsse des Landtages herbeiführen. Dann, Frau Wernicke, haben Sie wirklich ein Ergebnis des Parlaments. In einer Aktuellen Debatte kann man sich zwar inhaltlich auseinander setzen, aber damit haben Sie nicht einen einzigen Beschluss als Rückendeckung durch das Parlament.

(Zustimmung von Frau Kachel, SPD)

Die Aktuelle Debatte ist also für das, was Sie wollen, das ungeeignete Mittel. Lassen Sie uns lieber daran arbei-

ten. Vielleicht sind dann, wenn die einzelnen Anträge eingebracht werden, auch die beteiligten Minister anwesend. Möglicherweise findet dann auch der Wirtschaftsminister Interesse an den Themen, nicht nur wenn er in Brüssel sitzt und mit den Chemieregionen das Netzwerk schmiedet und dort vorstellt, was alles so wichtig ist, sondern auch hier im Parlament, wo es dafür auch eine breite Mehrheit geben sollte.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Budde. - Als nächstem Redner erteile ich für die FDP-Fraktion dem Abgeordneten Herrn Dr. Schrader das Wort. Bitte sehr, Herr Dr. Schrader.

Herr Dr. Schrader (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Sobetzko, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie die Initiative für diese Debatte ergriffen haben.

(Zuruf von Frau Budde, SPD)

- Frau Budde, ich werde darauf reagieren, aber nicht so, wie Sie es wünschen.

(Zurufe von der SPD - Herr Gürth, CDU: Nur keinen Neid!)

Sehr geehrte Damen und Herren der Opposition, ich habe bei Ihnen zugehört. Es wäre nur fair, wenn Sie auch mir zuhörten.

(Frau Budde, SPD: Na klar!)

Ich werde darauf natürlich noch eingehen.

Herr Sobetzko, vielen Dank. Ich erachte es als wichtig, dass sich das Parlament auch in einer Debatte ohne Anträge für ein wichtiges Thema sensibilisiert. Dabei muss man nicht die überzeugen, die schon Überzeugungsträger sind, aber diejenigen, die nicht so im Detail in der Materie stehen. Bei ganz wichtigen Fragen muss man sich damit beschäftigen. Das Thema Emissionsrechtehandel haben wir ja bereits behandelt und wir hatten auch eine Anhörung dazu. Ich komme darauf noch zurück.

Meine Damen und Herren! Ich möchte mit zwei kleinen Episoden zur Chemie beginnen. In der 6. und 7. Klasse damals in den 70er-Jahren kamen die Fächer Physik und Chemie auf die Tagesordnung. Man hat sich gefragt: Was ist das eigentlich? Daraufhin sagte der Lehrer: Chemie ist das, was qualmt und stinkt; Physik ist das, was nie gelingt.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Das gab es in den 60er-Jahren auch schon!)

- Ich bin leider etwas jünger als Sie.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

In den 80er-Jahren fuhr ich öfter mit der Bahn von Halle nach Jena. Dabei kam man bekanntlich durch Leuna, kommt man auch heute noch. Bei einer Fahrt saß mir ein schon etwas betagtes Ehepaar aus Hamburg gegenüber. Als wir durch Leuna fuhren und ein beißender Geruch auftrat, sagten sie: Junger Mann, öffnen Sie doch bitte mal das Fenster!

(Heiterkeit)

Darauf entgegnete ich: Wir lassen das Fenster lieber zu, sonst wird es noch unerträglicher.

Meine Damen und Herren! So weit zu meinen ersten Erlebnissen. Gott sei Dank ist das vorbei und Geschichte.

Was ist eigentlich Chemie? Ich habe gestern Abend im Brockhaus nachgeschaut und festgestellt, dass es die Lehre von den stofflichen Eigenschaften der Körper und von ihren Änderungen ist. Hundert Jahre später, heute, ist Chemie für uns der Inbegriff einer nicht wegzudenkenden Wirtschaftsbranche in Sachsen-Anhalt. Man stelle sich jetzt an diesem Ort die Welt einmal ohne Chemie vor: Stühle, Tische zum Teil, vielleicht Papier, Technik, Textilien. Ich lasse es jetzt vielleicht lieber. Ohne Chemie wäre eigentlich nichts da.

Im verarbeitenden Gewerbe Sachsen-Anhalts steht die chemische Industrie mit fast 19 % nach der Nahrungsmittelbranche beim Umsatzvolumen an zweiter Stelle. Es gibt über 12 000 Beschäftigte im mittelbaren Chemie-sektor. Damit ist das der drittgrößte Arbeitgeber im verarbeitenden Gewerbe.

Nach dem Strukturwandel, nach der Ansiedlung neuer Unternehmen und nach Inbetriebnahme der Anlagen ist seit Mitte der 90er-Jahre ein stetiger Umsatzaufstieg, seit einiger Zeit auch wieder ein Beschäftigungswachstum zu verzeichnen. 12,8 % Wachstum, 4,2 % Beschäftigungs-zuwachs im ersten Quartal 2003 - das, meine Damen und Herren, ist im Vergleich zu anderen Branchen und auch in der Chemiebranche deutschlandweit einzigartig. Das ist ein richtig starkes Pfund, das wir in Sachsen-Anhalt haben.

50 % des ostdeutschen Chemieumsatzes kommen aus Sachsen-Anhalt. Dow in Buna, Elf-Mider in Leuna, Radici in Zeitz, Solvay in Bernburg, Bayer in Bitterfeld - Sie könnten das fortsetzen - sind klangvolle Namen.

Im Netzwerk europäischer Chemieregionen - der erste Kongress wurde am 21. Mai 2003 in Brüssel durchgeführt; es wurde darauf hingewiesen - hat Sachsen-Anhalt die Federführung übernommen. In einem bestimmten Wirtschaftsbereich in Europa hat Sachsen-Anhalt die Federführung übernommen. Der zweite Chemiekongress ist auf Einladung des Wirtschaftsministers nach Sachsen-Anhalt einberufen worden und die Einladung wurde dankend angenommen.

Chemie ist unbestritten eine der Stärken von Sachsen-Anhalt, ein Wirtschaftszweig mit hervorragenden Potenzialen, der weiter ausgebaut werden muss. Es muss uns gelingen - Frau Budde, Sie haben das völlig richtig erwähnt und ich bin voll Ihrer Meinung -, auch die Forschungsaktivitäten hier zu platzieren. Nur Produktion reicht nicht. Wir müssen die Forschungsaktivitäten hier etablieren, damit nach und nach auch die Konzernentscheidungen von den hiesigen Standorten abhängig gemacht werden. Bereitstellung von Humanpotenzial und Forschungscooperation an diesen Standorten sind damit in engem Zusammenhang zu sehen.

Chemie ist stark exportorientiert, bewegt sich im globalen Markt und deshalb ist es extrem wichtig, dass die nationalen und europäischen Rahmenbedingungen passen. Diesbezüglich ist tatsächlich Gefahr im Verzuge. Die europäischen Chemieregionen haben in ihrer gemeinsamen Erklärung am 21. Mai 2003 in Brüssel die Sache auf den Punkt gebracht. Sie fordern von der EU nichts weiter als eine faire Chemiepolitik in Europa gegenüber ihren globalen Wettbewerbern. Das ist, denke ich, eine ganz wichtige Sache.

Dies hat einen triftigen Hintergrund; denn die neu geplante Chemikalienpolitik der EU ist kontraproduktiv. Sie

wird zu Arbeitsplatzabbau führen, gefährdet Unternehmensexistenzen insbesondere bei den kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Ich werde mich jetzt etwas kürzer fassen, weil die inhaltlichen Dinge schon ausführlich dargelegt wurden. Nur noch eines: Der Kernpunkt der Kritik ist, dass über ein neues Registrierungs- und Zulassungssystem ab einer Tonne Jahresproduktion alle Stoffe, egal ob es alte oder neue Stoffe sind, dieses System durchlaufen müssen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen können diesen Aufwand und die Kosten, die damit verbunden sind, nicht schultern; das heißt, wenn dieses System greift, werden viele Stoffe vom Markt verschwinden, Neuentwicklungen werden verhindert bzw. wandern ins Ausland ab.

Diese Entwicklung, meine Damen und Herren, Forschung und Entwicklung abwandern zu sehen, dürfen wir in Deutschland nicht weiter zulassen.

Betroffen - das ist das Eigenartige - sind neben der Chemie auch alle Branchen, die ihrerseits chemische Stoffe verwenden, die Möbelindustrie, die Textilindustrie, der Maschinen- und der Fahrzeugbau, die Kunststoff- und die Papierindustrie usw. Die Liste lässt sich beliebig fortsetzen. Die müssen als Verwender der Chemikalien dann aktiv werden.

Der VCI schätzt ein, dass dann, wenn das neue System greift, jeder fünfte Arbeitsplatz in der Chemie wegfallen wird. Ich glaube, das sind schon dramatische Hiobsbotschaften.

Der derzeitige Entwurf der vorliegenden neuen Chemikalienpolitik wird die sachsen-anhaltische Chemie und die deutsche Chemie im internationalen Maßstab negativ beeinflussen. Diese ist in der jetzigen Fassung strikt abzulehnen. Um Einfluss zu nehmen und Änderungen herbeizuführen, sind die entsprechenden Aktivitäten aus der Industrie und aus der Politik eingeleitet worden. Die eingeleiteten Aktivitäten müssen einfach positiv ausgehen.

Ebenso wie die neue Chemikalienpolitik birgt auch der EU-Emissionsrechtehandel einige Gefahren. Über dieses Thema haben wir am 26. März 2003 im Plenum debattiert und diskutiert. Wir haben am 23. April 2003 eine Anhörung durchgeführt. Verehrte Frau Kollegin Budde, wir haben im Wirtschaftsausschuss auch ein Verfahren hinsichtlich des weiteren Umgangs festgelegt.

Hinsichtlich dieses Themas haben sich Gott sei Dank auf EU-Ebene mittlerweile vernünftigere Vorstellungen durchgesetzt. Das Hauptinteresse besteht darin, dass der Bund nun seine Hausaufgaben macht und dass die Vorschläge, die maßgeblich auch aus Sachsen-Anhalt gekommen sind, im Sinne des Landes Sachsen-Anhalt und der ostdeutschen Bundesländer umgesetzt werden.

Die Knackpunkte sind eine kostenlose Zuteilung der Emissionsberechtigungen, eine Berücksichtigung der Vorleistungen und keine Benachteiligung von Neuinvestitionen. Wir sehen der weiteren Entwicklung bei der Gestaltung der nationalen Umsetzung gespannt entgegen. Das hat für die Chemie eine enorme Bedeutung.

Wenn es um zusätzliche Kostenbelastungen bei der Chemie geht, dann sind natürlich auch die Aufwendungen für die Energie zu nennen. Auch darüber wurde ausführlich berichtet. Es geht um ein nationales Thema. Durch Ökosteuer und EEG haben die deutschen Che-

mieunternehmen tatsächlich eine höhere Belastung bei den Energiekosten zu tragen.

Schließlich ergeben sich für die Chemie natürlich auch noch wesentliche Belastungen aus den hohen Lohnnebenkosten und dem unflexiblen Arbeitsmarkt. Das darf man auch nicht vergessen. Diesbezüglich ist dringlich Abhilfe zu schaffen. Die ersten Signale und Maßnahmen der Bundesregierung sind sehr zu begrüßen. Wir fordern diese auf, auf diesem Weg wirklich konsequent und mutig voranzugehen.

(Zuruf von Frau Budde, SPD)

- Ja, das ist so. - Abschließend kann man nur noch einmal betonen, dass mit allem Engagement dafür eingetreten werden muss, dass sich die Rahmenbedingungen und die Wettbewerbsfähigkeit für die Chemie nicht weiter verschlechtern. Dies würde negativ für unser gesamtes Land zu Buche schlagen. - Ich danke Ihnen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Dr. Schrader. - Als letztem Redner ertheile ich für die PDS-Fraktion dem Abgeordneten Herrn Dr. Thiel das Wort. Bitte sehr, Herr Dr. Thiel.

Herr Dr. Thiel (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Schrader, wir beide als Naturwissenschaftler neigen immer dazu, etwas sehr grundsätzlich zu definieren, gerade wenn es um unsere Wissenschaft geht. Dieser Gefahr will ich natürlich nicht erliegen und im Prinzip das, was in den bisherigen Debattenreden zur erfolgreichen Entwicklung der chemischen Industrie gesagt worden ist, nur unterstützen; denn auch wir betrachten den erzielten Stand als eine gute Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung, den wir so dringend benötigen.

Dabei sehen wir auch in der Revitalisierung der Chemie-Altstandorte in Form von Chemie- und Industrieparks oder Value-Parks beste Voraussetzungen für die weitere Ansiedlung von Unternehmen und die Ausgestaltung von Stoffkreisläufen mit hoher Wertschöpfung bei einem minimalen Transportaufwand. Die auf eine Ergänzung der Wertschöpfungskette gerichteten Ansiedlungsbemühungen von Dow Chemical an den Standorten Buna, Leuna und Böhlen sowie die auf die Verstärkung der Verbundwirtschaft orientierten Ansiedlungsstrategien in Leuna und Bitterfeld machen deutlich, dass das von den Unternehmen genauso betrachtet wird.

Deswegen ist es durchaus richtig, im Landtag die Bereiche Chemikalienpolitik, Emissionsrechtehandel und energieintensive Chemieanlagen zu thematisieren. Wir haben uns im Landtag und in den Ausschüssen mehrfach mit diesen Themen beschäftigt, nicht nur in dieser Legislaturperiode, sondern auch in den vorangegangenen. Es war dabei doch bezeichnend, dass es zwischen allen Parteien im Wesentlichen übereinstimmende Auffassungen zu diesen Themen gegeben hat. Deswegen sind wir auch nach wie vor der Auffassung, dass neue Regelungen, egal auf welcher Ebene, die Entwicklung der chemischen Industrie in Sachsen-Anhalt nicht behindern dürfen.

Deswegen erachten wir es als erforderlich, dass die Registrierung von Chemikalien in Europa auf eine einheit-

liche und transparente Basis gestellt wird. Der vorgelegte Entwurf der EU zur Chemikalienpolitik muss nach unserer Auffassung noch prinzipieller zwischen allen Beteiligten diskutiert werden. Der 1 200 Seiten starke Verordnungsentwurf verfehlt nach einer ersten Einschätzung das Ziel, das Chemikalienrecht umfassend, effizient und integriert neu zu gestalten, vor allem auch deshalb, weil eine ganze Reihe von Regelungen übernommen worden ist, die schon in der Vergangenheit versagt haben.

Es wurde bereits gesagt, dass die Vorschriften die Unternehmen durch Bürokratie und Kosten belasten. Es gibt Einschätzungen von EU-Kommissaren, nach denen von etwa 7 Milliarden € Belastung für die Chemie auszugehen ist. Bei den übrigen Industriezweigen sind es immerhin 28 Milliarden € an zusätzlichen Kosten. Herr Dr. Schrader hat bereits darauf verwiesen, dass gerade die Vermarktung von innovativen Spezialchemikalien, die nur in geringen Produktionsmengen hergestellt werden, wegen einer höheren Kostenbelastung erheblich gefährdet wird.

Das bedeutet zweierlei: Die Vielfalt des Chemikalienangebotes wird deutlich reduziert werden. Es wird weniger Produkte geben, und auch die Weiterverarbeiter in der gesamten Produktionskette werden davon betroffen sein, das heißt nicht nur die chemische Industrie, sondern auch andere Branchen, mit denen wir es zu tun haben.

Nach unserer Auffassung sind die vorgesehenen Regelungen nicht ausreichend auf ihre Wirkungen und ihre Praktikabilität hin geprüft worden. Deshalb unterstützen wir die Forderung des Europäischen Parlaments, wonach Behörden und Unternehmen gemeinsam in Pilotprojekten Regelungen entwickeln sollen, die den Zielen einer europäischen Chemikalienpolitik dienen, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen unnötig zu behindern.

Gleichzeitig betonen wir, dass die Chemie als Produzent und Verarbeiter eine hohe Verantwortung für die gefahrlose Verwendung ihrer Produkte hat. Das betrifft sowohl die Forschungsaktivitäten als auch den Einsatz in den jeweiligen Wertschöpfungsketten. Dem Widerspruch zwischen einseitiger Gewinnorientierung und ökologischer Nachhaltigkeit gilt es durch ein vernünftiges Regelwerk entgegenzuwirken.

Aber die chemische Industrie in Sachsen-Anhalt lebt nicht im luftleeren Raum. Auch andere Branchen müssen mit dem Emissionsrechtehandel und den energieintensiven Bereich belastenden Dingen wie der Öko-steuer und Ähnlichem zureckkommen. Wir sollten vielleicht die morgige Debatte zum Thema der Windenergieanlagen nutzen, um noch einmal auf die an dieser Stelle eingeleitete Diskussion zum Thema Subventionierung von erneuerbaren Energien etwas detaillierter einzugehen.

Hinsichtlich des Emissionsrechtehandels sollten die nach unserer Ansicht berechtigten Hinweise der Chemieunternehmen berücksichtigt werden. Das heißt, es gilt insbesondere bei der Festlegung des Basisjahres für den Emissionsrechtehandel und der Grundausstattung mit Zertifikaten die letzten zwölf Jahre nach dem Jahr 1990 mit zu berücksichtigen.

Diesen Herausforderungen auch im Hinblick auf die EU-Osterweiterung kann Sachsen-Anhalt vor allem durch ein noch besseres Zusammenwirken zwischen Politik und Wirtschaft entsprechen. Als einen ersten Schritt be-

trachten wir deshalb den bereits im Jahr 2000 eingeleiteten Strategiedialog Chemie zwischen Politik und Wirtschaft in Sachsen-Anhalt, der auch von der neuen Landesregierung fortgesetzt wird.

Wir sind aber der Auffassung, dass dieser Prozess auch auf dem europäischen Parkett weiter vertieft werden sollte. Erste Kontakte und Gespräche haben stattgefunden. Aber das steckt noch zu sehr in den Anfängen. Wir unterstützen deshalb auch die Bildung eines Netzwerkes der Chemie Sachsen-Anhalts mit 14 weiteren europäischen Regionen für vernünftige Regelungen bei der europäischen Chemikalienpolitik und dem Emissionsrechtehandel.

Vieles, was vor einigen Jahren noch unklar erschien, hat heute schon konkrete Konturen angekommen. Vor allem die Zeitschienen sind relativ klar, und hinsichtlich der Mitsprache der Länder werden die Zeiträume immer enger. Deshalb erwarten wir von der Landesregierung, dass die Gespräche und der Druck auf den Bund und die EU konsequent fortgesetzt und intensiviert werden; denn in diesem Bereich ist einiges versäumt worden bzw. zu spät angegangen worden. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der PDS)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Dr. Thiel. - Meine Damen und Herren! Damit ist auch dieses Thema beraten und abgeschlossen. Beschlüsse werden gemäß der Geschäftsordnung nicht gefasst. Der Tagesordnungspunkt 1 ist abgeschlossen.

Wir sind etwa 30 Minuten in Zeitverzug. Können wir um 14 Uhr mit der Sitzung fortfahren? Dann holen wir wieder etwas Zeit auf. Sie wissen, dass wir die Sitzung um 19.30 Uhr beenden sollten, da ich für 20 Uhr zu einem parlamentarischen Abend, zu unserem 13. Sommerfest, eingeladen habe. Die Veranstaltung findet aufgrund des nicht berechenbaren Wetters vorsorglich im Landtagsrestaurant statt. Ich wünsche Ihnen jetzt erst einmal einen guten Appetit. Danke.

Unterbrechung: 13.19 Uhr.

Wiederbeginn: 14.07 Uhr.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Meine Damen und Herren! Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Aussprache zu Großen Anfragen

Es liegen zwei Große Anfragen vor. Die SPD-Fraktion hat eine Aussprache zur Großen Anfrage „Wirtschaftliche Entwicklung Sachsen-Anhalts“ beantragt. Dazu liegen die Drs. 4/704 und 4/837 vor. Des Weiteren wurde von der Fraktion der PDS beantragt, eine Aussprache zur Großen Anfrage „Soziokultur in Sachsen-Anhalt“ zu führen. Dazu liegen die Drs. 4/674 und 4/822 vor. Es ist jeweils eine Debatte von 45 Minuten Dauer nach den üblichen Regeln der Geschäftsordnung vorgesehen.

Ich rufe die erste Große Anfrage zur Aussprache auf:

Wirtschaftliche Entwicklung Sachsen-Anhalts

Große Anfrage der Fraktion der SPD - **Drs. 4/704**

Antwort der Landesregierung - **Drs. 4/837**

Ich bitte die Abgeordnete Frau Budde, für die Fragestellerin, die Fraktion der SPD, das Wort zu nehmen. Bitte schön. - Die Bedingung, dass mehr als 50 Abgeordnete im Saal sind, ist erfüllt.

Frau Budde (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. Ich gebe zu, dass die Kritik diesmal in Richtung meiner Fraktion geht. Wir sind wirklich am dünnsten besetzt. Das sollte nicht sein bei der Aussprache zu einer Großen Anfrage, die man selbst beantragt und auf die Tagesordnung des Landtages hat setzen lassen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Insofern tut es mir Leid. Ich werde versuchen, in meiner Fraktion darauf hinzuwirken, dass das nicht wieder vorkommt.

(Zuruf von Frau Weiß, CDU)

Vielen Dank, Herr Präsident, dass Sie zumindest die Anwesenheit von 50 Abgeordneten abgewartet haben; denn ich denke, die Hälfte des Parlaments sollte schon anwesend sein. Vielen Dank, meine Damen und Herren Kollegen, dass Sie für das Erreichen dieser Zahl gesorgt haben.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nichtsdestotrotz möchte ich mit Aussprache beginnen und zunächst ein Zitat aus der „Wirtschaftswoche“ bringen. Dort heißt es:

„Selbsterkenntnis ist der erste Schritt zur Besse rung.“

Das könnten Sie mir jetzt auch vorhalten.

„Ein ebenso kluger wie missachteter Satz. Nicht einfach Erkenntnis führt uns aus der Krise. Nein, die Erkenntnis muss sich auf ein bestimmtes Objekt richten und sie muss allen anderen Erkenntnissen vorausgehen.“

Meine Damen und Herren! Wir wollten Ihrem Prozess der Selbsterkenntnis ein wenig nachhelfen und haben deshalb eine Große Anfrage zur wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes gestellt. Ich bin mir sicher, dass Sie, wie es in jedem guten Unternehmen üblich ist, ein ständiges Controlling durchführen. Dabei werden Sie sicherlich festgestellt haben, dass die wirtschaftliche Lage in unserem Land immer noch ernst ist und dass die bisher von Ihnen gewählten Methoden zur Änderung dieser Lage noch nicht greifen haben.

(Herr Schwenke, CDU: Doch!)

- Sie haben ja noch Zeit. Wir werden sehen, was passiert.

Was Sie so alles vor den Wahlen im letzten Jahr ver sprochen haben, ist mir noch gut in Erinnerung. Wir wollen mit der Großen Anfrage klären, wo das Land wirtschaftlich steht und welche Antworten Sie geben.

Zusammenfassend will ich nur einen Satz sagen: Willkommen in der Wirklichkeit und Good bye Wahlkampf.

Das ist eigentlich die Bilanz aus der Antwort auf die Große Anfrage.

Wir wollten aber auch herausfinden, wie Ihre neue Wirtschaftspolitik, die Sie, Herr Minister Rehberger, immer so wortreich für die Zukunft ankündigen, aussieht. Ihnen diese Informationen zu entlocken, ist - das muss ich für uns zugeben - gründlich gescheitert. Nicht weil wir die falschen Fragen gestellt haben. Man fragt sich immer zuerst selbst, ob man vielleicht die falschen Fragen gestellt hat. Nein, wir sind gescheitert, weil auf die Fragen schlichtweg keine Antworten gegeben worden sind.

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

- Sie können nachher darüber murren. Sie haben viel Zeit.

Ich will Ihnen das gern an zwei Beispielen erklären. Auf die Frage, wie die Landesregierung die im Mittelstandsbericht 2002 angekündigten Gründungskorridore für Existenzgründerinnen und Existenzgründer schaffen wolle, antwortet die Landesregierung sehr überzeugend:

„Eine Hauptsäule der ‚ego‘ ist darauf gerichtet, Gründungskorridore aufzuzeigen. Das sind solche Bereiche, die Gründungswilligen besondere Chancen für eine selbständige Tätigkeit bieten.“

(Herr Gürth, CDU: Das stimmt doch!)

Ich weiß nicht, was das für eine Antwort ist. Das ist die Frage in anderer Weise formuliert als Antwort aufgeschrieben.

Eine Seite weiter heißt es auf die Frage, wie die Landesregierung, wie im Mittelstandsbericht 2002 angekündigt, Klima und Motivation für Existenzgründerinnen und Existenzgründer verbessern will, vonseiten der Landesregierung:

„Dazu gehört auch ein frühzeitiger Ansatz der Maßnahmen bereits in den Schulen. Die Verbesserung des Klimas in diesem Sinne ist eine langfristige Aufgabe, die erst nach und nach ihre Wirkung entfalten wird.“

Wer möchte bei so viel wirtschaftspolitischer Weisheit wohl widersprechen? Bisher haben Sie widersprochen, Herr Gürth. Ich erinnere mich deutlich an unsere Auseinandersetzungen zu der Ego-Initiative, die mein Amtsvorgänger Matthias Gabriel gestartet hat. Ich finde übrigens Versatzstücke aus dieser Initiative und aus der Auseinandersetzung im Ausschuss in der Antwort auf die Große Anfrage. Ich bin gespannt, was Sie dazu sagen werden.

An den Stellen aber, an denen es inhaltlich konkret wird, zum Beispiel bei der Frage nach der Ansiedlungsstrategie, kommen mir auch die Aussagen wiederum sehr bekannt vor. Sie sind quasi wortgleich den Überlegungen entliehen, die noch in der alten Regierungszeit anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Wisa zu deren Weiterentwicklung erarbeitet und im Aufsichtsrat beschlossen wurden. Sie können diesen Artikel - ich glaube, er war von Herrn Mauer - in der „MZ“ nachlesen. Dort werden Sie Identisches finden.

Auch bei anderen Antworten kann ich nur feststellen, dass es sich um Konzepte aus den letzten acht Jahren handelt. Nicht dass ich darüber unglücklich wäre, aber es war doch ein langer Weg zur Selbsterkenntnis. Ich

sage: Lieber 50 % unserer Konzepte als 100 % der Ihnen, von denen ich nicht weiß, welche es sind.

(Zustimmung bei der SPD)

Wo stehen wir also heute? Welche Stärken und welche Schwächen hat die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt? Will man eine ehrliche Debatte führen, will man darüber diskutieren, wie die Lösungen der Probleme, die wir unbestritten haben, aussehen könnten und müssten, dann braucht man mit Sicherheit eine ehrliche Bestandsaufnahme.

Ich werde nicht mit der Rote-Laterne-Diskussion anfangen. Ich werde sie auch nicht herauskramen. Das haben wir schon damals Ihnen überlassen. Wir werden das nicht tun.

Wir haben eine durchaus positive Entwicklung zu verzeichnen. Das Bruttoinlandsprodukt ist in Sachsen-Anhalt im Gegensatz zum Durchschnitt in den neuen Bundesländern im letzten Jahr gestiegen. Auch vom produzierenden Gewerbe lässt sich Positives berichten. So wohl bei der Umsatzentwicklung als auch bei der Beschäftigungsentwicklung gab es eine positive Entwicklung. Ich denke, das freut natürlich jeden im Saal.

Insgesamt, meine Damen und Herren, ist jedoch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 24 000 gesunken - übrigens auf den tiefsten Stand in den letzten zehn Jahren. Die Zahl der Auszubildenden im dualen System ist rückläufig, die Zahl der Betriebe ist in Sachsen-Anhalt überdurchschnittlich stark zurückgegangen.

Herr Gürth, ein Punkt, den Sie immer angemerkt und als Indiz verkündet haben: Es werden mehr Gewerbe ab als angemeldet und die Zahl der Insolvenzverfahren - auch ein beliebtes Thema von Ihnen - ist im Jahr 2002 drastisch gestiegen.

Ich meine, ich könnte mir die Antwort auch selbst geben. Sie würden wahrscheinlich sagen, dafür ist der Bund zuständig. Diese Antwort brauchen Sie mir nicht zu geben,

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von der CDU: Langsam, langsam!)

denn Sie sind sozusagen angetreten, dem eigene Konzepte entgegenzusetzen und die Entwicklung in Sachsen-Anhalt voranzubringen.

Die Zahl der Selbständigen je 100 Einwohner ist die niedrigste in Deutschland. Bei den Patentanmeldungen liegt Sachsen-Anhalt an vorletzter Stelle knapp vor Mecklenburg-Vorpommern. Bei den Arbeitslosenzahlen haben wir die Plätze getauscht. Hier liegt Mecklenburg-Vorpommern an vorletzter Stelle vor Sachsen-Anhalt.

Meine Damen und Herren! Angesichts dieser schwierigen Lage ist es doch gut zu wissen, dass wir eine „handlungsfähige Regierung mit innovativen Konzepten“ haben, die weiß, wie man sich aus diesem Schlamassel befreit.

(Oh! bei der CDU)

Wie wollen wir aus dem Dilemma aus Abwanderung, sinkenden Beschäftigtenzahlen und steigender Arbeitslosigkeit herauskommen? - Nehmen wir doch die Investitionsquote - ein Thema des Wahlkampfes -, diese muss elementar hoch sein. Was mussten wir nicht in den vergangenen Jahren alles über die Bedeutung der Investi-

tionsquote hören. - Herr Gürth, soll ich Zitate bringen oder glauben Sie es mir auch so?

(Herr Gürth, CDU: Sie haben völlig Recht!)

Ganze Haushaltsdebatten wurden von Ihnen, meine Damen und Herren der heutigen Regierungskoalition, darauf aufgebaut. Alles war immer viel zu niedrig. Die Investitionsquote ist die Kennzahl, an der sich die wahre Absicht einer Landesregierung erkennen lässt: Will sie die wirtschaftliche Entwicklung voranbringen oder will sie es nicht? - Wenn das, was Sie gestern gesagt haben, heute noch gilt, dann ist das, was Sie in den Haushalten tun, wirtschaftsfeindlich.

(Beifall bei der SPD)

Immerhin antwortet die Landesregierung auf die Frage, ob sie der Ansicht sei, dass es eine hohe Investitionsquote geben solle und dass sie ein positives Signal für die Wirtschaft sei, wie folgt:

„Eine hohe Investitionsquote in den öffentlichen Haushalten zeugt von einer finanzpolitischen Prioritätensetzung auf investive Maßnahmen. Sie ist damit ein positives Signal für die Wirtschaft, da sie einen Zuwachs an Auftragseingängen und eine Verbesserung der infrastrukturellen Rahmenbedingungen erwarten lässt.“

Da möchte ich doch aufrufen: Tun Sie, wovon Sie überzeugt sind! Senden Sie die positiven Signale! Setzen Sie die richtigen Prioritäten!

Was machen Sie tatsächlich? Sie können es anhand Ihrer Zahlen nachlesen: Sie senken die Investitionsquote auf nur noch 19 % in diesem Jahr. Wenn man die Hochwasserhilfen abzieht, dann sind es genau die 19 %. Der Herr Ministerpräsident hat schon angekündigt, dass die Investitionsquote auch beim nächsten Haushalt keine „heilige Kuh“ ist.

Meine Damen und Herren! Ich will es ausdrücklich noch einmal sagen: Die Investitionsquote ist eine heilige Kuh. Wenn das, was Sie gestern erzählt haben, heute noch wahr ist, dann engagieren Sie sich dafür und setzen Sie durch, dass die Investitionsquote entweder steigt oder zumindest auf diesem Niveau bleibt und nicht weiter sinkt.

(Beifall bei der SPD und bei der PDS)

Herr Wirtschaftsminister, mir fehlt Ihr öffentliches Bekenntnis. Sie reden zu vielen Dingen, aber hierzu höre ich nur öffentliches, dröhndes Schweigen. Das ist natürlich einfacher als zugeben zu müssen, dass man in der Vergangenheit wider besseres Wissen auf die Pauke gehauen hat. Aber es besteht heute noch Gelegenheit, sich dazu zu äußern.

Ich habe durchaus die kleinen Nebensätze gelesen, man solle doch Forschung und Entwicklung und die Investitionen in Bildung und die Hochschulen auch als Investition ansehen. Diese Debatte, meine Damen und Herren, haben wir in den vergangenen Jahren ebenfalls geführt. Damals waren Sie nicht mitnichten bereit, das als Investitionen im weiteren Sinne anzuerkennen. Wir sind es im Übrigen. Ich werde nicht sagen, dass wir das nicht als Investitionen im weiteren Sinne ansehen, im Gegenteil, ich bin froh, dass Sie nun der Überzeugung sind, dass Forschung und Entwicklung und andere Dinge eigentlich zur Investitionsquote gehören müssen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es schon mit der Investitionsquote nichts wird, haben wir immer noch die Wunderwaffe Investitionsbank. Leider gab es auch dazu keine erhellende Antwort. Wir haben die Debatte dazu in der letzten Landtagssitzung geführt. Die Investitionsbank sollte die Mittelstandsförderung revolutionieren. Aber das kann sie gar nicht. Sie werden auch hierbei nicht halten können, was Sie versprochen haben.

Herr Rehberger, ich war auf den Veranstaltungen zur Mittelstandspolitik. Die Frage, die ich das letzte Mal gestellt habe, war nicht aus der Luft gegriffen. Sie haben auf die Fragen von Mittelständlern, wie denn die neue Mittelstandspolitik aussehe, bei jeder Antwort die Investitionsbank angeführt, sei es in schwierigen Situationen bei den kleinen und mittleren Unternehmen, sei es bei den Vorförderungen in den Fällen, wo die Hausbank nicht finanziert.

(Minister Herr Dr. Rehberger: Auf welchen Veranstaltungen waren Sie denn?)

- Dazu müsste ich in meinem Kalender nachschauen, um Ihnen die Überschrift zu nennen. Ich habe in mehreren Veranstaltungen gesessen. Ich nehme an, dass die Unternehmen es in Erinnerung haben werden. Ich kann Ihnen aber die Daten gern heraussuchen. Diese Daten stehen alle in meinem Kalender.

Schauen wir in das Protokoll über die Debatte in der letzten Landtagssitzung. Dort war von den großen Ankündigungen gar nichts mehr zu hören. Herr Paqué spricht - er ist nicht anwesend - zwar noch von der Schließung von Finanzlücken, aber wie das in solchen Fällen mit erhöhtem Risiko, also in den Fällen, in denen die Hausbank nein sagt, gehen soll, sagt er nicht. Basel II - mein Kollege Heyer hat das letzte Mal darauf hingewiesen - gilt auch für die ISB. Sie können aus den Bedingungen von Basel II gar nicht heraus, meine Damen und Herren von der Regierung. Auch das wird sich mehr oder weniger als Wind erweisen.

Die Frage ist natürlich, ob wir die Investitionsbank wirklich brauchen. Mit den Investitionen, so kann man es den Zeitungen entnehmen, hat es bisher schon prima geklappt. Sie könnten in der Debatte einige Investitionen nennen, die Sie tatsächlich initiiert haben. Dass Sie angefangene Projekte übernehmen und diese vollendet werden, ist in Ordnung. Das gönne ich Ihnen auch.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Das ist normal! - Unruhe bei und Zurufe von der CDU)

- Das haben Sie nicht gesagt. Sie haben gesagt, Sie wollen zusätzliche Impulse setzen und Sie hätten so viele Verbindungen. Ich würde gern wissen, welche Investition - zwei hatte ich selbst aufgezählt - von Ihnen vom ersten Moment an angeschoben worden sind. Mich würdet interessieren, welche Investitionen Sie nennen.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem Sie keine Ansiedlung verkaufen. Es passiert zwar schon einmal, dass eine Ansiedlung abwandert, aber dafür sind dann andere zuständig. Bei der Zellstofffabrik in Arneburg hat die neue Landesregierung die Früchte der alten Landesregierung geerntet. Was soll's? Was zählt, sind Fakten.

(Zuruf von der CDU)

- Ja, das sage ich ja auch. Das ist doch in Ordnung, das muss man ja auch sagen.

Herr Rehberger weiß auch sonst noch einiges zu berichten: Die Zahl der bewilligten Fördermittelanträge ist ge-

stiegen. - Unabhängig davon, dass die Großinvestition der Zellstofffabrik den Wirtschaftsminister zumindest bei der geplanten Investitionssumme gerettet hat - das sei einmal dahin gestellt, das ist ausdiskutiert -, bleibt festzuhalten, dass der Mittelabfluss - Herr Gürth, erinnern Sie sich an das Wort? - die entscheidende Größe ist, die zählt. Und hier sieht es schlecht aus, dramatisch schlecht. Im Jahr 2002 sind nur 91,8 % der Fördermittel abgeflossen.

(Herr Gürth, CDU: Weil wir nicht unveranschlagen!)

- Herr Gürth, das gestehe ich Ihnen doch zu. Ich nenne doch gar nicht die Vergleichszahlen aus den anderen Jahren, dass die 114 oder 115 % auf der Basis von 75 % Veranschlagung entstanden waren. Das ist doch gar kein Thema, darüber würde ich mich doch mit Ihnen gar nicht streiten.

Aber von Ihnen 100 % sind auch nur 91,8 % Fördermittel abgeflossen. Meine Finanzer sagen, in Zahlen ausgedrückt heißt das, rund 180 Millionen € sind nicht für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land umgesetzt worden, 180 Millionen €. Wenn ich dann den Faktor 7 oder 6 oder 5 in der Multiplikation nehme, was an Investitionen angereizt wird, dann ist das schon eine bedenkliche Zahl. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

Hinzu kommt, dass im Ansatz des Jahres 2003 - darüber brauchen wir uns nicht zu streiten, da braucht man auch nicht die Finanzer zu bemühen, dass die noch einmal nachrechnen, einer so, einer so; das können Sie auch aus der Großen Anfrage herauslesen - noch einmal 180 Millionen € weniger für Investitionen zur Verfügung gestellt worden sind, wenn man das Hochwasser herausrechnet. Das Hochwasser kann man ja weiß Gott nicht mit dazurechnen.

Das macht in zwei Jahren rund 360 Millionen €, die Sie nicht für Investitionen, die Sie nicht für Impulse an die heimische Wirtschaft nutzen. Das ist noch positiv gerechnet und setzt voraus, dass in diesem Jahr 100 % der Mittel abfließen. Dass 100 % der Mittel abfließen, dafür müssen Sie sich noch gewaltig strecken. Selbst wenn man anerkennt, dass in allen Jahren die Abflussquoten relativ niedrig waren, lagen sie Ende Mai erst bei 22 %. Dann gucken wir einmal, was am Jahresende dabei herauskommt.

Zur Außenwirtschaft. Ich frage mich, wie dieser Teil der Antwort ausgesehen hätte, wenn Sie, Herr Minister Rehberger, das hätten schreiben dürfen, was Sie wirklich denken. Gut, dass der Ministerpräsident Ihnen klar gemacht hat, dass die osteuropäischen Märkte zwar nicht zu nah an der saarländischen Grenze, aber durchaus als Wachstumsmärkte vor der Tür liegen und dass sie Wachstumsmärkte für unsere Unternehmen im Export sind.

Ich weiß - so haben mir einige berichtet -, dass Sie in den ersten Veranstaltungen, als es um Außenwirtschaft ging, immer gesagt haben, die osteuropäischen Märkte wären „sozialistischer Quatsch“ der Vorgängerregierung.

(Herr Dr. Schrader, FDP: Das ist doch Unsinn!)

Die Antwort fällt jetzt in die Kategorie: Die Vorgängerregierung hat es richtig gemacht und wir bauen dies aus. Das ist auch okay. Sie sollen dann auch, wenn Sie es richtig machen, die Früchte ernten. Das ist okay.

Ich danke jedenfalls dem Ministerpräsidenten, dass er bei dem Thema Osteuropa/Entwicklung osteuropäischer Märkte für Vernunft in der Wirtschaftspolitik gesorgt hat. Ich gebe zu: Auch wir hatten im Jahr 1994 anfangs Probleme, diese Märkte bei unseren Staatssekretären durchzusetzen, aber wir haben sie dann acht Jahre lang richtig gut entwickeln geholfen.

Zum Wind. Wind wird viel gemacht. Nur bei dem einen Windthema, Herr Minister Rehberger, haben Sie nicht genug Wind gemacht. Das Thema steht morgen noch einmal auf der Tagesordnung. Ich will es hier nur kurz anmerken, weil es in das Thema „Wirtschaftliche Entwicklung Sachsen-Anhalts“ gehört. Mit den Äußerungen, dass die Windkraftbranche keine Entwicklungsfähige Branche sei - es ist Ihnen Gott sei Dank jetzt etwas eingefallen -, haben Sie nachhaltig Schaden angerichtet.

Bezüglich der Branche der regenerativen Energien - dazu gehört im Grunde auch die Solarenergie; auch dazu gibt es Zeitungsartikel, in denen Sie sagen: nicht Zukunftsfähig; ich gehe einmal davon aus, dass es zutrifft, dass Sie es gesagt haben - will ich Sie noch einmal herzlich bitten, dass Sie diesen beiden Entwicklungsschwerpunkten mehr Aufmerksamkeit widmen; denn es kommt nicht nur darauf an, die beiden Branchen hier zu halten, temporär zu halten, sondern es kommt auch darauf an, sie fit zu machen für die Zukunft mit Technologie und mit Export, unbeschadet der raumordnerischen Probleme, die stärker berücksichtigt werden müssen. Es darf natürlich denen kein Schaden zugefügt werden, die dort wohnen; diesbezüglich muss natürlich wieder etwas geändert werden.

(Herr Gürth, CDU: Machen wir doch!)

Meine Damen und Herren! Ein Fazit von mir: Das Luftpaket fällt Stück für Stück in sich zusammen. Ich schließe mit den Worten aus einer bekannten Comicserie von Snoopy und Charlie Brown. Dort fragt Charlie Brown Snoopy: Haben wir gewonnen oder verloren? - Snoopy antwortet: Ja, aber das kräftig. - So ist bisher Ihre Wirtschaftspolitik für mich - nachlesbar in der Antwort auf die Große Anfrage - gewesen.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Herrn Dr. Thiel, PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Budde. - Nun bitte Herr Dr. Rehberger.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Frau Kollegin Budde, gestatten Sie vorab zwei eher persönliche Bemerkungen. Sie haben vorhin, als es um die Chemikalienpolitik ging, gerügt, dass die Umweltministerin und nicht der Wirtschaftsminister für die Landesregierung dazu gesprochen habe. Nun gebe ich zu: Es kann Konstellationen geben, in denen das ungewöhnlich problematisch wäre. Wenn zum Beispiel auf Bundesebene Herr Trittin anstelle des Herrn Clement zu diesem Thema sprechen müsste, dann wäre das eine Katastrophe.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Einer von beiden müsste anschließend zurücktreten, meine Damen und Herren.

Sehen Sie, das ist bei uns anders. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, der Kollegin Wernicke ein ausgesprochen herzliches Wort des Dankes dafür zu sagen, dass die Chemikalienpolitik vom Umweltministerium nicht anders gesehen wird als vom Wirtschaftsministerium.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Deswegen können wir es uns leisten, dass für die Landesregierung die Umweltministerin spricht. Wir sind uns wirklich in allen wesentlichen Punkten einig. Wie gut wäre es für die Bundesregierung, wenn das auch in Berlin gelten würde.

Noch eine zweite Bemerkung. Frau Budde, wer seit dem Jahr 1998 den Bundeskanzler und die Bundesregierung und den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit stellt, der sollte sich bei der Debatte um die wirtschaftliche Situation auch im Land Sachsen-Anhalt ein bisschen zurückhaltender äußern, als Sie das getan haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wenn die Landesregierung Fehler macht, dann mögen Sie diese hier vortragen. Aber ich lasse mir die Arbeitslosen des Herrn Schröder und des Herrn Clement hier nicht vor die Tür kehren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir haben vorhin in aller Sachlichkeit, wenn auch mit Temperament, über die Finanzpolitik, über die Steuerpolitik diskutiert. Bei dieser Gelegenheit ist deutlich geworden - auch aus dem, was die Bundesregierung zu dieser Debatte neuerdings beiträgt -, dass hierzu bisher eine falsche Politik gemacht worden ist.

Meine Damen und Herren! Vor zwei Tagen hat der Bundeskanzler öffentlich erklärt - ich ziehe den Hut, dass er das getan hat -, dass er und die SPD die Dimension des Problems verkannt hätten. Dazu gilt in der Tat das, was in der „Wirtschaftswoche“ stand: Selbsterkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung. - Frau Budde, darin sind wir jetzt wieder einer Meinung.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Minister, möchten Sie eine Frage des Abgeordneten Tögel beantworten?

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Wenn es von meiner Redezeit abgezogen wird, nein, sonst ja.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Bitte schön, Herr Tögel.

Herr Tögel (SPD):

Herr Rehberger, wir wären Ihnen unendlich dankbar, wenn Sie über die Landesprobleme reden könnten. Die Bundesprobleme sind allseits bekannt, aber die Anfrage hatte das Ziel der Landesprobleme.

(Unruhe bei der CDU und bei der FDP)

Sie können doch nicht immer nur Landesprobleme damit beantworten, dass Sie mit dem Finger auf den Bund zeigen. Einige Dinge gehen auf Sie selber zurück.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Aber verehrter Herr Tögel, wenn jemand denkt, das eine ließe sich sauber vom anderen trennen, dann zeigt er, dass er von Wirtschaftspolitik überhaupt keine Ahnung hat.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir haben bundesweit seit Jahren eine verheerende wirtschaftliche Stagnation. Wir haben bundesweit höhere Steuern und Abgaben. Wir haben bundesweit einen Pleitenrekord, wie es ihn noch nie gegeben hat; im Jahr 2002 waren es 40 000 Unternehmen, die Pleite gemacht haben, im ersten Halbjahr 2003 gibt es bundesweit einen Zuwachs von 4,6 %.

Meine Damen und Herren! Wenn die SPD in der Wirtschafts- und in der Steuerpolitik eine so dramatische Veränderung vollzieht, wie sich das jetzt andeutet, dann wird auch deutlich, dass sie damit zugibt, dass das Bisherige falsch war, das die Richtung nicht stimmte.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Minister, erlauben Sie eine weitere Frage?

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Nein. Sie können mir nachher Fragen stellen, so viel Sie wollen. Ich werde auch so viel Fragen wie möglich gern beantworten. - Aber verstehen Sie: Die Schieflage, die wir bundesweit haben, können Sie regional nicht kompensieren. Das ist doch sonnenklar.

(Starke Unruhe bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wie ist der aktuelle Stand in Sachsen-Anhalt? - Dazu hat Frau Budde sehr Treffliches vorgetragen. Sie hat mit Recht erwähnt, dass wir im Jahre 2002, ganz bescheiden, aber immerhin, ein Wirtschaftswachstum aufgewiesen haben, im Gegensatz zu Gesamtostdeutschland, das einen Schwund aufgewiesen hat.

Verehrte Frau Budde, wenn in den acht Jahren, die zwischen 1994 und 2002 liegen, die Zahlen von Sachsen-Anhalt immer ein bisschen über dem ostdeutschen Schnitt gelegen hätten, wären wir wirtschaftlich viel weiter, als wir es heute sind. Auch das wird man bei einer solchen Gelegenheit wohl einmal sagen dürfen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe lag im vergangenen Jahr mit einem Plus von 6,5 % bundesweit an allererster Stelle. Ich finde, das ist ein Zeichen dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind;

(Unruhe bei der SPD - Herr Dr. Püchel, SPD: Wie viel war es denn vorher?)

denn nur wenn sich das verarbeitende Gewerbe gut entwickelt, werden wir in der Lage sein, die anderen Probleme zu lösen.

Wir hatten zum Beispiel - Herr Püchel, das ist für jemanden, der als Minister federführend für die kommunale Ebene zuständig war, besonders wichtig - unter allen Bundesländern im Jahr 2002 bei der Gewerbesteuer als einziges Bundesland einen zweistelligen Zuwachs, wäh-

rend die meisten Länder ein Minus verzeichnen müssen. Das ist eine Rückwirkung der Tatsache, dass sich das verarbeitende Gewerbe bei uns sehr gut entwickelt.

Die Werte, die jetzt vorliegen, zeigen, dass die Entwicklung ganz offensichtlich in die richtige Richtung geht. Ich habe nie gesagt, dass diese Dinge erst am 17. Mai 2002 begonnen hätten. Wenn Sie, was ich gar nicht bestreiten will, den einen oder anderen Beitrag in den letzten acht Jahren dazu geleistet haben, dann bedanke ich mich ausdrücklich bei Ihnen. Das habe ich bei anderer Gelegenheit auch getan.

(Minister Herr Dr. Daehre: Jawohl!!)

Ich will die positive Entwicklung gar nicht für eine Partei oder eine Regierung in Anspruch nehmen. Lassen Sie uns doch über das, was positiv ist, auch gemeinsam positiv reden. Auch das ist ein Beitrag, unser Land voranzubringen.

(Zustimmung bei der FDP - Lachen bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir haben in den wesentlichen Branchen unseres Landes - deswegen haben wir beim Wirtschaftswachstum zugelegt - eine positive Entwicklung, das gilt etwa für das Ernährungsgewerbe, die Chemie, die heute schon in bestimmten Teilespekten abgehandelt worden ist, den Maschinenbau oder den Fahrzeugbau.

Die Tatsache, dass wir im ersten Quartal 2003, verglichen mit dem ersten Quartal 2002, in Sachsen-Anhalt im verarbeitenden Gewerbe ein Plus von 2 600 Arbeitsplätzen hatten, während im gleichen Zeitraum bundesweit die Zahl der Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe um 155 000 zurückgegangen ist, macht deutlich, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Das bedeutet natürlich noch lange nicht, dass die Probleme gelöst wären.

Wir haben bei den Investitionen im Bereich des verarbeitenden Gewerbes einen sprunghaften Anstieg. Die Zahlen sind bekannt. Die über Förderbescheide angestoßenen Investitionen lagen im Jahr 2001 bei 1,75 Milliarden € ein Jahr später, im ersten Jahr der neuen Regierung, bei 2,75 Milliarden €. Dieses Jahr werden wir über 3 Milliarden € erreichen, und das, meine Damen und Herren, im Widerspruch zum Bundestrend, wo die investive Tätigkeit des produzierenden Gewerbes rückläufig ist. Ich finde, das macht deutlich, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Das sollte man anerkennen.

Im Übrigen hat das Land Sachsen-Anhalt, verehrte Frau Budde, im Jahr 2002 die GA-Mittel ähnlich wie Sachsen, aber im Gegensatz zu allen anderen ostdeutschen Ländern bis auf den letzten Euro und Cent abgerufen und eingesetzt, während in der Zeit - das kann man bei der Gelegenheit ruhig einmal erwähnen -, in der die Sozialdemokraten den Wirtschaftsminister gestellt haben, über 600 Millionen DM nicht abgerufen wurden und damit unserer Wirtschaft verloren gegangen sind.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Noch eines, verehrte Frau Budde - ich habe mir kürzlich einmal erlaubt anzuregen, dass Sie sich so kurz nach dem Regierungswechsel ein bisschen zurückhalten sollten; ein bis zwei Jahre sind in der Wirtschaftspolitik nicht sehr viel -: Sie haben die nicht abgeflossenen Mittel angesprochen; das ist in der Tat ein Problem. Aber wissen Sie, worauf das zurückzuführen ist? - Das sind die Förderbescheide, die in Ihrer Zeit ergangen sind und die die Wirtschaft aus Gründen, die ich jetzt gar nicht kritisieren

will, nicht umgesetzt hat. An diese Dinge waren wir zunächst gebunden.

Ich sage Ihnen aber voraus, wir werden dieses Jahr die Mittel komplett umsetzen. Das ist Ihnen in den zurückliegenden Jahren bedauerlicherweise nicht gelungen. Ihre Bescheide lasse ich mir als Versäumnis nicht vor die Tür kehren. Auch das muss bei der Gelegenheit gesagt werden dürfen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Es gibt natürlich wichtige Bereiche, in denen wir mit der Entwicklung überhaupt nicht zufrieden sein können. Das große Defizit an selbständigen Existenz ist etwas, das uns unheimlich bedrückt und das wir korrigieren müssen, wenn wir die Zahl der Arbeitsplätze erhöhen wollen. Wenn man von 260 000 oder 280 000 Arbeitslosen im Land spricht, muss man zugleich davon sprechen, dass wir 30 000 bis 40 000 selbständige Existenz zu wenig haben. Das eine Problem lässt sich nicht lösen, wenn wir das andere Problem im Bereich der selbständigen Existenz nicht lösen.

Wenn wir über die Arbeitslosenzahlen sprechen, muss an dieser Stelle im Übrigen erwähnt werden dürfen, dass der Zuwachs an Arbeitslosen, den wir im Jahr 2003 verzeichnen müssen und der uns bundesweit sehr weh tut, im Land Sachsen-Anhalt zu 95 % auf Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit zurückzuführen ist, die bestimmte Programme drastisch gekürzt hat. - Ich habe an dieser Stelle schon einmal darauf hingewiesen, dass ich das gar nicht prinzipiell rügen will; aber ich habe auch gesagt, wenn wir über die Arbeitslosigkeit reden, müssen wir auch über die Ursachen fair miteinander diskutieren.

Was sind die Aufgaben im Bereich der Wirtschaftspolitik, die wir in den vor uns liegenden Jahren lösen wollen? - Erstens. Wir müssen die Verkehrsinfrastruktur weiter voranbringen. Ich bin dem Kollegen Dr. Daehre sehr dankbar, weil er mit großem Engagement das Land auch in den Gesprächen mit dem Bund vertritt. Wer nicht erreichbar ist, der hat auch keine nennenswerten Chancen im Wettbewerb der Regionen. Deswegen glaube ich, dass wir gerade in diesem wichtigen wirtschaftspolitischen Punkt auf dem richtigen Weg sind.

Im Übrigen, Herr Kollege Püchel, ich bin Ihnen sehr dankbar für das, was Sie etwa in Sachen Saale-Kanal im Sinne des Landes unternehmen. Ich danke Ihnen ausdrücklich dafür.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich kann mir aber nicht verkneifen, darauf hinzuweisen, dass das Dinge sind, die man in den letzten acht Jahren längst hätte machen können und müssen. Dass wir jetzt in diese rot-grüne Problematik geraten sind, ist eben leider auch auf Unterlassungssünden in der Vergangenheit zurückzuführen. Nichtsdestotrotz ziehen wir an einem Strang. Ich danke Ihnen, dass Sie dazu beitragen, dass wir das Problem im Sinne des Landes lösen.

Zweitens. Ein weiterer wichtiger Punkt ist der Bereich der Deregulierung, insbesondere im Verfahrensrecht, im Arbeitsrecht und in vielen anderen Bereichen. Durch die Investitionserleichterungsgesetze erbringen wir unsererseits Beiträge. Wir wären auch noch viel weiter gegangen und würden viel weiter gehen, wir wären sogar bereit, etwa im Bereich des Arbeitsrechtes, regional in Form einer Modellregion oder über Öffnungsklauseln

Dinge zu beschließen, die bundesweit aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag nicht durchzubringen sind.

Ich hoffe immer noch, dass sich Herr Clement mit dieser Idee innerhalb der Berliner Regierung und Koalition durchsetzt. Wir warten darauf. Wir wären bereit, zur De-regulierung und Entbürokratisierung weitere Beiträge zu leisten.

(Herr Dr. Sobetzko, CDU: Zustimmung!)

Drittens. Meine Damen und Herren! Nach wie vor gilt, wir brauchen eine weitere nachhaltige Verbreiterung der industriellen Basis unseres Landes. Wir sind - ich habe die Zahlen genannt - auf einem guten Weg, aber noch lange nicht am Ziel.

Viertens. Das ist genauso wichtig, wie die Verbreiterung der industriellen Basis: Wir brauchen eine nachhaltige Steigerung der Zahl und der Qualität der selbständigen Existenz. Deswegen habe ich die Ego-Initiative in neuer Form aufgegriffen, Frau Budde, und hatte auch keine Schwierigkeiten, diesen, wie ich finde, zutreffenden Begriff zu nutzen. Wenn Sie aber hier erzählen, dass in dieser Sache bisher nichts geschehen sei, außer dass wir das verkündet hätten, dann müssen Sie in den falschen Veranstaltungen gewesen sein.

Wo sind denn die Gründungskorridore, die wir nutzen müssen? Es hat doch keinen Zweck, in einer Gemeinde, in der drei Bäckermeister gerade noch über die Runden kommen, einen vierten Bäckermeister mit öffentlichen Mitteln zu etablieren. Nach kurzer Zeit sind es wieder nur drei oder vielleicht sogar nur zwei. Wir brauchen dort Gründungen, wo es Sinn macht. Wo macht es Sinn? - Zum Beispiel aus den Hochschulen heraus, mit neuen Produkten und Verfahren. Dazu gibt es einen breiten Handlungsbedarf.

(Zuruf von Herrn Kühn, SPD)

Wir haben mit den Universitäten und Fachhochschulen - dafür bin ich sehr dankbar - eine ganze Reihe intensiver Gespräche darüber geführt, wie wir das gemeinsam erreichen. Wenn in Nordrhein-Westfalen ein Drittel aller Start-ups aus den Hochschulen kommt, dann kann es nicht sein, dass es bei uns gerade 10 % sind. Ich bin dankbar dafür, dass die Hochschulen auf diesem wichtigen Feld mitziehen.

Es gibt ein anderes Thema, um das wir uns intensiv kümmern, nämlich die Nachfolgeregelungen. Meine Damen und Herren! Wir haben eine wachsende Zahl von Mittelständlern, die aus Altersgründen beruflich Schluss machen wollen oder müssen. Diese haben keine Nachfolger. Früher war es so, dass der Sohn oder die Tochter den Betrieb übernommen hat. Das ist in vielen Fällen heute nicht mehr der Fall. Für diese Betriebe geeignete, neue Betreiber zu finden, ist eine zentrale Aufgabe der Existenzgründungsoffensive.

Nehmen Sie als drittes Beispiel den Tourismus, den ganzen Wellnessbereich. Auch in diesem Bereich besteht großer Handlungsbedarf. Unser Land kann, will und wird infolge der Anstrengungen aller Beteiligten die Zahl der Touristen steigern und damit auch auf diesem Sektor für weitere mittelständische Existenz Optionen und Möglichkeiten schaffen. Kurz und gut: Wir tun in diesem Bereich wirklich eine Menge.

Verehrte Frau Budde, in Bezug auf die Außenwirtschaftsförderung müssen Sie in der Tat - das ist eigent-

lich selten der Fall; denn Sie haben, was ich nicht rüge, gute Verbindungen zum Wirtschaftsministerium -

(Minister Herr Dr. Daehre lacht)

falsch informiert sein. Ich habe immer gesagt, dass es zu den wichtigen Aufgaben der Landesregierung von Sachsen-Anhalt gehört, insbesondere auch die Außenwirtschaftsbeziehungen zu den osteuropäischen Staaten, zu den Nachbarn zu verbessern, weil man erfahrungsgemäß mit diesen Nachbarn schneller und erfolgreicher Geschäfte machen kann als vielleicht mit anderen.

Ich habe allerdings in verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen - das kann ich hier ruhig wiederholen - eines gesagt: Ein Standort wie Kuba rechtfertigt es nicht, dass der Ministerpräsident und mehrere Minister unter dem Motto der Außenwirtschaftsförderung tage- oder wochenlange Reisen dorthin unternehmen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Ich fahre lieber nach Prag, nach Wien und nach Warschau, weil ich der Überzeugung bin, dass wir dort mit weniger Geld entschieden mehr erreichen.

Lassen Sie mich zum Schluss sagen - es ist ein weites Feld; es kann alles nur stichwortartig angesprochen werden -: Die Zwischenbilanz, die ich nach rund einem Jahr ziehen möchte, lautet, dass es insbesondere im verarbeitenden Gewerbe durchaus ermutigende Tendenzen gibt. Das ist nicht irgendein Teil der Volkswirtschaft, sondern ein zentraler.

Aber die zentrale Aufgabe, die wir haben, nämlich im Bereich des Arbeitsmarkts zu wesentlich besseren Verhältnissen zu kommen, ist nicht gelöst. Deswegen bleibt es das Ziel der Landesregierung und das Ziel des Ministers für Wirtschaft und Arbeit, Sachsen-Anhalt zu einem Musterland für Unternehmer zu machen. Das ist ein steiniger Weg. Aber wir müssen diesen Weg gehen.

Ich füge hinzu: Je schneller die Bundesregierung zu Wirtschaftswachstum bundesweit beiträgt, umso schneller werden wir auch in Sachsen-Anhalt die Ziele, die wir uns gesetzt haben, erreichen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister. - Jetzt bitte die Frage von Herrn Dr. Püchel.

Herr Dr. Püchel (SPD):

Herr Rehberger, Sie haben auf die enge Abhängigkeit zwischen Bund und Land hingewiesen, was die Schaffung von Arbeitsplätzen usw. betrifft. Erklären Sie bitte einmal den Sinn oder die Logik Ihres Wahlslogans: Höppner geht, die Arbeit kommt.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Es war nach meiner Überzeugung der erste wichtige Schritt, um tatsächlich mehr Arbeitsplätze zu schaffen.

(Lachen bei der SPD)

Wenn allerdings - das gebe ich zu, meine Damen und Herren - die Wählerinnen und Wähler am 22. September 2002 den zweiten entscheidenden Schritt getan hätten und auch auf Bundesebene eine bürgerliche Regie-

rung etabliert hätten, dann wären wir schon weiter, als wir es mit Herrn Schröder sind.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Püchel, ich räume gern ein, dass dem ersten Schritt, der richtig war, nämlich in Sachsen-Anhalt eine neue Mehrheit zu etablieren, der zweite Schritt noch nicht folgt ist.

(Zuruf von Herrn Felke, SPD)

Jetzt gibt nur zwei Lösungsmöglichkeiten: Entweder macht Schröder das, was er angekündigt hat - dann macht er vieles, was die FDP seit langem fordert; das wäre immerhin nicht unerfreulich -,

(Herr Kühn, SPD: Helfen Sie ihm!)

oder er setzt es nicht durch.

(Frau Budde, SPD: Stimmen Sie doch dann zu, wenn das im Bundesrat ist! Steuersetzung! - Unruhe)

- Wir haben heute darüber diskutiert.

(Zurufe von der SPD)

- Verehrte Frau Budde, verstehen Sie,

(Frau Budde, SPD: Ich verstehe das schon!)

es war heute für mich ein Schlüsselerlebnis, als Herr Püchel sagte, der Finanzminister hätte bei der Frage, wie man sich mit dem Bund einige, ob bei null oder wie auch immer, herumgeeiert. Als Herr Püchel selbst später von der PDS danach gefragt wurde, hat er genau die Antwort von Herrn Paqué gegeben. Das heißt, auch Sie haben herumgeeiert. Aber es war sympathisch und von der Sache her richtig.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Frau Budde, SPD: Mann, Mann, Mann!)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Rehberger. - Weitere Fragen werden nicht gestellt. Damit beginnt die Debatte der Faktionen. Ich erteile für die CDU-Fraktion Herrn Gürth das Wort.

(Frau Budde, SPD: Wie stimmen Sie ab im Bundesrat zur Steuersetzung?)

Herr Gürth (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als uns vor einigen Wochen die Große Anfrage der SPD-Fraktion auf den Tisch flatterte, provozierte dies natürlich erst einmal Fragen. Knapp ein Jahr nach dem Regierungswechsel in Sachsen-Anhalt stellt die SPD-Fraktion eine Große Anfrage zur wirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen-Anhalt.

Sie hätte doch eigentlich wissen müssen, dass bereits zum Zeitpunkt der Antragstellung klar war, dass die Daten, die wirtschaftlichen Kennziffern, die sie abfragt, aufgrund der Erhebungszeiträume viel mehr Auskunft geben über das, was das Resultat ihrer eigenen Regierungsarbeit war, als über das, was die neue Regierung in dem einen Jahr seit 2002, das sie zur Verfügung hatte, leisten konnte.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Sie waren nicht gut beraten, eine solche Anfrage zu diesem Zeitpunkt zu stellen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Quatsch!)

Warum Sie das gemacht haben, war heute Morgen ganz klar ersichtlich. Ich hatte ein bisschen den Eindruck, das war die Aufarbeitung eines Traumas, nämlich des Verlustes der Regierungsmehrheit in diesem Hause.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP)

Aber ich bin dankbar für einige Ihrer Fragen

(Zuruf von Herrn Dr. Püchel, SPD)

und für die Möglichkeit, dazu zu sprechen. Immerhin hat die SPD als Oppositionsfaktion in diesem Hause sehr großes Vertrauen in die CDU-FDP-Landesregierung; denn bereits in den Vorbemerkungen zu Ihrer Großen Anfrage fragen Sie nach dem, was sich schon jetzt grundsätzlich als Trendwechsel abzeichnet - und das nach einem Jahr - auf dem Arbeitsmarkt.

Das heißt, Sie unterstellen bereits mit Ihrer Frage, dass es eine Regierung in Deutschland möglich machen kann, in knapp einem Jahr einen kompletten Trendwechsel hinzubekommen. Dieses Vertrauen ehrt Sie. Wir haben Vertrauen in unsere Landesregierung, dass sie das bis zum Ende der Legislaturperiode schafft. Wir alle arbeiten hart daran. Wenn Sie mithelfen, können wir das eher erreichen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Wenn wir über die wirtschaftliche Situation in Sachsen-Anhalt debattieren, dann sollten wir nicht in alte Verhaltensmuster verfallen:

(Herr Dr. Püchel, SPD: Sie auch nicht!)

- Nein, beide nicht.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Ist es nicht schlimm genug, was hier gelaufen ist?)

Die Opposition sucht sich die schlechten Zahlen heraus und meckert an der Regierung herum

(Frau Budde, SPD: Habe ich nicht gemacht!
- Weitere Zurufe von der SPD - Unruhe)

und die Regierung sucht sich die schönen Zahlen heraus und färbt alles rosarot.

(Zustimmung von Herrn Dr. Püchel, SPD)

Das wäre eine Debatte, die dem Land nicht dient und nicht vorwärts führt.

(Unruhe bei der SPD - Herr Bischoff, SPD: Jetzt kommen die Erkenntnisse! - Herr Dr. Püchel, SPD: Zu spät!)

Gerade weil dies so ist, gibt es auch, gerade was den Inhalt Ihrer Anfrage betrifft, eine Reihe von Dingen aufzuarbeiten. Man fragt sich eigentlich, was die wirkliche Zielstellung dieser Anfrage war. Sie fragen in 90 % der Großen Anfrage, die uns vorliegt, Daten und Fakten ab, die einer Anfrage an eine Regierung eigentlich gar nicht bedürfen.

(Frau Budde, SPD: Ach!)

Ein kleiner Hinweis - das müsste eigentlich allen Abgeordneten bekannt sein -: Wir bekommen jeden Monat kostenfrei eine dicke Schwarze vom Statistischen Landesamt. Darin stehen viel mehr Zahlen, als Sie abge-

fragt haben. Sie müssen sich nur einmal die Mühe machen, dies zu lesen. Dann kann man die Zahlen auch auswerten und muss nicht eine solche ABM für die Ministerien veranstalten.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Unruhe bei der SPD)

Als ehemalige Ministerin müssten Sie wissen, dass das Wirtschaftsministerium darüber hinaus - noch detaillierter und umfangreicher, ohne Anfrage und für jeden kostenfrei - eine umfassende Sammlung von Daten zur wirtschaftlichen Lage im Land verteilt. Darin steht all das, was Sie in Ihrer Großen Anfrage, deren Bearbeitung Wochen in Anspruch nahm, erfragt haben.

(Herr Kühn, SPD: Das bekommen nur Sie! Das wird nicht verteilt!)

Wenn man sich die letzte Auswertung des Statistischen Landesamts anschaut, dann ist man schon verleitet zu sagen: Seht mal, was wir in dem einen Jahr Regierungsarbeit geschafft haben.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Oh!)

Ich sage, das wäre übertrieben. Ich will es dennoch zitieren. Das Statistische Landesamt stellt in seinem Monatsheft vom Juni 2003 fest:

„Positive Bilanz der Industriebetriebe im ersten Vierteljahr 2003.“

Man muss sich nicht die Mühe machen, alle Zahlenkolonnen auszuwerten. Darin ist für die, die keine Zeit oder keine Lust haben - diesbezüglich geht es uns allen gleich -, sogar eine Zusammenfassung der vielen Zahlenkolonnen enthalten. Darin steht: Das Umsatzvolumen der verarbeitenden Industrie ist im ersten Quartal 2003 gegenüber dem ersten Quartal im Vorjahr - das ist das letzte Quartal, in dem Sie an der Regierung waren - um 11 % gestiegen, die Exportquote um 15,6 %.

Wir könnten das fortführen. Aber ich sage Ihnen, diese Zahlenstreitereien bringen uns in Sachsen-Anhalt nicht weiter.

(Zuruf von Herrn Dr. Püchel, SPD)

Deswegen sollten wir uns nicht darauf fokussieren. Sie wollen wissen, ob die Landesregierung - das ist eine wirtschaftspolitisch wirkliche bedeutende Frage - eine hohe Investitionsquote im Landeshaushalt als ein positives Signal für die Wirtschaft ansieht.

(Frau Budde, SPD: Das muss man sich schon fragen!)

Das kann Ihnen jeder Abgeordnete in der Kantine sagen.

(Zuruf von der SPD: Das ist ja auch wichtig!)

- Selbstverständlich ist das wichtig.

(Frau Budde, SPD: Aber Sie machen es doch nicht!)

Deswegen unternehmen wir trotz allem, was wir von Ihnen übernommen haben, nämlich eine enorme Schuldenlast, alles, um in diesem Haushalt eine hohe Investitionsquote zu gewährleisten.

(Frau Budde, SPD: 50 % der Schulden sind von 1990 bis 1994 entstanden! - Weitere Zurufe von der SPD - Unruhe)

Meine Damen und Herren! Kammern, Verbände, Industrie und Wirtschaft in diesem Land registrieren die Anstrengungen dieser Landesregierung, den Haushalt zu konsolidieren und dabei der Investitionsquote einen hohen Stellenwert im Landeshaushalt einzuräumen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Oh! Er bekommt noch nicht mal rote Ohren!)

Das verdient auch Anerkennung in diesem Hause.

Was allerdings in Ihrer Großen Anfrage ein bisschen zu kurz gekommen ist, das sind die Möglichkeiten, einmal strategische Ziele abzufragen. Wie will die Landesregierung Wachstum erreichen? Wir brauchen Wachstum, wenn wir mehr Arbeitsplätze haben wollen. Welche Schwerpunkte werden gesetzt? Wo stehen wir im Vergleich mit anderen Bundesländern bei wirtschaftspolitischen Aktivitäten? Nutzen wir die Spielräume, die wir haben? Nutzt diese Landesregierung den knappen Spielraum, der ihr zur Verfügung steht? Wie hart wird an der Lösung der Probleme gearbeitet? Über welche - vielleicht strittigen - unterschiedlichen Lösungsansätze können wir in diesem Hause einmal diskutieren?

Da war von Ihrer Seite Fehlanzeige. Keiner dieser Punkte wurde abgefragt, noch wurde darüber in diesem Hause diskutiert.

(Frau Budde, SPD: Dann erklären Sie mir die doch, Herr Gürth! Sagen Sie sie doch jetzt!)

- Wir kommen darauf; wir haben genügend Redezeit.

Ich möchte aber auf einen Punkt ganz besonders hinweisen. Man sollte nicht vergessen, unter welchen Voraussetzungen wir in Sachsen-Anhalt das aufarbeiten müssen, was uns nach acht Jahren SPD-Regierung hinterlassen worden ist.

(Zuruf von Frau Budde, SPD)

Das sind die nicht bzw. kaum vorhandenen Spielräume im Haushalt. Sie haben uns kaum Handlungsspielräume gelassen, um mit neuen Programmen neue Akzente zu setzen, weil Sie uns eine Schuldenlast hinterlassen haben, die in Deutschland beinahe einzigartig ist. Wir zahlen jede Stunde Zinsen in Höhe von 100 000 € für die Kredite, die in den letzten Jahren aufgenommen worden sind. Jede Stunde!

(Herr Dr. Püchel, SPD: 50 % von Ihnen, Herr Gürth!)

Wir bemühen uns, diese abzubauen und weitere Spielräume, insbesondere für die wirtschaftliche Entwicklung, zu erarbeiten.

Ein weiterer Punkt: Lassen Sie uns doch einmal auf die wirtschaftlichen Daten eingehen, die Sie uns hinterlassen haben. Das Wichtigste ist für mich auf jeden Fall der Arbeitsmarkt. Es gab in den acht Jahren unter der SPD geführten Landesregierung in Sachsen-Anhalt von 1994 bis 2002 nicht einen einzigen Monat, in dem wir bei der Arbeitslosigkeit nicht die rote Laterne getragen haben. Nicht einen einzigen Monat in acht Jahren!

(Zurufe von der SPD)

Ich will Ihnen noch Folgendes sagen: In den ersten Jahren von 1990 bis 1994 fanden die schwierigsten Strukturumbrüche statt; denn damals gab es die Massenentlassungen in den großen Kombinaten, die bei uns in besonders hoher Konzentration vorhanden waren. Den-

noch hatten wir Anfang der 90er-Jahre nur wenige Monate lang die rote Laterne bei der Arbeitslosigkeit.

Das war bei Ihnen anders. Der Abstand in der Arbeitslosenstatistik zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt ist auf bis zu 2,4 Prozentpunkte angewachsen. Jetzt liegen beide Länder dicht beieinander. Wir sind nicht stolz darauf, dass wir für kurze Zeit die rote Laterne abgegeben haben. Das zeigt jedoch, dass sich der Abstand nicht mehr vergrößert, wie es zu Ihren Zeiten der Fall war, sondern dass er sich verringert und dass wir auf einem guten Weg der Entwicklung sind. Damit muss die Regierung auch weitermachen.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Gürth, möchten Sie eine Frage von Frau Dr. Sitte beantworten?

Herr Gürth (CDU):

Am Ende würde ich gern alle Fragen beantworten. - Ich möchte noch etwas zum Arbeitsmarkt sagen, was die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse betrifft. Ich finde, die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse ist eine der wichtigsten Zahlen überhaupt, wenn man über die Arbeitslosigkeit spricht; denn es wird immer wieder an der Statistik herumgefingert.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Wer fingert da herum?)

- Der Bund in der Regel.

(Zuruf von Herrn Dr. Püchel, SPD - Frau Budde, SPD, lacht)

- Aber 100-prozentig!

(Zuruf von Herrn Dr. Püchel, SPD)

- Herr Püchel, ich bitte Sie, es dürfte eine für Sie eher peinliche Diskussion werden, wenn wir auf die Versuche der Bundesregierung eingehen, eine geschönte Statistik zu erreichen.

In den acht Jahren der Regierungsverantwortung der SPD in Sachsen-Anhalt ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in Sachsen-Anhalt von 967 600 in 1994 auf 784 200 zurückgegangen. Das bedeutet: Wir haben während der acht Jahre der SPD-Regierung 183 400 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse verloren.

Das ist doch keine Bilanz, auf die man stolz sein kann, sondern das ist ein hartes Erbe, das wir aufzuarbeiten versuchen. Diese Beschäftigungsverhältnisse fehlen in diesem Land. Kein anderes Bundesland - keines! - hat in diesen acht Jahren so viele sozialversicherungspflichtige Jobs verloren wie das Land Sachsen-Anhalt.

(Zuruf von Frau Budde, SPD)

Wie kann man das verhindern? Wie kann man dem gegensteuern? - Schlichtweg durch mehr Unternehmen.

Wie war die Entwicklung in den letzten acht Jahren? - Die Selbständigenquote ist in allen neuen Bundesländern gestiegen. Frau Kollegin Budde, auch in der Zeit, in der Sie Ministerin waren oder als Abgeordnete Regierungsverantwortung hatten, war Sachsen-Anhalt das einzige Bundesland - wenn man den gesamten Zeitraum vergleicht -, das hinter den Vorjahren zurückgeblieben ist und in dem die Selbständigenquote nicht stetig gestiegen ist.

Wir liegen in 2002 mit 7,1 % unter dem Durchschnitt der neuen Bundesländer. Wir haben einen Stand, der hinter dem Stand von 1998 zurückgeblieben ist. Das heißt, die Zahl der Selbständigen hat rapide abgenommen in den Jahren, in denen Sie hier regiert haben.

Im Gewerbe ist es genauso. Wir brauchen mehr Unternehmen, wir brauchen mehr Selbständige. Wie sieht die Bilanz Ihrer Regierungsarbeit in den letzten acht Jahren aus? Sachsen-Anhalt ist in Ihrer Regierungszeit das einzige Bundesland gewesen, das vier Jahre hintereinander einen negativen Gewerbesaldo hatte. Das bedeutet: In den Jahren der SPD-Regierung in Sachsen-Anhalt musste man feststellen, dass jeweils zum Jahresende weniger Unternehmen überlebt haben bzw. vorhanden waren als vorher. Das ist durchaus zu kritisieren und nicht der neuen Landesregierung anzulasten, sondern Ihrer Abschlussbilanz.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP)

Wir mussten allein von 1999 bis 2002 3 704 Insolvenzen in diesem Land verzeichnen. Das ist ein Rekord gewesen. Wir hatten einen Rückgang der Anzahl von Unternehmen - in Rekordzahlen - zu verzeichnen. Das müsste aufgearbeitet werden, wenn man jetzt, ein Jahr nach dem Regierungswechsel, versucht, über die wirtschaftliche Situation in Sachsen-Anhalt zu diskutieren.

Ich hoffe jedoch, wir finden noch genügend Gelegenheit, um andere Schwerpunkte zu setzen. Wir haben nämlich hervorragende Ausgangsvoraussetzungen, obwohl die Situation schwierig ist. Unsere Landwirtschaft ist Spitze. Die Ernährungsgüterindustrie hat die besten Voraussetzungen, in der Bundesrepublik weiterhin an der Spitze zu bleiben, sich weiterzuentwickeln.

Wir müssen, wenn wir all das unterstützen wollen - chemische Industrie, Maschinenbau, innovativer Maschinenbau, Biotechnologie; überall, wo wir stark sind -, bei den wirklich guten und wichtigen Branchen, die wir haben, zusammenrücken und gemeinsam deren Interessen so weit unterstützen, dass sie ein Stück vorankommen.

Dann können Sie beweisen, wie weit Sie bei diesem kleinen Thema der Deregulierung, das uns zur Verfügung steht, was eigene Spielräume betrifft, mitgehen. Wenn wir schon kein Geld haben, dann müssen wir dafür sorgen, dass wir durch Deregulierung denen, die sich hier wirtschaftlich engagieren, die ausbilden und die Jobs schaffen, das Leben erleichtern und nicht weiter erschweren, wie es in den acht Jahren Ihrer Regierungszeit passiert ist.

Stimmen Sie dem Investitionserleichterungsgesetz zu, machen Sie selbst Vorschläge zur Deregulierung, dann können Sie einen konstruktiven Beitrag dazu leisten, dass sich Sachsen-Anhalt positiv weiterentwickelt.

(Zuruf von Herrn Kühn, SPD)

Wir haben in Sachsen-Anhalt in den wenigen Monaten nach dem Regierungswechsel - es ist knapp ein Jahr her, ich möchte noch einmal daran erinnern - bereits viel erreicht. Denn wir haben nicht nur die knappen Kassen mit den von Ihnen hinterlassenen Schulden und die geringen Handlungsspielräume übernommen,

(Herr Kühn, SPD: Die haben Sie um Milliarden vermehrt!)

sondern wir haben auch etwas übernommen, was viel schwerer wiegt: Wir haben ein katastrophales Image für

den Investitions- und Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt übernommen. Wir haben Sachsen-Anhalt übernommen als ein Land, das entweder nicht beachtet oder bekleidet wird.

Deswegen ist es völlig richtig, dass die Landesregierung gleich nach dem Regierungswechsel am Image dieses Landes als investitionsfreundliches Land gearbeitet hat. Das ist der richtige Ansatz. Ich fordere die Opposition auf, an diesem neuen Image für Sachsen-Anhalt als ein investitionsfreundliches, unternehmerfreundliches Land mitzuwirken, damit wir denen, die in Sachsen-Anhalt Arbeitsplätze suchen, in den nächsten Jahren ausreichend viele Arbeitsplätze anbieten können. Sie als Opposition sind dazu herzlich eingeladen.

(Zuruf von Herrn Bischoff, SPD)

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Gürth. Möchten Sie jetzt eine Frage von Frau Dr. Sitte beantworten? - Bitte, Frau Dr. Sitte.

Frau Dr. Sitte (PDS):

Jetzt sind es schon zwei Fragen geworden, wobei das eine eher eine Anmerkung ist. Glauben Sie nicht, dass Sie mit Ihrer Diskussion um die rote Laterne und einen Wahlkampf, den Sie unter diesem Titel geführt haben, an dem Image, das Sie jetzt so sehr beklagen, selbst schuld sind, selbst wenn die wirtschaftlichen Bedingungen schwierig sind?

(Zustimmung bei der PDS und bei der SPD)

Wir haben das damals schon gesagt. Sie wissen selbst, dass Sie Warnungen aus dem Wirtschaftsraum bekommen haben, das unter dieser Überschrift zu tun. Das ist fahrlässig, insbesondere was die Investitionspolitik angeht.

Die zweite Frage: Glauben Sie nicht, dass die Debatte darüber, wer wo an welchem Platz steht, gegenüber den über 270 000 Arbeitslosen im Land absolut zynisch ist?

(Zustimmung bei der PDS)

Herr Gürth (CDU):

Zur ersten Frage. Ihre Frage unterstellt, dass eine Opposition prinzipiell die Kraft hat, durch Schön- oder Schlechtreden einen Standort entweder wesentlich zu verschlechtern oder wesentlich zu verbessern.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Stimmung haben Sie gemacht! - Weitere Zurufe von der SPD)

Ich glaube, keine Opposition, so stark sie auch ist, hat diese Kraft.

(Zurufe von der SPD)

Ganz im Gegenteil. Herr Bullerjahn von der SPD hat in diesem Hause von diesem Pult aus der damaligen Opposition ziemlich oft vorgeworfen, sie sei nicht kräftig und nicht stark genug.

(Herr Kühn, SPD: Alles vergessen!)

Das widerspricht sich ein wenig. Wenn die damalige Opposition zu Recht nicht nur einzelne negative Daten be-

klagt und diese aufgebaut hat, sondern nach Jahren einen sich abzeichnenden gefährlichen Trend anspricht mit dem Ziel, diesen zu ändern, hatte sie nicht nur das Recht dazu, sondern auch die Pflicht.

(Beifall bei der CDU)

Wenn das, was über den Zustand dieses Landes von der Opposition öffentlich verkündet wurde, nicht gestimmt hätte, sondern wenn die Lebenserfahrung der in diesem Lande lebenden Menschen anders gewesen wäre, hoffnungsfroher, würden Sie heute noch regieren.

Die schlimme Realität war allerdings, dass die Opposition von damals Recht hatte, und zwar hinsichtlich der Ergebnisse und hinsichtlich des Weges Ihrer Regierungspolitik, der schlachtweg in eine Sackgasse geführt hat, sodass sich nicht nur die Entwicklung einzelner Kennziffern von Monat zu Monat alarmierend gefährlich abzeichnete, sondern dass wir beinahe auf der ganzen Palette volkswirtschaftlicher Kennziffern, von der Arbeitslosigkeit bis hin zum Bruttoinlandsprodukt, verheerende Signale bekommen haben, die nicht nur Ausrutscher für ein Jahr waren, sondern die einen Trend widerspiegeln, der uns in die höchste Arbeitslosigkeit geführt hat.

Weil das so ist, glaube ich nicht, dass eine Opposition - das wird auch Ihnen nicht gelingen - einen Standort wesentlich nach vorn oder nach unten reden kann. Diese Kraft hat sie nicht, wenn die Landesregierung mit ihrem Regierungshandeln nicht eine entsprechende Wirklichkeit erzeugt.

Was das zynische Reden gegenüber Leuten angeht, die in Sachsen-Anhalt Arbeit suchen: Es ist nie zynisch, wenn man ordentlich analysiert, wo man wirklich steht. Insofern hat die Große Anfrage zumindest den Vorteil, dass man sich bei dieser Gelegenheit noch einmal die Zahlen ansieht und sich fragt: Wo stehen wir eigentlich?

Man kann aber ein Jahr nach dem Regierungswechsel einer neuen Regierung nicht prinzipiell wesentliche Trendwechsel zuschreiben, weil das in so kurzer Zeit schlachtweg nicht möglich ist, was die harten Fakten und Kennzahlen betrifft. Aber es ist gerade denen gegenüber, die Arbeit suchen, eine Verpflichtung, dass man schaut, wo man steht, und dass man sich bemüht, bessere Ergebnisse zu erreichen.

Die rund 300 000 Menschen, die als Arbeitslose registriert sind und von denen der größte Teil Arbeit sucht, brauchen eine Chance. Sie bekommen eine Chance auf einen vernünftig bezahlten Job nur, wenn sich alle in diesem Hause anstrengen. Insofern halte ich eine Debatte über die Zahlen und den Vergleich mit anderen nicht für schädlich, sondern, wenn wir sie richtig führen, sogar für anregend. Sie kann alle auf den richtigen Weg führen, damit wir ein investitionsfreundlicher Standort werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Gürth. - Bevor ich für die PDS-Fraktion Herrn Dr. Thiel das Wort erteile, habe ich die Freude, eine Seniorengruppe der Volkssolidarität aus dem Saalkreis auf der Tribüne begrüßen zu können.

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Dr. Thiel, bitte.

Herr Dr. Thiel (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion verdeutlicht die nach wie vor komplizierte und angespannte wirtschaftliche Situation in Sachsen-Anhalt. Wir als PDS-Fraktion sind weit davon entfernt, Wirtschaftsindikatoren und statistische Fakten eingeengt zu betrachten und überzubewerten. Deshalb übersehen wir auch nicht die positiven Entwicklungstendenzen und die Trends bei der Bruttowertschöpfung in der gewerblichen Wirtschaft und in der Außenwirtschaft in unserem Land.

Auch sollten wir nicht vergessen, dass unser Land über relativ stabile Agrarstrukturen verfügt und sich moderne Verarbeitungsbetriebe entwickelt haben. Wenn in 5 000 landwirtschaftlichen Betrieben fast 28 000 Menschen arbeiten und mit dazu beitragen, dass in 190 Unternehmen der Ernährungswirtschaft ca. 20 000 Beschäftigte Arbeit und Auskommen haben, so ist das auch ein Beispiel für funktionierende Wertschöpfungsketten.

Aber insgesamt stagniert die wirtschaftliche Situation in Deutschland und in Sachsen-Anhalt schon über mehrere Jahre hinweg, verbunden mit einer tiefen Krise der Staatsfinanzen, die vor allem die Kommunen lähmten.

Rot-Grün und Schwarz-Gelb gehen in ihren politischen Ansätzen davon aus, dass Sozialabbau unverzichtbar und alternativlos sei, um die wirtschaftliche Dynamik zurückzugewinnen. Die Probleme bestehen jedoch nach meiner Auffassung vorrangig darin, dass die zu geringen Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts zu stark vom Export abhängen und der private und öffentliche Konsum und die damit verbundenen Investitionen stagnieren und teilweise zurückgehen.

(Beifall bei der PDS)

Die Agenda 2010 ist in diesem Sinne ökonomisch kontraproduktiv, da sie genau diese Binnenkaufkraft schwächt und nicht zu deutlichen Effekten beim Abbau der Arbeitslosigkeit führt, sodass es zu weiteren Steuer- und Abgabenausfällen kommen wird. Die Gefahr der Abwärtsspirale ist nicht durch Kürzungen bei den Arbeits-einkommen, den Sozialleistungen und den öffentlichen Investitionen zu bekämpfen - absolute Priorität muss die Stabilisierung der Nachfrage haben.

Es ist die Frage zu stellen: Was wollen Sie als Regierung in Sachsen-Anhalt eigentlich erreichen? Den schrittweisen Übergang zu einer sich selbst tragenden nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung oder die Verfestigung als Rückstandsregion mit dauerhafter Abhängigkeit von Alimentierungen?

Die Beschäftigungsquote entwickelt sich nicht so, wie vor Jahresfrist versprochen. Die Arbeitslosigkeit konnte nicht gesenkt werden und bewegt sich auf dem Niveau der Vorjahre. Eine Veränderung der Ausbildungsplatzmisere ist nicht in Sicht. Diesen Trends zu begegnen war die Landesregierung bisher nicht in der Lage. Die Antworten dazu haben wir bereits gehört.

Die beiden so genannten Investitionserleichterungsgesetze, die vor allem die wirtschaftliche Entwicklung nach vorn bringen sollten, haben kaum Impulse ausgelöst und werden solche auch kaum auslösen. Im Gegenteil: Ein Teil der Betroffenen stimmt zu, der andere Teil lehnt die Maßnahmen und Gesetze ab.

Das kann doch nicht der Weg sein. Polarisierende Wirkungen haben in rezessiven Zeiten noch nie die ge-

wünschten Effekte gebracht. Wenn es in einzelnen Branchen zu einer erfolgreichen Entwicklung gekommen ist, dann hat das weniger mit der Wirtschaftspolitik der Regierung zu tun, als vielmehr mit dem engagierten Einsatz der Unternehmer und ihrer Belegschaften.

Sie, Herr Minister Rehberger, müssen sich deshalb wirklich fragen lassen: Wo liegt denn nun Ihre Verantwortung? Sie verstecken sich vielfach hinter Aktionismus und zeigen mit dem Finger nach Berlin. Ich denke, diese Frage ist durchaus berechtigt, auch wenn ich mir eventuell den Vorwurf einhandele, von Wirtschaftspolitik keine Ahnung zu haben.

Jawohl, Unternehmen brauchen Erleichterungen. Aber das erreicht man nicht durch die Beibehaltung von Niedriglöhnen und durch die Schaffung neuer Schieflagen in der Wirtschaft sowie durch unfaire Wettbewerbsbedingungen.

(Beifall bei der PDS - Zustimmung von Frau Budde, SPD)

Was nützt zum Beispiel das Appellieren an Lohnzurückhaltung, wenn die Investoren mangels Nachfrage unzureichende Sachinvestitionen vornehmen? Auch unter diesem Aspekt haben wir das Ringen der IG Metall um die 35-Stunden-Woche im Osten als positiv bewertet. Wir können uns doch nicht damit abfinden, dass die vorhandenen Unterschiede in den Arbeits- und Lebensbedingungen zwischen Ost und West nicht mehr infrage gestellt werden dürfen. Die Behauptung, dass niedrigere Löhne und längere Arbeitszeiten Beschäftigung sichern, wird durch die lang anhaltende Arbeitslosigkeit längst ad absurdum geführt.

(Beifall bei der PDS)

In Wirklichkeit konzentrieren sich die größten Investitionen in den alten Bundesländern an solchen Standorten der Branche, wo obendrein die höchsten Stundensätze und die kürzesten Wochenarbeitszeiten gelten.

Darüber hinaus ist die Arbeitsproduktivität in der ostdeutschen Industrie - das wissen Sie selbst genauso gut wie ich - in den vergangenen fünf Jahren dreimal so schnell gestiegen wie im Westen und hat die Lohnkostenentwicklung hinter sich gelassen. Wird diese Schere nicht geschlossen, so bleiben wir ein Billiglohnland, das in Konkurrenz mit den neuen EU-Beitrittsländern aussichtslos agieren wird. Wenn das die wirtschaftspolitische Perspektive der Landesregierung ist, dann sollte sie das auch offen sagen.

Meine Damen und Herren! Sachsen-Anhalt braucht weiterhin die Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, allerdings in modernisierter Form. Länder mit besonderen Struktur- und Haushaltsproblemen sollten nicht mehr die Hälfte, sondern nur noch ein Viertel der Fördermittel kofinanzieren müssen. Diese Mittel sollten gezielter zur Schaffung von Arbeitsplätzen in wissensbasierter Produktion sowie für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten eingesetzt werden. Dafür sind nach unserer Auffassung im Landshaushalt 2004 deutliche Zeichen zu setzen.

Nach unserer Auffassung sind auch bei der Offensive zur Ansiedlung von Unternehmen die derzeitigen Organisationsformen und Einrichtungen zu überprüfen. Deren Tätigkeit ist aufgabenwirksamer zu vernetzen. Das betrifft alle Gesellschaften, vom Bund über das Land bis hin zu den Kommunen. Es ist nicht zu verstehen, dass das Wirtschaftsministerium über die regionalen Wirt-

schaftsfördergesellschaften wenig informiert ist und kaum Kontakt zu ihnen hat. Anders kann ich die Antwort auf meine Kleine Anfrage zu diesem Thema nicht interpretieren.

Wenn es gilt, Investoren zu gewinnen und diese bis zur Produktionsaufnahme zu begleiten, muss auch die bisherige Praxis bei der Beantragung, bei der Mittelverwaltung und vor allem bei der Entscheidungsbefugnis über die Vergabe von Fördermaßnahmen liberalisiert werden.

Ich glaube, Herr Präsident, ich habe sieben Minuten Redezeit.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Von den sieben Minuten sind reichlich sechs vorüber.

Herr Dr. Thiel (PDS):

Na gut, ich habe nur fünf gesehen.

Die Hauptrichtungen der Wirtschaftsförderung, nämlich erstens die Stabilisierung vorhandener Unternehmen, zweitens die Ansiedlung von neuen Investoren und drittens das Voranbringen von Existenzgründungen, sind für uns kein Bermudadreieck, in dem Steuergelder verschwinden. Sie müssen durch die Landespolitik viel signifikanter als bisher auf ihre Nachhaltigkeit hin überprüft werden. Dazu findet man in den einschlägigen Berichten kaum eine Bewertung.

Schließlich ist die beste Form der Wirtschaftsförderung nicht vorrangig die Vergabe von Darlehen und Zuschüssen, sondern die gezielte Vergabe öffentlicher Aufträge und Investitionen an einheimische Unternehmen.

Ich komme zum Schluss. Die Antworten der Landesregierung lassen noch viele Fragen offen. Unsere Fraktion erwartet, dass vor allem über die wirtschaftspolitischen Vorhaben der Landesregierung, die zu einer Trendwende führen können, noch intensiver im parlamentarischen Rahmen diskutiert wird.

Herr Minister Rehberger, ich kann Ihre Position durchaus verstehen, die darauf zielt, Sachsen-Anhalt zum Musterland für Unternehmer zu machen. Aber ich meine, Sachsen-Anhalt sollte zum Wohlfühlland für alle hier Lebenden werden. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Dr. Thiel. - Nun erteile ich für die FDP-Fraktion Herrn Dr. Schrader das Wort. Bitte schön.

Herr Dr. Schrader (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im April wurde die Große Anfrage von der SPD-Fraktion gestellt, 50 Fragen auf sieben Seiten. Zwei Monate später lag die Antwort vor, auf 50 Seiten. Viele Seiten hätte man sich sparen können. Herr Gürth hat es bereits gesagt: Man hätte es nur nachlesen müssen.

Lassen Sie mich gleich zu einem Resümee kommen. Unter Berücksichtigung der globalen, europäischen, deutschlandweiten Gesamtsituation und im Vergleich mit den anderen neuen Bundesländern, aber auch im Vergleich zur Situation während der Amtszeit der Vorgängerregierungen kann man feststellen, dass eine ermutigende Bilanz zu ziehen ist. Was sehr wichtig ist und für mich das Wichtigste insgesamt: Das Image des Wirtschaftsstand-

ortes Sachsen-Anhalt hat sich deutlich verbessert. Diese Aussage stammt nicht von mir. Die stammt von Dritten, die das wirklich ganz neutral sehen.

(Zuruf von Frau Dr. Sitte, PDS)

Zu den wirtschaftlichen Kennziffern haben der Minister und Herr Gürth ausführlich Stellung genommen. Ich will mich auf ganz wenige Aspekte beziehen, und zwar auf die kräftigen Impulse, die vom verarbeitenden Gewerbe gekommen sind. Die Bruttowertschöpfung stieg in Sachsen-Anhalt mit 6,5 % bundesweit am stärksten an. Das ist eine Hausnummer. Industriewachstum im ersten Quartal 2003: 16 %, sprunghafter Anstieg von Investitionsanträgen, Bewilligungen und damit ausgelösten Investitionen, die im Jahr 2002 immerhin um 1 Milliarde € höher lagen als im Jahr 2001.

(Frau Budde, SPD: Fragen Sie Ihren Minister, die sind noch nicht ausgelöst!)

- Ich glaube, ich rede mit meinem Minister häufiger als Sie.

(Frau Budde, SPD: Das sollten Sie auch!)

- Das tue ich auch. Ja, Frau Budde, der Wissensvorsprung schmilzt langsam dahin. - Das ist alles nachzulesen. Insofern ist die Große Anfrage auch für uns sehr aufschlussreich gewesen. Es gibt Punkte, bei denen wir sagen: Man muss versuchen, das noch besser hinzukriegen. Es geht zum Beispiel um die hohe Insolvenzquote, wobei man dabei das neue Insolvenzrecht berücksichtigen muss, das das ein bisschen verschiebt. Das betrifft aber alle.

Des Weiteren muss man die viel zu hohe Arbeitslosigkeit berücksichtigen. Man muss aber bedenken, es ist erstmals seit Jahren im letzten Winter gelungen, in diesem Bereich nicht mehr Letzter zu sein. Ich will das mit der roten Laterne nicht ausweiten. Ich denke, wenn das so weitergeht, werden wir diese momentane letzte Position bald abgeben können.

Meine Damen und Herren! Der eingeschlagene Weg ist richtig und wird fortgesetzt. Zur Infrastrukturerwicklung und zur Deregulierung wurde schon einiges gesagt. Herr Thiel, es hat mich etwas enttäuscht, dass Sie sagten, die Deregulierungsgeschichten bringen nichts. Sie sind für das Image und für die konkreten Wirkungen, die man natürlich nicht sofort feststellen kann, von immenser Bedeutung. Ich will nicht sagen, dass ich mich auf die morgige Diskussion über das zweite Investitionserleichterungsgesetz freue. Aber es wird eine treffliche Diskussion darüber geben.

(Herr Dr. Thiel, PDS, nickt mit dem Kopf)

- Herr Thiel, Sie nicken. Ich werde versuchen, Ihnen morgen zu erläutern, in welchen Bereichen wir auf Investitionserleichterungen hoffen und welches Signal wir damit geben wollen.

Meine Damen und Herren! Die notwendige Verbreiterung der industriellen Basis - deshalb habe ich vorhin die Kennziffern genannt - ist mit ein entscheidender Faktor. In Sachsen-Anhalt wie in allen neuen Bundesländern existiert eine Strukturschwäche. Wir haben im Bereich der Bruttowertschöpfung nur einen Industrieanteil von 16 % gegenüber 22 % in den westdeutschen Ländern. Das Baugewerbe ist nach wie vor überdimensioniert. Das Verhältnis beträgt in diesem Bereich 8 % zu 4 %.

Das heißt, es muss alles dafür getan werden, um diese Strukturschwäche zu beheben. Dazu muss mehr inves-

tiert werden und die Industriedichte muss vergrößert werden. Wir brauchen Investitionen, Erweiterungen und Ansiedlungen, die ihrerseits wieder für Bereiche wie die Dienstleistungen und den Bau neue Beschäftigung schaffen.

Deshalb wird die Offensive und, meine Damen und Herren, die professionelle Ansiedlungspolitik, die wirklich da ist, fortgesetzt. Das ist im derzeitigen konjunkturellen Umfeld nicht einfach; denn es werden weltweit aufgrund der unsicheren Bedingungen Investitionspläne verschoben oder die Investoren gehen gleich in andere Regionen dieser Welt.

Reformstau und Metallerstreik sind im Ansiedlungs-geschehen überhaupt nicht hilfreich. Ich möchte den ausdrücklichen Dank an einige SPDler senden, die das genauso sehen. Der Metallerstreik ist für den ostdeut-schen Standort schädlich gewesen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Die offensive und die professionelle Ansiedlungspolitik wird fortgesetzt. Wer sich tatsächlich dafür interessiert und einzelne Ansiedlungs- und Erweiterungsprojekte verfolgt, der wird das feststellen. Dabei wird schnell, ver-lässlich, aber auch mit der notwendigen Vertraulichkeit gegenüber den Investoren gehandelt.

Meine Damen und Herren! Ich sehe, die Redezeit ist gleich abgelaufen. Aber einen zweiten Punkt spreche ich noch an. Für meine Begriffe ist eine branchenspezifische Konzentration auf die besonderen Stärken in Sachsen-Anhalt notwendig, ohne das andere zu lassen. Eine zu gegebenermaßen schwierige, aber notwendige Konzentration auf Branchen, in denen Sachsen-Anhalt wirklich richtig stark ist und Pfründe aufzuweisen hat, wie zum Beispiel in der Chemieindustrie, der Ernährungswirt-schaft und dem Automobilzuliefererbereich. Die Regie-rung tut genau das Richtige, setzt sich mit Vertretern dieser Branchen zusammen und versucht, über Deregulierung und bestimmte Aktivitäten auf Bundes- und euro-päischer Ebene diese Branche weiter zu stärken.

Mit Vertretern von Branchen, in denen die wirtschaftliche Breite noch nicht so gegeben ist, die aber eine Zu-kunftsperpektive haben - über die Biotechnologie wer-den wir morgen reden -, setzt sich die Landesregierung mit Vertretern der Wissenschaft in Foren zusammen und berät darüber, wie die Rahmenbedingungen auf der EU- und der Bundesebene so gestaltet werden können, dass die Wertschöpfung hier stattfindet.

Wir müssen Folgendes versuchen: Dort, wo wir indus-triell stark sind, ist die Forschung nach wie vor schwach. In diesen Bereichen muss also die Forschung platziert werden, um Standortbindungen zu erreichen. Dort, wo wir im Land bei Wissenschaft und Forschung sehr stark sind, ist die industrielle Basis oft noch schwach. In die-sen Bereichen müssen wir es schaffen, dass die Produkte, die entwickelt werden, hier in die Wertschöpfung ge-langen und nicht ins Ausland transportiert werden. Das haben wir in den Jahren zuvor in Deutschland oft genug erlebt.

Meine Damen und Herren! Alles in allem ist festzustel-len: Es gibt noch viel zu tun. Der eingeschlagene Weg der Regierung und des Wirtschaftsministers ist richtig. Die Koalitionsfraktionen unterstützen diesen und werden ihn konstruktiv begleiten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Dr. Schrader. - Zum Abschluss der Debatte hat noch einmal Frau Budde das Wort.

Frau Budde (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Rehber-ger, ich habe nicht die Umweltministerin gerügt, sondern Sie. Sie haben da etwas falsch verstanden. Ich habe ge-sagt: Ich finde es sehr gut, dass sie sich dafür engagiert. Aber mir hat nicht gefallen, dass Sie bei der Debatte nicht anwesend waren. Im Übrigen bin ich Ihrer Mei-nung. Ich finde es auch besser, wenn Herr Clement da-zu redet.

Herr Rehberger, Sie haben mir schon einmal gesagt, ich soll möglichst nicht mehr zu wirtschaftspolitischen The-men reden, weil wir acht Jahren lang in der Regierung waren. Ich meine, manchmal sind neun Jahre so lange, dass man nicht wieder darüber reden kann. Und manch-mal sind vielleicht eineinhalb Jahre genug, dass man wieder darüber reden kann.

(Beifall bei der SPD)

Was die rote Laterne angeht: Die rote Laterne haben wir erstmals im Jahr 1993 gehabt. Sie wissen schon, wie die Antwort auf die Kleine Anfrage heißt, wer die rote Later-ne sozusagen übergeben hat, welcher Minister damals als Wirtschaftsminister tätig war. Das waren Sie, Herr Dr. Rehberger. Das bringt nur alles nichts. Langsam ha-be ich überhaupt keine Lust mehr auf diese rückwärts gerichteten Diskussionen. Das interessiert mich auch nicht.

(Unruhe bei der FDP - Herr Kosmehl, FDP: Was führen Sie die dann? - Weitere Zurufe von der FDP)

Ich habe in der Großen Anfrage aus Ihrem Mittelstands-bericht, Frau Fischer, aus dem Mittelstandsbericht Ihrer Regierung zitiert und nachgefragt, wie das konkretisiert werden soll.

(Zuruf von Frau Fischer, Merseburg, CDU)

Da sind die Antworten nicht gekommen. Ich meine, das ist das Recht einer Opposition. Opposition heißt nicht lieb sein, Herr Rehberger. Opposition heißt nachfragen, welche Konzepte es tatsächlich gibt und worauf sie auf-bauen sollen.

Ich kann Ihnen sagen, was wir in den acht Jahren als Schwerpunkte gesetzt haben. Das spiegelt sich auch in der Umsatzentwicklung und im Aufbau des produzierenden Gewerbes wider. Wir haben die Branchendialoge eingeführt, die Sie fortführen. Das ist auch okay so. Wir haben auf der europäischen Ebene die Grundlagen für die jetzigen Entscheidungen und die positiven Verände-rungen, was die Chemikalienpolitik, den Emissionsrech-tehandel und die Strukturfonds angeht, gelegt.

Wir haben erstmals Kompetenzzentren gebildet und ge-fördert, um einen industriellen Mittelstand herauszuent-wickeln. Wir haben auf Branchencluster gesetzt. Wir ha-ben anwendungsorientierte Forschungs- und Entwick-lungsinstitute ins Land geholt und eine Außenwirtschafts-politik gemacht, die sich in manchen Bereichen doch von Ihren Vorstellungen unterscheidet.

Wenn Sie in diesem Zusammenhang Kuba nennen, dann haben Sie einfach ein falsches Bild. Fragen Sie einmal Herrn Petermann vom Unternehmen FAM danach, was er vom Markt Kuba hält. Der hat gerade einen Millionen-

auftrag in diesem Gebiet bekommen. Fragen Sie in Ihrem Ministerium nach. Es gibt noch mehrere Aufträge, die durch gesicherte Hermes-Bürgschaften mit Rückbürgschaften in Gang gekommen sind. Das ist ein langer Weg. Aber man kann über den kubanischen Markt auch andere lateinamerikanische Märkte erschließen.

Wir sind verdammt noch einmal darauf angewiesen, nicht nur Verdrängung auf den westeuropäischen Märkten zu machen, sondern zu versuchen, dort, wo auch andere große Länder hineingehen - - Bayern ist nämlich immer auf der FiAF und andere westdeutsche Länder auch. Wir sind verdammt noch einmal darauf angewiesen, die Vorteile, die wir haben, zu nutzen. Der Vorteil ist nun einmal eine größere Nähe zum Ostmarkt, auch Kuba. Ich finde es wirklich ein bisschen verantwortungslos, wie Sie mit diesem Thema umgehen.

Wissen Sie, wenn Sie sagen - - Ihre Landesstrategie sind die so genannten Investitionserleichterungsgesetze. Ich will nur auf zwei Punkte eingehen. Über alles andere wurde bereits diskutiert. Wir werden sehen, wie morgen die Abstimmung zum Gemeindewirtschaftsrecht ausgeht. Mit dem, was Sie planen, entziehen Sie den Stadtwerken die Grundlage, sich zu qualifizieren

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU: Quatsch!)

und als Bausteine einer kommunalen Wirtschaft für die Kommunen weiter da zu sein. Was Sie damit erreichen, mag ja eine Investitionserleichterung zum Beispiel für französische Stromkonzerne sein, die wiederum staatlich sein können.

(Herr Gürth, CDU: Das ist falsch!)

Da interessiert es dann keinen Menschen. Die können dann Bauhöfe aufbauen, die können Dienstleistungen erbringen.

(Herr Gürth, CDU: Wie können Sie einer einzigen Interessenvertretung so auf den Leim gehen! Das ist doch Quatsch! - Herr Dr. Püchel, SPD: Jawohl!)

Das sind Ihre Investitionserleichterungen.

(Zustimmung bei der SPD)

Bei dem Bildungsfreistellungsgesetz hat vermutlich auch jemand die Reißleine gezogen; denn anders kann ich mir den Sinneswandel der Fraktionen nicht erklären, dass das Gesetz nicht völlig aufgehoben werden soll.

Ja, selbstverständlich brauchen wir Gründungskorridore. Ich kenne die Entwürfe. Herr Gürth kennt sie übrigens auch. Das können wir in den letzten Protokollen des Wirtschaftsausschusses vor den Landtagswahlen nachlesen. Natürlich ist das richtig. Das stelle ich gar nicht in Abrede. Aber Sie tragen seit eineinhalb Jahren Regierungsverantwortung, und das sind immer noch dieselben Versatzstücke, die wir schon im April 2002 hatten. Sie sagen nun, wir müssen das jetzt qualifizieren.

Ich werde namens meiner Fraktion doch wohl nachfragen können, was Sie bisher gemacht haben. Das ist der Anspruch, den eine Opposition hat. Sie können sich darauf verlassen, dass wir das immer weiter tun werden, weil wir auch die wirtschaftspolitischen Programme und Konzepte des Landes kennen wollen. Wir wollen uns nicht immer nur mit Allgemeinheiten abspeisen lassen.

Zu dem Bereich Tourismus und Wellness, 2002 - Heilen und Wohlbefinden. In diesen Bereich sind viele Investi-

tionen geflossen. Richtig, da muss der Tourismus weiterentwickelt werden. Das stellen wir gar nicht in Abrede. Das ist alles nichts Neues. Unsere Nachfragen gehen dahin, wie wollen Sie das weiterentwickeln und wie gestalten Sie das inhaltlich aus. Da ist bisher nichts. Das sind Fehlstellen in Ihrer Programmatik.

Nun weiß ich nicht, wem ich glauben soll. Herr Rehberger sagte, man könne nicht gegensteuern; daran sei der Bund schuld. Herr Gürth meinte, ein Gegensteuern sei möglich; man werde schon noch sagen, wie. Wer hat denn nun Recht? Sachsen-Anhalt bewegt sich im Geleitzug der neuen Länder nach der IWH-Studie von 2001 - alle haben genickt. Sie beginnen damit Ihre Pressekonferenz zur Antwort auf die Große Anfrage. Was stimmt denn nun?

Herr Ludewig sagte im Wahlkampf, es kommt darauf an, welche Verbindungen ein Ministerpräsident hat, entsprechend würde sich dieses Land auch entwickeln. Darauf warte ich immer noch. Wir können auch die Demokratie aufheben.

(Herr Gürth, CDU: Wir sind auf einem guten Weg!)

Wenn Sie sagen, es ist ein Trauma, dass wir nicht mehr die Regierung stellen, gebe ich Ihnen Recht. Das ist in der Tat schade. Ich hätte auch lieber weiterregiert. Aber nun sind wir in der Opposition und wir müssen diese Opposition ernst nehmen. Deshalb werden wir auch immer weiter fragen, was Sie vorhaben und welche wirtschaftspolitischen Konzepte Sie haben.

Sie sagen, wir müssen das Land Sachsen-Anhalt in eine Position der Beachtung bringen. Das können Sie ganz schnell haben: Stimmen Sie dem Vorziehen der Steuerreform zu.

(Herr Gürth, CDU: Machen Sie uns Vorschläge, wie wir die Steuerausfälle kompensieren sollen, dann machen wir es sofort!)

Stimmen Sie im Bundesrat zu. Damit können Sie bundesweit Beachtung finden. Vielleicht machen es andere Länder, in denen die FDP in dieser Form mitregiert, dann auch.

Sie können sich darauf verlassen, wir werden weiter nachfragen. Wir diskutieren dort, wo es sinnvoll ist, auch konstruktiv mit. Das sehen Sie beim Emissionsrechtehandel, das sehen Sie bei den Strukturfonds und bei der Chemikalienpolitik. In anderen Bereichen werden Sie es auch sehen. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Frau Budde, möchten Sie eine Frage von Frau Hüskens beantworten?

Frau Budde (SPD):

Na klar.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Bitte, Frau Dr. Hüskens.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Frau Budde, ich möchte Sie fragen: An welchen Stellen des Landeshaushaltes würden Sie die erforderlichen

Einschnitte ansetzen, um die Gegenfinanzierung für das Vorziehen der Steuerreform im Haushalt 2004 sicherzustellen?

Frau Budde (SPD):

Ich kenne Ihren Haushaltsplanentwurf nicht. Aber ich will Ihnen einmal so antworten: Es wird nicht ohne Kürzungen gehen. Ein Stück von dem, was Sie sozusagen als Konsolidierungsmöglichkeit aufzeigen, wird davon aufgefressen werden. Sicherlich ist das so.

Trotzdem werden Sie mir doch Recht geben - so haben Sie vorhin auch debattiert -, dass es richtig ist, diese Steuerreform vorzuziehen. Auch wenn die Erfolge und die Anstiege in den Steuereinnahmen erst nachgeschaltet kommen, muss man dies heute tun, weil das Land auch noch in fünf, sechs oder zehn Jahren - vielleicht nicht dieses Land, aber die Bundesrepublik - existiert. Deshalb sind langfristige Ansätze notwendig. Ich will Ihnen an dieser Stelle kein A für ein O vormachen. Das ist so.

Im Übrigen möchte ich, was den Haushalt angeht, eine Richtigstellung vornehmen. Herr Rehberger, lesen Sie einmal die Statistiken. 50 % der Verschuldung stammen aus den Jahren 1990 bis 1994. Der Nachtragshaushalt 2002 spiegelt die realen Zahlen wider. Das ist einfach so. Ich habe die Nase voll von dieser Geisterdiskussion. Damit brauchen Sie nicht wieder anzufangen. Diese Diskussion ist schlachtweg blöd. Sie haben mit dem Nachtragshaushalt 2002 nach den Jahren der Konsolidierung das erste Mal wieder einen Sprung. Das hilft Ihnen nicht, das wissen inzwischen fast alle.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Budde. - Damit ist die Aussprache zur ersten Großen Anfrage beendet. Ich rufe nun die zweite Große Anfrage auf:

Soziokultur in Sachsen-Anhalt

Große Anfrage der Fraktion der PDS - **Drs. 4/674**

Antwort der Landesregierung - **Drs. 4/822**

Ich erteile nun für die PDS-Fraktion Herrn Gebhardt das Wort.

Herr Gebhardt (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Laut der Bundesvereinigung soziokultureller Zentren besuchen bundesweit über 17 Millionen Menschen jährlich Veranstaltungen in Stadtteilzentren, Kulturläden, Bürgerhäusern und in ähnlichen Einrichtungen. Die Tendenz ist steigend. Die wenigsten sind sich bewusst, dass diese Einrichtungen, in denen sie Konzerte und Ausstellungen, Kurse und Seminare erleben oder selbst anbieten, soziokulturelle Zentren sind.

17 Millionen Menschen bundesweit und jährlich belegen, dass Soziokultur bzw. soziokulturelle Arbeit ein wichtiger und mittlerweile nicht mehr wegzudenken Bestandteil nicht nur innerhalb der Breitenkultur, sondern der Kulturlandschaft insgesamt ist. Dies war auch ein Grund für die PDS-Fraktion, sich diesem Thema zu widmen und der Landesregierung eine umfassende Große Anfrage

zu diesem Thema zu stellen. Mit dieser Anfrage wollte die PDS-Fraktion die Problemsicht auf diesem Gebiet erweitern und für dieses Thema sensibilisieren.

Dass es Probleme bei der Ausgestaltung, der Anerkennung und der Förderung soziokultureller Arbeit gibt, ist nicht neu. Der Eindruck wird aber durch die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage verstärkt. Auf einige Probleme will ich hier eingehen.

Das erste Problem wird schon bei der Frage sichtbar, wer für die soziokulturelle Arbeit, für deren Förderung und Begleitung zuständig ist. Zweifellos ist ein Wesensmerkmal von Soziokultur, dass sich solche Einrichtungen nicht in der Trägerschaft des Landes oder des Bundes befinden, sondern eine kommunale Verankerung haben. Eine lokale Anbindung und eine starke Verankerung in den kommunalen Gemeinwesen ist ein soziokulturelles Wesensmerkmal.

Aber die soziokulturelle Infrastruktur, also das soziokulturelle Netz ist zweifellos im Landesinteresse, da das Kulturland Sachsen-Anhalt von dem Netz an soziokulturellen Einrichtungen entscheidend profitiert.

Da aber auch die Landesregierung in ihrer Antwort zugeibt, dass sie nicht verkennt, dass die Soziokultur, wie andere Bereiche auch in der Kulturpolitik, aktuell mit erheblichen Finanzierungsproblemen konfrontiert ist und dass permanente Anstrengungen notwendig sind, kann ich nur schlussfolgern: Die beste Stärkung der Soziokultur durch das Land wäre eine solide Finanzausstattung der Kommunen.

Als erfreulich will ich an dieser Stelle erwähnen, dass die Landesregierung mitteilt, dass sich das in der Entstehung befindliche Landeskulturkonzept auch intensiv mit dem Thema beschäftigen wird. Wir begrüßen es, dass es konzeptionelle Vorstellungen des Landes auch zur weiteren Entwicklung von Soziokultur geben soll; denn das war auch eine wichtige Intention unseres damaligen Antrages für ein Kulturkonzept des Landes.

Umso größer ist aber die Verwunderung, wenn man feststellt, dass es kaum eine - oder besser gesagt: so gut wie gar keine - Datenlage bzw. ein mit Zahlen unersetzbles Faktenwissen bei der Landesregierung gibt. Es gibt keine gesicherten empirischen Daten über die Einnahmensusitation und über die Ausgabenstruktur, über die Planungssicherheit, über die ehrenamtliche Arbeit, über die Mitarbeiterstruktur und deren Qualifizierung bei soziokulturellen Zentren. Es gibt auch keine Daten zu den soziokulturellen Angeboten sowie über die Entwicklung der Besucherzahlen.

Nun kann man die Auffassung der Landesregierung durchaus teilen, dass der Aufwand für die Erhebung einer exakten Datenlage unangemessen hoch wäre. Aber wenn man zu bestimmten wesentlichen Kriterien, die die Soziokultur direkt ausmachen, keinerlei Kenntnis hat, kommt man zu der Schlussfolgerung: Der Landesregierung fehlt der Überblick über die soziokulturelle Struktur in Sachsen-Anhalt. Wenn einem der Überblick fehlt, fällt das Handeln und Agieren schwer.

Wir hoffen sehr, dass sich das ändern wird, denn spätestens bei der Erstellung eines Kulturkonzeptes und der damit verbundenen konzeptionellen Arbeit für den soziokulturellen Bereich müssen bestimmte Daten als Grundlage dienen.

Ein Beispiel in diesem Zusammenhang: Die Landesregierung nennt einerseits völlig zu Recht als ein wichti-

ges Kriterium für Soziokultur, dass diese für alle Bürgerinnen und Bürger offen und zugänglich sein muss. Andererseits hat die Landesregierung aber keine Kenntnis darüber, ob die Einrichtungen bauseitig auch behindertengerecht ausgestattet sind. Wie soll dann ein Zugang für alle Bürgerinnen und Bürger überhaupt realisiert werden? Wie gesagt, es ist nicht die Aufgabe der Landesregierung, solche Mängel konkret abzustellen. Aber Konsequenzen und Schlussfolgerungen daraus muss man schon ziehen können.

(Minister Herr Prof. Dr. Olbertz: Aus nicht vorhandenen Daten?)

Aus unserer Sicht ruft diese Situation gerade nach einer zu schaffenden kompetenten Instanz im Lande, die einen solchen Überblick über soziokulturelle Zentren und deren Arbeit im Land hat, die im Interesse des Landes und vor allem der Zentren selbst wirkt und sich beispielsweise auch um Vernetzung und Kooperationen untereinander bemüht.

Unser Antrag zur Stärkung der Soziokultur wird diesem Anliegen gerecht und deckt sich im Wesentlichen mit den der Antwort zu entnehmenden Vorstellungen der Landesregierung, wo sie ihren eigenen Handlungsbedarf für die Stärkung von Soziokultur sieht. Hierzu nennt die Landesregierung neben der Förderung von landesweiten Projekten zur Weiterbildung und der Förderung von überregional herausragenden Projekten die Unterstützung einer entsprechenden Dachorganisation.

An dieser Stelle will ich anmerken, dass wir als PDS-Fraktion der Auffassung sind, dass eine Vernetzung von soziokulturellen Trägern eine der Landesaufgaben sein sollte. Mit den weiteren von der Landesregierung genannten Punkten in dieser Frage gehen wir konform.

Wichtig erscheint uns die Unterstützung der entsprechenden Dachorganisation, die es in Form der Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren in Sachsen-Anhalt - kurz Lassa genannt - seit Oktober vergangenen Jahres gibt. Bis zum Jahr 1998 gab es bereits eine Anlaufstelle bzw. eine Dachorganisation für soziokulturelle Träger im Land - die damalige Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur, kurz LAGS genannt. Diese Landesarbeitsgemeinschaft wurde vom Land institutionell gefördert.

Die unbefriedigende Arbeitsweise und das unbefriedigende Wirken der LAGS führten im Jahre 1998 zur Abwicklung dieser Landesarbeitsgemeinschaft. Dieser Fakt wird nicht kritisiert - auch nicht von uns -, aber wir haben bereits damals darauf hingewiesen, dass eine Abwicklung noch kein Konzept für eine Neustrukturierung oder Neuorientierung der zu leistenden Arbeit darstellt.

Seit der Abwicklung der LAGS gab es keine neue landesweit agierende Koordinierungs- und Beratungsstelle für soziokulturelle Vereine im Land. Die PDS-Fraktion ist aber der Auffassung, dass es einer solchen Stelle bedarf. Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage belegt das aus unserer Sicht recht deutlich. Die neu gegründete Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren in Sachsen-Anhalt - Lassa - bietet die Chance, eben diese Organisation zu etablieren.

Deshalb beantragen wir unter Punkt 1 unseres Antrages eine Prüfung seitens der Landesregierung, ob und mit welcher finanziellen Unterstützung des Landes eine soziokulturelle Dachorganisation etabliert werden kann.

Hierbei - das betone ich ausdrücklich - soll unvoreingenommen die Möglichkeit einer institutionellen Förderung geprüft werden, da eine solche Förderung auch eine hohe Planungssicherheit für die Organisation bieten kann.

Unter Punkt 2 unseres Antrages fordern wir die Landesregierung auf, die soziokulturellen Träger und die Zentren im Land künftig so zu fördern, dass ihre Arbeitsfähigkeit gewährleistet ist. Das steht nicht im Widerspruch zur Aussage der Landesregierung; denn in der Antwort auf die Große Anfrage heißt es - ich zitiere -:

„Das Land sieht seinen eigenen Handlungsbedarf darin, auch künftig eine angemessene Förderung für Projekte im Bereich Soziokultur vorzusehen, um punktuell Impulse geben zu können.“

Das sehen wir auch so.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Gebhardt, möchten Sie eine Frage des Abgeordneten Kehl beantworten?

Herr Gebhardt (PDS):

Im Anschluss. - Nur müsste sich das in den aktuellen Zahlen widerspiegeln. Die Aussage der Landesregierung, dass das Land in den letzten Jahren die Fördermittel für Soziokultur gesenkt habe, stimmt so nicht. Durch die mitgelieferten Zahlen lässt sich belegen, dass in den letzten acht Jahren die Ausgaben für Soziokultur durchschnittlich 1,2 % - gemessen an den Gesamtausgaben für Kultur - betrugen. Im Jahr 2003 beträgt der Fördermittelaufwand für Soziokultur - gemessen an den Gesamtkulturausgaben - gerade noch 0,32 %. Diese Entwicklung halten wir für sehr problematisch, wenn uns an der Arbeitsfähigkeit der soziokulturellen Zentren gelegen ist. Daher der Punkt 2 unseres Antrages.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP in Sachsen-Anhalt heißt es:

„Daneben gilt es, jene Bereiche von Kunst und Kultur zu fördern, die es in der öffentlichen Anerkennung noch schwer haben. Der Förderung der Breiten- und Volkskultur gilt in den nächsten Jahren unsere besondere Aufmerksamkeit.“

Wir teilen den Ansatz der Landesregierung, dass Soziokultur einen wichtigen Bestandteil der Breitenkultur darstellt. Insofern nehmen wir das im Koalitionsvertrag festgeschriebene Vorhaben, diesem Bereich eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen, gern wörtlich. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank. - Herr Kehl, nun bitte Ihre Frage.

Herr Kehl (FDP):

Herr Gebhardt, Sie wissen, die Soziokultur lebt vor Ort zum großen Teil vom Ehrenamt. Inwiefern meinen Sie, dass eine solche zentrale Einrichtung des Landes durch einen Verein oder Ähnliches nicht auch ehrenamtlich geführt werden könnte, sodass das ohnehin finanziell nicht gut gestellte Land vielleicht nur eine ideelle und keine finanzielle Trägerschaft übernehmen könnte?

Herr Gebhardt (PDS):

Herr Kehl, Sie wissen, in der Kulturlandschaft gibt es mehrere Bereiche. Die Soziokultur ist einer von ihnen. Für jeden Bereich gibt es eine Dachorganisation, die landesübergreifend die verschiedenen kommunalen Ebenen vernetzt, mit ihnen kooperiert, wirkt und die Verbindung zwischen Landesregierung und den jeweiligen kommunalen Einrichtungen ist.

Das ist bei der Soziokultur seit der Abwicklung der damaligen LAGS, die institutionell gefördert wurde und nicht ehrenamtlich geführt worden ist, nicht mehr der Fall. Die Soziokultur ist damit der einzige Bereich, der über eine solche Anlaufstelle im Land und über eine solche Kooperations- und Anlaufmöglichkeit nicht verfügt. Warum soll man den soziokulturellen Bereich anders bewerten als den Bereich der Musikschulen, ohne jetzt einen Kulturbereich gegen die anderen ausspielen zu wollen? Dort gibt es aber auch eine Landesvereinigung, die institutionell vom Land gefördert wird und sich dann um die Musikschulen vor Ort kümmert.

Ich denke nicht, dass bei der Fülle von soziokulturellen Zentren und Einrichtungen, die es im Land Sachsen-Anhalt gibt, die Arbeit ehrenamtlich wegzu tragen ist. Bisher war es auch nicht möglich, sie ehrenamtlich wegzu tragen. Sie ist in anderen Kulturbereichen auch nicht ehrenamtlich wegzu tragen. Ich glaube nicht, dass die Soziokultur hierbei eine Ausnahme darstellt.

Wenn Sie die Antwort der Landesregierung genau lesen, dann werden Sie feststellen, dass die Landesregierung nicht der Auffassung ist, dass sich die Soziokultur im Großen und Ganzen im ehrenamtlichen Bereich ab spielt; denn sie hat keine Zahlen darüber. Das hatte ich bereits erwähnt.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Gebhardt. - Nun für die Landesregierung bitte Herr Minister Olbertz.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor knapp anderthalb Jahren wurde im Landtag eine Große Anfrage der CDU-Fraktion zur Kulturpolitik in Sachsen-Anhalt behandelt, die die Soziokultur einschloss. Insofern muss die Große Anfrage der PDS-Fraktion zu diesem Bereich mit immerhin 76 Fragen und etlichen Teilfragen, die bis auf das Jahr 1991 zurückreichen, Verwunderung auslösen.

Eine Vielzahl der Fragen hätte zu ihrer vollständigen Beantwortung sehr aufwendige Erhebungen und regelmäßige Inspektionen vorausgesetzt. Ich sage ganz offen: Ich war erschüttert, als ich dieses Konvolut von Detailfragen auf dem Tisch hatte.

Fragen nach dem Geschlechterverhältnis, dem Ausländeranteil unter den Besuchern soziokultureller Zentren usw. mögen noch angehen, so wenig sie beantwortbar sind - übrigens auch nicht für die Einrichtungen der so genannten Hochkultur. Aber zum Beispiel die Fragen, welche Raumnutzungsflächen die soziokulturellen Zentren in Sachsen-Anhalt haben, im welchem Verhältnis diese Raumnutzungsflächen zu den durchschnittlichen Besucherzahlen stehen und wie sich das Flächenangebot zu den verfügbaren Raumnutzungsflächen anderer Bundesländer verhält, machen einen schon ratlos.

Es wäre für die Träger soziokultureller Projekte und die Kommunen eine Zumutung gewesen, in kürzester Frist so umfängliche Daten dieser Art zu erheben. Es ist übrigens auch nicht die Aufgabe der Landesregierung, solche Erhebungen durchzuführen. Aus guten Gründen gibt es in diesem Bereich kein Berichtswesen.

In der Großen Anfrage schwingt das Missverständnis einer im Grunde durch und durch verstaatlichten Soziokultur mit. Die soziokulturellen Aktivitäten im Land erwachsen überwiegend aus selbstgesteuerter kultureller Basisarbeit, die lebendiger Bestandteil unserer Kultur ist.

Die Landesregierung hat nicht die Absicht, Herr Gebhardt, die soziokulturelle Szene im Land sozusagen unter Beobachtung zu stellen, auch wenn sie dann solche Fragen beantworten könnte.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir hätten dann eine Möglichkeit, Fragen dieses Zuschnitts, wie ich sie zitiert habe, zu beantworten. Die Vorstellung einer fast totalen Staatspräsenz in diesem Sektor wäre das Ende einer lebendigen, nicht angepassten und spontanen Basiskultur. Im Übrigen würden sich die Träger bedanken, wenn der Staat anfinge, regelmäßig Auskünfte über die Qualität der Angebote und die Qualifikation der Beteiligten einzuholen. Hierzu müsste die PDS-Fraktion erklären, woher dieser Denkansatz überhaupt kommt.

(Frau Dr. Sitte, PDS: Den hat sie doch gar nicht! Sie argumentieren mit einem Pappkameraden!)

- Ich habe jetzt Fragen direkt aus der Großen Anfrage zitiert.

(Zuruf von Herrn Gebhardt, PDS)

- Ja, aber ich meine, das ist die logische Konsequenz, Herr Gebhardt. - Lassen Sie mich weitermachen.

Wenn wir das erhoben hätten, wären uns die soziokulturellen Vereine aufs Dach gestiegen. Sie hätten uns gefragt, ob wir noch zu retten sind. Da bin ich mir ganz sicher.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Die hätten nämlich mit einem Maßband losgehen müssen und die Raumflächenmaße berechnen und im Verhältnis zu der Besucherzahl modellieren müssen. Dann hätten sie die Bundesvergleichswerte - -

(Zuruf von Frau Dr. Hein, PDS - Frau Dr. Sitte, PDS: Mein Gott, das steht in jedem Mietvertrag!)

- Doch, denn wir können es nicht. Wir hätten es von den Vereinen und Initiatoren direkt erheben müssen. Dazu sind wir außer Stande.

Im Übrigen hätte es mir Leid getan, die Vereine in ihrer finanziellen Not auch noch von ihrer originären Arbeit abzubringen, indem ich ihnen so etwas abverlange.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Soziokulturelle Projekte bereichern das Kulturangebot in unserem Land. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten braucht die Kultur eine starke Lobby und lebendige, das heißt auch staatferne Basisarbeit. Dabei ist nicht nur bedeutsam, wie viele Arbeitsplätze durch die Kulturförderung geschaffen werden, sondern entsprechende Aufwendungen stellen eine zukunftsträchtige Investition dar - ich glaube in diesem Punkt sind wir uns auch wieder einig -, allein dadurch, dass sie die Identität und so-

ziale Sensibilität der Beteiligten stärken und ihr kreatives Potenzial wecken.

Es stört mich in der Tat, dass die Ausgaben für Bildung und Kultur immer als „konsumtiv“ bezeichnet werden, so ähnlich wie Verbrauchsmittel, während man überhaupt nicht sieht, dass ihr investiver Charakter für die Zukunft viel wichtiger ist.

(Zustimmung von Herrn Schomburg, CDU, und von Herrn Daldrup, CDU)

Ohne das durch Kultur gebildete subjektive Vermögen der Menschen sind in der Tat Zukunftsperspektiven für Sachsen-Anhalt fraglich. Deshalb braucht auch die Breitenkultur eine angemessene Unterstützung.

Die Auffassung der PDS-Fraktion zur Förderung der Soziokultur kann ich aber nicht teilen. Es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, was angemessen ist und was nicht. Lassen Sie mich diese kurz begründen.

In Punkt 1 wird die Einrichtung einer Koordinierungs- und Beratungsstelle für Soziokultur durch das Land gefordert. Abgesehen von der dramatischen Haushaltsslage ist eine solche Koordinierung nicht Aufgabe des Landes. Im Übrigen nimmt die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung, die LKJ, entsprechende Koordinierungs- und Beratungsaufgaben wahr. Viel sinnvoller wäre es also, wenn die ohnehin sehr begrenzten finanziellen Mittel direkt qualitativ anspruchsvollen soziokulturellen Projekten zugute kämen.

Noch ein anderer Aspekt: Wir leben ja in einer modernen Informationsgesellschaft. Über das Internet bieten beispielsweise der Deutsche Kulturrat, die Bundesvereinigung soziokultureller Zentren und zahlreiche Vereine eine breite Palette von Beratungsdienstleistungen an. Es gibt außerdem die Publikation „Informationsdienste Soziokultur“. Diese kennen Sie. Das erforderliche Know-how, zum Beispiel zu Steuerfragen oder Empfehlungen zum Veranstaltungsmangement, kann heute auf sehr unterschiedliche und ergiebige Weise erhoben werden.

Im Übrigen hindere ich keinen einzigen soziokulturellen Verein, eine Initiative zu ergreifen, Netzwerke zu stiften, Kooperationsplattformen zu finden und sich zu organisieren. Nur der Staat ist der falsche Ansprechpartner, der diesen Impuls zu geben, das zu organisieren und zu bezahlen hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In Punkt 2 liegt meiner Auffassung nach ein Irrtum in Bezug auf die Zielrichtung der Landesförderung begründet. Sie kennen den Unterschied zwischen institutioneller Förderung und Projektförderung. Die Förderung durch das Land ist gerade nicht allgemein auf die Arbeitsfähigkeit der einzelnen soziokulturellen Einrichtungen gerichtet, sondern immer auf konkrete Projekte bzw. auch auf überregional bedeutsame Einzelveranstaltungen.

Der Antrag der PDS-Fraktion fordert ja nicht etwa Investitionshilfen oder zusätzliche Projektmittel, sondern praktisch flächendeckende Betriebskostenzuschüsse. Die Verantwortung für die finanzielle Absicherung von soziokulturellen Zentren kann aber nicht generell und pauschal auf das Land übertragen werden.

Im Punkt 3 ist von „weiteren geeigneten Maßnahmen“ die Rede, die unklar lassen, was genau gemeint ist. Möglicherweise sollten wir überhaupt den Nebel um das

Schlagwort „Soziokultur“ etwas lichten und präzise sagen, was eigentlich jeweils gemeint ist.

Das Programmangebot soziokultureller Vereine und Initiativen beinhaltet musikalische Veranstaltungen, meist populäre Musik, Jazz, Rock, Liedermacher usw., Ausstellungen, Auftritte von freien Theatergruppen, Filmveranstaltungen, Projekte von Laienschauspielern, Kommunikationsangebote, Lesungen und vieles mehr - dies alles firmiert unter dem Begriff „Soziokultur“.

Ich finde es interessant, dass anderenorts der Begriff „Soziokultur“ bereits durch Synonyme ersetzt wurde. In Berlin, Herr Gebhardt, ist beispielsweise überwiegend von der „Freien Szene“ oder der „Off-Kultur“ oder der „Stadtteilkultur“ die Rede. Der hierzulande noch gebräuchliche Ausdruck „Soziokultur“ wurde, wie Sie vielleicht wissen, aus den alten Bundesländern importiert.

Wenn wir überhaupt noch nach den Konfrontations-schablonen der frühen 70er-Jahre die Begriffe „Hochkultur“ und „Soziokultur“ voneinander unterscheiden wollen - zumal pauschale Gleichsetzungen ja nicht weniger ideologisch sind, weil sie die Besonderheiten der verschiedenen kulturellen Bedürfnissphären erkennen -, dann bitte aber ohne die Assoziation einer hierarchischen Abgrenzung - denn das wäre das Letzte, das wir anstreben -, sondern unter Hervorhebung begründeter Unterschiede, die zu der legitimen und gewollten Vielfalt eines breiten kulturellen Angebots überhaupt erst führen.

Längst haben sich doch die vermeintlich hermetischen Tempel der Hochkultur für ein breites Publikum geöffnet. Selbst die Theater offerieren inzwischen zahlreiche soziokulturelle Angebote und kooperieren mit soziokulturellen Vereinen. Ganze Veranstaltungsreihen, zum Beispiel in den Freien Kammerspielen hier in Magdeburg, im Neuen Theater in Halle oder am Stendaler Theater sind durch soziokulturelle Inhalte geprägt.

Vor allem übersieht die ständige Konfrontation der beiden Bereiche Soziokultur und Hochkultur ein eigentlich viel schwerer wiegendes Problem, nämlich dass es hier wie dort eine bedrohliche Konkurrenz durch die kommerzielle Massenkultur gibt. Die Kultureinrichtungen müssen ihr Publikum vor Ort für authentische Begegnungen gewinnen und sich gegen Massenmedien behaupten, die auf Einschaltquoten zielen.

Das ist die eigentliche Konfliktszene, mit der wir uns auseinander setzen müssen, und nicht diese - ich sage einmal: fast acharische - Konfrontation von Breiten- und Hochkultur, bei der man immer denkt, die einen seien dazu da, die anderen zu unterdrücken oder auszutreiben. Das sind Schablonen, die gar nicht mehr in die Zeit passen.

(Zustimmung von Herrn Daldrup, CDU)

Die Angebote der Kultureinrichtungen insgesamt müssen so attraktiv sein, dass das Publikum eben nicht zu Hause am Fernseher kleben bleibt, sondern ins Theater oder in das Stadtteilzentrum oder so gar nacheinander in das eine und dann in das andere geht.

Die Betrachtung der soziokulturellen Entwicklung im Land zeigt natürlich auch, dass der Faktor der Ökonomie eine zunehmende Rolle spielt. Wie das Theater müssen auch die soziokulturellen Zentren und Projekte ihre kulturpolitischen oder künstlerischen Ansprüche mit dem Gebot der Wirtschaftlichkeit in Übereinstimmung bringen. Damit gelangen auch in der Kultur solche Stichwor-

te wie Aufwand und Effekt, Wettbewerb, Angebot und Nachfrage zu neuer Geltung.

Die Landesförderung jedenfalls muss sich vorrangig auf die eigenen Kultureinrichtungen konzentrieren, also auf solche, die durch das Land getragen werden. Das sind insbesondere die Landestiftungen im Kulturbereich.

Ich will dem Landeskulturkonzept nicht vorgreifen, aber die nahe liegenden Schwerpunktsetzungen sind dabei natürlich das kulturelle Erbe, wobei man das soziokulturell aufschließen kann - das wird dann richtig spannend - und nicht nur wie Götzen anbeten sollte: die Unesco-Weltkulturerbestätten, bedeutende Museen, Denkmäler mit hoher kulturtouristischer Attraktivität, übrigens auch einige der Traditionen- und Heimatpflege.

Des Weiteren ist die Theaterlandschaft zu nennen, die im Land nach wie vor sehr dicht ist, und überregional relevante Kulturreignisse bzw. besondere innovative Projekte, also etwa Highlights wie die Musikfestspiele, die Landeskunstausstellung, die Medienkunstbiennale usw. Viel mehr ist leider gar nicht möglich.

Dass der Bereich der Soziokultur im engeren Sinne dabei nicht an vorderer Stelle der Prioritätenliste steht, entspricht durchaus dem Subsidiaritätsprinzip. Generell muss beachtet werden, dass die Soziokultur in besonderer Weise durch ihre Verankerung im kommunalen Gemeinwesen gekennzeichnet ist, so wie Sie das selbst in Ihrer Rede eben ausgewiesen haben.

Gemäß Artikel 36 der Landesverfassung sollen Kunst und Kultur gemeinsam durch das Land und durch die Kommunen gefördert werden. Das weist auf eine Arbeitsteilung hin. Land und Kommunen setzen jeweils ihre eigenen Akzente. Sie müssen sich in erster Linie um die Kultureinrichtungen kümmern, deren Träger sie sind.

Gestatten Sie mir abschließend noch eine kurze Bemerkung zu den Förderverfahren. Für die Breitenkultur gibt es zwar kein beratendes Gremium von Sachverständigen wie in anderen Bereichen, also etwa Kunstbeirat, Literaturkommission, Filmbeirat etc., die bei den Förderentscheidungen mitwirken. Dennoch bin ich sicher, dass Anträge unter Mitwirkung der Regierungspräsidien gewissenhaft geprüft und beschieden werden.

Allerdings gibt es auch berechtigte Klagen seitens der Antragssteller. Die Förderrichtlinien sehen vor, dass die Projekte spätestens bis zum 30. November beantragt werden müssen, wenn sie im Folgejahr realisiert werden sollen. Im ungünstigsten Fall bedeutet das einen Vorlauf von über einem Jahr. Für den gelegentlich auch spontanen Charakter soziokultureller Events ist das natürlich nicht gerade inspirierend. Die Zuschüsse wiederum können erst nach der Freigabe der Haushaltsmittel bewilligt und ausgezahlt werden. Wenn dann noch eine Haushaltssperre hinzukommt, ist es klar, dass es erheblich Probleme gibt.

Im Regelfall geschieht die Freigabe der Haushaltsmittel dann im Haushaltsvollzug am Ende des ersten Quartals. Von den Zuwendungsempfängern, also den ehrenamtlich tätigen Vereinen, wird dann noch eine aufwendige Verwendungsnachweisführung verlangt.

Dies alles ist mir natürlich bekannt und auch ein Dorn im Auge. Zumindest im Hinblick auf die Förderverfahren dürfte sich ohne Mehrkosten einiges modernisieren und verbessern lassen. Eine solche Verbesserung des Zuwendungsrechts, an der mein Haus arbeitet, und der

administrativen Praxis ist überall, im einen wie im anderen Bereich, dringend geboten. Ich hoffe, dass ich bei dieser Aufgabe Ihre Unterstützung habe. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Olbertz. - Wir kommen nun zur Debatte der Fraktionen. Für die FDP-Fraktion spricht Herr Rauls.

Herr Rauls (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Soziokultur in ihrer Begrifflichkeit zu fassen scheint kompliziert. Die Landesregierung greift in der Beantwortung der Großen Anfrage zur Soziokultur in der Antwort auf die Frage 1.1 auf ein Material der Kultusministerkonferenz aus dem Jahr 1995 zurück und macht die Soziokultur an verschiedenen Elementen fest, die zusammengefasst ein nichtkommerzielles Angebot an alle Bürger mit starker lokaler Anbindung und kultureller Vielfalt ausmachen.

Die im Oktober 2002 neu gegründete Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren und Initiativen in Sachsen-Anhalt, die sich als Dachverband versteht, beschreibt ihre Tätigkeit unter anderem als ein „genreübergreifendes und lebensraumnahe 365-Tage-Veranstaltungsprogramm“. In der Anlage 7.2 der Untersuchung zum Landeskulturkonzept im Jahr 2002, das vom Minister schon mehrfach angesprochen wurde, sprechen die Wissenschaftler von „gewissen Problemen der Begriffsbestimmung“ und damit von Problemen bei der Zuordnung von Institutionen zu diesem Bereich.

Welche Assoziationen haben eigentlich Sie, meine Damen und Herren, wenn Sie an Soziokultur denken? Was verbindet sich für Sie damit? - Dabei wird Ihre persönliche Biografie eine Rolle spielen. - Anfang der 70er-Jahre in der damaligen Bundesrepublik als Reaktion auf das Establishment entstanden, verstand sich die Soziokultur als Gegenkultur, als Alternativkultur, die aber im Laufe ihrer nunmehr über 30-jährigen Existenz doch sehr viel gemäßigter und in Vereinen und Verbänden institutionalisiert und organisiert auftritt. Auch Joschka Fischer hat inzwischen seine Turnschuhe abgelegt.

In der damaligen DDR gab es Soziokultur sicher weniger oder kaum als Gegenkultur, aber als Möglichkeit, kulturelle Freizeitaktivitäten zu gestalten: in Jugendclubs, Studentenclubs, staatlichen, betrieblichen oder gewerkschaftlichen Kulturhäusern, mit starkem regionalen Bezug, finanziert vom Staat - darin liegt das Problem -, in der inhaltlichen Ausrichtung kontrolliert und bei wirklichen Gegenentwürfen reglementiert vom Staat.

Meine Damen und Herren! Die Landesregierung antwortet in ihrer Antwort auf die Frage 1.3 zur Entwicklung der Soziokultur seit 1991 in Sachsen-Anhalt unter anderem wie folgt - ich zitiere -:

„Damals wurde für diesen Bereich“

gemeint sind Jugendclubs und Kulturhäuser

„der in den alten Ländern gebräuchliche Ausdruck ‚Soziokultur‘ übernommen, in seinen inhaltlichen Bedeutungen jedoch teilweise an hiesige Verhältnisse angepasst.“

Glücklich bin ich mit dieser Formulierung nicht. Es klingt, als würde eine Schublade passend gemacht, die naturgemäß irgendwann klemmen muss.

Übergangsfinanzierungen von Bund und Land sorgten nach der Wende dafür, dass das, was unter „Soziokultur“ subsumiert wurde, die Möglichkeit bekam, sich neu zu organisieren. Das war notwendig, weil die bisherige materielle Basis nicht mehr existierte. Inhaltliche Angebote in großer Breite und Vielfalt haben sich schnell entwickelt und konnten sich etablieren. Wenn auch das eine oder andere Mal infrage gestellt, waren und sind die Menschen im Osten Deutschlands durchaus kreativ und ambitioniert.

Das Problem, das sich heute stellt, ist weniger eine Frage der Organisation als vielmehr der Trägerschaft und damit der Finanzierung. Der Untersuchung zum Landeskulturkonzept ist zu entnehmen, dass sich über 70 % der Häuser, die soziokulturelle Angebote unterbreiten, und ca. 50 % der soziokulturellen Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft befinden. Der Trägerwechsel von kommunaler in Vereinsträgerschaft sei noch nicht abgeschlossen.

Meine Damen und Herren! In Zeiten knapper Kassen ist es kompliziert zu wichten, wofür das wenige Geld, das nicht zweckgebunden in den Haushalten zur Verfügung steht, ausgegeben werden soll. Vor diesem Problem stehen die Kommunen und das Land gleichermaßen. Eine Festbeschreibung von Mitteln, wie es die PDS in Ihrem Antrag zur Stärkung der Soziokultur in Sachsen-Anhalt in der Drs. 4/859 fordert, halte ich für zu plakativ. Es ist unredlich, in der heutigen Zeit derartige Forderungen aufzumachen, ohne gleichzeitig zu sagen, wo die dafür notwendigen Mittel eingespart werden sollen.

Unabhängig davon denke ich, dass beispielsweise eine institutionelle Förderung der Soziokultur auch inhaltlich nicht angebracht wäre. Gerade dieses kulturelle Angebot unterliegt schnellen Veränderungen. Vielmehr sollten insbesondere Möglichkeiten der Zusammenarbeit, der gemeinsamen Nutzung von Kapazitäten gefunden und verstärkt praktiziert werden.

Meine Damen und Herren! Die Soziokultur gibt es nicht, wie es nicht die Kultur an sich oder die Volkskultur gibt. Für Kultur lässt sich sicher ein gemeinsames Grundverständnis, das nicht zuletzt von einem gemeinsamen Wertekanon geprägt ist, definieren, aber darüber hinaus ist die Kultur kein statischer Begriff. Sie unterliegt in ihren Differenzierungen ständigen Veränderungen, Ergänzungen und Entwicklungen, so eben auch die Soziokultur.

Wenn ich beispielsweise an den Bereich der Kunst denke, versteht man darunter sicher nicht das mundartliche Bauerntheater oder die Pflege des traditionellen Liedgutes einer Region, wohl aber das Experimentieren mit neuen, innovativen künstlerischen Ausdrucksmöglichkeiten und Inhalten als Formen der Auseinandersetzung und damit als ein Angebot an mögliche Interessenten.

Ich habe in dieser Woche ein Gespräch mit dem Intendanten der Freien Kammerspiele in Magdeburg geführt. Der Minister wies schon darauf hin. Herr Wellemeyer stellte das künstlerische Profil seines Hauses vor, zu dem, wie er es formulierte, auch das soziokulturelle Angebot „Fly me to the moon - Nachtcafé“ gehört, beschrieben als Clubbing, Tanzen, Trinken, Schwatzen, Entspannen, Ende offen. Präsentiert wird alles, was Spaß macht. Es geht um das Miteinander, die Kommunikation.

Gleiches könnte von der „Feuerwache“ in Magdeburg gesagt werden, einem aktiven und mit viel Engagement betriebenen soziokulturellen Zentrum der Landeshauptstadt.

In diesen Häusern wird Kooperation betrieben, kommen Anliegen und Initiativen der Soziokultur zum Tragen, werden Synergieeffekte möglich. Dies ist nach meinem Dafürhalten ein Weg, der in der Soziokultur gegangen werden muss. Staatliche Einflussnahme halte ich für absolut fehl am Platz.

Lassen Sie mich meine Ausführungen mit einem Satz eines bedeutenden liberalen Politikers schließen:

„Mit Politik kann man keine Kultur machen, aber vielleicht kann man mit Kultur Politik machen.“

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Rauls. Möchten Sie eine Frage von Frau Hein beantworten?

Herr Rauls (FDP):

Bitte.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Bitte, Frau Hein.

Frau Dr. Hein (PDS):

Vielen Dank. - Herr Rauls, die Tatsache, dass Künstler zunehmend gattungsübergreifend arbeiten, ist seit Jahren eine Tatsache. Das ist nichts Neues. Würden Sie aus dieser Tatsache auch folgern wollen, dass den zuständigen Dachverbänden, die es im Land gibt, die institutionelle Förderung, die sie derzeit bekommen, infrage gestellt werden sollte?

Herr Rauls (FDP):

Frau Dr. Hein, ich habe ausgeführt, dass ich in dem Metier der Soziokultur eine institutionelle Förderung eigentlich nicht für angebracht halte, sondern dass der freien Entwicklung, die es in unmittelbaren örtlichen Beziehungen ebenfalls gibt, freien Lauf gelassen werden sollte.

(Frau Dr. Hein, PDS: Künstlerverbände ganz genauso!)

Vom Staat in diese einzugreifen, halte ich für nicht richtig.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Rauls. - Nun spricht für die SPD-Fraktion Herr Reck. Ich erteile Ihnen das Wort.

Herr Reck (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer glaubt, durch viele Fragen viel Neues zu erfahren, irrt, zumindest dann, wenn er die Große Anfrage zur Soziokultur in Sachsen-Anhalt als Maßstab nimmt. Es hat sich scheinbar zwischen Regierung und Parlament eine Art Wettbewerb entwickelt, der da heißt: Wir als

Abgeordnete fragen viel, und die andere Seite ist bestrebt, auf diese Fragen so wenig wie möglich zu antworten.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Das war bei uns ganz anders! - Heiterkeit bei allen Fraktionen - Herr Schomburg, CDU: Oh!)

- Das war schon immer so, Herr Dr. Püchel, das war auch zu unserer Zeit so.

Es scheint aber noch einen Wettbewerb zu geben, und zwar zwischen den Ministerien. Der Maßstab dort ist: Wer kann das am besten? Wenn man diesen Wettbewerb auswertet, muss man sagen, dass das Kultusministerium mit der Beantwortung dieser Großen Anfrage einen Etappensieg errungen hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei der PDS)

Aber, liebe Landesregierung, wir werden nicht lockerlassen. Wir fragen weiter, weil das die einzige Möglichkeit ist, wenigstens etwas von dem zu erfahren, was Sie vorhaben.

(Zuruf von der CDU: Nein!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte an dieser Stelle eine Einschränkung machen. Das ist noch wichtig. Natürlich orientieren sich die Antworten auf die Fragen auch nach dem Motto: Wie die Frage, so die Antwort. Das trifft auf einige Fragen zu, die in der Großen Anfrage gestellt worden sind.

Meine Damen und Herren! Welche Erkenntnisse lassen sich nun aus der Antwort der Landesregierung ziehen?
- Ich möchte vier Punkte nennen.

Erstens. Auch diese Landesregierung weiß, was Soziokultur ist. Sie hat zumindest über die Kultusministerkonferenz etwas von Soziokultur gehört und hält sie für wichtig.

Zweiter Punkt. Die Landesregierung gibt zu, dass es in den letzten zehn Jahren eine Landesförderung gegeben hat, und kann auch nicht verschweigen, dass die Förderung in diesem Haushaltsjahr so gering ist wie noch nie.

Drittens. Die Landesregierung blickt mit Zuversicht in die Zukunft. Sie möchte auch die Soziokultur nach Haushaltsslage weiter fördern, also doch wohl eher ideell in Zukunft.

Viertens. Die Landesregierung weist darauf hin - mit Recht sage ich an dieser Stelle -, dass soziokulturelle Zentren Angelegenheit von kommunalen oder freien Trägern sind, und verweigert, weil sie keine empirisch gesicherten Daten hat, die Antwort. Das ist nachvollziehbar.

Meine Damen und Herren! Insgesamt kommen wir zu dem Eindruck, dass die Kultur insgesamt bei dieser Landesregierung eher ein Stiefkind ist und dass die Soziokultur bei diesem Stiefkind das fünfte Rad am Wagen ist. Wir fordern die Landesregierung auf, diesen Zustand zu beenden,

(Zustimmung bei der SPD und bei der PDS)

indem sie im nächsten Jahr der Kultur auch die entsprechenden Haushaltsmittel zuweist, die durch die Koalitionsvereinbarung versprochen worden sind. Darin steht nämlich: Wir steigern den Anteil an Kulturmitteln. - Das fordern wir ein.

Wir fordern des Weiteren ein, dass daran auch die Soziokultur angemessen beteiligt wird. Ich glaube, es ist das gute Recht der Opposition, die Versprechungen, die Sie gemacht haben, auch einzufordern.

(Beifall bei der SPD und bei der PDS)

Zu dem Antrag der PDS: Wir halten es für richtig und notwendig, dass über Soziokultur im Ausschuss für Kultur und Medien gesprochen wird. Wir plädieren daher dafür, dass der Antrag, weil er in dieser Fassung zumindest Nachfragen erwartet lässt, die wir noch stellen wollen, im Ausschuss für Kultur und Medien behandelt wird. Wir beantragen demzufolge eine Überweisung in den Ausschuss für Kultur und Medien.

Wir glauben, wenn man Soziokultur fördern möchte, reicht Geld allein dafür nicht aus, sondern es muss mehr sein, als nur Geld zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, es muss im Bewusstsein etwas dafür getan werden. Deshalb sollten wir im Ausschuss darüber sprechen.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Reck, möchten Sie eine Frage von Herrn Kosmehl beantworten?

Herr Reck (SPD):

Ich möchte erst einmal sagen: Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. - Jetzt bin ich fertig mit meinem Redebeitrag. Deshalb kann man nun klopfen, wenn man möchte.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei der PDS)

Ich bin bereit, Fragen zu beantworten.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Bitte, Herr Kosmehl, Sie dürfen fragen.

Herr Kosmehl (FDP):

Ich habe eine Frage, Herr Kollege Reck. Wir haben heute im Laufe des Vormittags schon mehrfach über das Thema „Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform“ gesprochen. Ich stelle an Sie also auch die Frage: Kann ich Ihrem Redebeitrag entnehmen, dass Sie mögliche Belastungen, die auf Sachsen-Anhalt durch das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform zukommen, nicht mit Kürzungen im Kulturbereich, sondern mit Kürzungen in irgendwelchen anderen Bereichen ausgleichen wollen?

Herr Reck (SPD):

Herr Kosmehl, ich möchte nur auf eines hinweisen, und zwar auf die Koalitionsvereinbarung, die Ihre Partei, die Freie Demokratische Partei, mit der Christlich-Demokratischen Union geschlossen hat. Da gibt es einen Vertrag. Wissen Sie, was ein Vertrag ist? - Das wissen Sie. Sie sind Jurist.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Das weiß er! Er ist Jurist!)

Da gibt es einen Vertrag, in dem etwas über die Bedeutung der Kultur steht. Sie haben in der Vereinbarung festgelegt, dass Sie beide zusammen mit der Landesregierung den Stillstand in der Kulturpolitik aufbrechen wollen

(Zustimmung bei der SPD)

und dass es dazu notwendig ist, die Kulturausgaben zu erhöhen. - Ich nehme Sie nur beim Wort. Das sollte man doch einmal tun dürfen.

(Beifall bei der SPD und bei der PDS - Herr Dr. Püchel, SPD: Er möchte Sie doch nur unterstützen!)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Reck. - Nun bitte für die CDU-Fraktion Herr Schomburg.

Herr Schomburg (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Begriff „Soziokultur“ taucht in der deutschen kulturpolitischen Diskussion zu Beginn der 70er-Jahre auf. Er stand in engem Zusammenhang mit der damals diskutierten Kulturreform, mit der der Demokratisierungsgedanke auch im Kulturbereich politisch durchgesetzt werden sollte. „Kultur für alle!“ oder „Bürgerrecht Kultur!“, lauteten damals die Schlachtrufe.

Demokratisierung der Kultur heißt oder hieß: Chancengleichheit verwirklichen und Mitbestimmung ermöglichen. Andererseits war, zumindest später, die Soziokultur keineswegs nur als Gegenbegriff zu Kunst und Ästhetik gedacht, sondern sollte vielmehr als Aufforderung verstanden werden, die Künste ernster zu nehmen, als Medien für Kommunikation und Reflexion und instrumentalisiert auch als Gesellschaftskritik.

Die Demokratisierung der Kultur und das Entstehen der Soziokultur waren durch starke ideologische Konflikte begleitet. Die Soziokultur ist immer ein wenig als Gegenkultur zur so genannten Hochkultur verstanden worden.

Soziokultur als Begriff und gelebter Inhalt existierte in der DDR meines Wissens nicht. Weil sich in der letzten Zeit der DDR die Unterschiede zwischen Staatskunst und Alternativkulturen immer weiter aufweichten, gab es die in Westdeutschland ausgeprägten Abgrenzungen zwischen Hochkultur und Gegenkultur in der DDR kaum und es gibt sie bis heute fast nicht.

Die soziokulturelle Szene in Sachsen-Anhalt hat wie in ganz Ostdeutschland deshalb im Wesentlichen zwei Wurzeln. Erstens. In der Nachwendezeit, in der fast alle überkommenen Strukturen zusammenbrachen und die Mechanismen des Marktes zu wirken begannen, in der sich die bisherigen Käuferschichten der DDR-Kunst in Luft auflösten, waren und sind die Künstler nun gezwungen, ihre Kunst durch Nebenverdienste zu finanzieren. Aus den alten autonomen Künstlern wurden vielfach wirtschaftlich planende Individualisten. Es war aber auch die Zeit, Träume, Utopien, Projekte und Aktionen Wirklichkeit werden zu lassen, die neu entstandene Freiräume ausfüllten. So gründeten die Künstler Galerien, Kneipen, Kunst- und Kulturfabriken und eben auch soziokulturelle Zentren.

Die zweite Wurzel waren die um ihre Zukunft kämpfenden Jugendclubs und Kulturhäuser, die in diesem Begriff eine Überlebenschance für ihre Institutionen und die darin Beschäftigten sahen. Die neu entstandenen soziokulturellen Initiativen und Projekte, dann auch Vereine und deren Konzepte wurden also sehr häufig durch Künstler initiiert. Daraus resultieren auch die neuen inhaltlichen Schwerpunkte dieser Zentren. Im Gegensatz zu den Einrichtungen im Westen Deutschlands spielen die künstle-

rische Avantgarde, die künstlerische Arbeit, aber auch das künstlerische Angebot und Workshops eine entscheidende Rolle.

Die so entstandene Fülle soziokultureller Zentren besaß trotz aller Unterschiedlichkeiten in den Anfangsjahren eine Gemeinsamkeit: Sie verdankte ihre Existenz dem Arbeitsförderungsgesetz und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, also der Bundesanstalt für Arbeit. Mittlerweile sind bei zurückgehenden Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit zunehmend kommunal unterstützte Strukturen entstanden. Häufig sind Vereine Träger der Einrichtungen und kompensieren mit viel ehrenamtlichem Engagement die fehlenden finanziellen Ressourcen. Alles in allem ist ihre Wirksamkeit aber auf das unmittelbare Umfeld, maximal bis zum Landkreis hin, begrenzt.

Das zentralistische und zentralstaatliche Bild der PDS kommt auch in den Fragestellungen zu der Großen Anfrage zur Soziokultur wieder deutlich zum Ausdruck. Aufgrund dieser Fragen muss man ehrlich zweifeln, ob die PDS wirklich schon in der Bundesrepublik angekommen ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Um einen Teil dieser Fragen zu beantworten, benötigte man einen Überwachungsstaat nach dem Vorbild der DDR, die alle Aktivitäten ihrer Bürger überwachte, statistisch korrekt erfasste und zum Schluss an dem Datenwust erstickte. Dies wollen wir nicht und verzichten gern auf die Beantwortung zum Beispiel der Fragen 2.9, 2.10 ff.

Wenn man sowohl die Wirksamkeit als auch die maßgebliche Finanzierung soziokultureller Projekte im kommunalen Bereich ansiedelt, so hat das natürlich auch Konsequenzen für die Zuständigkeit des Landes in diesem Bereich. An dieser Stelle möchte ich ehrlich fragen: Welcher Teufel hat die PDS geritten, eine solche Große Anfrage zu stellen?

(Zuruf von der PDS)

Ich denke, die CDU hat vor etwa eineinhalb Jahren im Rahmen der Großen Anfrage zur Kulturpolitik der Landesregierung die notwendigen Fragen gestellt.

(Zuruf von Herrn Czeke, PDS)

Dass sich die Datenlage in eineinhalb Jahren so stark ändert, ist kaum zu erwarten gewesen. Anhand der Zahlen und Daten, die als Antwort auf die Anfrage geliefert wurden, ist dies erkennbar.

Ein Problem, das die Antwort aufdeckt, ist die große Zentrierung der Ausrichtung der soziokulturellen Einrichtungen auf die Kinder- und Jugendarbeit. In diesem Zusammenhang muss überlegt werden, ob angesichts des demografischen Wandels die Zukunft dieser soziokulturellen Zentren nicht auch in der Ausrichtung auf andere Bevölkerungsschichten zu suchen ist. Naturgemäß fällt ein Teil der Bevölkerung, der sich im aktiven Berufsleben befindet, traditionell für diesen Kulturbereich fast vollständig aus. Das besagen auch die Ergebnisse von Datenerhebungen in den alten Ländern. Aber sich in diesem Bereich fast ausschließlich auf Kinder- und Jugendarbeit zu stützen, bringt Probleme mit sich. Ich komme später darauf zurück.

Selbstverständlich gibt es aufgrund der angespannten Haushaltslage der Kommunen in der Zukunft Probleme mit der Finanzierung soziokultureller Zentren. Aber es ist eine abwegige Idee, die Grundfinanzierung dieser Zen-

tren durch Hilfen der Landesregierung zu erwarten. Denn wo sonst noch müsste die Landesregierung dann für finanziell problematische kulturelle Infrastruktur auf kommunaler Ebene eintreten?

In diesem Bereich ist eher an Kooperationen zwischen soziokulturellen Zentren, zwischen soziokulturellen Zentren und anderen Kultureinrichtungen wie Theatern und Museen, aber auch - das ist ein Beispiel, das ich selbst mit vollzogen habe - an das Zusammengehen eines soziokulturellen Zentrums mit einem Bildungsträger zu denken. Diese sind eigentlich mit unterschiedlichen Zielstellungen ausgestattet, entfalten aber durch die Zusammenarbeit Synergien, die auch der finanziellen Ausstattung der soziokulturellen Arbeit durchaus zugute kommen.

Wir haben es mit einem Kampf um Aufmerksamkeit und Akzeptanz zu tun. Insofern befinden sich soziokulturelle Zentren in einer Konkurrenzsituation zu den attraktiven Angeboten der Medien, der kommerziellen Akteure, aber auch der von Vereinen getragenen Initiativen.

Lassen Sie mich einige Worte zum Zusammenschluss der soziokulturellen Zentren in der Lassa äußern. Dieser Zusammenschluss braucht sicherlich noch etwas Zeit, um nachweisen zu können, dass er im Gegensatz zur Vorgängereinrichtung LAGS in der Lage ist, die Aufgaben zu übernehmen, die diese Einrichtung einmal hatte. Andererseits müssen wir akzeptieren, dass in diesen finanziell schwierigen Zeiten die Übernahme neuer institutioneller Förderungen reiflich zu überlegen ist.

Ich mache auch darauf aufmerksam, dass es in diesem Land eine Reihe von ehrenamtlich arbeitenden Vereinigungen mit mehreren Zehntausend Mitgliedern gibt, die ebenfalls keine institutionelle Förderung für ihre Arbeit erhalten und alles auf freiwilliger Basis erledigen müssen, um ihre Landesinstitutionen zu erhalten.

Ein weiteres Argument: Wenn, wie in der Großen Anfrage beschrieben, ein großer Schwerpunkt der soziokulturellen Zentren bei der Kinder- und Jugendarbeit liegt, warum ist dann die Landesvereinigung für kulturelle Jugendbildung nicht prinzipiell der geeignete Dachverband auch für die soziokulturellen Zentren? Diese Frage sei zumindest gestattet.

Wenn die Verpflichtung des Landes eingefordert wird, diese kulturellen Zentren zu unterstützen, dann darf ich auf unsere Verfassung aufmerksam machen, die Land und Gemeinden verpflichtet, die Kultur und die kulturelle Infrastruktur zu schützen und zu entwickeln. Dabei gibt es sicherlich unterschiedliche Schwerpunkte.

Das Land bekennt sich zu Schwerpunkten. Das haben die Landesregierungen der Vergangenheit immer wieder durch die Übernahme von Verantwortung aus der kommunalen Trägerschaft in die Landesträgerschaft getan. Aber es gibt auch eindeutige kommunale Schwerpunkte, bei denen das Land sagen kann und muss: Hierfür haben die Kommunen die entscheidende Verantwortung und damit auch die finanzielle Last zu tragen.

Die CDU unterstützt alle Formen kultureller Betätigung, die nahe an den Lebensgewohnheiten der Bürger sind. Dies beinhaltet tradierte Formen lebensnaher Kultur, Heimatpflege genannt, aber auch neue innovative Formen, die als Soziokultur bezeichnet werden.

Lassen Sie uns viele bunte Blumen blühen lassen, aber bitte nicht in Kisten, Kästen und Rabatten, sondern las-

sen wir sie sich frei entfalten, ohne staatliche Gängelung und übermäßige Kontrolle.

Dem Antrag der PDS-Antrag zur Entwicklung der Soziokultur können wir nicht zustimmen. Der Antrag setzt eine Zuständigkeit voraus, die das Land in diesem Bereich nicht hat. Über finanzielle Mittel in rein abstrakter, theoretischer Form zu diskutieren, bringt der Soziokultur nichts und stiehlt uns wichtige Zeit.

Lassen Sie uns diese Diskussion auf der Grundlage des Haushaltsplänenwurfs der Landesregierung unter Einbeziehung des Titels Soziokultur fortsetzen. Das ist dann eine Diskussion mit Substanz. Deshalb werden wir, wie gesagt, den Antrag ablehnen. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Schomburg. - Nun mit dem Schlusswort Herr Gebhardt. Bitte.

Herr Gebhardt (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, Fragen stellt man an die Regierung nicht, damit sie interpretiert werden oder gar, wie in diesem Fall, falsch interpretiert werden. Vielmehr stellt man sie, damit sie beantwortet werden. Das hat die Landesregierung zum Großteil nicht getan und das machen wir ihr an dieser Stelle zum Vorwurf.

(Zustimmung bei der PDS)

Herr Minister, wenn Sie behaupten, dass die soziokulturellen Vereine und Träger bei bestimmten Fragen, wenn Sie diese an sie weitergereicht hätten, an die Decke gegangen wären, dann kann ich Ihnen sagen, dass ich Ihre Antwort an soziokulturelle Träger und Vereine weitergereicht habe. Ich kann Ihnen auch gern sagen, wie die Reaktionen darauf waren. Die Reaktion war, dass die Träger und Vereine erstaunt und entsetzt darüber sind, mit welcher Arroganz und welcher Oberflächlichkeit die Landesregierung sich dem Thema Soziokultur überhaupt widmet.

(Beifall bei der PDS)

Das ist die Antwort, die ich bekommen habe. Ich kann Ihnen die Oberflächlichkeit, die ich eben angesprochen habe, an einem ganz einfachen Beispiel deutlich machen.

(Minister Herr Prof. Dr. Olbertz: Das möchte ich zurückweisen!)

Sie haben der Antwort, die Sie gegeben haben, eine wunderschöne Tabelle beigelegt. In der Tabelle sind - das haben Sie darüber geschrieben - ausgewählte soziokulturelle Zentren im Land in Form einer Übersicht aufgeführt. Ich wollte darin nachsehen, ob das soziokulturelle Zentrum aus meiner Heimatstadt Hettstedt - dieses heißt Kunstzuckerhut - unter den ausgewählten soziokulturellen Zentren aufgeführt worden ist. Der Kunstzuckerhut aus Hettstedt steht nicht darunter, aber das Klubhaus, die einzige kommerzielle Kultureinrichtung, haben Sie als soziokulturelles Zentrum eingeordnet. Das finde ich ein Stück weit peinlich. Das bestätigt zumindest die Oberflächlichkeit, von der nicht nur ich, sondern auch die soziokulturellen Träger mir gegenüber gesprochen haben.

Wenn Sie sagen, Sie wollen bestimmte herausragende Projekte von Landesseite fördern, kennen aber die Projekte nicht, dann frage ich mich ganz ehrlich, welche Sie fördern und künftig - von mir aus auch kritisch - begleiten wollen, wenn Sie die Projekte nicht kennen und auch nicht gewillt sind, diese künftig kennen zu lernen.

Eine Staatspräsenz, die Sie hineininterpretiert haben, war in keiner Frage und auch in keinem Antrag enthalten. Ich habe den Antrag 6 dabei. Dieser enthält einen ganz klaren Prüfauftrag. Es ist nicht so, wie uns von der FDP vorgeworfen wurde, dass der Antrag eine finanzielle Festschreibung von Mitteln beinhalten würde. Es ist ein Prüfauftrag an die Landesregierung. Mir fehlte jegliches Verständnis dafür, wenn sich die Landesregierung mittlerweile auch einer ergebnisoffenen Prüfung verweigern sollte, während wir versuchen, eine inhaltlich Debatte darüber zu führen.

Zu der Frage, warum, wenn sich die Soziokultur sehr stark der Kinder- und Jugendarbeit zuwendet, nicht die Landesvereinigung für kulturelle Jugendbildung als Dachorganisation dienen könnte, die Herr Schomburg aufgeworfen hat. Ich glaube, die Antwort stand in der Antwort der Landesregierung, nämlich dass es die Landesregierung - in dieser Frage hat sie zum Beispiel eine andere Sichtweise als Sie - auch aufgrund der demografischen Entwicklung in Sachsen-Anhalt als durchaus positiv ansehen würde, wenn sich die Soziokultur nicht mehr vorrangig dieser Aufgabe stellt, sondern sich in Zukunft verstärkt der Arbeit mit Seniorinnen und Senioren im soziokulturellen Bereich stellen würde.

Das ist zumindest die Aussage der Landesregierung gewesen. Ich nehme diese ernst. Wir haben immer gesagt, Soziokultur ist nicht nur Kinder- und Jugendarbeit. Das war bisher zumindest in Bezug auf die Definition dieser Frage Konsens. Bei allem Respekt vor der guten Arbeit, die die LKJ insgesamt leistet, denke ich doch, dass es eine eigene Dachorganisation wie jetzt in Form der Lassa berechtigterweise geben sollte.

Ansonsten würden wir uns der Ausschussüberweisung, die Kollege Reck angesprochen hat, anschließen. Ich denke doch, dass es noch einige offene Fragen gibt und das wir im Plenum nicht so weit gekommen sind, alle Fragen umfassend zu beantworten und zu klären. Insofern würden wir einer Ausschussüberweisung unsere Zustimmung geben.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Gebhardt. - Damit ist die Aussprache zu der Großen Anfrage beendet und der Tagesordnungspunkt 2 abgeschlossen.

Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Beratung

Stärkung der Soziokultur in Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der PDS - **Drs. 4/859**

Es ist vereinbart worden, den Antrag weder einzubringen noch darüber zu debattieren. Wünscht dennoch jemand das Wort? - Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Es ist bereits beantragt worden, diesen Antrag an den Ausschuss für Kultur und Medien zu überweisen. Darüber stimmen wir zuerst ab. Wer stimmt der Überweisung zu? - Das sind die PDS- und die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die CDU- und die FDP-Fraktion. Die Reihen sind zwar etwas gelichtet, aber das war die Mehrheit.

Wir stimmen jetzt über den Antrag selbst ab. Wer stimmt zu? - Das ist die PDS-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer verzerrt sich der Stimme? - Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag abgelehnt worden und der Tagesordnungspunkt 3 ist erledigt.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Fragestunde - Drs. 4/855

Es liegen heute 13 Kleine Anfragen vor. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass die für die Fragestunde vorgesehenen 60 Minuten unter Umständen nicht ausreichen. Dann gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder der Landtag - dann müssten Sie darüber abstimmen - verlängert die Fragestunde oder die bis dahin nicht beantworteten Fragen und die Antworten darauf werden zu Protokoll gegeben. Ich sage das, damit Sie das jetzt schon wissen.

Wir kommen zur **Frage 1**. Sie wird von der Abgeordneten Madeleine-Rita Mittendorf von der SPD-Fraktion gestellt. Es geht um die **Organisation des abschlussbezogenen Unterrichts an Sekundarschulen für Hauptschülerinnen und Hauptschüler des 7. Schuljahrganges im Schuljahr 2003/2004**. Bitte schön.

Frau Mittendorf (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf der Grundlage des Achten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes vom 27. Februar 2003 sollen Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule erstmals zum Schuljahr 2003/2004, beginnend mit dem 7. Schuljahrgang, eine auf Abschlüsse bezogene Differenzierung (Hauptschul- oder Realschulabschluss) durchlaufen. Dabei soll der auf den Hauptschulabschluss bezogene Unterricht in Abhängigkeit von der Schülerzahl in Hauptschulklassen - die Mindestschülerzahl beträgt 15 - oder Hauptschulgruppen - die Mindestschülerzahl beträgt zehn - erfolgen.

Ich frage die Landesregierung:

1. An wie vielen Sekundarschulen im Land Sachsen-Anhalt können zum Schuljahr 2003/2004, weil die Mindestschülerzahl nicht erreicht wird, für den 7. Schuljahrgang weder Hauptschulklassen noch Hauptschulgruppen gebildet werden?
2. Wie erfolgt die abschlussbezogene Differenzierung für die Hauptschülerinnen und Hauptschüler, wenn die Mindestschülerzahl weder für die Bildung einer Hauptschulkasse noch einer Hauptschulgruppe erreicht wird und die Eltern Angebote für schulübergreifende Standorte ablehnen?

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung antwortet Herr Kultusminister Olbertz.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Frage der Frau Abgeordneten Rita Mittendorf beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt.

Zu 1: Beim derzeitigen Stand der Vorbereitung des Schuljahres 2003/2004 ist davon auszugehen, dass an weniger als 100 Schulen im Land Sachsen-Anhalt keine Klassen oder Lerngruppen des auf den Hauptschulabschluss bezogenen Unterrichts gebildet werden können, da die Mindestschülerzahl von zehn Schülerinnen und Schülern zur Einrichtung einer Lerngruppe in den Differenzierungsfächern, die dafür vorgesehen sind, nicht erreicht wird.

Die Mehrzahl dieser Sekundarschulen erreicht im Übrigen auch dann die Mindestjahrgangstärke von 40 Schülerinnen und Schülern nicht, sodass die konsequente Umsetzung der Richtwerte für die Schulentwicklungsplanung sogar noch weiter stabilisierend wirken wird.

Zu 2: Das Vorgehen in den Fällen, bei denen die Mindestschülerzahl von zehn, die für die Einrichtung einer Lerngruppe notwendig ist, nicht erreicht wird, wurde mit Erlass vom 8. Mai 2003 geregelt. Danach ist wie folgt zu verfahren:

Die Staatlichen Schulämter erarbeiten gemeinsam und im Einvernehmen mit den Schulträgern dort, wo es möglich ist, Angebote für schulübergreifende Standorte. Diese Angebote werden den betreffenden Eltern von den Schulen unterbreitet. Dazu werden auch beratende Gespräche mit den Eltern geführt. Die Annahme des Angebotes ist freiwillig und in jedem Fall eine Einzelentscheidung der Eltern.

Die Kinder, deren Eltern das Angebot ablehnen, verbleiben an der Schule. In diesen Fällen muss die Schullaufbahnerklärung für den auf den Hauptschulabschluss bezogenen Unterricht durch klasseninterne Gruppen in den Differenzierungsfächern umgesetzt werden. Die unterrichtliche Differenzierung berücksichtigt die unterschiedlichen Abschlussziele, zum Beispiel durch differenzierte Aufgabenstellung sowie eine differenzierte Bewertung und Benotung der mündlichen und schriftlichen Schülerleistungen. Grundlage bilden die auf zwei Niveaustufen vorliegenden Rahmenrichtlinien für die Differenzierungsfächer.

An Schulen, für die den Eltern keine schulübergreifenden Standortangebote unterbreitet werden können, wird ebenfalls mit klasseninternen Lerngruppen in den Differenzierungsfächern gearbeitet.

Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass mir die freiwillige Annahme solcher Angebote wichtig ist, weil so mehr Akzeptanz für die abschlussbezogene Differenzierung vermittelt wird, als dies bei einer zwangsweisen Zuweisung der betreffenden Schülerinnen und Schüler an schulübergreifende Standorte der Fall wäre. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister. - Es gibt eine Nachfrage. Bitte, Frau Mittendorf.

Frau Mittendorf (SPD):

Herr Olbertz, ist bereits bekannt, ob schulübergreifende Standorte zustande kommen werden?

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Frau Mittendorf, diese Frage kann ich nach dem jetzigen Kenntnisstand nicht beantworten. Ich wäre aber bereit, Ihnen das schriftlich nachzureichen, falls wir darüber schon nähere Informationen haben.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Danke schön.

Die **Frage 2** stellt die Abgeordnete Frau Dr. Gerlinde Kuppe von der SPD-Fraktion. Es geht um den **Hochschulstrukturplan für Sachsen-Anhalt**. Bitte.

Frau Dr. Kuppe (SPD):

In den Planungsanträgen des Kultusministeriums zur Neuordnung der Hochschullandschaft des Landes Sachsen-Anhalt wird ausgeführt, dass Kultusminister Herr Professor Dr. Olbertz zur Entscheidungsvorbereitung eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Herrn Dr. Benz gegründet hat, die den Kultusminister bei der Erarbeitung des neuen Hochschulstrukturplanes beraten und unterstützen soll.

Im Rahmen der Beratung zum Tagesordnungspunkt 7 in der Landtagssitzung am 13. Juni 2003 kündigte der Kultusminister Professor Dr. Olbertz die Erarbeitung eines Hochschulstrukturgesetzes für Sachsen-Anhalt an.

Ich frage die Landesregierung:

1. Besitzt die von Kultusminister Professor Dr. Olbertz gegründete Arbeitsgruppe unter Leitung von Herrn Dr. Benz den Status einer Kommission gemäß § 5 Abs. 4 des Hochschulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt?
2. Sollen die Empfehlungen der Arbeitsgruppe die Grundlage für ein Hochschulstrukturgesetz für Sachsen-Anhalt bilden? Wenn ja, wird beabsichtigt, mit dem Hochschulstrukturgesetz Festlegungen zur Abschaffung bzw. Verlagerung einzelner Studiengänge und Fachbereiche von einer Hochschule an eine andere zu treffen?

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Danke schön. - Die Frage wird von Herrn Minister Olbertz beantwortet.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Kuppe beantworte ich namens - -

(Herr Dr. Püchel, SPD: Herr Präsident!)

- Herr Präsident! Entschuldigung.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Ich durfte Ihnen doch mal helfen!)

- Vielen Dank. Ich bin immer froh, wenn Sie da sind und mir an der Stelle eine Brücke bauen. Ich beginne noch einmal von vorn.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Frage der Abgeordneten Frau Dr. Kuppe wie folgt.

Zu 1: Diese Frage kann in der Tat auf verschiedene Weise verstanden werden. Sofern sie sich allein auf § 5 Abs. 4 Satz 1 des Hochschulgesetzes des Landes Sach-

sen-Anhalt bezieht, so gibt dieser Satz nur eine Selbstverständlichkeit wieder. Das Ministerium kann sich jederzeit auch unabhängig von dieser Norm von einer Kommission oder einer Arbeitsgruppe beraten lassen.

Zieht die Frage hingegen auf eine mögliche Verbindlichkeitserklärung von Kommissionsergebnissen gemäß § 5 Abs. 4 Satz 3 des Hochschulgesetzes, so ist sie zu verneinen. Um entsprechende Missverständnisse zu vermeiden, wurde bewusst der Begriff „Arbeitsgruppe“ gewählt; eine Arbeitsgruppe, die weder Beschlüsse fasst noch Entscheidungen trifft, sondern den Kultusminister bei seinen Überlegungen für eine künftige Hochschulstruktur des Landes Sachsen-Anhalt berät. Das einzige berufene Mitglied in dieser Kommission ist übrigens der Vorsitzende.

Zu 2: Diese Frage beantworte ich mit Nein. Die Empfehlungen werden die Grundlage für eine Entscheidung zunächst im Kultusministerium und dann im Kabinett sein. Auf dieser Grundlage - ich betone: erst auf dieser - könnten in einem Hochschulstrukturgesetz Festlegungen zur Aufhebung bzw. Verlagerung von einzelnen Studiengängen und Fachbereichen von einer Hochschule an eine andere getroffen werden. Auf dieser Grundlage, die ein parlamentarisches Verfahren voraussetzt, kann dies durchaus möglich sein, nicht aber auf der Grundlage des Papiers, das die Arbeitsgruppe zur Beratung des Kultusministers erstellt.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Eine Nachfrage. Bitte, Frau Dr. Kuppe.

Frau Dr. Kuppe (SPD):

Herr Professor Olbertz, dann frage ich nach. Sie werden also ein Hochschulstrukturgesetz schaffen. Wird das eine eigenständige Gesetzesmaterie auch im Unterschied zu der gelegentlich angesprochenen Novelle des Hochschulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt sein? Wird es sich also um zwei unterschiedliche Gesetze handeln?

Wird im geplanten Hochschulstrukturgesetz des Landes, wenn dann auch Verlagerungen von Fachgebieten bzw. Studienrichtungen in einem solchen Gesetz verankert sind, praktisch die zukünftige Struktur eines Hochschulstandortes oder einer Hochschule so festgelegt werden, dass die Hochschulen dann praktisch nicht mehr die Möglichkeit zu eigenen Entscheidungen darüber haben, diese Strukturen zu verändern? Muss das dann immer wieder per Gesetz passieren?

Das stünde für mich im Gegensatz zur Stärkung der Autonomie der Hochschulen, wie sie über die Zielvereinbarungen und deren Umsetzung eigentlich gewünscht ist.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Frau Dr. Kuppe, darin gebe ich Ihnen völlig Recht. Ich fange mit der zweiten Nachfrage an.

Die Frage, ob wir mit einem Hochschulstrukturgesetz sozusagen gesondert diesen Hochschulstrukturplan ins Gespräch und auch ins Parlament einbringen oder als Bestandteil der ohnehin bevorstehenden Hochschulgesetznovelle, ist noch offen. Es wird unter Umständen so sein, dass aus zeitlichen Gründen, weil wir auf zügiges Handeln angewiesen sind, ein Hochschulstrukturgesetz gesondert eingebracht wird, das dann aber wie ein Vorschaltgesetz mit dem eigentlichen Hochschul-

gesetz des Landes Sachsen-Anhalt sozusagen wieder aufgehoben wird.

Zum Zweiten. Natürlich werden darin nur die grundsätzlichen Standortfragen gesetzlich fixiert, es wird aber nicht in die Autonomie von Fakultäten, Fachbereichen und wissenschaftlichen Instituten eingegriffen; denn die Vorstellungen, die diesbezüglich zwischen dem Land und den staatlichen Hochschulen abzustimmen sind, werden natürlich auf der Plattform von Zielvereinbarungen und anderen außergesetzlichen Konsenssuchen gestaltet und nicht durch Gesetz. - Das sind die beiden Antworten.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Olbertz.

Die **Frage 3** wird vom Abgeordneten Karl-Heinz Reck gestellt. Es geht um das **Schulfach Sozialkunde**. Bitte.

Herr Reck (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat in ihren Sitzungen am 18. März 2003 und am 15. April 2003 die Verbeamung von Lehrkräften in bestimmten Bereichen beschlossen. Lehrkräfte an Sekundarschulen und Gymnasien haben die Möglichkeit, verbeamtet zu werden, wenn sie das 40. Lebensjahr noch nicht überschritten haben und über eine Ausbildung in den Fächern Latein, Französisch, Englisch, Musik, Kunst, Ethik oder Evangelische bzw. Katholische Religion verfügen.

Das Schulfach Sozialkunde wurde nicht in diesen Katalog der so genannten Mangelfächer aufgenommen, obwohl in der Zielvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg von einem „überproportional großen Einstellungsbedarf“ auch im Fach Sozialkunde ausgingen wird.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum wurde das Schulfach Sozialkunde nicht in den für eine Verbeamung von Lehrkräften maßgeblichen Katalog der Mangelfächer aufgenommen?
2. Wie schätzt die Landesregierung den Bedarf an ausgebildeten Sozialkundelehrerinnen und Sozialkundelehrern ein und wie soll der Bedarf gedeckt werden?

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Danke, Herr Reck. - Auch diese Antwort wird von Herrn Minister Olbertz gegeben.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Frage des Herrn Abgeordneten Reck wie folgt.

Zu 1: Im Hinblick auf die künftigen Beschäftigungsumfänge an allgemein bildenden Schulen ist der Arbeitsplatzsicherungstarifvertrag bis zum Schuljahr 2009/2010 in modifizierter Form fortgeschrieben worden. Lediglich stellvertretende Schulleiter und künftig einzustellende Lehrkräfte werden von den Berechnungen der bedarfsbedingten Arbeitszeit nicht erfasst.

Unter Berücksichtigung dieser tarifvertraglichen Regelungen kann eine Verbeamung von Lehrkräften daher nur in einem begrenzten Umfang von maximal 1 500

Lehrkräften vorgesehen werden. Eine Erhöhung dieser Zahl im Verbeamungskonzept würde das Problem der Beschäftigungsumfänge für die im Tarifvertrag verbleibenden Lehrkräfte verschärfen, wäre also tarifvertrags schädlich.

Da die Landesregierung Lehrkräfte mit einer Ausbildung nach dem Recht der DDR nicht grundsätzlich von einer Verbeamung ausschließen wollte - der zunächst diskutierte Vorschlag ging nämlich dahin, dass man nur an diejenigen Lehrkräfte denkt, die die Laufbahnbefähigung haben -, musste neben der Altersbeschränkung auch eine Einschränkung auf wenige Fächer erfolgen, um diesen Rahmen von 1 500 Personen nicht zu überschreiten.

Zu 2: Im Schuljahr 2002/2003 sind 1 495 Lehrkräfte im Fach Sozialkunde eingesetzt, darunter 571 mit einer entsprechenden Lehramtsausbildung bzw. Unterrichtserlaubnis in diesem Fach. Der durchschnittliche Unterrichtseinsatz beträgt derzeit vier bis fünf Wochenstunden.

Ich verkenne nicht, Herr Reck, dass auch im Fach Sozialkunde ein weiterer Bedarf an ausgebildeten Lehrkräften besteht. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, dass neben den im Verbeamungskonzept genannten Mängelbereichen im Rahmen des eingeschränkten Einstellungskorridors, den die Landesregierung jetzt eröffnet hat, auch Stellen für Lehrkräfte mit dem Fach Sozialkunde ausgeschrieben worden sind.

Zeitweilige Engpässe in der Unterrichtserteilung können gelegentlich noch am ehesten durch den Einsatz von Lehrkräften mit einer affinen Ausbildung, zum Beispiel in Geschichte, Geografie oder auch Ethik, oder durch einen verstärkten Unterrichtseinsatz von Fachlehrern in diesem Fach geschlossen werden.

Eine derartige Verfahrensweise ist aber in den im Verbeamungskonzept aufgeführten Fächern in dieser Form nicht möglich. Der dort bestehende Mangel geht über den für das Fach Sozialkunde vorhandenen Bedarf qualitativ und quantitativ hinaus, sodass wir mit dieser Regelung einen, wie ich denke, verantwortbaren Kompromiss gefunden haben. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister.

Die **Frage 4** wird von der Abgeordneten Frau Britta Ferchland gestellt. Es geht um die **Ausbildung in der Altenpflege**. Bitte schön.

Frau Ferchland (PDS):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ab August werden in der Altenpflegeausbildung gemäß Altenpflegegesetz neue Finanzierungsregelungen wirksam. Das Ausbildungsentgelt ist statt wie bisher durch das Kultusministerium nun durch den Ausbildungsträger zu tragen und auf die Pflegekosten umzulegen.

Ich frage die Landesregierung:

Welche Möglichkeiten sieht das Kultusministerium dafür, die eingesparten Summen für die Sicherung des Nachwuchses in der Altenpflege, insbesondere der ambulanten Pflege, einzusetzen?

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank. - Die Antwort gibt Herr Minister Olbertz.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Namens der Landesregierung beantworte ich die Frage der Abgeordneten Ferchland wie folgt:

Bisher wurde die Ausbildung der Altenpflege über das Bundesausbildungsförderungsgesetz gefördert. Förderung wurde ausschließlich den Schülerinnen und Schülern gewährt, die notwendigerweise auswärtig untergebracht werden mussten. Dies ist geregelt in § 12 BAföG.

Die Voraussetzung dafür war, dass die Ausbildungsstätte vom Wohnsitz der Eltern in nicht zumutbarer Weise entfernt ist und deswegen nicht regelmäßig erreicht werden kann: Hin- und Rückweg an mindestens drei Wochentagen mit mehr als zwei Stunden Wegezeit je Tag. Darüber hinaus wurde nach BAföG gefördert, wer einen eigenen Haushalt führt und verheiratet ist oder in einem eigenen Haushalt mit mindestens einem Kind lebt. Insofern kam sowieso nur ein stark eingeschränkter Kreis von Auszubildenden überhaupt in den Genuss einer Ausbildungsförderung nach BAföG.

Darüber, wie viele Auszubildende in der Altenpflege nach BAföG gefördert werden, liegen dem Kultusministerium keine Zahlen vor. Wir gehen aber angesichts der genannten Rechtslage davon aus, dass nur ein geringer Teilnehmerkreis in den Genuss der Förderung nach BAföG gelangt.

Der Bafög-Höchstsatz betrug in diesen Fällen 348 € im Monat zuzüglich etwaiger geringfügiger Zuschläge, wobei zwei Drittel der Förderung durch den Bund geleistet wurden.

Durch die Umstellung der Ausbildung erhalten die Auszubildenden in der Altenpflege ein Ausbildungsentgelt, das auf die Förderung nach dem Bafög-Gesetz ange rechnet werden muss. Ein Einspareffekt aus dem Bafög durch die Umstellung der Altenpflegeausbildung in einer Höhe, die eine Sicherung des Nachwuchses im Sinne der Fragestellung gewährleisten könnte, wird durch das Kultusministerium deshalb nicht gesehen. - Danke schön.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister.

Ich rufe die **Frage 5** auf. Sie betrifft die **Errichtung eines Landesverwaltungsamtes** und wird von der Abgeordneten Frau Dr. Paschke gestellt. Bitte schön.

Frau Dr. Paschke (PDS):

Die Landesregierung hat beschlossen, bis zum 1. Januar 2004 das Landesverwaltungamt mit dem Sitz in Halle und zwei Außenstellen in Magdeburg und Dessau zu errichten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Aufgabenkomplexe werden ab diesem Zeitpunkt im Landesverwaltungamt wahrgenommen und welche derzeit eigenständigen Sonderbehörden werden dort eingegliedert?
2. Wie werden diese Aufgaben an den jeweiligen Standorten verteilt?

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank. - Es antwortet Minister Herr Jeziorsky.

Herr Jeziorsky, Minister des Innern:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Arbeiten zur Umstrukturierung der drei Regierungspräsidien und der zur Eingliederung vorgesehenen Sonderbehörden befinden sich derzeit in einer sehr intensiven Phase. Die neue Behörde nimmt zunehmend Konturen an. Einzelheiten unterliegen dabei dem derzeitigen Planungsstand entsprechend noch Veränderungen. Ich kann Ihre Frage daher nur bezogen auf den gegenwärtigen Stand der Planungen und unter dem Vorbehalt noch möglicher Änderungen beantworten. Entsprechendes gilt - darauf weise ich jetzt schon hin - auch für die weiteren Fragen hinsichtlich des Landesverwaltungsamtes, die sich in dieser Fragestunde noch anschließen werden.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Frage der Abgeordneten Frau Dr. Paschke namens der Landesregierung wie folgt.

Zu 1: Mit der Errichtung des Landesverwaltungsamtes als zentrale Bündelungs- und Koordinierungsbehörde zum 1. Januar 2004 werden zum einen die bislang durch die Regierungspräsidien wahrgenommenen Aufgabenbereiche auf das Landesverwaltungamt übergehen.

Es handelt sich um folgende Aufgabenbereiche: Kommunalaufsicht, Umwelt, Naturschutz, Landschaftspflege, Kultur, Brand- und Katastrophenschutz, militärische Angelegenheiten, Wirtschaft, Landesentwicklung, Raumordnung, Verkehr, Häfen, Schifffahrt, Planfeststellung, Enteignungen, Verbraucherschutz, Veterinärwesen, Agrarwirtschaft, ländliche Räume, Regelung offener Vermögensfragen, Häftlingsgesetz, Stiftungen des privaten Rechts, Forsten, Hoheitsangelegenheiten, öffentliche Sicherheit, Bau- und Wohnungswesen, Denkmalpflege, Sport, Arbeitsförderung, Rehabilitierung, Aussiedlerangelegenheiten, Integration und Serviceaufgaben für die Landesverwaltung.

Hinsichtlich der Integration von Sonderbehörden ist hervorzuheben, dass die Eingliederung der Schulaufsichtsverwaltung, für die jetzt neun Schulämter existieren, sowie der staatlichen Seminare für Lehrämter von der Landesregierung beschlossen ist. Über die Frage der Eingliederung eines Großteils des Landesamtes für Versorgung und Soziales und der zugehörigen Ämter wird noch beraten. Damit würden zwei große Verwaltungsbereiche, die derzeit in Sonderbehörden strukturiert sind, mit entsprechenden Synergieeffekten im Landesverwaltungamt aufgehen.

Zu 2: Die bisher in den Regierungspräsidien wahrgenommenen Aufgaben werden künftig grundsätzlich mit zentraler Zuständigkeit für das gesamte Land überwiegend am Sitz des Landesverwaltungsamtes in Halle wahrgenommen werden. Am Standort Magdeburg werden die Aufgabenbereiche Hoheitsangelegenheiten, öffentliche Sicherheit, Ausländerrecht, Bau- und Wohnungswesen sowie Städtebauförderung, Denkmalpflege und Sport bearbeitet werden.

In Dessau werden die Aufgabenkomplexe Arbeitsförderung, Rehabilitierung, Aussiedlerangelegenheiten, Integration und die Serviceaufgaben für die gesamte Landesverwaltung wahrgenommen.

Die Aufgaben der unteren Schulaufsicht werden weitgehend in Halle, Magdeburg und Dessau konzentriert.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Jeziorsky. - Es gibt eine Nachfrage. Bitte, Herr Rothe.

Herr Rothe (SPD):

Herr Minister, nach dem Verwaltungsmodernisierungsgrundsätzgesetz wird das Landesverwaltungsamt neben seinem Sitz in Halle Nebenstellen nur in Magdeburg und Dessau haben. Ich frage Sie: Inwieweit ist es mit dieser gesetzlichen Festlegung vereinbar, dass im konkreten Fall der Schulaufsicht einer Pressemitteilung zu folge, die wir vor wenigen Tagen erhalten haben, ein vierter Standort in Gardelegen vorgesehen ist?

Herr Jeziorsky, Minister des Innern:

In Abstimmung mit dem Kultusministerium für die Betreuung und nicht als Fachaufgabe, also nicht komplett, sondern für eine - Herr Olbertz weiß besser, wie das fachlich heißt. Für einen Teilbereich wird in Gardelegen für eine befristete Zeit noch eine Nebenstelle vorgehalten werden.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Eine weitere Frage stellt Herr Reck.

Herr Reck (SPD):

Herr Minister, geben Sie mir nicht Recht, dass die Entscheidung für Gardelegen eine kluge Entscheidung ist?

(Heiterkeit bei der CDU)

Herr Jeziorsky, Minister des Innern:

Für einen Salzwedeler haben Sie das gut formuliert.

(Heiterkeit bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank.

Ich rufe die **Frage 6** auf. Sie betrifft die **Zukunft des FEW in Blankenburg** und wird vom Abgeordneten Herrn Kasten gestellt.

Herr Kasten (PDS):

In der Zeitschrift „Bahnzeit“, Ausgabe Januar 2003, ist nachzulesen:

„Die Zukunft des DB-Werks Blankenburg ist gesichert: Zum 1. Januar 2003 erfolgte die Betriebsübernahme durch den neuen Investor GSU (Gesellschaft für Sicherheits- und Umwelttechnik mbH). Ende November konnte der Sprecher der Geschäftsleitung Fahrzeuginstandhaltung der Bahn, Dr. Johannes Keil, die Belegschaft des Werks informieren. Allen 169 Beschäftigten wurden Übergangsangebote in die neue Gesellschaft unterbreitet.“

Über den Verkauf hatten die Bahn und GSU mehr als ein Jahr lang verhandelt. „Wir sind sehr zufrieden, mit dem Verkauf des Blankenburger

Werks die Arbeitsplätze in Blankenburg zu sichern. Das war unser vordringlichstes Ziel', erklärte Dr. Karl-Friedrich Rausch, Vorstand Technik der Bahn."

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Aktivitäten sind seit der von der PDS-Landtagsfraktion initiierten Berichterstattung der Landesregierung am 22. Januar 2003 in der 10. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit in Magdeburg unternommen worden, um die von der DB AG unterstützte Privatisierung des ehemaligen Forschungs- und Entwicklungswerkes der Deutschen Reichsbahn abzuschließen?
2. Augenscheinlich ist trotz eines für solvent befundenen potenziellen Investors der Privatisierungsprozess abgebrochen worden. Was sind die Ursachen und in welcher Form will die Landesregierung bei der gegebenen Sachlage ihre Infrastrukturverantwortung gegenüber der (fast) ehemaligen Industrieregion Blankenburg/Harz wahrnehmen?

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Kasten. - Für die Landesregierung antwortet Minister Herr Dr. Rehberger. Bitte schön.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich beantworte die Kleine Anfrage des Abgeordneten Herrn Kasten namens der Landesregierung wie folgt.

Zu 1: Seit dem Beginn der Verhandlungen zwischen der Bahn AG mit der Gesellschaft für Sicherheits- und Umwelttechnik mbH (GSU) über den Verkauf des FEW Blankenburg sind die Ministerien für Wirtschaft und Arbeit sowie für Bau und Verkehr sowohl auf der Fachebene als auch durch die beiden Minister in die Vertragsverhandlungen zwischen den beiden Unternehmen eingeschaltet.

Eine wichtige Rolle spielt bei diesen Verhandlungen die ursprünglich von der Bahn AG bekundete Absicht, den Start des FEW in privater Trägerschaft dadurch wirtschaftlich zu erleichtern, dass in den Jahren 2003 und 2004 jeweils Aufträge ausgelöst werden sollten, durch die 50 000 Arbeitsstunden pro Jahr gesichert werden könnten.

Die Bahn AG hat diese Pläne allerdings im Laufe der zurückliegenden Monate wiederholt revidiert und die Höhe des Auftragsvolumens nach unten korrigiert, sodass die Kalkulation des Käufers überarbeitet und insbesondere dessen Kreditbedarf neu ermittelt werden musste.

Nachdem sich diese Verhandlungen nicht zuletzt aus Gründen, die nach Auffassung der Landesregierung die Bahn AG zu vertreten hat, über den zum 1. Mai 2003 ins Auge gefassten Termin für den Abschluss des Kaufsvertrages hingezogen haben, hat die Bahn AG erklärt, dass sie die Verhandlungen mit der Firma GSU endgültig als gescheitert betrachtet.

Der Ministerpräsident hat daraufhin mit dem Vorstandsvorsitzenden der Bahn AG Herrn Mehdorn für den 7. Juli 2003 - das ist der kommende Montag - einen Gesprächstermin vereinbart, um nochmals das nachhaltige Interesse des Landes an einem Erhalt des Betriebs in

privater Trägerschaft deutlich zu machen. Das Ergebnis dieses Gesprächs bleibt abzuwarten.

Zu 2: Die Landesregierung ist der Auffassung, dass das FEW als Ganzes erhalten und verkauft werden sollte. Die Bahn AG will demgegenüber neuerdings einen Teilbereich für eine begrenzte Zeit in eigener Regie fortführen und andere Betriebsteile veräußern. Mit Interessenten wird darüber zurzeit verhandelt. Ob die Deutsche Bahn AG an diesen Plänen festhält, wird abschließend erst nach dem Gespräch des Ministerpräsidenten mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG beantwortet werden können.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Rehberger. - Es gibt eine Nachfrage. Bitte, Herr Kasten.

Herr Kasten (PDS):

Herr Minister, ich möchte erst einmal bestätigen, dass die Arbeit der Fachministerien solide und gut erfolgt ist. Ich muss konstatieren, dass die DB AG Zusagen nicht einhält. Dazu möchte ich eine Nachfrage stellen.

Nach meiner Kenntnis hat im April dieses Jahres ein Gespräch zwischen dem Verkehrsminister Herrn Dr. Daehre und Herrn Mehdorn stattgefunden. Per 1. Mai 2003 hatte das Ministerium eine Zusage über 10 000 Fertigungsstunden bekommen. Diese Zusage der DB AG wurde mit Schreiben von Herrn Dr. Keil vom 22. Mai 2003 an die Landesregierung zurückgezogen. Deshalb musste das Thema Betriebsmittelkredit, über das am 23. Mai 2003 im Kreditausschuss beraten werden sollte, von der Tagesordnung abgesetzt werden. Die Ursachen lagen wieder einmal bei der DB AG, die im Prinzip eine neue Variante der Privatisierung vorsah.

Ist diese Schilderung korrekt?

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Es ist in der Tat so, dass die Landesregierung das Verhalten der DB AG in diesem Zusammenhang - Sie haben es geschildert - nicht nachvollziehen kann. Aus diesem Grunde findet das Gespräch des Ministerpräsidenten mit Herrn Mehdorn statt.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Rehberger.

Die **Frage 7** wird von der Abgeordneten Frau Sabine Dirlich gestellt. Es geht um den **Raumbedarf des Landesverwaltungsamtes**.

Frau Dirlich (PDS):

Nach bisher bekannt gewordenen Informationen werden die Raumkapazitäten am Hauptstandort des Landesverwaltungsamtes in Halle durch die beabsichtigte weitgehende auch räumliche Konzentration der Behörde Anfang des Jahres 2004 nicht ausreichen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Von welchem Defizit an Räumlichkeiten wird am Hauptsitz des Landesverwaltungsamtes in Halle aus gegangen und wie soll dem begegnet werden?

2. Welche räumlichen Überkapazitäten in den landeseigenen Liegenschaften werden an den beiden Standorten Dessau und Magdeburg erwartet sowie an Standorten einzugliedernder Sonderbehörden?

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung antwortet Minister Herr Jeziorsky.

Herr Jeziorsky, Minister des Innern:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich beantworte die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Dirlich namens der Landesregierung wie folgt.

Zu 1: Ich gehe davon aus, dass durch die Umstrukturierungsmaßnahmen anderer Behörden in Halle ausreichend Räumlichkeiten für die Landesverwaltung in Halle zur Verfügung stehen werden.

Zu 2: Räumliche Überkapazitäten in den landeseigenen Liegenschaften in Dessau und Magdeburg werden nicht erwartet, da bereits absehbar ist, dass diese wiederum mit der Eingliederung von Sonderbehörden, insbesondere der Schulverwaltung, die zurzeit ausschließlich über angemietete Liegenschaften verfügt, belegt werden.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Jeziorsky.

Die **Frage 8** wird vom Abgeordneten Herrn Dr. Thiel gestellt. Es geht um die **Kosten für die Errichtung des Landesverwaltungsamtes**.

Herr Dr. Thiel (PDS):

Wie bei allen Umstrukturierungsprozessen ist davon auszugehen, dass für die Errichtung des Landesverwaltungsamtes per 1. Januar 2004 zunächst einmalig oder punktuell auch dauerhaft zusätzliche finanzielle Mittel erforderlich sind.

Ich frage die Landesregierung:

1. Von welchem finanziellen Aufwand zur Umsetzung der Umstrukturierungsmaßnahmen geht die Landesregierung für das kommende Haushaltsjahr insgesamt aus?
2. Wie setzt sich die Summe anteilig zusammen?

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Die Antwort gibt der Minister Herr Jeziorsky.

Herr Jeziorsky, Minister des Innern:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich beantworte die Kleine Anfrage des Abgeordneten Herrn Dr. Thiel namens der Landesregierung wie folgt.

Zu 1: Der finanzielle Aufwand kann derzeit noch nicht eingeschätzt werden. Neben Erweiterungen der IT-Architektur entstehen zusätzliche Kosten durch Umzüge, Dienstreisen und Geschäftsbedarf. Hinzu kommen die Kosten für Trennungsgeld.

Diesen Kosten stehen jedoch insbesondere Einsparungen von Personalausgaben gegenüber, die nicht nur den MI-Bereich allein, sondern auch den Fachkapitelbereich, vor allem die Umweltverwaltung, betreffen. Es wird eingeschätzt, dass diese Einsparungen höher liegen als die

zunächst entstehenden zusätzlichen Kosten. Darüber hinaus wird es in den Folgejahren zu weiteren Einsparungen kommen.

Zu 2: Die Zusammensetzung dieser Beträge lässt sich derzeit nicht aufschlüsseln.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Jeziorsky.

Die **Frage 9** stellt der Abgeordnete Herr Wulf Gallert. Sie betrifft die **Personalentwicklung beim Aufbau des Landesverwaltungsamts**.

Herr Gallert (PDS):

In der Presse sind wiederholt Äußerungen der Landesregierung zur Personalentwicklung im Zusammenhang mit dem Aufbau des Landesverwaltungsamtes getätigt worden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie entwickelt sich die Personalstärke jeweils in den drei Standorten bis zum 1. Januar 2004?
2. Von welcher Anzahl Beschäftigter der Regierungspräsidien/des Landesverwaltungsamtes geht die Landesregierung aus, die im Zuge der Umstrukturierung, ihrer Aufgabe folgend, an einem neuen Standort/Arbeitsort tätig werden?

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Auch diese Frage wird von Herrn Minister Jeziorsky beantwortet.

Herr Jeziorsky, Minister des Innern:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich beantworte die Kleine Anfrage des Abgeordneten Herrn Gallert namens der Landesregierung wie folgt.

Zu 1: Nach dem gegenwärtigen Stand der Planungen wird in den drei Standorten des Landesverwaltungsamtes nach der Zusammenfassung der Aufgaben am vorgesehenen Standort von folgender Personalstärke einschließlich Fachkapitel ausgegangen: In Halle werden es ca. 11 300, in Magdeburg ca. 180 und in Dessau ca. 240 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sein.

(Herr Dr. Püchel, SPD: 11 000 Beschäftigte?)

- 1 130, es war eine Null zu viel.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Das hätte mich gewundert!)

In diesen Personalzahlen sind allerdings die in der Antwort auf die Kleine Anfrage von Frau Dr. Paschke genannten Sonderbehörden, die in das Landesverwaltungamt integriert werden, nicht erfasst.

Zu 2: Die konkrete Anzahl der Beschäftigten, für die ein Wechsel des Arbeitsortes erforderlich wird, kann noch nicht beziffert werden. Um unnötige Fahrten der Bediensteten zu vermeiden, sollen Bedienstete mit gleicher fachlicher Qualifikation auch über die Organisationseinheiten ausgetauscht werden. Neben den persönlichen Wünschen zum Einsatzort werden im Zweifel auch soziale Kriterien bei der Personalauswahl berücksichtigt werden.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister.

Die **Frage 10** wird von der Abgeordneten Frau von Angern gestellt. Es geht um die **Förderung von Dachverbänden**.

Frau von Angern (PDS):

Der Debattenredner der CDU-Fraktion, Herr Kurze, äußerte in der Landtagssitzung am 13. Juni 2003, Wasserköpfe in der Verbandsarbeit nicht mehr fördern zu wollen. Weiterhin ging es darum, die Mittel direkt nach unten zu geben und keine Zwischeninstanzen finanzieren zu wollen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie ist der Standpunkt der Landesregierung zu dieser Äußerung?
2. Sieht die Landesregierung vor, Dachverbände, wie zum Beispiel den Kinder- und Jugendring, aus der Landesförderung in den nächsten Jahren herauszunehmen?

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Für die Landesregierung arbeitet, Entschuldigung, antwortet Minister Herr Kley.

Herr Kley, Minister für Gesundheit und Soziales:

Meine Damen und Herren! Herr Präsident, selbstverständlich arbeite ich auch für die Landesregierung.

(Heiterkeit bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Das war eine allgemeine Vermutung.

Herr Kley, Minister für Gesundheit und Soziales:

Die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau von Angern beantworte ich wie folgt.

Auch die Dachverbände können sich nicht der schwierigen allgemeinen Haushaltssituation entziehen und müssen zur Konsolidierung des Haushalts beitragen. Genauso, wie innerhalb der Landesregierung jede der wahrgenommenen Aufgaben gründlich beleuchtet wird, werden dies auch die Verbände tun müssen. Sach- und Personalkosteneinsparungen werden bekanntlich innerhalb der Landesregierung in beträchtlichem Masse vorgenommen. So wird es auch bei den geförderten Verbänden geschehen müssen. Derzeit stehen alle Strukturen auf dem Prüfstand, seien es die Hochschulen, die Krankenhäuser oder auch die Verbände.

Mit Wasserköpfen hat Herr Kurze - sofern Sie mir die Interpretation Ihrer Worte erlauben - die bisher von den Verbänden wahrgenommenen Tätigkeiten gemeint, die nicht unmittelbar der Erfüllung von Landesaufgaben dienen.

Schon das Haushaltrecht erlaubt nicht die Finanzierung von Tätigkeiten, die nicht im Landesinteresse stehen. Das knappe Geld soll denjenigen zur Verfügung gestellt werden, die zum Beispiel Kinder- und Jugendarbeit tatsächlich und im originären Sinne betreiben. Das bedeutet nicht, dass das Land auf die Mitarbeit der Dachverbände völlig verzichten kann.

Dem von Ihnen, Frau von Angern, angesprochenen Kinder- und Jugendring bin ich sehr dankbar, dass er für die von ihm betreuten Vereine die Gestaltung der künftigen Förderverträge begleitet und die nicht jedem geläufige Qualitätsdebatte in der Jugendarbeit auch für kleine, auf ehrenamtlicher Struktur beruhende Vereine selbstverständlich macht.

Jedoch ist der Kinder- und Jugendring kein Dachverband in dem Sinne, dass er Fördermittel an die auf diesem Gebiet tätigen Vereine weiterleitet. Wie Sie sicherlich wissen, erfolgt die Jugendförderung im Land Sachsen-Anhalt über die Jugendpauschale, die sich an die örtlichen Träger der Jugendhilfe, die Landkreise und die kreisfreien Städte wendet und dort ausgezahlt wird.

Ein echtes Beispiel für einen Dachverband ist der Landessportbund, der die Mittelverteilung an die Sportvereine im Land vornimmt und in dieser Funktion durch das Land gefördert wird.

Damit zu Ihrer zweiten Frage: Nein, die Landesregierung sieht nicht vor, Dachverbände aus der Landesförderung herauszunehmen. Doch die Verbände werden sich auf Diskussionen über die wahrzunehmenden Tätigkeiten und auf Mittelkürzungen einstellen müssen. Das ist ihnen bereits mitgeteilt worden.

Dabei muss eine abschließende Entscheidung über die Förderhöhe den Haushaltsverhandlungen vorbehalten bleiben und selbstverständlich auch der Entscheidung des Landtages als Gesetzgeber für den Landshaushalt, da die zur Verfügung stehenden Mittel ausgesprochen begrenzt sind und die zu finanzierenden Aufgaben insgesamt betrachtet und gegeneinander abgewogen werden müssen.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank. - Frau von Angern möchte eine Zusatzfrage stellen. Bitte.

Frau von Angern (PDS):

Herr Kley, was verstehen Sie unter den von den Verbänden durchgeföhrten Maßnahmen, die nicht im Landessinne liegen?

Herr Kley, Minister für Gesundheit und Soziales:

Ich will jetzt nichts Konkretes nennen, aber man muss jedes Mal - - Wir sind deswegen dabei, Förderverträge abzuschließen, um mit den zu fördernden Verbänden und Vereinen zu klären, welche Maßnahmen sinnvoll sind und weiterhin wahrgenommen werden müssen. Dafür werden wir dementsprechend bezahlen.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Danke schön.

Die **Frage 11** wird von der Abgeordneten Frau Gudrun Tiedge gestellt. Sie betrifft **Halbtagsregelungen nach Kinderförderungsgesetz - Frage-Antwort-Katalog des Sozialministeriums**. Bitte schön.

Frau Tiedge (PDS):

Dem nunmehr mit Stand vom 2. Juni 2003 aktualisierten Frage-Antwort-Katalog des Sozialministeriums zum Kinderförderungsgesetz ist zu der Frage Nr. 3 auf Seite 10 - „Ist es möglich, die 25 Wochenstunden auf einzelne Tage mit dann mehr als fünf Stunden zu verteilen?“ - eine von der

ursprünglichen Antwort - Stand vom 11. März 2003 - abweichende Interpretation zu entnehmen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Beweggründe hatte die Landesregierung, diese Antwort umzuformulieren, und wie definiert die Landesregierung die Rechtsverbindlichkeit ihrer Interpretationen?
2. Besteht für die Kommunen die Möglichkeit, per Satzung auszuschließen, dass Träger von Kindertageseinrichtungen die 25 Betreuungsstunden pro Woche individuell festlegen?

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Tiedge. - Die Antwort gibt Herr Minister Kley.

Herr Kley, Minister für Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fragen der Abgeordneten Gudrun Tiedge beantworte ich wie folgt.

Zu 1: Beweggrund für die Umformulierung der Antwort war eine durch Anfragen aus der Praxis veranlasste erneute Überprüfung des Regelungsgehaltes der Vorschrift des § 3 Abs. 1 Nr. 2 des Kinderförderungsgesetzes. Der allgemeine Regelungsinhalt des § 3 KiFöG, welcher auf eine Definition des Anspruchs gerichtet ist, deutet darauf hin, dass das Recht, zwischen einer täglich fünfstündigen Betreuung oder einer wöchentlich 25-stündigen Betreuung zu wählen, dem Kind bzw. den Eltern zugeordnet werden sollte.

Gegen eine solche Zuordnung und für die Begründung eines Wahlrechtes aufseiten der Einrichtungsträger spricht jedoch die Absicht des Gesetzgebers, den Einrichtungsträgern eine größere Flexibilität in der Ausgestaltung ihrer Angebote zu ermöglichen. Für diese Zuordnung spricht zudem, dass der Anspruchsgehalt auch über den Begriff des Halbtagsatzes definiert wird. Dieser zielt gemäß § 17 KiFöG wie der Begriff der Öffnungszeit auf eine allgemeine, vom Einzelfall unabhängige Organisationsentscheidung des Trägers, welche allerdings nach § 17 Abs. 1 KiFöG an dem bestehenden Bedarf und dem Votum des Kuratoriums zu orientieren ist.

Vor diesem Hintergrund sprechen überwiegende Gründe dafür, das Recht, zwischen den eingangs genannten Alternativen zu wählen, dem Einrichtungsträger zuzuordnen. Aber durch Festlegung starrer Öffnungszeiten durch die Einrichtungsträger kann sich für die Eltern ein Anspruch auf einen Halb- oder Ganztagsplatz ergeben, wenn diesen kein dem aus ihrer Arbeitszeit folgenden Bedarf entsprechender Halbtagsplatz zur Verfügung gestellt werden kann.

Über die Auslegung des § 3 KiFöG entscheiden allein die Gerichte. Insoweit kommt er Interpretation des Sozialministeriums keine Rechtsverbindlichkeit im eigentlichen Sinne zu.

Zu 2: Rechtsverbindlich können von den Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften keine Maßgaben für die Organisationsentscheidung und Angebotsausgestaltung der freien Träger der öffentlichen Jugendhilfe gesetzt werden. Über die gesetzliche Begrenzung des Betriebskostenerstattungsanspruches der freien Träger gemäß § 11 Abs. 4 KiFöG auf die notwendigen und angemessenen Kosten können sich jedoch Einschränkungen

in tatsächlicher Hinsicht dahin gehend ergeben, wenn die Anpassung der täglichen Betreuungszeit an individuelle Bedarfe mit Mehrkosten verbunden ist.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Kley.

Die **Frage 12** stellt der Abgeordnete Schwenke. Es geht um die **Integration von behinderten Kindern**. Bitte schön.

Herr Schwenke (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch nach dem neuen Kinderförderungsgesetz gehört die Integration von behinderten Kindern zu den Aufgaben von Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Zahl der Kinder mit Behinderungen in Tageseinrichtungen seit 1992, insbesondere seit der Einführung der integrativen Betreuung behinderter Kinder, differenziert nach Geschlecht, entwickelt?
2. Wie viele der behinderten Kinder, die integrativ betreut werden, wären unter Zugrundelegung der Kriterien der Eingliederungshilfe des Bundessozialhilfegesetzes als behindert einzustufen gewesen?

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung antwortet Herr Minister Kley.

Herr Kley, Minister für Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fragen des Abgeordneten Wigbert Schwenke beantworte ich wie folgt.

Zu 1: Die Zahl der behinderten Kinder, die in Tageseinrichtungen außerhalb von sonderpädagogischen Einrichtungen betreut wurden, ist nach einem Rückgang von 907 behinderten Kindern am 1. November 1992 auf 576 Kinder am 1. Januar 1993 nahezu kontinuierlich auf zuletzt 1 728 Kinder angestiegen.

Entsprechendes gilt auch für den Anteil der behinderten Kinder an der Gesamtzahl der in nicht sonderpädagogischen Einrichtungen betreuten Kinder. Dieser Anteil stieg von 0,448 % am 1. Oktober 1993 auf zuletzt 1,593 % an. Abweichungen ergeben sich insoweit für die jeweiligen Werte an den Stichtagen 1. Januar 2002 und 1. Januar 2003, welche unter denen des Jahres 2001 liegen.

Geschlechtsspezifische Angaben über die jeweilige Anzahl behinderter Kinder, die in Tageseinrichtungen außerhalb sonderpädagogischer Einrichtungen betreut worden sind, liegen nicht vor.

Zu Ihrer zweiten Frage. Als so genannte Regelkinder wurden und werden auch Kinder des Personenkreises nach § 39 Abs. 1 Satz 1 BSHG, also Personen, die durch eine Behinderung wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzunehmen, eingeschränkt oder von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht sind, in Kindertageseinrichtungen betreut, wenn und soweit deren Eingliederungsbedarf durch ambulante Maßnahmen gedeckt werden kann. Deren Zahl wird und wurde in der Jahresstatistik des Landesjugendamtes nicht gesondert erfasst.

Mit In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege wurden mit Stand vom 31. März 2003 1 731 Kinder in integrativen Tageseinrichtungen in der sachlichen Zuständigkeit des überörtlichen Sozialhilfeträgers betreut.

In den von den Amtsärzten gefertigten sozialmedizinischen Stellungnahmen wurde festgestellt, dass es sich hierbei in allen Fällen um behinderte bzw. von Behinderung bedrohte Kinder im Sinne des § 39 Abs. 1 Satz 1 BSHG handelt. Darüber hinaus wurde ebenfalls festgestellt, dass diese Kinder der Förderung in einer teilstationären Einrichtung bedürfen, was nach den Vorschriften des Kinderbetreuungsgesetzes insoweit ausreichend war.

Nach § 8 Abs. 2 des Kinderförderungsgesetzes ist jedoch nunmehr der individuelle Hilfebedarf in seinem konkreten zeitlichen und qualitativen Umfang festzustellen. Im Rahmen dieser Ermittlung ist es nicht ausgeschlossen, dass in Einzelfällen festgestellt wird, dass die individuell erforderliche und zielgerichtete Eingliederungshilfe durch ambulante Maßnahmen sichergestellt werden kann. Darüber, ob und in welchem Umfang das der Fall sein wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage getroffen werden.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Kley.

Die **Frage 13** und damit letzte Frage wird vom Abgeordneten Markus Kurze gestellt. Sie betrifft **integrative Kindertageseinrichtungen**.

Herr Kurze (CDU):

Aufgabe von Tageseinrichtungen und Tagespflegestellen ist nach dem Kinderförderungsgesetz auch die Integration von Kindern mit Behinderungen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie erklärt die Landesregierung die seit der Einführung der integrativen Betreuung behinderter Kinder zu verzeichnende Entwicklung der Zahl der Kinder mit Behinderungen in Tageseinrichtungen Sachsen-Anhalts und entspricht diese Entwicklung derjenigen in den anderen Bundesländern?
2. Handelt es sich bei den in Sachsen-Anhalt vorhandenen integrativen Kindertageseinrichtungen in Gänze um integrative Einrichtungen oder zeigt sich im Rahmen der Umsetzung des Kinderförderungsgesetzes, dass Teile dieser Einrichtungen bei näherer Betrachtung als besondere Einrichtungen im Sinne des § 5 Abs. 3 des Gesetzes zur Förderung und Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten in der bis zum In-Kraft-Treten des Kinderförderungsgesetzes geltenden Fassung zu bezeichnen gewesen wären?

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Für die Landesregierung antwortet Herr Minister Kley.

Herr Kley, Minister für Gesundheit und Soziales:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Frage des Abgeordneten Markus Kurze beantworte ich wie folgt.

Zu 1: Der Anstieg der Zahl der integrativ betreuten behinderten Kinder wurde wesentlich mitbestimmt durch die Entwicklung der Zahl der sonderpädagogisch versorgten Kinder. Wurden am 1. November 1994 noch 600 Kinder sonderpädagogisch betreut, waren es am 31. Dezember 1995 465, am 1. Januar 1997 414 und am 1. Januar 1998 noch 318 behinderte Kinder. Mit Stichtag 1. Januar 1999 wurden schließlich noch 131 und am 1. Januar 2000 nur noch 17 behinderte Kinder sonderpädagogisch betreut. Für die Stichtage 1. Januar 2001, 1. Januar 2002 und 1. Januar 2003 weist die Statistik des Landesjugendamtes keine sonderpädagogischen Einrichtungen und dort betreute behinderte Kinder aus.

Der gegenüber dem Jahr 2001 geringere Anteil der behinderten Kinder an der Gesamtzahl der in Tageseinrichtungen betreuten Kinder am 1. Januar 2002 und am 1. Januar 2003 ist durch die Überführung der Horte nach dem Hortgesetz in die Zuständigkeit der Jugendhilfe und den damit verbundenen Anstieg der Zahl der Hortkinder zu erklären, von denen nur ein relativ geringer Teil zu den Kindern mit Behinderung zu zählen ist.

Welche weiteren Faktoren neben der Veränderung der Struktur der sonderpädagogischen Betreuung den Anstieg der Zahl der integrativ betreuten Kinder bedingte, kann anhand der vorliegenden Daten nicht eingeschätzt werden. Verlässliche Daten über die Entwicklung der integrativen Tagesbetreuung in anderen Bundesländern liegen der Landesregierung nicht vor.

Zu 2: Die integrative Betreuung behinderter Kinder erfolgte bislang in der Form der Einzelintegration, in der Form der gemeinsamen Betreuung behinderter und nichtbehinderter Kinder in der Gruppe. Zur Gewährleistung einer gezielten Förderung wurden Kinder mit besonderem Förderbedarf auch in temporären Sondergruppen betreut. Auch diese Betreuungsform war jedoch als integrative Tagesbetreuung einzustufen. Entsprechendes gilt für Tageseinrichtungen, in denen aus Gründen der notwendigen Bedarfsdeckung ein verhältnismäßig hoher Anteil an Plätzen von Kindern mit Behinderung belegt worden ist.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Kley. - Damit ist die Fragestunde abgeschlossen.

Ich darf nunmehr Studentinnen und Studenten der Fachhochschule der Polizei Aschersleben auf der Tribüne begrüßen.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Meine Damen und Herren! Vereinbarungsgemäß rufe ich den **Tagesordnungspunkt 11** auf.

Beratung

Vollzug des laufenden Haushaltjahres 2003

Antrag der Fraktion der SPD - **Drs. 4/850**

Einbringer ist der Abgeordnete Herr Bullerjahn. Bitte sehr.

Herr Bullerjahn (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich sehe Ihnen schon richtig an, wie Sie um diese Uhrzeit auf eine Haushaltsdebatte warten.

(Zuruf von Frau Fischer, Merseburg, CDU)

In Anbetracht dessen, dass wir die große Haushaltsdebatte im September führen und ich gehört habe, dass der Antrag eine Mehrheit finden könnte, würde ich mich in meiner heutigen Rede auf den Vollzug konzentrieren wollen. Sonst ließe sich sicherlich um diesen Vollzug herum noch so manches sagen.

Der Antrag selber - ich denke, wir haben ihn sehr sachlich gehalten - fordert die Landesregierung auf - ich werde Ihnen im Einzelnen gleich sagen, warum -, neben der Haushaltsvorlage - ich denke dabei an den Monat September - eine Vorlage mit auf den Tisch zu legen, in der der Mittelabfluss im September nicht nur zahlenmäßig, sondern auch inhaltlich, also erläuternd, dargestellt wird - nicht weil wir meinen, die Landesregierung hätte mit dem Haushalt nicht schon genug zu tun, sondern weil ich denke, dass die Haushaltsberatungen insgesamt einfacher verlaufen könnten. Ich erinnere nur an die ganze Diskussion um die Titelgruppe 96. Hätten wir da eine etwas andere Vorlage gehabt, hätten wir uns wahrscheinlich einen ganzen Tag an Haushaltsberatungen sparen können. Das ist das, was ich meine.

Ich beziehe mich in dem Antrag auf die Vorlage der Landesregierung zum Mittelabfluss im Juni, die den Ausschussmitgliedern vorliegt. Ich sage das deshalb, weil viele Abgeordnete diese Vorlage gar nicht kennen. In der Vorlage gab es einige Zahlen, die hier erläutert werden müssten, zumindest aber dann im September bei der Haushaltseinbringung.

Ich sage auch vorweg: Es gibt Dinge, die sind objektiv durch nichts zu beeinflussen. Jede Landesregierung und jeder Finanzminister hätten mit solchen Problemen zu tun. Es gibt aber auch Dinge, die ein Ergebnis der Haushaltsberatung und der Beschlüsse der Landesregierung vom letzten Jahr sind; über diese ist zu reden.

Ich will das chronologisch machen und beginne mit der Hauptgruppe Null, mit den Steuern. Hierbei ist festzustellen, dass die Einnahmen gegenüber den Vorjahren um 5 bis 7 % abgesenkt sind. Das kann man aber niemandem vorwerfen. Ich will nur hier gern die Gelegenheit zum Anlass nehmen, zwei Punkte zu klären.

Zum einen ist da diese ominöse Zahl 476, die ich immer wieder in der Zeitung lese. Es ist sehr schön, dass Finanzpolitiker dem Rest der Welt sozusagen das Ganze so erklären, dass es keiner versteht, denn das gibt dem Ganzen so einen unheimlichen Touch.

Festzustellen ist aber ganz nüchtern: Die Steuern wachsen; sie wachsen trotz der Steuerschätzung. Richtig ist aber auch, dass sie nicht so wachsen, wie es sich die Landesregierung bei der letzten mittelfristigen Finanzplanung vorgestellt hat.

Nun weiß ich auch, dass die mittelfristige Finanzplanung sich immer an das hält, was die Planungen der Steuerschätzer ergeben. Aber es gab auch schon Landesregierungen, die haben aufgrund der sehr abweichenden realen Zahlen noch nachgesteuert. So macht es doch auch keinen Sinn, in die mittelfristige Finanzplanung einen Wert hineinzuschreiben, den man hinterher um 400 bis 500 Millionen € korrigieren muss. Das irritiert auch die

eigene Mehrheit, die sich jedes Mal fragt, woher das Problem kommt.

Punkt 1. Eine interessante Frage, die immer wieder gestellt wird, ist die, wie die SPD zum Beispiel bei einer Steuerreform die Finanzierung mit absichern würde. Dazu sage ich ganz klar, ich gehe davon aus, dass die Landesregierung die Nettoneuverschuldung noch halbiieren will. Ich habe jedenfalls nichts Gegenteiliges gehört, bis auf den Satz von Herrn Paqué: Wir bleiben unter einer Milliarde.

Ich gehe einmal davon aus: Das war nicht ganz ernst gemeint, Herr Professor Paqué.

(Zurufe von Herrn Dr. Püchel, SPD, und von Herrn Gallert, PDS)

Aber ich habe in den letzten Tagen gelernt, dass vor lauter Not in mancher Pressemitteilung das immer wieder auftaucht, was man hinterher einfängt. Das kenne ich auch; aber man darf nicht solche Ausschläge haben, die zwischen einer Halbierung und 1 Milliarde € liegen, also schlappe 600 bis 700 Millionen €

Nun könnte man, wenn die Landesregierung das Ziel immer noch hat - da wäre die SPD sicherlich dabei -, darüber reden, die eine Hälfte dieser Mindereinnahmen durch die Nettoneuverschuldung aufzufangen und die andere Hälfte bei Punkten einzusparen wie dem KiBeG, wie wir es voriges Jahr bewiesen haben, um gemeinsam zu realisieren, dass auch ein Land wie Sachsen-Anhalt seinen Beitrag bei einer solchen Steuerreform leistet.

Deswegen nützt es nichts, wenn Sie jetzt Kollegen, die nicht vom Fach sind, in dieser Frage jagen. - Wir werden darauf schon Antworten wissen, aber zuallererst werden Sie einmal eine Vorlage auf den Tisch legen, die das mit beinhaltet, Herr Scharf.

(Zustimmung bei der SPD - Herr Scharf, CDU, lacht)

Punkt 2 sind die eigenen Einnahmen. Das ist ein Punkt, den Sie sich zum Teil selber als Problem geschaffen haben. Ich erinnere nur an den Altlastenfonds. Herr Professor Paqué, Sie sind wahrscheinlich jetzt der Einzige in Sachsen-Anhalt, der das als Beleihung sieht und nicht als Anrechnung auf die Nettoneuverschuldung. Selbst der Rechnungshof, der Ihnen einmal genehm ist und einmal weniger genehm ist - aber das Genehmsein wird abnehmen, denke ich -,

(Frau Budde, SPD, lacht)

hat das in seiner Tabelle ganz trocken auf die Nettoneuverschuldung gepackt, genau so, wie wir es diskutiert haben.

Daran werden Sie nichts ändern. Es ist nur Ihr Problem für den nächsten Haushalt 2004; es sei denn, Sie werden noch einmal eine Beleihung machen. Ich habe aber Ihr Wort im Ausschuss: Sie wollen das nicht mehr tun. Ich gehe einmal davon aus.

Der dritte Punkt ist die Privatisierung. Sie haben damals von rund 100 Millionen € erzählt. Sie wollen Verkaufserlöse, Privatisierungserlöse erzielen.

Ich habe dazu viele Kleine Anfragen gestellt. Die Antworten sind von sehr unterschiedlicher Qualität, je nachdem, welches Haus die Fragen beantwortet hat. Im Ergebnis ähneln sie sich aber; denn Sie haben in keiner Antwort festgestellt, dass Sie eine Lösung haben, geschweige denn Einnahmen verbuchen können.

Wahrscheinlich im Vorgriff auf die heutige Debatte habe ich vorgestern im Radio gehört, dass Sie mit der Glasmanufaktur Derenburg in Verhandlungen stehen und Interessenten hätten. - Das steht aber auch schon in der Antwort auf die Kleine Anfrage. Ich gehe davon aus, dass Sie das Ganze ein bisschen begleiten wollen.

Letztlich ist die Frage, woher die Erlöse kommen, unabhängig davon, ob man zur Privatisierung steht oder nicht, eine inhaltliche Frage, die vor allen Dingen in den Fachausschüssen diskutiert werden muss. Bis jetzt ist nichts zu sehen. Bei der Hauptgruppe 1 war Ende Mai eine Einnahmequote von 17,7 % zu verzeichnen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Ist das normal?)

- Das war in den letzten Jahren mitnichten so, sondern es war wesentlich mehr. Das ist einer der Punkte, Herr Minister Paqué, den Sie sich selbst eingebrockt haben. Ich sage es deshalb so ausführlich, weil Sie sich davor hüten sollten, wenn Sie das schon in diesem Jahr nicht hinkriegen, Ihre Probleme im nächsten Jahr wieder so, in gleicher Art und Weise, mit der gleichen Verschuldung zu lösen.

Hauptgruppe 3 - Einnahmen von Dritten. Wir erinnern uns vielleicht an die Diskussion im Finanzausschuss über die EU-Mittel. Dort fehlten Ende des Jahres wohl rund 200 Millionen €. Es wurde uns damals erzählt, das habe mit Überweisungsproblemen zu tun und die Einnahmen würden noch verbucht. Mittlerweile kann man, wenn man die Vorlage der Regierung liest, feststellen - ich bleibe bei den Zahlen des Jahres 2003; das ist besser vergleichbar -, dass von über 600 Millionen € bisher ganze 800 000 € eingegangen sind. Das entspricht etwas weniger als 0,1 %.

Nicht dass ich das jetzt an die Wand malen wollte, aber daraus entsteht für Sie natürlich ein Problem auf der Ausgabenseite; denn Sie haben schon im Vorgriff auf diese Einnahmen Ausgaben getätigt. Ich habe in den Zahlen erkennen können, wie Sie die getätigt haben, indem Sie nämlich die komplette Nettoneuverschuldung plus Kassenkredite schon völlig ausgeschöpft haben; Sie liegen hierbei bei 110 %. Auch das ist etwas völlig Neues gegenüber den letzten Jahren. Sie müssen sich etwas einfallen lassen, wie Sie das in den Griff kriegen wollen.

Ich sage einmal, es liegt ein Einnahmedefizit von rund 200 Millionen € vor. Wenn Mittelabflusslisten überhaupt einen Sinn machen, dann den, dass man bei solchen gravierenden Veränderungen nachfragt, wie die Ausfälle beseitigt werden sollen. Es kann schließlich nicht allein die Feststellung greifen, dass wir das Problem, dass die EU-Mittel nicht hereinkommen, im September immer noch haben. Sie bekommen auf der Ausgabenseite ein immer größeres Problem.

Ich unterscheide also schon zwischen den Problemen, die hausgemacht sind, und den Problemen, die vielleicht auch andere zu verantworten haben. Zumaldest muss man aber darüber reden.

Zur Hauptgruppe 4 - Personalausgaben. Da musste ich schmunzeln. Ich bekam zum Vollzug in dieser Hauptgruppe die Frage gestellt: Sag mal, wieso sind die so viel besser als wir? - Ich bin beim ersten Lesen auch ins Bockshorn gejagt worden, beim zweiten Hingucken war mir aber klar, dass das genau das ist, was ich voriges Jahr hier gesagt habe. Das sind nämlich die Personal-

stellen, die aus den Unis herausgenommen wurden und im Vollzug nicht mehr erscheinen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Das Gleiche wie im Herbst!)

Das liest sich natürlich unheimlich toll. Es wäre aber schön, wenn Sie dazu ein Sternchen in die Mittelabflussliste machen würden, was denn diese Stellen in den Budgets kosten würden - das muss nicht jeden Monat sein, aber vielleicht quartalsweise. Nur dann ergeben diese ganzen Aussagen einen Sinn.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Haushaltsklarheit, Haushaltswahrheit!)

Weil ich weiß, Herr Paqué, dass das jetzt nicht kommen wird, werden wir natürlich in den Haushaltsberatungen versuchen, und zwar ohne Kleine Anfragen, die gesamten Personalkosten herauszukriegen, nämlich die aus den Stellenplänen, Titelgruppen und was es sonst noch alles für Möglichkeiten gibt.

Ich lasse jetzt einmal die Hauptgruppen 6 und 7 weg.

Insgesamt, das habe ich schon erwähnt, haben Sie ein Problem von ca. 200 Millionen €. Das ist bezogen auf den Gesamthaushalt und die Laufzeit nicht sonderlich problematisch, es ist nur problematisch in Einzelfällen, und auf die muss man dann eingehen.

Ich sage Ihnen noch eines. Sie haben natürlich noch weitere Probleme im Vollzug, die auch nicht so neu sind. Das ist die Frage der globalen Minderausgabe oder die Frage, wie Sie mit dem Personalkostenansatz im Zusammenhang mit den Tarifsteigerungen hinkommen, wie Sie zum Beispiel mit den Beamten- und Angestelltenstellen bei den Lehrern hinkommen.

Sie haben, wenn ich mich richtig erinnere, in diesem Bereich knapp 8 000 Beamtenstellen ausgewiesen. Ich habe aber gelesen und gehört von Ihnen, dass Sie vorhaben, insgesamt nur 2 500 Lehrer zu verbeamten. Das hat etwas mit Geld zu tun und hat Auswirkungen auf den Landeshaushalt.

All diese Fragen, Herr Professor Paqué, sollten wir diskutieren. Vielleicht können wir dann auch die Mittelabflusslisten gemeinsam weiter qualifizieren, sodass diese dann aussagekräftiger werden.

Sie wissen genauso gut wie ich - im Moment wahrscheinlich noch viel besser als ich -, dass Ihre Probleme nicht auf den Haushalt 2003 beschränkt sind, sondern dass die Probleme schnurstracks in die Diskussion über den Haushalt 2004 wandern. Es wäre gut, für Sie, für uns alle im Landtag und für den Haushalt, wenn wir zumindest die Probleme des Haushaltes 2003 gemeinsam diskutieren und vielleicht auch in den Griff bekommen, damit die Probleme im Jahr 2004, die wahrscheinlich schon groß genug sind, wenn die Neuverschuldung die Milliardengrenze übersteigt, nicht irgendwann zu groß werden. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU, bei der PDS und von der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Abgeordneter Bullerjahn. - Wir treten in die Debatte ein. Als Erster hat für die Landesregierung Herr Minister Professor Dr. Paqué um das Wort gebeten.

Herr Prof. Dr. Paqué, Minister der Finanzen:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Herr Bullerjahn, das war ein guter Prolog zu dem, was wir im Finanzausschuss und in den Haushaltsberatungen im Herbst zu besprechen haben werden.

Es steht völlig außer Zweifel, dass Sie ein Haushaltssachmann sind, der sich in diese Details reinkniet. Wir werden das alles besprechen. Ich glaube aber nicht, dass es sinnvoll ist, zum jetzigen Zeitpunkt den Landtag mit Details des Haushaltsvollzugs zu langweilen, mit Ausnahme einiger zentraler Punkte, auf die ich hier eingehen will.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Wieso? Sie langweilen keinen damit! Wir sind interessiert!)

- Herr Dr. Püchel, fragen Sie einmal Ihre Kolleginnen und Kollegen. Ich bin nicht so sicher.

(Lachen bei der SPD - Zurufe von der SPD: Doch, doch!)

Wenn wir die Diskussionen, die wir im Finanzausschuss zu führen haben, in das Plenum verlagern würden, würde die Debatte unnötig mit technischen Details beladen werden und sich verlängern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Vollzug des Haushaltplanes 2003 wird entscheidend geprägt von den prognostizierten Steuermindereinnahmen. Die liegen für das laufende Jahr bei 150 bis 180 Millionen €. Ansonsten weist die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben keine wesentlichen Besonderheiten auf, die im Blick auf den weiteren Vollzug Anlass zur Sorge böten.

Ich weise jedoch ausdrücklich darauf hin, dass sich heute, nachdem erst die Hälfte des Haushaltjahres abgelaufen ist, natürlich noch keine belastbaren Aussagen über die weitere Entwicklung treffen lassen. Naturgemäß werden insbesondere Investitionsausgaben überwiegend in der zweiten Jahreshälfte geleistet. Das ist etwas, das wir seit Jahren beobachten. Das hängt mit dem Verabschiedungs- und Genehmigungszyklus der Haushalte zusammen.

Im Mai habe ich eine qualifizierte Haushaltssperre verhängt, nach der alle nicht auf Rechtsverpflichtungen beruhenden und nicht der Drittmittelbindung dienenden Ausgabenansätze zu 5 % gesperrt sind. Die Haushaltssperre wird es uns ermöglichen, die Einsparungen, die aufgrund der Steuermindereinnahmen nötig sind, zu erwirtschaften.

Im Bereich der Personalausgaben wird durch die konsequente Umsetzung des Personalabbaukonzeptes die im Plan veranschlagte globale Minderausgabe mit hoher Wahrscheinlichkeit erwirtschaftet werden können. Inzwischen ist es uns gelungen, die Titelgruppe 96 mit konkreten Stellenabgängen für das Jahr 2004 auch monetär weitgehend zu ersetzen. Damit ist in einem ganz wichtigen Kernbereich der planmäßige Vollzug einigermaßen sichergestellt. Da die jüngsten Meldungen aus den Ressorts noch der Aufarbeitung bedürfen, werde ich im Einzelnen erst in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen berichten können.

Im Bereich der Investitionsausgaben wurden bisher 28 % der vorgesehenen Ausgaben geleistet. Ich weise darauf hin, dass das in den Vorjahren in ganz ähnlicher

Größenordnung lag. Insofern gibt es keine wesentliche Veränderung. Allerdings sagen wir ganz klar: Wir sind mit dieser Quote nicht wirklich zufrieden; wir würden gern mehr sehen. Wir werden - das machen wir auch bereits - vonseiten der Landesregierung alles tun, um gerade auch im Bereich der Genehmigung der kommunalen Haushalte, die für den Abfluss der Investitionen von größter Bedeutung sind, die Dinge möglichst zu beschleunigen.

Gleichwohl ist es wichtig festzustellen, dass wir keine außergewöhnliche Situation haben, sondern eine Situation, die wir eigentlich strukturell auch aus den vorangegangenen Jahren kennen. Man muss sich generell die Frage stellen, ob man nicht noch mehr Druck in das System hineinbekommen kann, auch was die Umsetzung und Genehmigung der Haushalte betrifft.

Diese Frage musste sich die vorherige Regierung stellen und die müssen natürlich auch wir uns stellen, wobei wir uns bewusst sind, dass die Kommunen in einer außerordentlich schwierigen finanziellen Situation sind, im Übrigen genauso wie das Land.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushaltssatz 2003 bedeutet einen enormen Schritt in Richtung Konsolidierung und nachhaltiger Finanzpolitik. Es zeichnet sich ab, dass die grundlegenden Annahmen dieses Haushaltes im Vollzug bestätigt werden. Ich muss sagen, das ist etwas, das bei der Vorgängerregierung gerade gegen Ende ihrer Amtszeit keineswegs der Fall war. Hierbei sind wir durchaus auf der soliden Seite angelangt.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Oh!)

Das bitte ich Sie, lieber Herr Dr. Püchel und lieber Herr Bullerjahn, auch zur Kenntnis zu nehmen. Wir werden die Einzelheiten selbstverständlich in den zuständigen Ausschüssen, vor allen Dingen im Finanzausschuss, besprechen. - Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Minister Paqué. - Für die PDS-Fraktion ertheile ich dem Abgeordneten Herrn Gallert das Wort. Bitte sehr.

Herr Gallert (PDS):

Frau Präsidentin! Verehrte Abgeordnete! Herr Paqué, wenn Sie mit der gleichen Leidenschaft wie bei wirtschaftspolitischen Themen hier auch einmal den Haushaltspolitiker demonstrativ präsentieren würden, dann wäre mir manchmal ein wenig wohler. Ich habe immer noch den Eindruck, dass Ihnen Ihre Funktion ein sehr ungeliebtes Kind ist. Die Leidenschaft, die Sie in den Beitrag eben hineingelegt haben, scheint das leider wieder zu bestätigen.

Ich möchte zu dem Antrag Folgendes sagen: Natürlich ist es wichtig, dass wir uns zu Beginn der Beratung über den Landeshaushalt 2004 den Vollzug des Haushaltes 2003 anschauen, soweit das möglich ist. Er wird im Wesentlichen die Bewertungsbasis des Haushaltsentwurfes der Landesregierung sein: Wie belastbar sind die Angaben, die darin stehen? Sind Sie wirklich die Datengrundlage, von der wir ausgehen können, zumindest in den Bereichen, die wir selbst nicht beeinflussen können, also die Einnahmenentwicklung und die Ausgabenentwicklung im Bereich der Rechtsverpflichtungen?

Was können wir bisher sehen? - Dazu ziehe ich die Informationen zu dem Haushaltsvollzug bis zum 31. Mai 2003 heran. Da könnte man jetzt sagen, die eigenen Einnahmen sind bei dem, was man sich für das ganze Jahr vorgenommen hat, bei 17,7 % angelangt. Da könnte man jetzt sagen, das ist viel zu niedrig. Man könnte sagen, die eigenen Einnahmen sind also in diesem Landeshaushalt viel zu hoch veranschlagt worden. Möglicherweise spiegelt sich hier eine Überveranschlagung bei Privatisierungsgewinnen wider.

Das eigentliche Problem bei der Überlegung ist nur, dass sich der Landtag mit solchen Vorwürfen - ich nenne noch zwei, drei andere in ähnlichen Kategorien - wahrscheinlich schon seit 1990 beschäftigt hat. Ich kenne diese Vorwürfe seit 1994. - Herr Böhmer, Sie nicken. Sie wissen, es ist immer die Rolle der Opposition gewesen, sich darüber aufzuregen, dass die eigenen Einnahmen nicht kommen, dass die Personalkosten zu hoch und die Investitionen zu niedrig sind.

Nun sehen wir, dass der Minister diese Entwicklung für das Jahr 2003 ausdrücklich verteidigt hat, sie in die Kontinuität der Vorgängerregierung gestellt hat und damit wohl der Meinung war, man solle es nicht kritisieren. Möglicherweise hat die Kritik in allen drei Punkten tatsächlich einen sinkenden Unterhaltungswert. Möglicherweise sollten wir sie wirklich unterlassen.

Ich verstehe aber sehr wohl das Ansinnen der SPD-Fraktion, auf diese Kritikpunkte noch einmal hinzuweisen; denn das erste halbe Jahr dieser Legislaturperiode ist genau von solchen Vorwürfen Ihrerseits, Herr Paqué, geprägt gewesen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Ständig!)

Sie konnten es sich auch in Ihrer Rede wieder nicht verkneifen zu sagen: Wir sind grundsolide. Die Vorgängerregierung hat das alles nicht richtig berechnet. - Ich hätte an Ihrer Stelle den Mund nicht so voll genommen.

(Beifall bei der PDS und bei der SPD)

Wer bei den eigenen Einnahmen am 31. Mai bei 17,7 % liegt, der sollte nicht so mutig sein, wirklich nicht.

Es ist bei der Betrachtung der Einnahmesituation auffällig, dass per 31. Mai von den seitens der EU immerhin veranschlagten 672 Millionen € so gut wie überhaupt noch nichts geflossen ist. Es waren lediglich 808 000 €. Dann ist auch klar, dass wir schon jetzt, zu diesem Zeitpunkt des Jahres die gesamte Kreditaufnahme, die in dem Haushalt 2003 bewilligt worden ist, verbraucht haben.

Nun könnte man ja sagen, gut, die anderen Einnahmen kommen später. Wir halten den Rahmen trotzdem ein. Das werden wir sehen. Eines bleibt aber: Je früher ich einen Kredit aufnehme, umso länger und umso früher werden die Zinsen fällig. Deshalb ist das eine Situation, die man zumindest kritisch anmerken sollte.

Im Ausgabenbereich werden wir sehen, wie es mit den Personalausgaben ausschaut. Dabei ist auffällig, dass die Investitionen niedriger sind. Ich sage hier aber ausdrücklich: Eine Pauschakkritik ob des zu geringen Abflusses von Investitionsmitteln wird die PDS nicht äußern. Sie hat sich in der letzten Legislaturperiode gegen eine solche Pauschakkritik seitens der CDU immer zur Wehr gesetzt, weil wir mit einem solchen blinden Druck auf Haushaltsparameter auch einen Haufen Blödsinn machen können.

Wer immer nur danach schaut, die Investitionsquote so hoch wie möglich zu halten und hierfür so viel Geld wie möglich auszugeben, der gibt natürlich auch Geld für falsche Vorhaben aus. Deswegen werden wir diesen Vorwurf Ihnen gegenüber nicht erheben.

Man dürfte allerdings auch einmal erwarten, dass Sie sagen: Möglicherweise war es auch von uns falsch, diesen Vorwurf zu Beginn dieser Legislaturperiode gegenüber unseren Vorgängern erhoben zu haben. - So ehrlich könnte man durchaus sein.

Ansonsten befürwortet die PDS den Antrag der SPD-Fraktion. Er mag die Datengrundlage für die Haushaltsberatungen des Haushaltsjahres 2004 ein wenig stabilisieren. Wir sagen aber auch ausdrücklich: Die aufgeregt Diskussionen, die man im Normalfall von einer politischen Debatte darüber erwartet, werden wir nicht führen. Dazu haben wir zumindest einmal zu viel die Rollen gewechselt. - Danke.

(Beifall bei der PDS und bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Gallert. - Ich habe jetzt die Freude, auf der Tribüne den König, die Königin und Sonstige, nämlich die Schülerinnen und Schüler der Schachschule Ströbeck zu begrüßen.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich rufe für die CDU-Fraktion den Abgeordneten Herrn Maertens auf. Herr Maertens, Sie haben das Wort.

Herr Maertens (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr verehrte Damen und Herren! Herr Gallert, ich bin auch kein Freund von aufgeregt Debatten. Der Antrag, der uns hier zur Entscheidung vorliegt, beschreibt ja auch einen Zustand, der nicht neu ist, sondern eigentlich Routine ist; denn der Zusammenhang zwischen dem aktuellen Haushalt, den wir gerade abarbeiten, und dem Haushalt 2004 wird denjenigen, die Herrn Bullerjahn, Herrn Gallert und auch dem Herrn Minister aufmerksam zugehört haben, auch klar sein.

Es liegt in der Natur der Sache, dass sich ein Haushalt in allen wesentlichen Positionen anlehnt an den Haushalt des Vorjahrs. Das funktioniert allerdings nur dann, wenn man sicher sein kann, dass in diesem Haushalt die Risiken im Griff sind und dass der Soll-Ist-Vergleich eine verlässliche Information darüber gibt, dass der Haushaltplan einigermaßen real aufgestellt worden ist. Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben - darüber haben wir ja hier einiges gehört - verschafft dann einen verlässlichen Überblick über die Richtigkeit der Planansätze.

Herr Bullerjahn, ich glaube nicht, dass Sie erwarten, dass ich an dieser Stelle auf Ihre Analyse eingehe. Das können wir später in den Ausschüssen machen, wenn wir über den Haushalt beraten.

Insofern komme ich zurück auf das, was ich eingangs sagte. Das Verfahren, das Sie hier vorschlagen, ist methodisch richtig. Es ist vernünftig und es führt zu Ergebnissen, die auch wir uns wünschen. Deshalb meine ich, dass die CDU-Fraktion diesem Antrag zustimmen kann. - Vielen Dank.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Wunderbar!)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Vielen Dank, Herr Maertens. - Für die FDP-Fraktion wird die Abgeordnete Frau Dr. Hüskens sprechen. Bitte sehr.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Bullerjahn, Sie haben mich mit dem Gegenstand Ihrer Ausführungen gerade sehr beruhigt; denn als ich Ihren Antrag vor ein paar Tagen auf den Tisch bekommen habe, habe ich gedacht: Mein Gott, was sagst du dazu?

Der Antrag ist völlig berechtigt. Haushaltsberatungen werden leichter, wenn man gute Informationen über den Mittelabfluss hat. Herr Maertens hat es vorhin noch einmal dargestellt. Der Mittelabfluss eines Jahres bietet uns Abgeordneten eine der wenigen gut greifbaren und nachvollziehbaren Parameter, an denen wir bewerten können, ob die Haushaltshaufstellung für das nächste Jahr realistisch ist. Deshalb gilt auch für die FDP: Wir werden dem Antrag, den Sie hier gestellt haben, zustimmen.

Zu dem anderen hat Herr Paqué mehr oder weniger etwas ausgeführt.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Weniger!)

- Herr Dr. Püchel sagt weniger; ich sage mehr.

(Frau Dr. Kuppe, SPD, lacht)

Ich denke, dass wir die einzelnen Auswertungen dann vornehmen werden, wenn die Abflusslisten vorliegen; denn ich glaube nicht, dass es ungeheuer viel Sinn macht, jetzt im Hinblick auf den Haushalt schon einmal zu orakeln, ob die Mittelabflusslisten, wenn sie denn im September vorliegen, den einen oder anderen bestätigen. Das werden wir sehen; darüber diskutieren wir dann. - Ich danke Ihnen.

(Zustimmung bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Frau Dr. Hüskens. - Herr Abgeordneter Bullerjahn, Sie haben noch einmal zur Erwiderung das Wort.

Herr Bullerjahn (SPD):

Bei so viel Einigkeit überlegt man, ob man den Antrag falsch geschrieben hat.

(Heiterkeit - Zuruf von Herrn Scharf, CDU - Unruhe)

Nun gehen wir gemeinsam durchs Ziel. Es ist aber die Frage, ob wir hinterher auch in die gleiche Kabine gehen, wenn wir wissen, dass wir am Ziel sind.

(Unruhe)

Denn die Frage wird sein, Frau Dr. Hüskens, ob wir auch zu den gleichen Schlussfolgerungen kommen. Die Feststellung, dass vielleicht etwas falsch veranschlagt wurde, wird uns möglicherweise dazu bewegen zu sagen: Macht es bitte anders. - Ich könnte mir vorstellen, dass Sie wie im letzten Jahr das Ergebnis der Analyse teilen, bloß bei den Beschlüssen hapert es dann ein bisschen. Deswegen wäre ich froh, wenn wir dann auch bei diesen Dingen Gemeinsamkeit demonstrieren können.

Ich möchte das bitte so verstanden wissen, dass wir nicht ein reines Zahlenwerk durchgehen, sondern dass wir bestimmte Punkte unaufgeregt, wie das heute von allen gesagt wurde, analytisch betrachten, vielleicht auch im Zusammenhang mit den weiteren Entwicklungen in dieser Wahlperiode. Das ist doch der Sinn.

Herr Professor Paqué, einen Wunsch hätte ich vorhin fast geäußert: Sehen Sie nicht in Ihr Redemanuskript. Es begann so gut. Sie sind dann wieder auf die gleichen Floskeln ausgewichen, die Sie seit Wochen vor sich hertragen. Ich weiß, bei solchen Sachen ist man manchmal unter Druck und in Not und muss hier durchkommen. Aber das, was Sie darstellen wollen, dass alles Klasse ist und dass wir eigentlich gar kein Problem haben, kann ich so nicht unterschreiben, unabhängig von dem Antrag.

Sie stellen sich hin und tragen weiße Salbe auf, mal mehr, mal weniger. Mal sind wir es. Detlef Gürth hat vorhin erzählt, das Elend in der Wirtschaftspolitik besteht aus einem einzigen Grund: weil wir einen solchen Scherbenhaufen hinterlassen hätten.

Ich kann die Zahlen wiederholen: Die CDU und die FDP haben in fünf Regierungsjahren 9,3 Milliarden € zusammengetragen; die von der PDS tolerierte SPD hat einen Betrag von 7,6 Milliarden € zusammengetragen. Hören Sie auf, dieses Märchen erzählen, unseretwegen sei im Hinblick auf die Neuverschuldung sozusagen das ganze Abendland in Gefahr geraten. Das stimmt einfach nicht.

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Professor Paqué, ich weiß noch, wie Sie hier angefangen haben. Es hatte schon fast Pathos

(Herr Dr. Püchel, SPD: Ethos!)

- und Ethos, sagt mein Kollege Püchel -, wie Sie die Finanzpolitik in Zukunft betreiben wollten,

(Zurufe von der SPD: Wahrheit und Klarheit!)

damit nicht wieder die alten Strukturen des Kugelns und des Verschiebens aufbrächen und Sie Ihre Wahlversprechen einhalten könnten. Davon redet keiner mehr.

(Zurufe von der CDU)

Ich sage Ihnen einmal zu Ihren Eckpunkten: Mittlerweile ist die Verschuldung permanent gestiegen, Herr Paqué. Die Personalkosten sind gestiegen. Die Höhe der Kommunalfinanzen haben Sie reduziert. Die globale Minderausgabe gibt es nach wie vor. Die zusätzliche Verschuldung in Form der Beleihung des Altlastenfonds ist auch da. Die eigenen Einnahmen sind - wir haben es vorhin gehört; ich will es einmal so nennen - problematisch veranschlagt. Die Drittmittel werden Sie ab diesem Jahr auch nicht mehr binden - darauf könnte ich mit Ihnen wetten. Die Investitionsquote wird spürbar wegbrechen.

Sie haben bei den ganzen Strukturveränderungen - so nennen Sie es - die gleichen Probleme angefasst wie wir, nämlich das KiBeG und das KiFöG und die Kommunalfinanzen, nichts anderes. Dazu kann ich sagen, und zwar genauso ruhig wie Sie: Vor diesem Hintergrund hätte sich eigentlich nicht viel ändern müssen, auch nicht Ihretwegen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD - Herr Scharf, CDU: Das hätten Sie den Wählern sagen müssen!)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Abgeordneter Bullerjahn. - Damit ist die Debatte abgeschlossen. Wir treten in das Abstimmungsverfahren zur Drs. 4/850 ein. Der Inhalt des Antrags gebietet eine Direktabstimmung. Wer dem Antrag in der Drs. 4/850 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Antrag einstimmig angenommen worden. Wir verlassen den Tagesordnungspunkt 11.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Zweite Beratung**Entwurf eines Gesetzes über die Juristenausbildung (JAG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung - **Drs. 4/664**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht und Verfassung - **Drs. 4/873**

Die erste Beratung fand in der 17. Sitzung des Landtages am 10. April 2003 statt. Die Berichterstattung nimmt die Abgeordnete Frau von Angern vor. Bitte sehr.

Frau von Angern, Berichterstatterin des Ausschusses für Recht und Verfassung:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der Gesetzentwurf der Landesregierung ist in der 17. Sitzung des Landtages am 10. April 2003 an den Ausschuss für Recht und Verfassung überwiesen worden. Der Ausschuss für Recht und Verfassung beschloss in der 13. Sitzung am 14. Mai 2003, zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durchzuführen. Zu der Anhörung, die in der 16. Sitzung des Ausschusses am 25. Juni 2003 stattfand, sind der Dekan der Juristischen Fakultät und der Fachschaftsrat der Juristischen Fakultät der Martin-Luther-Universität, der Deutsche Richterbund sowie das Landesjustizprüfungsamt eingeladen worden.

Nachdem der Ausschuss die Anhörung durchgeführt hatte, erarbeitete er in der gleichen Sitzung die Ihnen vorliegende Beschlussempfehlung. Zu dieser Beratung lag dem Ausschuss für Recht und Verfassung eine Synopse des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes mit Datum vom 12. Mai 2003 vor, in die Vorschläge für Änderungen, die mit dem Ministerium der Justiz abgesprochen worden waren, eingearbeitet worden sind.

Der Ausschuss folgte diesen zum großen Teil redaktionellen Änderungen und weiteren Änderungsvorschlägen des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes und ersetzte beispielsweise durchgängig den Begriff „Studenten“ durch den Begriff „Studierende“.

Über einige weitere Änderungen möchte ich Sie kurz informieren. In § 1 erfuhr zusätzlich Absatz 3 insofern eine Änderung, als die letztgenannten Befähigungen in der Aufzählung getauscht worden sind.

In Bezug auf § 2 kam der Ausschuss überein, die Aufzählung der als Mitglied in das Landesjustizprüfungsamt Berufenen weiter aufzusplitten.

In § 6 Abs. 1 wurde auf Anregung der Angehörten eine Streichung vorgenommen, da die Einschätzung der Zulassungswürdigkeit zu unbestimmt erschien. In Absatz 3

ist der Terminus „eingereichte Anträge um Aufnahme“ in den Terminus „eingereichte Anträge auf Einstellung“ geändert worden, da auch im Weiteren von Einstellung gesprochen wird.

Absatz 4 Satz 2 wurde gestrichen. Dieser lautete:

„Der Rechtsreferendar soll, aufgeschlossen für die Lebenswirklichkeit im Geiste des demokratischen und sozialen Rechtsstaates, zunehmend eigenverantwortliches Arbeiten lernen.“

Der Ausschuss votierte einstimmig für die Streichung, da der Satz nach seiner Auffassung nicht in ein Gesetz aufgenommen werden müsse.

In den §§ 8 und 9 ist der Begriff „Leiter des Justizprüfungsamts“ durch den Begriff „Präsident des Landesjustizprüfungsamts“ ersetzt worden. Daneben hat § 8 Abs. 3 eine Ergänzung dahin gehend erfahren, dass das Recht auf Widerspruch gegen die Feststellung des Ergebnisses der Zwischenprüfung aufgenommen wurde.

Die Verordnungsermächtigungen, die zum Teil in einzelnen Paragraphen des Gesetzentwurfes der Landesregierung Niederschlag gefunden hatten, sind auf Empfehlung des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes zusammengefasst und in § 9 als Absätze 1/1 und 1/2 eingefügt worden.

Eine Vielzahl der soeben vorgestellten Änderungen wurde vom Ausschuss einstimmig angenommen, ebenso der Gesetzentwurf in der nun vorliegenden Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses. Ich bitte nun auch Sie um Zustimmung.

(Zustimmung bei der PDS)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke für die Berichterstattung. - Es ist vereinbart worden, keine Debatte zu führen. Erhebt dagegen jemand Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann treten wir in das Abstimmungsverfahren zur Drs. 4/873 ein.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über die selbständigen Bestimmungen. In Anwendung des § 32 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtages schlage ich vor, über die vorliegende Beschlussempfehlung in ihrer Gesamtheit abzustimmen. Verlangt ein Mitglied des Landtages an irgendeiner Stelle eine gesonderte Abstimmung? - Das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir jetzt über die selbständigen Bestimmungen ab. Wer diesen zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit sind die selbständigen Bestimmungen einstimmig angenommen worden.

Wir stimmen über die Gesetzesüberschrift ab. Wer dieser zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist die Überschrift einstimmig angenommen worden.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung über das Gesetz über die Juristenausbildung. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist das Gesetz einstimmig angenommen worden. Wir verlassen den Tagesordnungspunkt 6.

Ich rufe wie vereinbart den **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Beratung

Finanzzuweisungen des Bundes im Kulturbereich

Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU - **Drs. 4/854 neu**

Änderungsantrag der Fraktion der SPD - **Drs. 4/895**

Änderungsantrag der Fraktion der PDS - **Drs. 4/899**

Einbringer ist der Abgeordnete Herr Kehl. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Herr Kehl (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Die Bundesregierung hat im Jahr 1998 ein Programm zur Erhaltung der kulturellen Infrastruktur im Osten aufgelegt. Das Förderprogramm mit dem Namen „Kultur in den neuen Ländern“ ist natürlich unter dem Gesichtspunkt des föderalen Systems nicht ganz unproblematisch. Als Mitglieder des Landtages sind wir stets bemüht, unsere noch verbliebenen Kompetenzen, insbesondere im Kulturbereich, vehement gegenüber dem Bund zu verteidigen. Deshalb erwähne ich das kurz.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Gegenüber Ihren eigenen Leuten müssen Sie es verteidigen!)

- Gegenüber allen.

Wir kennen den schlimmen baulichen Zustand vieler kultureller Einrichtungen nach 40 Jahren Misswirtschaft. Es ist deshalb nötig, dass der Bund den neuen Ländern unter die Arme greift, obwohl er damit in diese Hoheit eingreift. So groß ist die Aufgabe, die noch immer vor uns steht.

Das Förderprogramm wurde in den neuen Ländern dankbar angenommen und gehört zu den nicht sehr zahlreichen Glanzpunkten der rot-grünen Bundesregierung. Wie gesagt, alle kulturellen Einrichtungen hierzulande auch nur halbwegs auf den Stand der alten Länder zu bringen, ist noch ein hartes Stück Arbeit. Das kann man alle Jahre im Blaubuch der Bundesregierung zur Kultur in den neuen Ländern nachlesen.

Bis jetzt hat sich der Bund im Großen und Ganzen an seine Zusagen gehalten, jedes Jahr Mittel in Höhe von etwa 30 Millionen € für das Programm zur Verfügung zu stellen. Im laufenden Haushaltsjahr hat es aber doch kräftige Einschnitte bei diesem Programm gegeben. In Berlin macht mittlerweile das Gerücht bzw. die Frage die Runde, ob dieses Prestigeprojekt nicht den Weg des Metrorapids in Nordrhein-Westfalen gehen und völlig eingestellt werden sollte.

Meine Damen und Herren! Nicht nur Sachsen-Anhalt, sondern alle neuen Länder würden mit ihrer kulturellen Infrastruktur sitzen gelassen werden. Schon jetzt sind die Mittel knapp. Bei einer weiteren Kürzung oder sogar Streichung des Förderprogramms würden in unserem Land wertvolle Kulturschätze vergangener Jahrhunderte womöglich für immer verloren gehen; das Programm würde auch nicht ohne weiteres vom Land kompensiert werden können.

Wir alle sind bereit, bei der Sanierung der öffentlichen Haushalte zu helfen. Das gilt auch für den Bundeshaushalt, das möchte ich betonen.

Damit komme ich auf den Antrag der Kollegen der SPD zu sprechen. Es besteht durchaus ein Unterschied zwischen der Haushaltsslage des Bundes und der unseres Landes. Die Bundesregierung kann sich offensichtlich sogar eine Steuersenkung leisten. Mich freut das. Das hat meine Partei schließlich lange gefordert.

Die Finanzsituation des Landes Sachsen-Anhalt ist aber ungleich katastrophaler. Wir wissen das und Sie wissen das. Sie hatten acht Jahre lang diesen Haushalt zu verantworten. Dass es mir nicht gefällt, dass im Kulturbereich gespart wurde, daraus mache ich kein Geheimnis. Aber Sparhaushalte machen den betroffenen Fachpolitikern selten besondere Freude.

Wir haben uns mit unserem Koalitionsvertrag viel vorgenommen und ich werde mich als kulturpolitischer Sprecher meiner Fraktion stets dafür einsetzen, dass er auch in diesem Punkt erfüllt wird. Es ist aber nicht redlich, der Landesregierung hierfür eine Frist setzen zu wollen. Das hätten Sie - seien wir mal ehrlich -, als Sie noch an der Regierung waren, auch nicht gemacht.

(Unruhe)

Ich bin übrigens guter Hoffnung, dass der Anteil der Kulturmittel schon bald steigen wird - genauso wie die Unruhe im Hohen Hause hoffentlich bald sinken wird -, allein weil wir den Gesamtumfang des Haushalts so schnell wie möglich verringern wollen.

Die Bundesregierung wird ebenfalls nicht umhinkommen, den Gesamthaushalt zu reduzieren. Es ist absehbar, dass dabei kein Ressort ungeschoren davonkommen wird. Wahrscheinlich geht das auch gar nicht anders. Wir als Landtag von Sachsen-Anhalt müssen aber auch verhindern, dass ein so wichtiger Titel wie das Programm „Kultur in den neuen Ländern“ im Rahmen der Haushaltssanierung klammheimlich unter den Tisch fällt.

Der vorliegende Antrag verfolgt den Zweck, dieses Thema in der Diskussion zu halten. Der Zustand unserer Kultureinrichtungen darf nicht zwischen Renten- und Gesundheitsreform verschwinden und nur noch im Feuilleton Beachtung finden.

Meine Damen und Herren! Eines möchte ich in diesem Zusammenhang noch sagen: Das Programm „Kultur in den neuen Ländern“ würde es wahrscheinlich gar nicht mehr geben, hätte sich nicht eine ganz bestimmte Person aus Sachsen-Anhalt vehement dagegen gestellt. Wissen Sie, wer das war, Herr Dr. Püchel? - Es war Cornelia Pieper, die von der SPD und der PDS bei jeder sich bietenden Gelegenheit verächtlich gemacht wird.

(Oh! bei der SPD)

Sie hat sich im Kulturausschuss des Bundestages energisch für den Fortbestand des Programms stark gemacht. Dafür sollten wir dankbar sein.

(Beifall bei der FDP)

Sie sehen also, man kann auch von Berlin aus durchaus vieles für Sachsen-Anhalt tun. Von den zahlreichen Mitgliedern des Bundestages aus Sachsen-Anhalt, die der SPD angehören, habe ich zu diesem Thema leider nicht

sehr viel gehört. Wenn aber alle ostdeutschen Bundestagsabgeordneten so um unsere Kultureinrichtungen kämpfen würden wie Conni Pieper, brauchten wir über diesen Antrag gar nicht zu reden. Da das im Moment aber nicht der Fall ist, bitte ich um Ihre Zustimmung zu diesem Antrag und um Ablehnung der Änderungsanträge. - Schönen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Abgeordneter Kehl, für die Einbringung. - Wir treten in die Debatte ein. Als erster Debattenredner hat seitens der Landesregierung der Kultusminister um das Wort gebeten. Herr Minister Professor Dr. Olbertz, Sie haben das Wort.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Um es gleich vorwegzunehmen: Der Titel des Antrages könnte bei oberflächlicher Betrachtung missverstanden werden. Der Antrag hat natürlich nicht reguläre und einplanbare Finanzzuweisungen des Bundes zum Inhalt, sondern ein vergleichsweise kleines Bundessonderprogramm, das aber nicht minder wichtig für die kulturelle Infrastruktur im Land ist, das Programm „Kultur in den neuen Ländern“. Dem einen oder anderen unter Ihnen ist es noch von den Anfängen her - das liegt fünf Jahre zurück - als „Aufbauprogramm“ in Erinnerung.

Dieses Programm für die neuen Länder planbar zu machen, das heißt mit berechenbarem Umfang und einvernehmlichem Verfahren, und vor allem, es fortzuführen, ist ein wesentlicher Inhalt des Antrages der Fraktionen der FDP und der CDU.

Um die Position der Landesregierung deutlich zu machen, ist es notwendig, einige wichtige Aspekte zum Inhalt und zum Umfang des Programms zu nennen. Das Programm des Bundes „Kultur in den neuen Ländern“, seinerzeit noch beim Bundesministerium des Innern, später bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, BKM, geführt, wurde im Jahr 1999 mit einer Laufzeit bis 2003 und mit einem ursprünglichen Gesamtvolumen von 240 Millionen DM für die Kulturförderung in den neuen Ländern aufgelegt.

Die Aufschlüsselung des Programms erfolgte jährlich entsprechend der Einwohnerzahl. Seit dem Jahr 2001 ist Berlin in die Förderung einbezogen.

Für jedes Jahr musste jährlich eine neue Liste - die so genannte Jahresscheibe - notifiziert werden. Die diesjährige Liste 6, also die Liste des Jahres 2003, liegt zur Unterzeichnung vor. Sachsen-Anhalt wird daraus für neun Maßnahmen Bundesmittel in Höhe von 2,751 Millionen € erhalten. Das ist etwas mehr als die Hälfte der Jahresscheibe 2002.

Das muss man einmal sagen: Im Grunde ist die Höhe der Mittel für das Jahr 2003 gegenüber 2002 halbiert worden. Das ist ein erheblicher Einschnitt, wenn man den finanziellen Spielraum im Kulturrelat im Blick hat und bedenkt, von welchen Grundsätzen sich die Landesregierung bei diesen Projektvorschlägen leiten ließ. Ich werde noch darauf zurückkommen.

Laut Einigungsvertrag darf die kulturelle Substanz in den neuen Ländern keinen Schaden nehmen. Der Bund kann zum Ausgleich der Auswirkungen der Teilung Deutsch-

lands übergangsweise einzelne kulturelle Maßnahmen mitfinanzieren. So steht es in Artikel 35 Abs. 7 des Einigungsvertrages. Der Bund hat darüber hinaus im gesamtstaatlichen Interesse die Kompetenz zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Das besagt Artikel 72 des Grundgesetzes.

Es ist allgemein bekannt und auch durch entsprechende Studien und Gutachten belegt, dass die Kultureinrichtungen gerade in den neuen Ländern immer noch eine in weiten Teilen modernisierungsbedürftige und oft gravierend unterfinanzierte Infrastruktur haben. Die Finanzmittel der örtlichen Träger, der Kommunen, Länder oder auch Stiftungen reichen bei weitem nicht aus, um alle erforderlichen Sanierungen vorzunehmen.

Im Rahmen des Programms „Kultur in den neuen Ländern“ werden deshalb vom Bund Investitionen, also Baumaßnahmen, und Beschaffungen für Kultureinrichtungen gefördert, vor allem für solche von überregionaler Bedeutung. Nach den geltenden Fördergrundsätzen des Bundes dürfen aber nur Projekte berücksichtigt werden, für die es eine Komplementärfinanzierung in Höhe von 50 % gibt.

Die einzelnen Länder haben bisher unterschiedliche Strategien zum Abrufen der Mittel aus diesem Programm verfolgt, die in der Regel vom BKM bis auf wenige Ausnahmen in ihrer ganzen Unterschiedlichkeit akzeptiert wurden. Manche Länder haben weiterhin Einrichtungen mit überwiegend lokalem Zuschnitt, sogar Bibliotheken, fördern lassen; andere wiederum haben vor allem Adressen mit überregionaler Bedeutung angegeben.

Sachsen-Anhalt hat sich aus diesem Grund bisher ebenfalls auf bedeutende überregionale Objekte mit entsprechender gesamtstaatlicher Bedeutung mit mehrjähriger Förderung über Jahresschreiben konzentriert. Darunter waren zum Beispiel solche Orte wie die Unesco-Weltkulturerbestätten Bauhaus Dessau, Lutherhalle Wittenberg, Kulturstiftung Dessau-Wörlitz, aber auch bedeutende Kunst- und museale Einrichtungen wie etwa die Staatliche Galerie Moritzburg und die Feininger-Galerie in Quedlinburg, die Dome in Magdeburg, Halberstadt, Merseburg, das dezentrale Ausstellungsvorhaben Anhalt, aber auch Investitionen für die Theaterspielstätten und die Musikpflege.

Es waren insgesamt 75 meist größere Investitionsvorhaben, also eine erhebliche Menge. Einige davon sind im Jahre 2001 auch mit EU-Strukturfondsmitteln kofinanziert worden.

Gemäß der Koalitionsvereinbarung der die Bundesregierung tragenden Parteien sollte das Programm „Kultur in den neuen Ländern“ mit einem Betrag in Höhe von 30 Millionen € im Haushalt des Bundes ab 2003 festgeschrieben werden. Stattdessen steht im Haushaltsjahr 2003 lediglich ein Betrag von 23 Millionen € für die Kultur in den neuen Ländern zur Verfügung.

Übrigens ist selbst dieser Betrag quasi erst in letzter Minute festgeschrieben worden. Zurückzuführen ist das in der Tat auf eine Initiative unserer Koalitionsfraktion, aber auch der CDU-Fraktion und der Landesregierung, so dass in den letzten Haushaltsberatungen im März 2003 der ursprünglich noch tiefere Betrag immerhin auf 23 Millionen € erhöht werden konnte.

Davon hat Frau Staatsministerin Weiss Mittel in Höhe von 16 Millionen € unmittelbar zur Verteilung auf die Länder freigegeben. Nach der bisher geltenden berechen-

baren Quotierung erhält Sachsen-Anhalt daraus den genannten Betrag von 2,751 Millionen €.

Eine Fortschreibung des Programms über das Jahr 2003 hinaus steht jedoch bislang infrage, genauso wie der Verfahrensmodus.

Mit der Verteilung der restlichen 7 Millionen € wollte die Staatsministerin eigene Akzente setzen. In bestimmtem Umfang - ob nun genau in diesem Umfang, lasse ich einmal offen - sollte man ihr das auch zugestehen; denn man kann schlecht verlangen, dass sie sich für eine Fortschreibung des Programms einsetzt, ohne selbst auch nur die geringsten Gestaltungsspielräume zu haben. Wenn ich mich in ihre Lage versetze, kann ich das schon verstehen. Ob das in diesem Umfang sein muss und wie dann über diese variablen Mittel unter den Ländern noch einmal verhandelt wird, das ist allerdings weiterhin offen.

Ich will aber einräumen, dass wir beispielsweise für die Ausschreibung eines Architektenwettbewerbs für die Moritzburg genau aus diesen Rücklagen kürzlich Mittel in Höhe von 250 000 € bewilligt bekommen haben, um erst einmal loslegen zu können.

Auf jeden Fall werden wir uns um bestimmte Sonderförderungen auch weiterhin bemühen und über diesen Beitrag sicherlich noch eine kritische Auseinandersetzung führen. Im Kern sollte man aber, denke ich, auf einen vernünftigen Konsens hinsteuern können.

Die Mittelkürzungen - das ist das eigentliche Problem - und damit übrigens auch die drohende Einstellung des Programms ab 2004 hätten wirklich ernsthafte, gravierende Auswirkungen auf die noch nicht abgeschlossenen großen Bauvorhaben der öffentlich-rechtlichen Stiftungen des Landes, insbesondere der Stiftung Schlösser und Gärten, der Domstiftung, der Stiftung des Bauhauses Dessau und der Franckeschen Stiftungen sowie der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz. Dies hätte übrigens vor allem Auswirkungen auf neue Vorhaben von überregionaler Bedeutung, die wir mit der Liste 6 in Angriff nehmen wollen.

Die Auswirkungen sind für alle betroffenen neuen Länder vergleichbar. Aus diesem Grund war das Problem bereits ein Thema auf der Regionalkonferenz der ostdeutschen Regierungschefs am 15. Mai 2003. Weil das Programm „Kultur in den neuen Ländern“ seit 1999 einen ausschlaggebenden Beitrag dazu leistet, insbesondere den investiven Nachholebedarf für die kulturelle Infrastruktur in den neuen Ländern abzubauen und bedeutende Kulturstandorte zu erhalten und zu profilieren, haben die Ministerpräsidenten der neuen Länder die Bundesregierung aufgefordert, das Programm über 2003 hinaus in dem bisherigen Umfang und nach dem bewährten Verteilungsmodus fortzuführen.

(Zustimmung bei der CDU)

Unser MP hatte sich übrigens schon einige Monate vorher auf meine Bitte hin mit einem Brief in dieser Sache an den Bundeskanzler gewandt. Selbstverständlich wird die Landesregierung alles in ihren Möglichkeiten Stehende tun, damit das Programm „Kultur in den neuen Ländern“ fortgeführt wird. Auch die Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt sollten wir für dieses Thema stärker sensibilisieren. Das ist eine Bitte an alle Fraktionen.

(Zustimmung von Herrn Kehl, FDP)

Eine weitere Gelegenheit hierfür wird sich am morgigen Freitag bieten, wenn in Berlin das kulturelle Hilfsprogramm im Rahmen des Aufbaupaktes Fluthilfe von der Staatsministerin, meinem sächsischen Kollegen und mir unterzeichnet wird. Ich werde die Gelegenheit nicht verstreichen lassen, noch einmal dezidiert auf dieses Problem, auf diese Aufgabe hinzuweisen.

Ein deutliches Votum des Landes Sachsen-Anhalt würde den bisherigen Bemühungen der Landesregierung erheblichen Nachdruck verleihen. Ich bitte Sie deshalb, diesem Antrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Minister. - Für die PDS-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Herrn Gebhardt das Wort.

Herr Gebhardt (PDS):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Antrag von FDP und CDU soll sich der Landtag gegen die von der Bundesregierung geplanten Einschnitte beim Bundesprogramm „Kultur in den neuen Ländern“ aussprechen. Das ist ein absolut richtiges und völlig berechtigtes Anliegen, das auch wir in vollem Umfang unterstützen.

Das gilt ebenso für die unter Punkt 2 des Antrags formulierte Bitte an die Landesregierung, sich beim Bund für die Fortsetzung des Programms einzusetzen; denn zweifellos ist das Programm für die kulturelle Infrastruktur in den neuen Ländern und in Berlin von enormer Wichtigkeit.

Sachsen-Anhalt hat in den letzten Jahren auch beispielhaft von diesem Programm profitiert. In der Begründung zu dem Antrag der CDU und der FDP werden einige Beispiele dafür genannt, welche Projekte von diesem Programm bisher wesentlich profitiert haben.

Dennoch gibt es aus unserer Sicht einige Probleme mit dem Ursprungsantrag der FDP und der CDU, die uns zu einem Änderungsantrag bewogen haben. Wir sind der Auffassung, dass man selbstverständlich ein solidarisches Verhalten des Bundes bei der Kulturförderung der neuen Länder einfordern sollte und dass man sich deshalb für die Fortsetzung des Programms stark machen sollte. Wir teilen ausdrücklich die Auffassung, dass sich der Bund auch weiterhin diesem Solidarprinzip stellen und den Aufbau und die Erneuerung der kulturellen Infrastruktur in den neuen Ländern, also auch in Sachsen-Anhalt, finanziell unterstützen sollte.

Dies setzt allerdings nach unserem Verständnis voraus, dass sich auch die neuen Länder einem solidarischen Finanzierungsprinzip in der Kulturförderung nicht entziehen dürfen, insbesondere nicht bei der Förderung von zeitgenössischer Kunst.

Die Förderung zeitgenössischer Kunst wurde bisher getreu diesem Solidarprinzip durch die Stiftung Kulturfonds in den neuen Ländern geregelt. Über künftige Stiftungsmodelle gibt es unterschiedliche Vorstellungen und Auffassungen.

Wir wollen mit dem von uns vorgelegten Änderungsantrag deutlich machen, dass man eben nicht auf der einen Seite das Solidarprinzip beim Bund einfordern kann, sich aber auf der anderen Seite von einem solida-

rischen Finanzierungsgrundsatz verabschiedet und Länderegoismus voranstellt. Wir wollen mit unserem Änderungsantrag erreichen, dass sich das Land Sachsen-Anhalt auch in Zukunft zu einem solidarischen Finanzierungsprinzip für die Förderung zeitgenössischer Kunst bekennet.

Eine abschließende Bemerkung: Wir gehen davon aus, dass dieser Antrag nicht in erster Linie dem Wohle der Landesregierung dienen soll, sondern dem Wohle der Kulturlandschaft Sachsen-Anhalts.

Wer sich allerdings Kürzungen durch den Bund entschieden entgegenstellt - das ist, wie gesagt, zweifellos berechtigt -, darf dann nicht selbst den Rasenmäher in der Kulturlandschaft ansetzen. Was ich von anderen verlange, muss ich auch selbst zu leisten bereit sein - das ist ein alter Grundsatz.

Insofern gehen wir davon aus, dass die Koalitionsfraktionen CDU und FDP die eigene Landesregierung genauso auffordern werden, bei der Erstellung des künftigen Kulturhaushalts Stabilität walten zu lassen und Einschnitte bei der Kulturförderung zu vermeiden. Ich bin angesichts des Antrags der FDP und der CDU durchaus optimistisch geworden und freue mich auf die Haushaltsgespräche.

Deswegen hegen wir auch gewisse Sympathien für den Änderungsantrag der SPD. Wie ich soeben vom Kollegen Reck erfahren habe, wäre die SPD auch bereit, unseren Punkt 3 mit dem solidarischen Finanzierungsprinzip bei der Förderung von zeitgenössischer Kunst zu übernehmen. Wenn das der Fall sein sollte, würden wir dem Änderungsantrag der SPD zustimmen und unseren Antrag zurückziehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS - Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Abgeordneter Gebhardt. - Für die CDU-Fraktion wird der Abgeordnete Herr Schomburg sprechen. Bitte sehr.

Herr Schomburg (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die wichtigsten Fakten wurden vom Einbringer Herrn Kehl und von Minister Professor Dr. Olbertz genannt. Lassen Sie mich deshalb nur kurz die Position der CDU-Fraktion dazu darstellen.

Erstens. Die CDU-Fraktion sieht noch einen erheblichen Nachholebedarf bei der Sanierung der kulturellen und hier insbesondere der baulichen Infrastruktur in Sachsen-Anhalt.

Zweitens hat das mit dem Namen des Staatsministers Naumann verbundene Programm bei einigen wenigen Institutionen schon helfend gewirkt.

Drittens. Die CDU-Fraktion sieht den Auftrag des Artikels 35 des Einigungsvertrags noch nicht als erfüllt an und fordert die Bundesregierung auf, dieses Programm in der bisherigen Höhe fortzuführen.

Zu den Anträgen der SPD- und der PDS-Fraktion nur so viel: Sie haben mit dem Ursprungsanliegen dieses Antrags nichts zu tun und folgen eigentlich einer nicht ganz guten Tradition des Hauses, auf solche Anträge immer noch andere Intentionen aufzusatteln, die einer eigenen

Erörterung und Diskussion bedürften. Dies wollen wir heute damit nicht tun. Deshalb werden wir als CDU-Fraktion diese Änderungsanträge ablehnen. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU - Frau Budde, SPD: Sie stimmen gegen Ihre eigene Koalitionsvereinbarung!)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Schomburg. - Für die SPD-Fraktion wird der Abgeordnete Herr Reck sprechen. Bitte sehr.

(Herr Dr. Püchel, SPD, und Frau Budde, SPD, diskutieren mit Herrn Scharf, CDU)

Herr Reck (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Püchel und Frau Budde!

(Heiterkeit bei der SPD und bei der CDU - Herr Schomburg, CDU: Jawohl, Herr Lehrer!)

Das Programm „Kultur in den neuen Ländern“, aufgelegt von der rot-grünen Bundesregierung, ist ein gutes Programm und es sollte auch in Zukunft Bestand haben.

Deshalb ist der Appell und das Aufgreifen des Themas richtig, um der Bundesregierung zu sagen: Macht dieses gute Programm weiter. Wir wissen allerdings auch, es steht auf der Kippe. Das sage ich so deutlich. Deshalb könnte natürlich ein Ruf aus Sachsen-Anhalt dabei helfen, dieses Programm zu retten. Deshalb werden wir an dieser Stelle Ihrem Anliegen auch wohlwollend gegenüberstehen.

Ich will nur noch ein Projekt ergänzen, das noch nicht genannt worden ist und auch von diesem Programm profitiert. Viele große Bauwerke sind genannt worden. Aber auch der Umbau des Salzwedeler Kulturhauses zu einer Theaterspielstätte ist aus diesem Programm finanziert worden. Der Kultusminister war sich nicht zu schade, vor wenigen Wochen selbst den Förderbescheid nach Salzwedel zu tragen, um deutlich zu machen, dass auch in der Altmark eine Kulturlandschaft existiert, die weiter aufgebaut werden soll.

(Zustimmung bei allen Fraktionen)

So weit, so gut, könnte man sagen. Aber, lieber Herr Schomburg und Herr Kehl, jeder sollte natürlich vor der eigenen Haustür fegen. Damit sind wir beim Thema und beim Thema unseres Änderungsantrags. Dieser ist durchaus berechtigt, weil es darum geht, Herr Schomburg, Kultur zu fördern, und das Fördern der Kultur hat auch etwas mit Geld zu tun. Dabei kann man nicht von anderen etwas verlangen, was man selbst nicht tut, weil das auch etwas mit Doppelmoral zu tun hat.

(Zustimmung bei der SPD und bei der PDS)

Nein, so leicht werden wir es Ihnen nicht machen. Ich konnte vorhin leider nicht den genauen Wortlaut Ihrer Koalitionsvereinbarung zitieren. Jetzt habe ich sie da. Sie sehen, das liegt bei mir auf dem Schreibtisch.

Da steht: Die Koalition will deshalb nach acht Jahren Stagnation auch für die Kultur einen Neuanfang in Sachsen-Anhalt. Es geht darum, den Kulturstandort Sachsen-Anhalt zukunftsfähig zu machen und zugleich einen attraktiven Lebensraum für die Menschen unseres Landes zu schaffen. - Und jetzt kommt es: Dazu ist der Anteil

der Kulturausgaben am Gesamthaushalt schrittweise zu erhöhen.

(Beifall bei der CDU - Oh! bei der SPD - Herr Dr. Püchel, SPD: Wunderbar!)

Das Ergebnis dieses Vertragstextes war, dass wir in diesem Jahr so wenig Mittel wie noch nie in den 13 Jahren des Bestehens unseres Landes für die Kultur hatten. Das war das Ergebnis Ihres Koalitionsvertrages.

Ich muss natürlich gestehen - - Herr Kehl, ich bin sehr froh, dass Sie gesprochen haben; denn es gab einen Putschversuch. Es gab einen Putschversuch der Kulturpolitiker von beiden Fraktionen, die im Ausschuss für Kultur und Medien ganz mutig, Herr Scharf, gesagt haben: Eine weitere Verminderung der Kulturausgaben werden wir mit uns nicht machen lassen.

Ich kann Herrn Kehl zitieren. Herr Kehl sagte: Die Kulturpolitiker der Fraktionen von FDP und CDU würden sich dafür einsetzen, das von der Landesregierung vorgesehene Einsparpotenzial im Kulturhaushalt in anderen Einzelplänen, die ein wesentlich größeres Haushaltsvolumen haben, zu realisieren. Wir sind dafür, dass etwa 1 % des Landshaushaltes für die Kultur ausgegeben werden. - Es sind jetzt 0,89 %.

(Oh! bei der SPD - Zurufe von der CDU - Herr Schröder, CDU: Wir haben gekämpft wie die Löwen!)

Ich sage: Liebe Freunde, das ist Wortbruch. Das ist Wortbruch.

(Zustimmung bei der SPD und bei der PDS - Lachen bei der CDU)

Man schließt Verträge nicht nur mit einzelnen Parteien. Sie haben auch mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes einen Vertrag geschlossen. Und diesen Vertrag haben Sie in dem Punkt gebrochen.

(Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Gestatten Sie dennoch eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter Reck?

Herr Reck (SPD):

Wenn Herr Kehl fragt, dann sofort.

(Heiterkeit bei der FDP)

Herr Kehl (FDP):

Herr Reck, Sie sagten eben, ich hätte im Ausschuss gesagt, dass ich versprechen würde, mich dafür einzusetzen. Das habe ich auch gemacht.

Herr Reck (SPD):

Sie haben verloren, Herr Kehl. Herr Kehl, Sie haben verloren. Das tut mir Leid.

(Heiterkeit der SPD und bei der PDS)

Herr Kehl (FDP):

Ja, das gebe ich gern zu. Trotzdem muss man ehrlicherweise sagen, dass das Ziel nur knapp verfehlt worden ist und dass wir uns auch für die kommenden Haushalts-

beratungen fest vorgenommen haben, uns noch fester dafür einzusetzen.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Herr Reck (SPD):

Darf ich erst einmal antworten?

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Ja, natürlich.

Herr Reck (SPD):

Herr Kehl, ich drücke Ihnen die Daumen.

(Heiterkeit bei der SPD und bei der PDS)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Abgeordneter Schomburg, bitte sehr.

Herr Schomburg (CDU):

Herr Reck, ich danke Ihnen für die korrekte Wiedergabe von Zahlen. Herr Reck, stimmen Sie mir aber dahin gehend auch zu, dass in den letzten vier Jahren, wenn ich das aus dem Kopf noch genau weiß, die damalige Landesregierung mindestens dreimal das Ein-Prozent-Ziel, das sie sich auch als Kabinettsbeschluss vorgegeben hat, verfehlt hat?

(Oh! bei der CDU - Zurufe von der CDU: Wortbruch!)

Herr Reck (SPD):

Nein, nein. Auch wir haben uns bemüht,

(Lachen bei der CDU und bei der FDP)

und wir sind diesem Ein-Prozent-Ziel viel näher gekommen als Sie. Viel näher als Sie!

(Lachen bei der CDU und bei der FDP)

Lieber Herr Kehl, lieber Herr Schomburg, unser Änderungsantrag soll eine Hilfe für Sie sein. Er soll Ihnen helfen, sich durchzusetzen gegenüber den jungen, wilden, kulturlosen Buben in Ihren Fraktionen, die mit Kultur nichts am Hut haben, Kosmehl - wo sitzt er? -, Tullner, nicht da.

(Heiterkeit bei der CDU - Herr Kosmehl, FDP, meldet sich)

- Hey.

Ergreifen Sie diesen Strick, Herr Schomburg, und ziehen Sie sich gemeinsam mit uns aus dem Sumpf. Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu. Wir würden dann auch den Antrag der PDS-Fraktion als Punkt 3 in unseren Antrag übernehmen. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei der PDS)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Abgeordneter Reck. - Für die FDP-Fraktion hat noch einmal Herr Kehl die Gelegenheit zu einer Erwiderung. - Er winkt ab.

Wir treten in das Abstimmungsverfahren zu den Drs. 4/854 neu, 4/895 und 4/899 ein. Eine Überweisung wurde nicht beantragt. Dann treten wir in die Direktabstimmung ein.

Wir haben zunächst über die Änderungsanträge abzustimmen. Es wurde signalisiert, dass in den Änderungsantrag der SPD-Fraktion in der Drs. 4/895 der von der PDS-Fraktion in der Drs. 4/899 beantragte Punkt 3 mit aufgenommen wird. Dann stimmen wir jetzt über den Änderungsantrag in der geänderten Fassung ab, einschließlich Punkt 3. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Oppositionsfraktionen. Wer lehnt den Änderungsantrag ab? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt worden.

Wir stimmen nunmehr über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP in der Drs. 4/854 neu ab. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen und die PDS-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das ist die SPD-Fraktion. Wer unterhält sich der Stimme? - Niemand. Damit ist der Antrag mehrheitlich angenommen worden und wir verlassen den Tagesordnungspunkt 15.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Beratung

Schulfahrten

Antrag der Fraktion der SPD - **Drs. 4/851**

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP - **Drs. 4/896**

Einbringer ist der Abgeordnete Herr Bischoff für die SPD-Fraktion. Herr Bischoff, Sie haben das Wort.

Herr Bischoff (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Olbertz!

(Minister Herr Prof. Dr. Olbertz spricht mit Frau Weiß, CDU)

- Er unterhält sich gerade. Ich warte, weil ich Sie ansprechen wollte. - Ich würde gern den Minister ansprechen, vielleicht können Sie später mit ihm reden.

Herr Minister, so ist das mit den Kleinen Anfragen. Man stellt sie und bekommt dann solche Antworten wie in der letzten Landtagssitzung.

Dieses Thema hatten wir bereits im Rahmen der Selbstbefassung auf die Tagesordnung des Ausschusses für Gleichstellung, Familie, Kinder, Jugend und Sport gesetzt. Leider waren die Antworten des Kultusministeriums nicht gerade sehr erquicklich. Sicherlich war das der Punkt, an dem man meint, recht locker an die Sache herangehen zu können und keinen großen Aufwand betreiben zu müssen.

Weil die Beratung im Ausschuss unbefriedigend war, habe ich in der letzten Landtagssitzung eine Kleine Anfrage gestellt. Sie haben sinngemäß geantwortet, erstens ändert sich nichts und zweitens wäre es eine Unterstellung, dass die Richtlinie zu den Schulfahrten und der Einbruch bei den Übernachtungszahlen in den Schullandheimen, in den Jugendherbergen und Kiezen

ursächlich miteinander zusammenhängen. Das haben Sie bestritten.

Jetzt haben wir es mit einem Antrag zu tun. Es geht also immer stufenweise weiter. Ich dachte eigentlich, Sie hätten uns versprochen, einen anderen Stil zu pflegen. Ich hätte mir gewünscht, Sie würden auf uns zukommen und versuchen, einvernehmlich eine Regelung zu schaffen. Sie schaffen sich damit selber Probleme, die Sie im Vorfeld viel besser hätten regeln können.

Ich hätte zwar Verständnis dafür, dass Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen Ihres Hauses sozusagen in vorauselendem Gehorsam oder im Vorgriff auf vermutete Ansprüche seitens der Lehrerschaft einen solchen Erlass - um den geht es letztlich - formuliert haben. Aber dass Sie die weitreichenden Folgen zu wenig beachtet haben, ist das eigentliche Dilemma. Jetzt gewinne ich den Eindruck, dass es frei nach Pontius Pilatus heißt, was ich geschrieben habe, bleibt geschrieben.

Warum, frage ich Sie, haben Sie bzw. Ihre Mitarbeiter nicht im Vorfeld mit den von dieser Regelung indirekt Mitbetroffenen geredet? Vielleicht wären Sie zu Regelungen gekommen, mit denen alle hätten leben können.

Fakt ist, der Rückgang der Übernachtungen in diesen Einrichtungen, die sich besonders auf Schulfahrten spezialisiert haben und deshalb auch erheblich von Seiten des Sozialministeriums gefördert wurden, also von Ihrem Kollegen auf der anderen Seite, hat nur zu einem geringen Teil mit den zurückgehenden Zahlen im Gastgewerbe zu tun. Sie können es wieder bestreiten, wie Sie es in der letzten Sitzung auch getan haben. Mittlerweile gibt es fast wöchentlich Artikel zu diesem Thema in der Zeitung. Heute habe ich wieder einen über das Kiez in Arendsee gelesen.

In den Statistiken wird ein genereller Rückgang um ca. 8 % im Gastgewerbe ausgewiesen. Dies wird von den Anbietern von Schulfahrten auch nicht infrage gestellt. Deshalb wird von diesen Anbietern seit Jahren nach neuen Konzepten gesucht. Zum Beispiel wird auf eine verstärkte Familienförderung mit speziellen Angeboten für diese Gruppe hingearbeitet. Die konkreten Zahlen belegen aber, dass der Rückgang der Übernachtungen zu mehr als 80 % auf diesen Erlass zurückzuführen ist.

Nun kann man sagen - das haben Sie auch getan -, was gehen eine Landesregierung die betriebswirtschaftlichen Belange von Jugendbildungshäusern, Kiezen und Jugendherbergen an. Es ist schließlich deren Problem, wie sie ihre Einrichtung führen. Ob die Einrichtungen, die jetzt in ihrer Existenz gefährdet sind, Investitionsförderungen aus Steuermitteln erhalten haben, ist uninteressant.

Ich denke, wer eine solche Einstellung vertritt - beispielsweise wäre es das Gleiche, wenn ein Wirtschaftsminister sagen würde, es interessiert mich nicht, ob die Betriebe wirtschaftlich geführt werden, das ist doch deren Angelegenheit -, dem kann man nur zu Recht sagen, dass er mit Steuermitteln nicht sachgerecht umgeht oder ein mangelndes politisches Bewusstsein hat. Eine solide und umfassende Politik ist das nicht.

Deshalb wollen wir von Ihnen wissen, welche Auswirkungen der Erlass auf die Anzahl der Schulfahrten und der Übernachtungen hat und welche negativen Synergieeffekte damit verbunden sind. Von den einzelnen Jugendbildungshäusern und von den Jugendherbergen sind uns Berechnungen und Zahlen vorgelegt worden,

die deutlich machen, dass es auch ein wirtschaftlicher Aspekt ist, was Jugendgruppen in die Region einbringen, wenn sie dort übernachten, einkaufen und ihr Taschengeld ausgeben. Diese Synergieeffekte sollten mit betrachtet werden.

Aber nicht nur die Jugendherbergen und Kieze schlagen Alarm, auch die Landesmarketinggesellschaft hat dem Wirtschaftsminister ihre Bedenken mitgeteilt. Ich hoffe, er hat es an Sie weitergereicht.

Sie hatten mir in der letzten Landtagssitzung vorgeworfen, ich würde auf die inhaltliche Bedeutung der Schulfahrten nicht eingehen und hätte somit einen eingeengten Blick. Es mag sein, dass ich als Brillenträger nicht so gut sehen kann wie Sie. Aber den pädagogisch wertvollen Ansatz, die sozialen Aspekte für Bildung und Gemeinschaft habe ich überhaupt nicht infrage gestellt. Daran übe ich auch keine Kritik. Weshalb sollte ich einen Bereich nachfragen, den ich gar nicht kritisieren? Im Gegenteil halte ich die Schulfahrten für so wichtig und wertvoll, dass ich aus diesem Grunde eine Verschlechterung ablehne.

Zum Schluss noch eine Bemerkung, die wesentlich ist. Damit hatte ich auch angefangen. Die Träger dieser Einrichtungen bemängeln vor allem, dass Sie bzw. die Mitarbeiter Ihres Hauses nicht im Vorfeld eines solchen Erlasses mit ihnen gesprochen haben, um gemeinsam einen Ausweg zu suchen. Im Gegenteil - so sagen sie - sind sie abgewiesen worden, zum Teil vom Staatssekretär genau mit den Worten, die Sie auch hier sagten: Es wird nichts geändert.

Vielleicht finden Sie doch einen Ansatz, um das Gespräch mit den Betroffenen aufzunehmen und eine gemeinsame Lösung zu finden. Ich meine, es sollte doch einem neuen Minister kein Zacken aus der Krone fallen - jetzt haben die Könige den Saal schon verlassen -, wenn er eine solche Kritik zum Anlass nimmt, mit den Betroffenen die Dinge neu zu bedenken und Korrekturen vorzunehmen. In Abstimmung mit dem Sozialminister, dem die Wirtschaftlichkeit dieser Häuser mit Sicherheit nicht egal sein kann, wäre dies ein Zeichen von bürgerlicher Politik. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD und bei der PDS)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Abgeordneter Bischoff, für die Einbringung. - Als erster Redner hat für die Landesregierung der Kultusminister um das Wort gebeten. Bitte, Herr Olertz.

Herr Prof. Dr. Olertz, Kultusminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Bischoff, zu der gleichen Problematik habe ich in der Tat schon in der Landtagssitzung am 12. Juni 2003 im Rahmen der Fragestunde Stellung genommen. Mit dem nun vorgelegten Antrag versuchen Sie erneut, die Praxis der Schulfahrten insgesamt zur Diskussion zu stellen.

Tatsächlich gehen die eigentlich Betroffenen, das heißt die Schulen, mit den vorliegenden Regelungen völlig reibungslos und ohne nennenswerte Probleme um. Diese Richtlinien für Schulwanderungen und Schulfahrten orientieren gerade auf Ziele von Schulfahrten im Wesentlichen im Land Sachsen-Anhalt. Herr Bischoff, das ist übrigens ein neuer Effekt. - Ich habe Ihnen auch zugehört im Gegensatz zu dem, was Sie gerade machen.

(Herr Bischoff, SPD: Entschuldigung!)

Allein die stärkere Orientierung der Schulfahrten auf Ziele in Sachsen-Anhalt wird sich eher als ein Impuls für die in der Tat in einer schwierigen Lage befindlichen Unternehmen auswirken.

(Zuruf von Herrn Bischoff, SPD)

Der Erlass eröffnet den Schulen vielfältige Möglichkeiten der Schulfahrtengestaltung. Das schließt selbstverständlich auch den Aufenthalt in Schullandheimen und Jugendherbergen ein. Zudem bietet der Erlass mit den unter Punkt 7 genannten unterrichtergänzenden Veranstaltungen an einem anderen Lernort, von denen die Schulen durchaus mehr Gebrauch machen könnten, den Schulen, Bezug nehmend auf ihr eigenes Profil oder auf aktuelle Problemlagen, viele Freiräume, zum Teil mehr Freiräume, als es vorher der Fall war.

Herr Bischoff, ein anderes Ziel bringt auf keinen Fall mehr Kinder. Das Land Sachsen-Anhalt hat zwar einen Verlust von 8 % im Gastgewerbe, aber wir haben in bestimmten Altersgruppen inzwischen 55 % weniger Schülerinnen und Schüler. Das ist das Hauptproblem und ursächlich für einen Teil des Einbruchs im Gaststätten- und Hotelgewerbe.

Zu dem Antrag im Einzelnen möchte ich folgende Anmerkung machen:

Erstens. Über die Vorstellungen, die seitens der Schulen bzw. der Lehrkräfte hinsichtlich möglicher Ziele und der inhaltlichen Orientierung von Schulfahrten und Wanderungen entwickelt werden, ist weder jemals eine Statistik geführt worden, noch scheinen solche Vorstellungen - bei denen es sich immer nur um Planungsüberlegungen handelt - überhaupt erfassbar zu sein.

Zweitens. Die Ermittlung der mit den Spiegelstrichen 2 und 3 geforderten Daten ist nicht nur außerordentlich problematisch, sondern in der Praxis für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kaum zumutbar. Zu den Zielerfolgen von Schulfahrten und Schulwanderungen sowie den dabei gleichfalls zu berücksichtigenden unterrichtergänzenden Veranstaltungen wird von den Schulbehörden keine Statistik geführt, schon gar nicht über die durchschnittliche Dauer der Fahrten oder eine Gliederung der Ziele nach Regionen.

Auf Schulleitungsebene könnten - auch das nur mit unvertretbarem Aufwand - an weit mehr als 1 000 Schulen allenfalls beantragte und genehmigte mehrtägige Schulfahrten analytisch erhoben werden. Inwieweit die Aktenlage im Einzelfall zurückreicht und präzise Aussagen zulässt, vermag ich nicht zu sagen.

Alle Schulfahrten und insbesondere die Schulwanderungen zu erheben, würde bedeuten, dass alle, auch in der Vergangenheit, klassenleitenden Kräfte die Klassenbücher aller Klassen der angesprochenen drei Schuljahre durchforsten müssten, ohne dass dadurch sichergestellt wäre, die verlangten Daten auch nur annähernd in dem gewünschten Umfang und in der erforderlichen Tiefe zu erhalten.

Im Schuljahr 2002/2003 sind es immerhin fast 17 800 Klassen allein an den öffentlichen Schulen gewesen, deren Fahrten oder Nichtfahrten durch die Lehrkräfte dargestellt, durch die Schulleitungen zusammengefasst und seitens der staatlichen Schulämter aufbereitet werden müssen. Das ist auch bei einem großzügig bemessenen Bearbeitungszeitraum überhaupt nicht leistbar, insbesondere wenn ich an andere wirklich wichtige pädago-

gische, schulorganisatorische und schulaufsichtliche Arbeiten denke, die die Schulen derzeit leisten müssen.

In den vorherigen Schuljahren, die zum Vergleich herangezogen werden sollen, ist zum einen die Klassenzahl noch deutlich größer gewesen, zum anderen steht die Bearbeitung aufgrund von Lehrkräftewechseln, Schulumgruppierungen und anderem mehr sowie der wahrscheinlich sehr unterschiedlichen Genauigkeit der Klassenbuchaufzeichnungen grundsätzlich infrage.

Drittens. Der unter Spiegelstrich 4 angeforderte Ländervergleich ist zwar im Prinzip unproblematisch, zum Teil könnte sogar auf vorhandenes Material zurückgegriffen werden. Im Ergebnis würde der Vergleich die Situation bei den Schulfahrten jedoch nicht verändern.

Im Hinblick auf die Perspektive der Reisekosten und deren Verfügbarkeit - das war der ursprüngliche Anlass der Änderung - ist durch die Landesregierung eine Situation geschaffen worden, die der Ausgangslage inzwischen schon wieder vergleichbar ist, das heißt der Lage, die vor dem so genannten Bremer Urteil vorlag, und zwar zum einen, wie Sie wissen, durch das Artikelgesetz, in das auch das Beamten gesetz fiel, wonach die Lehrerinnen und Lehrer durchaus ihren Verzicht auf die Erstattung von Reisekosten erklären können, und zum anderen sogar zusätzlich, Herr Bischoff, - was vorher nicht der Fall war - durch die erweiterte Deckungsfähigkeit der Mittel für die Schulen, von denen jetzt noch mehr Mittel - theoretisch jedenfalls - auf Schulfahrten verwandt werden könnten. Vorher waren diese Mittel nicht deckungsfähig.

Diese drei Punkte, also Lockerung der Situation nach dem Bremer Urteil, erweiterte Deckungsfähigkeit der Mittel für die Schulen und Bindung der Schulfahrten bis zum Jahrgang 10 an die nähere Region, haben letztlich das Problem, vor dem die Schullandheime und die Jugendherbergen stehen, nicht lösen können. Sie haben es wahrscheinlich wesentlich abgedeckt. Das ist eher meine Vermutung.

(Zustimmung von Herrn Schomburg, CDU)

Konstant geblieben sind in dem neuen Erlass und in den Ausführungen, was man eventuell machen könnte, die pädagogischen und schulfachlichen Motive des neuen Erlases, über die merkwürdigerweise kaum jemand spricht. Das müsste eigentlich im Mittelpunkt unseres Interesses für einen Schulfahrtenerlass stehen.

Deshalb soll es trotz der gelockerten Handhabung der Reisekostenproblematik bei dem Erlass in seiner jetzigen Form bleiben, weil er vor allem die pädagogischen Ziele für Schulfahrten wesentlich klarer definiert und die unterrichtsergänzenden Veranstaltungen stärkt, über die zusätzliche Schulfahrten möglich sind.

Diese Veranstaltungen sichern vor allem, dass Schulfahrten nicht ausschließlich Vergnügungsschulfahrten sind, wie zum Beispiel zum Heidepark Soltau, sondern dass sie mit einem pädagogischen Ziel, einer Idee, einer Vorstellung oder vielleicht auch einer Aufgabe, die die Schülerinnen und Schüler auf der Fahrt erfüllen sollen, verbunden werden.

Die Aufforderung, das Gespräch mit wichtigen Anbietern von Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Durchführung von Schulfahrten und Schulwanderungen zu führen, ist insofern überflüssig, als wir seit Inkraftsetzung des Erlasses durch das Kultusministerium mit den Vertreterinnen und Vertretern der Schullandheime und des

Jugendherbergswerks zahlreiche Gespräche geführt haben. Vielleicht haben sie Ihnen das nicht erzählt. Dabei wurden auch verschiedene Varianten einer denkbaren Unterstützung beraten und eine Menge guter Hinweise gegeben.

So wurde unter anderem die Anregung aufgegriffen, über Aktivitäten der Schullandheime und Jugendherbergen im Land Sachsen-Anhalt im Schulverwaltungsblatt zu informieren. Nach Berücksichtigung eines entsprechenden Verweises im Begleitaufsatzt zur Frage der Schulwanderungen und Schulfahrten bereits im Schulverwaltungsblatt vom November 2002 erscheint nun ein erster ausführlicher Beitrag im nichtamtlichen Teil des Schulverwaltungsblatts - das übrigens bereits im Juli 2003, also jetzt.

Meine Damen und Herren! Gewiss stehen Jugendherbergen und Schullandheime in Konkurrenz zu anderen Anbietern von Schulfahrten und befinden sich aufgrund der demografischen Entwicklung, aber auch aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Lage wie die Tourismuswirtschaft insgesamt in einer durchaus schwierigen Situation. Wettbewerbsverzerrende oder in irgendeiner Weise begünstigende Eingriffe allein mit diesem Motiv in das Angebot der unterschiedlichen Träger sind dem Kultusministerium untersagt.

Außerdem muss ich an dieser Stelle deutlich darauf hinweisen, dass die Hauptaufgabe der Schule nicht darin liegt, Jugendherbergen, Schullandheime oder überhaupt den Fremdenverkehr auszulasten, zumal wir die wirtschaftliche Situation der Eltern in Betracht ziehen müssen.

(Zustimmung von Herrn Schomburg, CDU)

Die Situation der Eltern ist von Ihnen überhaupt nicht genannt worden. Ich weiß aus der Klasse meiner Kinder, wie groß das Problem ist, die Beiträge für eine Schulfahrt von den Eltern zu bekommen. Die Eltern sind diejenigen, die stöhnen, wenn Schulfahrten in größerem Umfang bzw. in eine größere Entfernung gemacht werden, die die wirtschaftliche Lage der Eltern nicht hinreichend berücksichtigt.

Herr Bischoff, ich wollte damit nur sagen, dass die Phänomene, die zur Schwächung der wirtschaftlichen Situation der Schullandheime geführt haben, sehr komplex sind und keineswegs in der Suggestion, die Sie verbreiten, liegen, nämlich dass es in einem unmittelbaren Kausalzusammenhang mit dem Schulfahrtenerlass stehe. Das ist eine zeitliche Übereinstimmung, weil die demografische Situation gerade jetzt einbricht und die wirtschaftliche Situation ausgesprochen schlecht ist.

Die drei wichtigen Maßnahmen, die im neuen Schulfahrtenerlass stehen, die die Schullandheime eigentlich befördern, haben das Problem sicherlich abgeschwächt, aber auf keinen Fall verursacht. Wir wären mit dem alten Erlass inzwischen wahrscheinlich in einer noch schwierigeren Lage, als wir es mit dem neuen Erlass sind.

Fünftens. Im Rahmen des Selbstbefassungsrechtes hat sich der Ausschuss für Gleichstellung unter anderem bereits eingehend mit der Problematik befasst. Seitens des Hauses ist dort ausführlich Rede und Antwort gestanden worden. Da dem Anliegen des Antrages entweder bereits Rechnung getragen worden ist - das habe ich versucht darzustellen - oder er aber angesichts nicht geführter oder nicht sinnvoller zu erhebender Statistiken zu beträchtlichen Belastungen führen würde, die für die Lehrkräfte und die Schulen nicht akzeptabel sind, kann

ich nur empfehlen, dem Änderungsantrag von CDU und FDP zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Minister. - Für die FDP-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Herrn Dr. Volk das Wort. Bitte sehr.

Herr Dr. Volk (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unbestritten sind Schulfahrten ein wichtiger Bestandteil der schulischen Arbeit. Sie stehen in direktem Zusammenhang mit einzelnen Unterrichtsinhalten, schaffen die Basis persönlicher Beziehungen zwischen den Schülerinnen und Schülern, auf denen sich ein Klassenverband konstituiert, und erweitern den Horizont ihrer Teilnehmer. Sie werden als positive Erfahrungen im wahrsten Sinne des Wortes gemacht.

Vor diesem Hintergrund werden meiner Meinung nach die gemeinsamen Fahrten einer Klasse, einer Klassengruppe und die Studienreisen immer einen festen Platz im schulischen Leben haben. Allerdings holt uns die Realität immer wieder ein. Das Urteil des Landesarbeitsgerichtes Bremen vom 28. November 2001 legte unmissverständlich fest, dass die Klassenfahrten als Dienstreisen aufzufassen sind. Das ist, wenn man sich die Definition einer Dienstreise anschaut, folgerichtig.

An einer Schulfahrt nimmt der Lehrer in seiner Funktion teil, übt diese jedoch außerhalb des Dienstortes, in unserem Fall des Schulortes, aus. Daraus ergibt sich ein formaler Anspruch der Lehrerinnen und Lehrer auf Erstattung der Reisekosten.

Die Neufassung des Schulfahrtenerlasses im September des vergangenen Jahres mit der Einschränkung mehrtägiger Schulfahrten war eine Reaktion auf die im Urteil dargestellte Rechtslage und der daraus erwachsenden möglichen finanziellen Belastungen.

Damit steigt die Bedeutung der jetzt bevorzugt durchzuführenden eintägigen Schulwanderungen für die schulische Arbeit. Gerade in der heutigen Zeit sollte die Schule auch die Möglichkeit zur bewussten Auseinandersetzung mit der Geschichte und der Kultur des Heimatortes der Schüler bieten. Die Schüler sollten den Einblick in historische Zusammenhänge vergangener Epochen erfahren und lokale Zeugnisse begreifen.

Der Sinn einer Schulfahrt - selbst wenn sie beispielsweise ins Kiez Arendsee geht - steht infrage, wenn die Schüler die örtliche Stadtkirche, das regionale Museum oder ein benachbartes Naturdenkmal noch nicht kennen gelernt haben.

Schon das Schulgesetz sieht als Auftrag der Schule, die Schüler zur Erkenntnis der Bedeutung ihrer Heimat zu befähigen. Eine Einschränkung bei mehrtägigen Schulfahrten lässt sich so auch unter bildungspolitischen Zielstellungen rechtfertigen.

Dagegen erschließt sich mir die Argumentationslinie nicht, Herr Bischoff, die die Notwendigkeit mehrtägiger Schulfahrten, also einer pädagogischen Maßnahme, als Mittel der Wirtschafts- und Tourismusförderung begründet.

(Zustimmung von Herrn Schomburg, CDU, und von Minister Herrn Prof. Dr. Olbertz)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, ich gebe Ihnen Recht, dass man ein Jahr nach dem Inkraft-Treten eines veränderten Erlasses einen Blick auf die Umsetzung richten sollte. Ein Berichtsauftrag an die Landesregierung hat meiner Meinung nach jedoch nur dann Sinn, wenn er ergebnisoffen erteilt wird. Wir kennen all die Fragen, die eigentlich schon die Antwort beinhalten, weil der Fragende sowieso keine Antwort hören will und das vermeintliche Ergebnis schon längst vorweggenommen hat. Als rhetorisches Mittel mögen sie durchaus ihre Berechtigung haben, aber in einem Antrag sind sie fehl am Platz.

Deshalb bitte ich Sie, unserem Änderungsantrag zuzustimmen, damit wir uns unvoreingenommen und ohne eine inhaltliche Festlegung mit den Ergebnissen des Erlasses für die schulische Arbeit befassen können. - Ich bitte Sie, stimmen Sie dem Antrag der CDU und der FDP zu.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Dr. Volk. - Für die PDS-Fraktion erteile ich der Abgeordneten Frau Dr. Hein das Wort.

Frau Dr. Hein (PDS):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir brauchen hier keine Vorlesung über die pädagogische Wichtigkeit von Schulfahrten zu halten.

(Zustimmung bei der PDS und bei der SPD)

Deshalb erspare ich mir das. Wir sind uns darüber einig, denke ich.

Ich finde auch, dass das Bremer Urteil völlig zu Recht zu diesem Erlass geführt hat. Es ist also selbstverständlich, dass Dienstreisen als Dienstreisen abgegrenzt werden müssen. Dabei hätte keine Landesregierung im Wesentlichen anders handeln können.

Dennoch steht die Frage, ob gerade dieser Erlass angesichts der in den Haushalt eingestellten Mittel zu Konsequenzen führt. Nun ist es völlig in Ordnung, wenn die Landesregierung sagt: Wir erkennen die Gefahr und versuchen dagegen zu wirken. Auch das ist in Ordnung.

Nur bleibt trotzdem die Auswirkung so, wie sie Herr Bischoff dargestellt hat. Ob das an dem Erlass liegt, was der Kultusminister bezweifelt, oder aber nicht, können wir hier nicht eindeutig feststellen. Aus diesem Grund ist eine Untersuchung der Sachlage sinnvoll. Dabei finde ich, Herr Volk, dass die Ansprüche in dem SPD-Antrag durch die Bank weg ergebnisoffen sind, also auch völlig legitim. Aus diesem Grunde unterstützt die PDS den Antrag der SPD-Fraktion.

Was die Frage der Aufwendigkeit der Erhebungen betrifft: Herr Minister, mit Verlaub, bei dem Thema können Sie nicht sagen, dass ist alles eine kommunale Angelegenheit und wir sind dafür nicht verantwortlich. Wir erleben es seit Jahren - übrigens nicht nur von dieser Landesregierung -, dass unangenehme Fragen nicht beantwortet werden mit dem Verweis auf die Aufwendigkeit der Erhebungen. Ich sage nur: Stundenausfall. Das kennen wir seit Jahren.

Wenn ich bedenke - nur als ein Beispiel -, wie aufgrund des derzeit diskutierten Leistungsbewertungserlasses die

Kopfnoten festgestellt werden sollen, kann ich nur sagen: Das mit der Aufwendigkeit können Sie stecken lassen, die paar Zahlen.

(Zustimmung bei der PDS - Zuruf von Minister Herrn Prof. Dr. Olbertz)

- Es ist aber eine Überlegung gewesen, die aus Ihrem Ministerium kam. Es ist nicht die einzige, man kann dazu auch andere Beispiele nennen, wo die Aufwendigkeit, der bürokratische Aufwand höher ist als das, was am Ende dabei herauskommt.

Diese Geschichten, denke ich, sind nicht zu aufwendig; wir sollten die Zahlen erheben, dann wissen wir wenigstens, was Sache ist, woher die Dinge kommen, ob sie dem Schülerrückgang geschuldet sind oder ob sie eine Folge dieses Erlasses sind. Dann können wir auch besser reagieren. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS - Zustimmung von Frau Mittendorf, SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Frau Dr. Hein. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Dr. Schellenberger. Bitte sehr.

Herr Dr. Schellenberger (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Grundgedanken kann ich den Antrag der SPD nachvollziehen; aber leider nur im Grundgedanken. Die Ausführungen zu den einzelnen Spiegelstrichen erspare ich mir angesichts der weiteren Diskussionszeiten. Die näheren Ausführungen hat bereits der Kultusminister sehr detailliert gemacht.

An dieser Stelle herrscht also eindeutig ein Dissens zwischen der SPD und der PDS und den Regierungsfraktionen, der CDU und der FDP. Aus diesem Grund haben wir den Änderungsantrag eingebbracht.

Frau Dr. Hein, Sie waren gerade der Auffassung, dass alle wissen, welcher Zweck und welche pädagogische Richtlinie hinter diesen Schulfahrten stehen. Ich gehe davon aus, dass ich mir die Erläuterung ersparen kann. Ich möchte trotzdem einen Passus zitieren:

„Sie sind so vorzubereiten, durchzuführen und nachzubereiten, dass sie der Erfüllung des Erziehungs- und Bildungsauftrages der Schule dienen“.

Dann kommt noch ein netter Passus hinterher:

„... und nicht vorrangig Unterhaltungscharakter haben.“

Diesen finde ich sehr wichtig. Vor allem als Lehrer weiß man, welche Rolle das spielt.

Um anzuschließen: Sie zielen also nicht darauf ab, den Fremdenverkehr zu unterstützen. Wenn es im Land sehr gute Angebote für Schulfahrten gibt, dann gehe ich einmal davon aus, dass diese nicht nur innerhalb des Landes genutzt werden, sondern auch außerhalb des Landes, also über unsere Landesgrenzen hinaus. Ich finde es sehr bemerkenswert, dass mit dem Schulfahrten-erlass endlich einmal das regionale Interesse hervorgehoben wird. Deshalb habe ich mich sehr darüber gefreut.

Alle, die mit Schulfahrten einmal etwas zu tun hatten, wissen - das steht detailliert in dem Erlass :-

„Die Schulen entscheiden in eigener Verantwortung über die Durchführung.“

Dabei geht es nach bestimmten Gesichtspunkten. Die sind meiner Meinung nach sehr interessant. Damit sollte man sich einmal beschäftigen, auch wegen der wirtschaftlichen Lage. Da heißt es nämlich:

„Ziel, Programmdauer und Kostenobergrenze werden gemeinsam von den Lehrkräften unter Einbeziehung der Schülerinnen, der Schüler und den Erziehungsberechtigten festgelegt.“

Hierbei findet also ein sehr individueller Gestaltungsprozess statt. Wenn Sie diesen individuellen Gestaltungsprozess richtig erfassen wollen, dann halte ich das schon für sehr schwierig.

Außerdem muss man an dieser Stelle noch überlegen - dazu kann man vielleicht wieder den Koalitionsvertrag zitieren -: Der Bildungsauftrag der Schule soll durch CDU und FDP wesentlich vorangebracht werden. Wenn Sie mal in die Schule schauen, dann stellen Sie fest, wie viel wir eigentlich unterwegs sind und dass die eigentliche Aufgabe, der Unterricht, relativ kurz kommt. Aus diesem Grund finde ich auch den Passus mit den zwei Jahren sehr positiv.

Aus diesem Grund halte ich auch den Evaluationszeitraum von zwei Jahren für notwendig. Ich empfinde ihn jedoch als ein bisschen zu kurz gesprungen. Trotzdem habe ich vollstes Verständnis für Ihr Interesse an den Gesprächen. Ich freue mich auch auf die Gespräche. Wir haben gerade gehört, dass diese stattfinden werden. - Frau von Angern, dass Sie sehr musikalisch sind, habe ich mir schon gedacht.

Die Gespräche werden geführt. Also wird relativ kurzfristig in den Ausschüssen darüber berichtet werden können. Dann werden wir hören, welche Gespräche geführt worden sind und zu welchen Ergebnissen man gekommen ist.

Ich schlage Ihnen also vor, dem Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion zuzustimmen. - Danke.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Abgeordneter Schellenberger. - Herr Bischoff, Sie haben noch die Gelegenheit zur Erwiderung. Bitte sehr.

Herr Bischoff (SPD):

Frau Präsidentin, ich will noch kurz reagieren. Der Minister hat die Dinge sehr lang und ausführlich wiedergegeben. Danach hatte ich eigentlich gar nicht gefragt, weil ich die Inhalte jetzt nicht kritisieren will. Das kann ein anderes Thema sein.

Warum ist das so kompliziert? - Ich habe schon überlegt, ob ich vielleicht zu doof bin, Fragen ordentlich zu stellen.

(Heiterkeit bei der SPD und bei der CDU - Zustimmung von Herrn Schwenke, CDU)

- Da klatscht jemand, weil ich zu doof bin. Danke.

(Heiterkeit bei der SPD und bei der CDU)

Habe ich zu kompliziert gefragt? - Wenn nach einem Erlass plötzlich ein Rückgang um 25 % zu verzeichnen ist, begründen Sie das mit dem Geburtenrückgang.

(Zuruf von Minister Herrn Prof. Dr. Olbertz)

- Vielleicht tragen das die Träger mit. Das ist ein plötzlicher Rückgang - ich habe das aufgezählt - von September bis Ende des Jahres 2002 und im ersten Halbjahr 2003. Dafür kann schließlich nicht unplötzlich der Geburtenrückgang und der Rückgang im Tourismusbereich verantwortlich gemacht werden. Das braucht eine Erklärung.

(Frau Kachel, SPD: Wir haben bloß 5 %!)

- Wir haben bloß 5 %. Ich habe 8 % gesagt, weil - -

Die zweite Sache, Herr Minister: Würden Sie sagen, die Träger haben uns sozusagen belogen und hinters Licht geführt, weil sie das so dramatisch dargestellt haben? Die Träger haben sowohl der Landesmarketinggesellschaft - die hat ja auch reagiert; das ist keine Institution, die man mal so eben wegwischen kann - als auch den Ministerinnen und Ministern dieser Landesregierung geschrieben.

(Zuruf von Minister Herrn Prof. Dr. Olbertz)

Soweit ich informiert bin, sind wir überhaupt das einzige Bundesland - vielleicht gibt es noch ein zweites -, das auf das Bremer Urteil einen Erlass herausgegeben hat. Warum haben wir das gemacht? Kann man das nicht korrigieren, indem man sagt, wir reden im Vorfeld mit denen und nicht erst danach? Danach haben Sie gesagt, der Erlass wird nicht zurückgenommen.

Ich bin dankbar, dass Sie das in den zuständigen Ausschuss überweisen wollen. Wir werden die Fragen dann im Ausschuss stellen. Meine Bitte ist, dass diese beantwortet werden. Wir werden aber natürlich unserem Antrag zustimmen und uns bei Ihrem Antrag der Stimme enthalten.

(Beifall bei der SPD - Herr Dr. Schellenberger, CDU: Das ist genehmigt!)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke. - Damit ist die Debatte beendet.

Wir treten in das Abstimmungsverfahren zur Drs. 4/851 und zur Drs. 4/869 ein. Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der CDU- und der FDP-Fraktion in der Drs. 4/869 ab. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Das ist die SPD-Fraktion. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die PDS-Fraktion. Damit ist der Änderungsantrag angenommen worden.

Wir stimmen jetzt über den so geänderten Antrag in der Drs. 4/851 ab. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen und die PDS-Fraktion. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist der Antrag angenommen worden.

Wir verlassen den Tagesordnungspunkt 12.

Ich rufe den letzten Tagesordnungspunkt für heute auf, den **Tagesordnungspunkt 16:**

Beratung

Finanzielle Sicherheit für Frauenschutzhäuser in Sachsen-Anhalt

Antrag der Fraktion der PDS - **Drs. 4/856**

Einbringerin ist die Abgeordnete Frau Ferchland. Bitte sehr.

Frau Ferchland (PDS):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gewalt gegen Frauen ist nach wie vor eines der bedrückendsten Themen in diesem Land. Gewalt verletzt die Integrität der Frau und ihr Recht auf Selbstbestimmung.

Gewalt im häuslichen Raum ist keine Privatangelegenheit, sondern verstößt gegen geltendes Recht. Sie nimmt den ersten Platz unter der Gewaltkriminalität ein und ist damit das Sicherheitsrisiko Nummer 1. Auch die Veränderung des SOG in der letzten Landtagssitzung wird dies nicht ändern, sondern trägt dem nur Rechnung. Es gehört zu den schlimmsten Erfahrungen gerade im eigentlich geschützten privaten Raum, Prügel, Verletzungen, Bedrohungen, Vergewaltigungen, Demütigung und Ohnmacht zu erleben.

Jahr für Jahr fliehen in Sachsen-Anhalt ca. 1 200 Frauen und 1 600 Kinder in ein Frauenhaus. Gewalt in der Familie ist nach wie vor ein Tabuthema. Frauen werden hinter der Wohnungstür gedemütigt, seelisch und körperlich misshandelt. Scham und Verschweigen kennzeichnen den Umgang mit familiärer Gewalt, und dies in allen gesellschaftlichen Schichten.

Seit nunmehr mehr als zehn Jahren bieten Frauenshäuser in Sachsen-Anhalt bedrohten und misshandelten Frauen und deren Kindern Zuflucht und Hilfe an. Diese Häuser bieten Schutz und Unterkunft, und zwar zu jeder Tages- und Nachtzeit. Die Mitarbeiterinnen unterstützen die betroffenen Frauen in ihrer aktuellen Lebenssituation, sie bieten Beratung und Begleitung. Dabei ist es das Ziel, eine gewaltfreie, selbstbestimmte Lebensperspektive zu eröffnen.

Frauenshäuser stehen allen Frauen offen, die körperlich oder seelisch misshandelt wurden. Ambulante Beratung durch Frauenshausmitarbeiterinnen erhalten auch die Frauen, die, aus welchen Gründen auch immer, nicht ins Frauenshaus gehen - weil sie unsicher sind, weil sie vorläufig Schutz bei Verwandten oder Freunden finden oder weil sie sich ihrer eigentlich bedrohlichen Situation noch nicht bewusst sind. Sie bekommen dort dringend notwendige Unterstützung zur Klärung ihrer Situation.

Beratung und Begleitung wird auch nach einem Aufenthalt im Frauenshaus angeboten und, wie wir wissen, vermehrt in Anspruch genommen. Die Erfahrungen zeigen, dass misshandelte Frauen nur kurz im Frauenshaus verweilen und beim Auszug noch viele Fragen offen stehen, die durch die Mitarbeiterinnen mit den Frauen gemeinsam geklärt werden.

Meine Damen und Herren! Der Schritt ins Frauenshaus ist für Frauen kein freiwilliger, sondern ein durch die Gewalt erzwungener. Der Weg ins Frauenshaus bietet den Frauen die Möglichkeit, ihr Leben zukünftig selbst in die Hand zu nehmen.

Zunächst wird ihnen Schutz vor der Gewalt angeboten. Darüber hinaus werden Frauen und Kinder bei der Verarbeitung ihrer Gewalterfahrungen begleitet. Sie erleben ganz konkret, dass die Mitarbeiterinnen auf ihrer Seite sind. Fachlich kompetent beraten und begleiten sie die Frauenhausbewohnerinnen in weiteren Lebensfragen. Dabei geht es darum, bestehende Lebensverhältnisse zu verändern, damit Frauen mit ihren Kindern menschenwürdig, gewaltfrei und selbstbestimmt leben können.

Die Frauen im Frauenhaus organisieren ihr Leben selbst. Durch das Zusammenleben im Haus können in Verbindung mit den besonderen Beratungsangeboten in geschützter Atmosphäre andere Konfliktlösungsmuster und Geschlechterrollenvorstellungen erfahren und erprobt werden.

Meine Damen und Herren! Frauenhäuser sind auch Kinderhäuser. Alle Kinder im Frauenhaus haben Gewalterfahrung. Sie wurden entweder körperlich, seelisch oder sexuell misshandelt oder sie haben miterlebt, wie ihre Mütter gedemütigt oder misshandelt wurden. Im Frauenhaus wird diesen Kindern ein angst- und gewaltfreier Raum angeboten. Sie erhalten die notwendige Hilfe, um die erlebten Gewalterfahrungen zu verarbeiten. Kinder sollen erfahren, dass sie wertvoll und liebenswert sind.

Ein wichtiges Ziel der pädagogischen Arbeit ist die Stärkung und die Stabilität der kindlichen Persönlichkeit. Genauso wichtig ist es im Sinne der Gewaltprävention, das bisher gelernte Rollenverständnis und das Verhalten von Mädchen und Frauen in Konfliktsituationen im Frauenhaus zu betrachten und möglichst zu verändern.

Kinder erleben dort aber auch Ungewohntes. Oft müssen sie den Kindergarten oder die Schule wechseln, Kontakte abbrechen; die alten Freunde können sie im Frauenhaus nicht besuchen, weil aus Sicherheitsgründen niemand wissen darf, wo die Mutter jetzt lebt. Die Arbeit mit den Kindern im Frauenhaus ist deshalb mehr als nur reine Kinderbetreuung. Kinder müssen Hilfe zur Verarbeitung ihrer belastenden Erfahrungen bekommen; diese bekommen sie dort auch.

Meine Damen und Herren! Obwohl Frauenhäuser längst ihren Platz im Netzwerk der bestehenden Hilfsangebote haben - dies wird durch die Landesregierung in ihren Stellungnahmen stets bestätigt -, ist die Finanzierung von Frauenhäusern unsicher.

Bis heute ist den Trägern von Frauenschutzhäusern der finanzielle Rahmen für die nächsten Jahre nicht bekannt. Obwohl es Gespräche gab und Diskussionen über Förderverträge - übrigens sollen hierbei die Kommunen völlig aus der Finanzierung entlassen werden -, besteht gerade nach den letzten Zeitungsmeldungen eine große Unsicherheit nicht nur bei den Trägern, sondern auch bei den betroffenen Frauen.

Von den Auswirkungen dieser Nichtreaktion oder der Reaktion im Schneekentempo der Landesregierung und der daraus folgenden Unsicherheit konnten Sie in der „Volksstimme“ ab dem 13. Juni 2003 in regelmäßigen Abständen lesen. Das Frauenhaus in Wolmirstedt wird zum Jahresende geschlossen. Der Träger, die AWO, zieht sich zurück. Ich denke, das wird kein Einzelfall bleiben.

(Frau Mittendorf, SPD: Das ist noch nicht sicher!)

Mit diesem Antrag wollen wir erreichen, dass der Gesetzgeber die Finanzierung von Frauenschutzhäusern in

den Blick nimmt und dass Frauenschutzhäuser endlich auf eine solide finanzielle Basis gestellt werden; denn der Kampf ums Geld kostet den Mitarbeitern viel Zeit und Energie, die für die Betreuung der betroffenen Frauen verloren geht.

Gewalt, meine Damen und Herren, ist ein gesellschaftliches Problem und muss auch so behandelt werden. Das schließt die Finanzierung mit ein. - Einen kurzen Moment bitte, mir ist ein wenig schwindelig. - Frau Präsidentin, ziehen Sie mir die Zeit von meiner Redezeit ab?

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Nein.

Frau Ferchland (PDS):

Deshalb hält es die PDS auch für besonders problematisch, dass die Landesregierung darüber nachdenkt, die Finanzierung von Belegungszahlen abhängig zu machen. Es ist deshalb problematisch, weil so wichtige Bestandteile der Frauenhausarbeit wie die ambulante Beratung, die nachgehende Begleitung, die Arbeit mit Kindern und die präventive Arbeit nicht mit in den Blick genommen und somit nicht finanziert werden.

Es darf nach unserer Meinung keine Ausdünnung des Frauenhausnetzes im Land geben, sodass keine Frau, die Schutz und Unterstützung sucht, lange Wege zurücklegen muss oder eventuell aufgrund einer Vollbelegung abgewiesen wird. Frauen- und Kinderschutzhäuser haben mehr als zehn Jahre lang ihre Hilfs- und Schutzangebote vorgelegt und haben sich bewährt. Sie waren und sie sind für Frauen die einzige Möglichkeit, einer Gewaltbeziehung zu entkommen.

Aufgrund von Erfahrungen in Österreich, wo die Wegweisung des Täters aus der Wohnung seit 1997 praktiziert wird, wissen wir, dass nach einer solchen Gesetzesänderung vermehrt Frauen Hilfe im Frauenhaus suchen und dadurch die Zahl der Frauenhausbewohnerinnen steigt. Sie fliehen nun nicht mehr aus Todesangst, aber geordnet, um Ruhe zu bekommen und Betreuung zu erfahren.

Trägt die Landesregierung diesen Erfahrungen Rechnung? - Wir denken, eher nicht. Solange männliche Gewalt in unserer Gesellschaft existiert, sind Frauenhäuser und Institutionen unerlässlich. Mit diesem Antrag wollen wir Planungssicherheit für Frauenschutzhäuser erreichen. Wir wollen Frauen und Kindern, die aufgrund häuslicher Gewalt die Wohnung verlassen müssen, weiterhin Schutzmöglichkeiten gewährleisten. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Frau Abgeordnete Ferchland, für die Einbringung. - Als ersten Debattenredner rufe ich den Minister für Gesundheit und Soziales Herrn Kley auf. Herr Kley, Sie haben das Wort.

Herr Kley, Minister für Gesundheit und Soziales:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion der PDS vollzieht in großen Teilen Aktivitäten und Planungen der Landesregierung nach. Auch die Landesregierung sieht in den Frauenschutzhäusern und den weiteren Angeboten unabding-

bare Säulen der Gewaltarbeit. Sie sind deshalb zentraler Bestandteil unseres Landesprogramms zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder.

Die Notwendigkeit des Angebots dieser Einrichtungen, betroffenen Frauen und deren Kindern Schutz und Unterstützung zu gewähren, sich aus der gewalttätigen Beziehung zu lösen bzw. diese zu verändern, wird von der Landesregierung bei der Verfolgung des Ziels der nachhaltigen Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder unterstrichen.

Das Land hat aber im Rahmen der Konsolidierungs erfordernis Einsparungen vornehmen müssen, die keinen Förderbereich ausnahmen. Die Fortführung der Förderung in der Größenordnung der vergangenen Jahre war auch für den Bereich der Antigewaltprojekte nicht haltbar.

Verwundert bin ich allerdings über die Aufforderung, eine Bedarfsplanung festzuschreiben und einen Dialog über Qualitätsanforderungen an Frauenschutzhäuser zu führen. Wie der Fraktion der PDS vielleicht entgangen sein mag, wurden in diesem Jahr mit den Trägern der Frauenschutzhäuser erstmalig Zuwendungsverträge abgeschlossen. In § 4 Abs. 2 dieser Zuwendungsverträge ist zu lesen - ich zitiere -:

„Die Vertragsparteien führen einen Qualitätsentwicklungsprozess durch, der auf Grundlage einer bedarfsgerechten Netz- und Entwicklungsplanung eine bessere Vergleichbarkeit und Transparenz der Arbeit in den Frauenschutzhäusern, eine Entwicklung von Qualitätskriterien in der Beratungs-, Begleitungs- und Nachsorgetätigkeit und eine Erarbeitung von Leistungsbeschreibungen sowie eine Umsteuerung von einer Input- zur Output Orientierung zum Ziel hat.“

Weiter heißt es:

„Im Rahmen des Qualitätsentwicklungsprozesses sind qualitative und quantitative Ergebnisparameter als Maßstab für die zu erreichenden Resultate zu entwickeln.“

Gern gebe ich der Fraktion der PDS an dieser Stelle auch zur Kenntnis, dass mit diesen Verträgen erstmalig ein pauschaler Zuschuss gewährt wurde, mit dem die Träger eigenverantwortlich die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen Personal- und Sachkosten abdecken können und mit dem sie somit eine weitaus größere Eigenverantwortlichkeit bekommen haben.

Damit ist das Ziel verbunden, die bestehenden Frauenschutzhäuser funktionsfähig zu halten. Voraussetzung ist dabei allerdings die Weiterführung einer finanziellen Beteiligung der Kommunen. Diese Verträge sind im Übrigen von allen Trägern der Frauenschutzhäuser unterschrieben worden.

Ergänzend möchte ich noch anführen, dass zu den Qualitätsanforderungen an Frauenschutzhäuser bereits am 4. Juni 2003 eine Auftaktveranstaltung in Kooperation zwischen der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenschutzhäuser, der Liga der Freien Wohlfahrtspflege und dem Ministerium für Gesundheit und Soziales stattgefunden hat.

Interessiert habe ich die Aufforderung zur Gewährung einer Grundfinanzierung für Frauenschutzhäuser in Ihrem Antrag zur Kenntnis genommen. Vonseiten der Exekutive ist mit der von mir gerade genannten Gewährung eines Pauschalbetrages die verwaltungstechnische Möglichkeit umgesetzt worden. Wenn die Kolleginnen und

Kollegen der PDS-Fraktion die Förderung von Frauenschutzhäusern als so genannte Pflichtleistung verankern wollen, so verweise ich auf die Möglichkeit, als Legislative entsprechende Initiativen zu ergreifen.

Zu dem letzten Punkt Ihres Antrages möchte ich bemerken, dass es den Gepflogenheiten der Zusammenarbeit von Exekutive und Legislative widerspricht, in den Ausschüssen vor den Haushaltsberatungen über finanzielle Angelegenheiten zu beraten. Als Legislative obliegt es schließlich Ihnen, auf zentrale Punkte im Rahmen der Haushaltsberatungen entsprechend Einfluss zu nehmen.

- Ich bitte daher, den Antrag insgesamt abzulehnen.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Minister Kley. - Als ersten Debattenredner der Fraktionen rufe ich für die CDU-Fraktion Herrn El-Khalil auf. Bitte sehr.

Herr El-Khalil (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Ferchland, ich hoffe erst einmal, dass es Ihnen wieder besser geht.

(Zustimmung bei allen Fraktionen)

Frau Ferchland, Ihre Einbringung hat auch uns gerührt. Sie hatten in Ihrer Einbringung zwei Teile. In dem einen Teil ging es um häusliche Gewalt. In dem zweiten Teil ging es um die Frauenschutzhäuser und deren Finanzierung.

Was den ersten Teil betrifft, unterschreibe ich jedes Wort, das Sie hier gesagt haben. Wir denken auch, dass es eine vordringliche Aufgabe der Politik ist, Menschen, nicht nur Frauen, sondern Menschen insgesamt, vor Gewalt zu schützen. Das sollte auch nicht nur deshalb so weit gehen, weil sie dadurch ähnliche Schmerzen empfinden. Ganz im Gegenteil, der seelische Schmerz, den Sie erwähnt haben, im Prinzip die Demütigung, die damit einhergeht, das ist das Unerträgliche, das auch sehr lange dauert und das Menschen regelrecht kaputt macht.

Meine Damen und Herren! Ich denke, mit diesem Antrag beabsichtigt die PDS, im Prinzip eine Sicherung der Finanzierung des nächsten Jahres oder möglicherweise der Folgejahre zu erreichen, und das im Vorfeld der Haushaltsberatungen. Das ist natürlich durchschaubar. Es ist legitim. Es kann allerdings von uns zu diesem Zeitpunkt nicht mitgetragen werden.

Wenn wir diesem Antrag zustimmen würden, wenn wir ihn unterstützen, was geschieht dann in dem nächsten Jahr, wenn wir feststellen, das Versprochene ist nicht einzulösen, wenn wir feststellen, dass wir einen Blankoscheck ausgestellt haben, der nicht einmal gedeckt ist?

(Herr Dr. Püchel, SPD: Das ist schon so oft passiert!)

- Na gut, dann möchte ich aber sehen, wie Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, dann reagieren. Dann hätten wir hier wirklich eine einmal eine lustige Debatte. Das ist doch ganz klar.

Aber auch aus inhaltlicher Sicht gibt es einige Punkte, die wir nicht akzeptieren. Die Änderung des SOG ist bereits erwähnt worden; das möchte ich nicht wiederholen. Ich meine, hiermit erhalten wir die Möglichkeit neuer Verfahren. Warum soll immer der Täter zu Hause bleiben und das Opfer weggebracht werden? Das sollte ei-

gentlich umgekehrt sein. Ich denke, diesbezüglich müssen wir erst einmal abwarten, wie sich das bei uns bewährt, und nicht woanders. Möglicherweise machen wir das im Rahmen der Selbstbefassung im Ausschuss zum Thema. Dann können wir darüber reden und dies beurteilen.

Wir denken, dass in diesem Antrag etwas fehlt, und zwar der Präventionsgedanke. Dieser ist nach der Ansicht unserer Fraktion nicht vorhanden oder vergessen worden, wie auch immer. Diesen Aspekt müssen wir mit aufnehmen. Man muss sehen, was mit den Interventionsstellen usw. geschieht. Das ist letztlich eine Sache, die nicht einfach so weitergehen darf, dass wir sagen: Da gibt es Gewalt, dann bringen denjenigen in ein Schutzhause.

Ein dritter Punkt ist nach meiner Auffassung in dem Antrag der PDS ebenfalls nicht aufgegriffen worden. Gerade von Ihrer Seite hören wir häufig, wie wichtig der Gedanke des Gender-Mainstreaming ist. Dieser Aspekt fehlt völlig. Von der Polizeidirektion Magdeburg wissen wir, dass ein Anteil von 15 % der Misshandelten, Geschlagenen oder wie auch immer Männer und nicht Frauen sind. Dies fehlt hier völlig. Ich denke, auch das darf man nicht vergessen.

(Zustimmung von Herrn Jantos, CDU)

Zusammenfassend kann ich sagen: Wir erkennen nicht, dass der Landtag einen Anspruch darauf hat, dass die Regierung darüber berichtet, wie die Entwicklung verläuft und wie die Zahlen in Frauenschutzhäusern sind. Wir können im Ausschuss im Rahmen der Haushaltssberatungen 2004 über dieses Thema noch einmal reden. Wir werden diesen Antrag ablehnen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU und von Herrn Wollpert, FDP)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr El-Khalil. - Für die SPD-Fraktion wird die Abgeordnete Frau Ute Fischer sprechen. Bitte sehr.

Frau Fischer (Leuna) (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Weil vorhin der eine Herr von der CDU klatschte, möchte ich sagen: Sicherlich gibt es auch misshandelte Männer, aber hierbei sind wohl die Prozentzahlen ausschlaggebend. Ich denke, es ist immer noch gerechtfertigt, wenn wir über die Mehrzahl der misshandelten Frauen reden.

(Zustimmung bei der SPD und bei der PDS)

Ich möchte gleich zu Beginn sagen: Wir werden dem Antrag der PDS zustimmen. Ich will aber nicht schon wieder vom Pult weggehen. Das Thema ist mir viel zu ernst.

Ich möchte auf eine Veranstaltung in den Franckeschen Stiftungen, die ich gestern besucht habe, Bezug nehmen. Gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung hat das Interventionsprojekt Halle mit seiner wissenschaftlichen Begleitung, der Universität Osnabrück, eine Veranstaltung unter dem Thema „Kinder als Opfer häuslicher Gewalt - die Auswirkungen, die Hilfsmöglichkeiten und die rechtliche Situation“ durchgeführt. Daran habe ich teilgenommen.

Dieser gestrige Tag hat mich sehr beeindruckt. Das Ausmaß der Auswirkungen auf die Kinder, die selbst misshandelt werden, die Gewalt gegen Mütter miterleben, die

in einer Atmosphäre ständiger Angst und Bedrohung leben müssen, wurde in unter die Haut gehenden Vorträgen deutlich gemacht.

Das von der SPD entwickelte Landesprogramm zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder benennt Kinder ausdrücklich, weil Kinder als Opfer später leider häufig selbst zum Täter werden und eben nicht nur Zeuge von Gewalttaten an der Mutter oder vielleicht an dem Vater sind.

Die Unterstützung von Frauen und Kindern durch die Möglichkeit der Wegweisung des Täters aus der Wohnung, die wir in Sachsen-Anhalt initiiert haben, ist ein Anfang. Gleichzeitig bedarf es aber auch einer umfassenden Beratung der Frauen, damit diese aus ihrer Verfolgungs- und Angstsituation herauskommen. Wir brauchen eine gezielte Beratung und pädagogische Kurzzeitprogramme für Kinder, damit diese Erfahrenes und Erlebtes verarbeiten, altersgemäß verstehen und die Achtung gegenüber der Mutter, die sie schwach und als Unterlegene erlebt haben, neu entwickeln können.

Diese Prozesse brauchen Ruhe und Zeit. Sie müssen von ausgebildeten, speziell qualifizierten Psychologen und Psychologinnen, Beratern und Beraterinnen entwickelt und gesteuert werden. Die Beschäftigten in den Frauenschutzhäusern können diese gesellschaftlich wichtige Arbeit nur leisten, wenn sie sich nicht ständig in neuen Vertragsverhandlungen finden oder selbst Existenzängste haben müssen.

Neben den entstandenen Problemen durch das Außer-Kraft-Treten der Erlasse in Bezug auf die Frauenschutzhäuser, die Frauenkommunikationszentren und die Beratungsstellen für Mädchen und Frauen als Opfer von sexueller Gewalt steht für mich Folgendes im Vordergrund: Landsrichtlinien beinhalten für Kommunen immer auch die Verpflichtung mitzufinanzieren. Wenn keine Landsrichtlinien mehr vorhanden sind, zieht sich eine Kommune sehr schnell aus der Verantwortung. Es ist für Trägervereine ungeheuer schwierig geworden, zusätzliche Finanzierungen zu dem vertraglich festgelegten Geld zu bekommen.

Die Unsicherheit ist nun einmal gerade in diesem Bereich keine Arbeitsgrundlage. Wenn Sie als Landesregierung es mit Ihrer Aussage ernst meinen, das Landesprogramm zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder weiterführen zu wollen, dann stellen Sie auch die Finanzierung der Frauenschäuser auf eine verlässliche finanzielle Grundlage.

Die Vertragsdiskussionen, bei denen für mich die gleiche Augenhöhe sehr infrage steht, müssen endlich abgeschlossen werden. Berechtigterweise besteht der Geldgeber selbstverständlich auf Qualitätskriterien - diese sind gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenschäuser entwickelt und festgelegt worden -, aber Leistungen müssen auch leistungsgerecht vergütet werden.

Die Kürzung der Mittel um durchschnittlich 20 % im vergangenen Jahr ist von den Trägervereinen abgefangen worden. Sie haben dies vorwiegend durch Lohnverzicht, starke Ausweitung ehrenamtlicher Arbeit und eine Verkürzung der Beratungszeit hinbekommen. Doch irgendwann ist auch damit Schluss.

Ich selbst bin Mitglied eines Trägervereins. Es ist nicht verantwortbar, mit festangestellten Beraterinnen auf einer ungesicherten finanziellen Basis arbeiten zu müssen. Vereine haben nun einmal kein finanzielles Polster,

können keine Gewinne erzielen und keine Rücklagen bilden, um Vorfinanzierung zu leisten. Spenden für Zinsen auszugeben, damit wir Löhne vorfinanzieren können, hat wahrlich wenig Sinn.

Wir stimmen dem PDS-Antrag zu, weil wir wollen, dass die Trägervereine der Frauenhäuser langfristig, schon bevor der Haushalt aufgestellt worden ist - auch sie müssen einen Haushalt aufstellen und müssen weiterhin Mittel sammeln -, eine gewisse finanzielle Sicherheit bekommen.

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

Wie gesagt, aus diesem Grund stimmen wir dem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Frau Abgeordnete Fischer. - Für die FDP-Fraktion erhält die Abgeordnete Frau Seifert das Wort. Bitte sehr.

Frau Seifert (FDP):

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die bedarfsgerechte Unterstützung von Hilfsangeboten zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder ist für die FDP-Fraktion ein genauso wichtiges Thema wie für die antragstellende Fraktion.

Das Sozialministerium knüpft an das Programm zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder an, weil wir - damit meine ich nicht nur das Sozialministerium, sondern auch die FDP-Fraktion - der Überzeugung sind, dass dieser Art von Gewalt präventiv wie intervenierend zu begegnen ist. Dabei zielt das Gesetz auch auf die Bekämpfung von Gewalt gegen Männer. Das möchte ich betonen, da ich dies in dem vorliegenden Antrag vermisste.

Alle Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt sind zu verfolgen. Die präventiven, aber auch die direkten Hilfsangebote müssen ein fester Bestandteil bei der Bekämpfung von häuslicher Gewalt sein und zugänglich für alle Opfer. Den Opfern von Gewalt muss Hilfe angeboten werden, die sofort greift. Es muss aber auch ein Ziel sein, auf diesem Gebiet enge Kooperationsstrukturen zu schaffen, um ein einheitliches Handeln aller beteiligten Organisationen und aller beteiligten Akteure sowohl auf Landesebene als auch auf kommunaler, sprich regionaler Ebene zu gewährleisten.

Wir wissen - dies ist nicht wegzudiskutieren -, dass das Vorhalten entsprechender Angebote, wie zum Beispiel Frauenschutzhäuser oder Wohnungen, auf kommunaler Ebene keine Pflichtaufgabe ist, auch wenn man es sich im Einzelfall wünschen würde. Doch ohne die finanzielle Unterstützung auf kommunaler Ebene sind und waren die Frauenschutzhäuser und alle anderen präventiven und intervenierenden Angebote bisher nicht arbeitsfähig. Das heißt, dass die Finanzierung entsprechender Hilfsangebote ein Bekenntnis auf kommunaler und auf Landesebene erfordert.

Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem Landesprogramm zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder, zum Beispiel auch durch die Einrichtung von Interventionsstellen neben Halle jetzt auch in Magdeburg und Dessau, und der Änderung des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung mit der jetzt gesetzlich abgesicherten Erweiterung des polizeilichen Weg-

weisungsrechtes ist auf Landesebene eine zentrale Grundlage dafür geschaffen worden, ein bedarfsgerechtes Netz von Maßnahmen zum Schutz vor häuslicher Gewalt zu aktivieren. Damit sind von unserer Seite Regelungen getroffen worden, von denen wir uns eine Optimierung der Maßnahmen zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt erhoffen.

Gleichwohl haben wir uns dazu bekannt, durch pauschale Zuweisungen an Frauenhäuser über die Förderverträge, die auch Qualitätsanforderungen an die Arbeit der Frauenhäuser enthalten, gerade solchen Hilfsangeboten Planungssicherheit zu geben. Diese Verträge zur Förderung von Frauenhäusern sind in der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenschutzhäuser besprochen, mit den Trägern der Frauenhäuser abgestimmt und von allen Beteiligten angenommen worden. Vor diesem Hintergrund erscheint uns, der FDP, der Punkt 2 des Antrages der PDS gegenstandslos zu sein.

Hat man die bisherige und auch die weitere Finanzierung von Maßnahmen zum Schutz vor häuslicher Gewalt durch das Land und die Kommunen vor Augen, so ist der Antrag der PDS hinsichtlich der Festschreibung einer Bedarfsplanung auf Landesebene und der Forderung nach einer Grundfinanzierung für Frauenschutzhäuser umso erstaunlicher.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Land kennt sich durch die pauschalen Zuweisungen, die in den Förderverträgen geregelt sind, zur Aufrechterhaltung entsprechender Hilfsangebote je nach Bedarf. Wir, die FDP-Fraktion, werden nicht das Land und schon gar nicht die Kommunen auffordern, einen Bedarf zu finanzieren, den wir noch nicht abschließend feststellen können, da wir erst die Auswirkungen der Änderungen des SOG und der neu eingerichteten Interventionsstellen berücksichtigen müssen.

(Zustimmung bei der FDP)

Dem Punkt 1 des Antrages können wir somit nicht zustimmen, zumal in diesem Punkt die Grundfinanzierung von Frauenhäusern gewährleistet werden soll und wir als Land nicht in der Lage sind, mehr als die vorher schon erwähnten Finanzierungen zu übernehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bekanntmaßen ist das Sozialministerium immer bereit, in den zuständigen Fachausschüssen Bericht zu erstatten. Somit stimmen wir auch dem Punkt 3 des Antrages nicht zu.

Deshalb bitte ich Sie, den Antrag in Gänze abzulehnen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Frau Abgeordnete Seifert. - Da eine Erwiderung durch die Abgeordnete Frau Ferchland jetzt nicht möglich ist, beenden wir die Debatte und treten in das Abstimmungsverfahren zur Drs. 4/856 ein. Eine Überweisung ist nicht beantragt worden. Dann werden wir jetzt über den Antrag als solchen abstimmen.

Wer dem Antrag in der Drs. 4/856 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Oppositionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Niemand. Damit ist der Antrag abgelehnt worden und wir sind am Ende der 23. Sitzung des Landtages angelangt.

Wir werden sicherlich alle der Einladung des Präsidenten folgen und uns um 20 Uhr wiedersehen. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass der parlamentarische Abend im Speisesaal stattfindet, nicht dass jemand im Innenhof vergebens wartet.

(Heiterkeit)

Ein weiterer Hinweis bezieht sich auf den Beginn der 24. Sitzung des Landtages. Sie beginnt um 9 Uhr, also sehrzeitig. Ich hoffe, dass wir uns dann alle in geschlos-

senen Reihen wiedersehen. Wir werden, wie vereinbart, mit den Tagesordnungspunkten 5 und 9 beginnen. Danach wird unter Tagesordnungspunkt 7 die Aussprache über das Gesetz zu den Verwaltungsgemeinschaften erfolgen.

Ich wünsche allen einen schönen parlamentarischen Abend und beende die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 19.24 Uhr.